

Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

**Vorträge,
Aufsätze,
Rezensionen
2020 ff.**

Jena 2025

Manfred Weißbecker

**Vorträge,
Aufsätze, Rezensionen
2020 ff.**

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

Erster Schritt ins Dritte Reich	4
Auf dem Weg zur Macht.....	7
Faschismus ante portas.....	12
Mit Kriegs- und Terrorprogramm	15
Kabinett der Frontsoldaten.....	20
Kommentare: Nach 75 Jahren.....	23
Problem beladen: „Wissenschaftsumbau Ost“	25
Das Wort „Rasse“ ist abzulehnen	32
Die sprichwörtliche Blindheit	34
Anregend auch für Antifaschisten unserer Zeit	37
Krieg um Worte und Begriffe	40
Der Paukenschlag.....	42
Unheimliche Wiedergänger	47
Recht, nicht Rache	49
Bedrohlicher als braune Radautypen	52
„Russland“ und der 22. Juni 1941*	54
Ein Historikus zwischen allen Stühlen.....	57
Ein kolonialpolitischer Vernichtungskrieg	59
Illusion Großreich	60
Wer pocht an Preußens Tore?	65
Einer, der unbequem wurde	67
Im Rückblick: Faschisten-Streit um Konzept und Führungsmacht	72
Prof Dr. Werner Röhr zum 80. Geburtstag am 27. September 2021	76
„Sind wir schon wieder so weit?“ (Teil 1)	78
„Sind wir schon wieder so weit?“ (Teil 2).....	84
Faschistischer Vorläufer	90
Rückfall in nationalen Egoismus	95
Maßnahme wider Willen.....	96
Bis alles in Scherben fällt?.....	100
Wie das grüne Herz Deutschlands braun wurde	105
Putsch aus „vaterländischem Geist“	108
Buhlen und Blenden.....	112
Skandalprozess zum Hitlerputsch	115
Im Bund mit den Nazis	118
Linkes Sachsen 1923: Ein Probierland	121
Hitlerputsch 1923: Nebelkerzen und Legenden.....	124
Verfahren der Schuldabwehr	127
Endstation Feldherrenhalle	132
Spurensuche und Bleibendes	137
Thüringen vor 100 Jahren	138
Kein Hitler ohne Versailles?.....	152

Historische Faschismusforschung tut not	157
30. Juni 1934: Nazis ermordeten andere Nazis sowie konservative Konkurrenten.....	163
Die Wirtschaftsbosse gratulierten	166
Von Hasen, Jägern und Historikern	169
Bis zum letzten Hosenknopf	172
Den Frieden im Mund.....	175
Ständig im Visier	180
„Alles schon mal dagewesen?!“ – Fakten und Fragen zur Landtagswahl vor 100 Jahren in Thüringen	182
Personenregister	195

Erster Schritt ins Dritte Reich

Vor 90 Jahren trat die NSDAP in die Thüringer Landesregierung ein.

Als im Herbst 1923 Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen wie Thüringen gemeinsame Regierungen gebildet hatten, schickte die Reichsregierung die Armee. Unter dem Vorwand, die Aufstellung paramilitärischer „Proletarischer Hundertschaften“ zu unterbinden, enthob Reichspräsident Friedrich Ebert zunächst die sächsische Regierung des Amtes. In Thüringen erzwang diese „Reichsexekution“ den Rücktritt der kommunistischen Minister der demokratisch zustande gekommenen und verfassungsmäßig legitimierten Regierung.

Seitdem erstarkte in Thüringen die Partei der Nazis, die das Land – neben Bayern, wo sie entstanden war – bald als Hochburg betrachten durfte. Dieser Eingriff und die Landtagswahlen vom 10. Februar 1924, die der Thüringer Ordnungsbund (TOB) gewonnen hatte, ein Zusammenschluss mehrerer konservativer und rechtsliberaler Parteien, bewirkten einen drastischen Kurswechsel in der Landespolitik: Konservative und antirepublikanische Kräfte setzten einen massiven Abbau jener demokratischen Reformen und Institutionen durch, die in den frühen 20er Jahren eingerichtet worden waren. Vieles von dem, was zuvor – etwa im Bildungsbereich und in der Sozialpolitik – von sozialdemokratisch geführten Regierungen umgesetzt worden war, wurde abgeschwächt oder zurückgenommen.

Begleitet wurde diese Politik von Diskreditierungskampagnen gegen sozialdemokratische und sozialistische Politik, von einem Heraufbeschwören nationalistischer Feindbilder und Ängste. Während die nun Regierenden die wachsende NSDAP zum „Phantom“ herunterspielten, wurde dem „roten Thüringen“ der frühen 20er Jahre nachgesagt, nur Rechtsunsicherheit und Störung der öffentlichen Ordnung bewirkt zu haben. Zerrüttet seien die Finanzen, das Wirtschaftsleben, Beamtentum und Schulen! Die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) brachte diese „Bilanz“ auf den Punkt: „Der Marxismus ist nur fähig zu zerstören, unfähig zu staatserhaltender Arbeit.“

Wie weit der Kampf dieser Rechtsbürgerlichen gegen den „Marxismus“ reichte, zeigte nicht zuletzt ihre Kulturpolitik: So waren es konservative Kreise, die das der Moderne verpflichtete Bauhaus aus Weimar vertrieben. Auch antisemitische Aktionen trugen sie mit, wie etwa die Affäre Walter Loeb zeigte: Der Präsident der Thüringischen Staatsbank wurde entlassen, weil mit den Völkischen auch zahlreiche Konservative der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines solchen Instituts dulden. In diesem Skandal zeigten sich bereits alle faschistischen Argumentations- und Handlungsmuster: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen und Ähnliches.

Die politische Landschaft Thüringens polarisierte sich dabei zusehends. Auf der einen Seite standen die beiden Arbeiterparteien, die in den frühen 20ern zwar vielfach eine gemeinsame Sprache gefunden hatten, nun aber kaum noch zu gemeinsamen Aktionen fähig waren. Das andere Lager bildeten Parteien der sogenannten Mitte und rechtsorientierte Organisationen. Letztere schreckten nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen und nazistischen Kräfte für ihre Machtpolitik zu nutzen, zumal sich die NSDAP hier – anders als etwa in Sachsen – auf das völkisch-antisemitische und antisozialistische Ressentiment erheblicher Teile des Bürgertums und der Agrarverbände stützen konnte.

Was die seit 1928 reichsweit von Alfred Hugenberg geführte DNVP erst im Kampf gegen die Annahme des Young-Planes sowie im Ringen um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und was im Oktober 1931 als „Harzburger Front“ in die Geschichte einging, war in Thüringen bereits seit Mitte der 20er erprobt worden. So erfolgte 1924 die Bildung der neuen Landesregierung mit Unterstützung des „Völkisch-Sozialen Blocks“, der in Thüringen für die zu dieser Zeit nach dem Hitler-Putsch verbotene NSDAP agierte. Der TOB machte diesem erhebliche Zugeständnisse, um eigene weitgehend antirepublikanische Konzepte durchsetzen und uneingeschränkter als in den ersten Nachkriegsjahren herrschen zu können. Anfang März 1924 hob man das Verbot der NSDAP auf, ebenso das Redeverbot für Hitler.

Ein solcher Kurs kam den Nazis weit entgegen. In keinem anderen Land des Reiches wäre es möglich gewesen, nach der Wiedergründung der Partei ihren ersten Parteitag durchzuführen. In dessen Vor-

feld, am 10. Juni 1926, hatte die Fraktion der NSDAP Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht, die den Ausschluss von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ forderten. Als Jude galt jeder, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht“. Zwar fanden die Anträge keine Zustimmung. Doch gab es keine Auseinandersetzung mit diesen ungeheuerlichen Vorstößen. Man war befasst mit dem Kampf gegen die Linke.

So entstand in Thüringen auch keine Stabilität. Politische Krisen häuften sich, allein zwischen April 1927 und Oktober 1929 wechselte dreimal die Regierung. Schließlich markierte die Landtagswahl vom 8. Dezember 1929 eine Zäsur: Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil von 4,5 auf 11,3 Prozent erhöhen, während die bürgerlichen Parteien massive Verluste erlitten. So entstand ein Patt von 23 bürgerlichen gegen 24 linke Landtagsmandate. Und die Konservativen hatten keine Skrupel, ihre Regierungspositionen mit Hilfe der Rechtsradikalen zu gewinnen. Die sechs Abgeordneten der Nazis wurden zum Zünglein an der Waage.

So kam es am 23. Januar 1930 erstmals in Deutschland zu einer Landesregierung, an der die Nazi-Partei beteiligt war. Sich ihrer „Unentbehrlichkeit“ für die Parteien der sogenannten Mitte und deren strikten Kurs gegen links bewusst, stellten sie weitreichende Forderungen, die das tatsächliche Kräfteverhältnis nicht abbildeten. Schon am 11. Januar hatte Hitler in einer Rede über „Politik und Wirtschaft“ vor Vertretern thüringischer Wirtschafts- und Industrieverbände Eindruck gemacht. Nun drohte er offen: Falls sein Vertreter Wilhelm Frick nicht Minister werde, gebe es Neuwahlen.

Befangen in mehr oder minder grundsätzlicher Ablehnung der Weimarer Republik und bemüht, deren Träger als Verantwortliche der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung hinzustellen, wollten die rechten Parteien der „Mitte“ keine andere Möglichkeit sehen als das Bündnis mit der NSDAP. Deren Ideen und Konzepte lagen ihnen näher als jede Aktion zur Verteidigung der Weimarer Demokratie und zur Abwehr rassistischer Politik.

Frick – als Beteiligter am Nazi-Putsch im November 1923 ein Hochverräter und von Hitler als „fanatischer Nationalsozialist“ gepriesen – übernahm den entscheidenden Posten des Innen- und Volksbildungsministers. Willy Marschler wurde Staatsrat. Fritz Sauckel, Chef der thüringischen NSDAP, blieb einstweilen noch außen vor. Die Nazis nutzten die ihnen gebotenen Chancen. Ein „Modell der Machtergreifung“ war entstanden – und Thüringen wurde ein Experimentierfeld diktatorischer Regierungspraxis. Das Land erlebte einen Vorgeschmack auf faschistische Machtausübung, bei der auch ein „Ermächtigungsgesetz“ – angenommen am 29. März 1930 – nicht fehlte.

Während seiner Amtszeit verfolgte Wilhelm Frick, wo und wann es ihm möglich war, das Ziel, die Landespolizei mit Parteigängern zu durchsetzen. Ebenso nahm er Einfluss auf den Bildungsbereich, wovon vor allem die Einführung von „Schulgebeten“ mit faschistischem Inhalt kündete. Erste Vorstellungen von Machtgebrauch und -missbrauch des kommenden neuen Reiches boten auch der Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, die Zensurmaßnahmen gegen das Buch und den Film „Im Westen nichts Neues“ des Pazifisten Erich Maria Remarque, die Entfernung „dekadenter“ Gemälde aus Weimarer Museen oder die Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialanthropologie für den „Rasseforscher“ Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität. Zu einer Posse geriet allerdings Fricks Versuch, Hitler im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und den Staatenlosen so einzubürgern.

Frick selbst war nicht lange im Amt. Am 1. April 1931 sah sich die an der Regierung beteiligte Deutsche Volkspartei (DVP) veranlasst, einen von KPD und SPD gestellten Misstrauensantrag zu unterstützen. Doch wurde hierbei offenbar, wes Geistes Kind der mittlerweile im bürgerlichen Lager führende Thüringer Landbund (TLB) war: Sein Vorsitzender stellte fest, die Nazis hätten mit ihrem Kampf gegen die jüdische Bankwelt nur bewirkt, dass das Geld ins Ausland abgeflossen sei, und wehklagte zugleich: „Die Juden haben wir aber hierbehalten.“ Von Distanz zum rassistischen Antise-

mitismus der NSDAP war schon da keine Spur. Und nur ein gutes Jahr später, im Juli 1932, bildete der Landbund wieder eine Koalition mit der NSDAP – diesmal freilich unter Fritz Sauckel.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 25./26. Januar 2020, S. 18.

Auf dem Weg zur Macht

Die „Kommunalpolitik“ der NSDAP am Beispiel Thüringen

Das Gestern im Heute. Manfred Weißbecker zum 85.

Der Historiker Manfred Weißbecker gehört zu den Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR, die der Bonner Staat nach Einverleibung des sozialistischen Konkurrenten östlich der Elbe sonder Zahl aussortiert hat. Die Onlineenzyklopädie vermerkt dazu im Eintrag zu seiner Person lapidar: „Nach der Wende wurde Weißbecker 1992 in den Ruhestand versetzt.“ Man kann das auch anders nennen: Alle institutionellen Strukturen der DDR-Geschichtswissenschaft wurden vollständig zerschlagen, ihre Historiker waren fortan vom Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossen, Nichtbeachtung war noch der freundlichste Umgang, der ihnen zuteil wurde.

Zwischen Weißbeckers Anstellung am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der restlosen „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaft lagen drei Jahrzehnte umfangreicher Lehr- und Forschungsarbeit. In Jena wurde seit den 1960er Jahren schwerpunktmäßig die Geschichte bürgerlicher Parteien untersucht. Für das mit Dieter Fricke und anderen herausgegebene vierbändige „Lexikon zur Parteigeschichte“ schrieb er unter anderem den Aufsatz zur protofaschistischen Deutschen Vaterlandspartei, die zum Ende des Ersten Weltkriegs in der Lage war, hinter ihr Programm einer diktatorischen gesellschaftlichen Ordnung und der Vorstellung von einem „deutschen Siegfrieden“ mehr als eine Million Mitglieder zu scharen. Als Massenorganisation war sie ein Prototyp der NSDAP, deren gründliche Erforschung wiederum Weißbecker zusammen mit dem Kollegen und Weggefährten Kurt Pätzold unternahm. 1982 veröffentlichten die beiden mit der Monographie „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“ die erste und bis heute immer noch einzige umfassende Darstellung der Geschichte der NSDAP, zu einer Zeit, als die meisten Historiker der Bundesrepublik bloß drei Antworten zur Erklärung von Faschismus und Krieg bereithielten: Hitler, Hitler, Hitler.

Der Kölner Papy-Rossa-Verlag hat jüngst kleinere Publikationen und Vortragstexte von Weißbecker in einem Band sammelt, der in diesen Tagen erscheint. Im Geleitwort schreibt Weißbecker: „Bedrohlich erscheint die Gegenwartigkeit des Vergangenen, erschreckend, wie den Kriegen vor allem Naturhaftigkeit und Alternativlosigkeit unterstellt wird, umhüllt mit Phrasen von ›Verantwortung‹, die Deutschland in der Welt wahrzunehmen habe. Vergleiche zwischen den letzten Jahren der Weimarer Republik und heutigen Erscheinungen gewinnen trotz Beachtung genereller Unterschiede wieder an Gewicht – leider. „ Mit freundlicher Genehmigung des Verlags veröffentlichen wir aus diesem Band vorab und leicht gekürzt den obenstehenden Beitrag.

Manfred Weißbecker feiert an diesem Sonabend seinen 85. Geburtstag. Verlag und Redaktion von junge Welt gratulieren ganz herzlich. (jW)

Ein analytischer Blick auf gegenwärtige Bedrohungen der Demokratie durch Neonazis muss mit jenem auf die Szenerie von gestern gekoppelt werden. Natürlich kann und wird es eine schlichte Wiederholung nicht geben, wohl aber lassen sich trotz aller zeitbedingten Unterschiede mit großer Wahrscheinlichkeit gewisse Übereinstimmungen, strukturelle Parallelen sowie neuerliche Notlagen erkennen. Ferner sind jene begünstigenden Entfaltungsbedingungen zu benennen, welche die Vorgänger heutiger Nazis vorfanden, als sie vom Rand der Gesellschaft in deren Mitte hineingezogen wurden. Ebenso aufschlussreich dürfte das Bild jener Entwicklungsschritte sein, die in der Weimarer Republik hin zur faschistischen Diktatur gegangen worden sind, zunächst auf leisen Sohlen (als alle Parteien die neue, sich rasch ausbreitende Bewegung der Nazis völlig unterschätzten), dann in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit sprunghaft (als die Gegner der NSDAP dies nahezu hilflos hinnahmen und lediglich ihr eigenes parteipolitisches Süppchen zu kochen bereit waren), zwar mit Rückschlägen verbunden (was manchen in den Reihen der Antifaschisten zu verfrühtem Optimismus und zu einer verhängnisvollen Überschätzung der eigenen Stärke veranlasste), am Ende dennoch erfolgreich – und an schlimmsten Folgen allzu reich. Und nicht zuletzt lassen sich handlungsorientierende Lehren aus dem damals vergeblichen Ringen aller Antifaschisten um die Verhinderung einer Herrschaft der NSDAP ziehen.

Wahlbasis Land

Manches Beispiel auch aus Thüringens Vergangenheit bietet beherzigenswerte geschichtliche Erfahrungen. Eine besagt, dass vor 1933 sowohl im Deutschen Reich als auch in Thüringen für alle Bemühungen der Nazis gerade die kommunale Ebene eine bedeutsame Rolle gespielt hat. Dies zeigt unter anderem ein Vergleich zwischen den Wahlerfolgen, die die NSDAP zwischen 1927 und 1933 jeweils in den zehn Stadtkreisen sowie in den 16 Landkreisen des damaligen Landes Thüringen erzielte. Deren Gegenüberstellung belegt den stärkeren Vormarsch der NSDAP im ländlichen und kleinstädtischen Raum, also da, wo Nachbarn einander besser kennen als in der Anonymität einer Großstadt,

wo traditionelles Gemeinschaftsdenken zu dominieren vermag und politischer Einfluss einzelner Personen sehr groß sein kann, wo ganz eigene Mentalitäten, Denk- und Wahrnehmungsmuster existieren.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gewann die Partei der deutschen Faschisten im ländlich-kleinstädtischen Raum also früher und mehr Wählerstimmen als in den größeren Städten. Das bewirkte in der Tat einiges zugunsten der NSDAP, zumal damals nur ein Viertel der Bevölkerung Thüringens in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern gelebt hat. Wahlerfolge, für wen auch immer, hingen also in erster Linie von den Stimmengewinnen in kleineren Gemeinden und Städten ab. Das Zahlenmaterial (das leider in sozialstruktureller Hinsicht wenig aussagefähig ist) böte sicher ein noch drastischeres Bild, würde man die stets großen, wenngleich auch auf unterschiedlichen Ursachen beruhenden Erfolge der Nazis in solchen Stadtkreisen wie Weimar und Hildburghausen herausrechnen. Deutlich zeigt indessen die Übersicht zu den Wahlen in Thüringen und insbesondere zu den Reichstagswahlen vom 6. November 1932, dass jene Rückschläge, welche die NSDAP mitunter erlitt, in den Landkreisen geringer ausfielen. Das lässt also auf eine größere Anhänglichkeit und wirksameres Verharren in einmal getroffenen parteipolitischen Entscheidungen schließen. Möglicherweise kann heute anhand aktueller Wahlergebnisse über Parallelen nachgedacht werden und damit auch über den Sinn der neonazistischen Parole „Wir erobern die Städte vom Land aus“. Zu prüfen wäre eventuell sogar die Frage, ob nicht das Auftreten neonazistischer Gruppen in größeren Städten wie Leipzig, Magdeburg oder auch Jena vielleicht doch nur eine Art Begleitmusik zur Schaffung einer stabilen Basis auf dem Lande und in kleineren Städten darstellt.

Wie eine andere Übersicht aus den Wahlanalysen zur Weimarer Zeit zeigt, handelte es sich damals um eine generelle Erscheinung des Stadt-Land-Gefälles: Je höher die Einwohnerzahlen waren, desto geringer war der Anteil der Stimmen für die NSDAP. Die NSDAP war in den kleineren Städten und Gemeinden und im agrarischen Bereich vor allem während der Weltwirtschaftskrise überproportional vertreten.

Wäre nun also zu vermuten, die Partei der Faschisten habe den Interessen dieser Bevölkerungskreise in besonderem Maße entsprochen? Darf etwa angenommen werden, sie habe eine den ländlichen und kleinstädtischen Raum befördernde Kommunalpolitik betrieben und daher erfolgreich Wahlkämpfe geführt?

Ohne Konzept

Meine Antwort fällt negativ aus. Zwar hat sich die NSDAP zielbewusst auf diesen Raum konzentriert; bereits bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen vom Dezember 1928 – also noch vor ihrem großen Aufschwung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise – stellte sie nahezu überall Kandidaten auf, mehr als andere Parteien mit Ausnahme der SPD und der KPD. Zwar orientierte sie sich intensiv auf ihr Erscheinen vor Ort, dies erfolgte jedoch ohne irgendein Konzept, das tatsächlich als kommunalpolitisch zu bezeichnen gewesen wäre. In ihrem 25-Punkte-Programm von 1920 fehlte jegliche Aussage dazu, sieht man von der antisemitisch-demagogischen Forderung nach einer „Kommunalisierung der Großwarenhäuser“ sowie von dem allgemeinen Slogan „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ab. Mit Ausnahme einer kleinen Broschüre „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“ veröffentlichte die eigentlich sehr publikationsfreudige NSDAP nichts speziell zu diesem Thema. Noch in der fünften Auflage der 1929 erstmalig publizierte Schrift von Karl Fiehler – NSDAP-Mitglied der ersten Stunde –, mit der 1932 erst eine Zahl von 25.000 Exemplaren erreicht wurde, hieß es abschließend auf Seite 80: „Die Meinungen darüber, welche Gemeindeordnung oder Städteverfassung in Deutschland die beste ist, gehen stark auseinander. Uns Nationalsozialisten ist diese Frage in der heutigen Zeit vollkommen gleichgültig, da heute die politischen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Gemeinden überhaupt fehlen (...). Unsere Aufgabe kann es nicht sein, lediglich in einer Körperschaft zu sitzen, die unter den heutigen Verhältnissen nicht in der Lage ist, den Zusammenbruch des Volkes zu verhindern. Unsere Aufgabe kann es nur sein, den Lebenswillen des Volkes wiederzuerwecken und gegen alle Mächte zu kämpfen, die sich der Volkserneuerung entgegenstellen.“

Auf allen Seiten dieser Schrift ist erkennbar, wie dürftig die nationalsozialistischen Vorstellungen von Gemeindepolitik gewesen sind. Die Priorität lag eindeutig auf propagandistischem Aktionismus.

Im Herbst 1933 tönnte Fiehler während einer kommunalpolitischen Schulungswoche seiner Partei in Berlin rückblickend: „Ich habe mir alle Mühe gegeben, meine Stellung in der Gemeinde dazu zu gebrauchen, das vergangene System zu zerschlagen (...). Wir standen im Kampfe und hatten, weiß Gott, vielfach andere Dinge zu tun, als uns in den eigentlichen sachlichen Dingen zu schulen.“

Ebenso bot das aus völkisch-nationalistischen Quellen gespeiste Verdikt gegen die modernen Großstädte keinerlei konzeptionelle Anhaltspunkte. In sehr verschwommenen Zügen erschien die Großstadt Hitler und anderen Nazigrößen – vor 1933, wie betont werden muss – lediglich als ein Ort des moralischen Verfalls und des Niedergangs aller Kultur. In ihr, so hieß es in „Mein Kampf“, werde die biologische Kraft des deutschen Volkes vernichtet, während der ländlich-agrarische Bereich Bewahrer der Volkskraft und Garant nationaler Wiederbelebung sei. Die großen Städte seien kulturell bedeutungslos und ärmlich, sie besäßen keine das gesamte Stadtbild beherrschenden Denkmäler und entbehrten also „überragender Wahrzeichen der Volksgemeinschaft“. Solche Aussagen besaßen politisch-ideologischen Charakter, sie markierten keinerlei politischen Anspruch, wie die spätere Realität in den zwölf Jahren faschistischer Architekturgigantomanie bewiesen hat. Die geschichtliche Erfahrung besagt daher, dass es den deutschen Faschisten keineswegs um die Realisierung eines geistig-politischen Programms gegangen ist; für sie stand ausschließlich die Frage im Vordergrund, wie Macht zu gewinnen und dann im Interesse – modern formuliert – eines „deutschen Standortnationalismus“ zu nutzen sei.

Strenge Hierarchie

Erst 1927 wurde innerhalb der Reichsleitung der NSDAP ein Kommunalpolitisches Amt geschaffen. Möglicherweise spielte dabei eine Rolle, dass sich zu dieser Zeit die Feststellung häufte, in letzter Zeit habe der „Opfermut der Mitglieder (...) bedeutend nachgelassen“. Als sein Auftrag wurde lediglich formuliert, es gelte, die Arbeit der Parteimitglieder in den Kommunen zu beraten sowie zu „überwachen“. Den Ortsgruppen, denen schon vorher verordnet worden war, sie hätten „grundsätzlich Sorge dafür zu tragen, dass in jeder Ortsgruppe die Partei den Charakter einer wahrhaftigen Volkspartei“ erhält, wurde auferlegt, „Stimmungen“ einzufangen und darüber an die jeweiligen Vorgesetzten zu berichten. In die gleiche Zeit fällt auch eine Änderung jener Passage in Hitlers „Mein Kampf“, in der bis dahin von einer Wahl der Vorsitzenden der Ortsgruppen die Rede gewesen war und welche die sogenannte germanische Demokratie gepriesen hatte. Nunmehr hieß es klipp und klar, jeder Ortsgruppenleiter sei von oben her einzusetzen, womit das faschistische Führer-Gefolgschaft-Prinzip endgültig auch an der Basis der Partei durchgesetzt wurde. Ansonsten hieß es, man habe vor Ort „geschlossen“ aufzutreten. Auch das bezog sich nicht auf Inhalte – geschlossen auftreten sollte Stärke, Gewalt und Macht demonstrieren, einschüchtern und zugleich mobilisieren. Solches Gebaren empfahl man insbesondere für kleinere Gemeinden, denn – so lautete die Begründung – geschlossen marschierende 300 Mann würden auf dem Lande besonders wirken, hingegen als ein „verlorenes Häuflein in der Steinwüste einer Stadt“ untergehen. Terror aller Art – auch dies besagen unsere historischen Erfahrungen – gehört zu den konstitutiven Elementen nazistischer Politik.

Und schließlich offenbarte sich in der Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 die große Diskrepanz zwischen ideologisch-propagandistischem Anspruch und der Realität nationalsozialistischer Politik. Alle kommunalen und ebenso die Länderparlamente wurden zeitgleich mit der am 14. Oktober 1933 erfolgten Auflösung des Reichstages aufgehoben; danach wurden neue Gemeindevertretungen „ernannt“. Als Leiter des Kommunalpolitischen Apparates der NSDAP vollzog Fiehler im Mai 1933 die Gleichschaltung aller kommunalen Spitzenverbände und wurde zum Vorsitzenden des neuen Deutschen Gemeindetages berufen. Im Rahmen der Ausarbeitung einer neuen Kommunalgesetzgebung, die am 30. Januar 1935 zur Deutschen Gemeindeordnung führte, ging es auch um die Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge, die für die Kommunen eine außerordentliche Belastung darstellte. In keiner Weise wurde dem Trend entgegengewirkt, der seit 1929 erkennbar gewesen war: zunehmende Belastung der Gemeinden mit den Wohlfahrtskosten und Verlust an finanzieller Autonomie der Kommunen. Das Reich hatte die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die Länder umverteilt, und die Länderregierungen gaben sie an die Gemeinden weiter. Mehr als 600 sogenannte Staatskommissare wirkten bereits vor 1933 in jenen Gemeinden, die ihre Haushaltspläne nicht mehr auszubilanzieren vermochten. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine vom damaligen Reichspreiskommissar, dem

Konservativen Carl Goerdeler, erhobene Forderung: Die gesamte Arbeitsvermittlung sei an die Gemeinden zu übertragen. Seine Begründung liest sich außerordentlich aktuell: Es gelte, „die gesamte Organisation zu vereinfachen und die von der Wirtschaft zu tragenden Kosten zu mindern“.

Stütze der Herrschaft

Nach 1933 gehörte der auch auf kommunaler Ebene völlig gleichgeschaltete Apparat zu den wesentlichen Stützen der faschistischen Herrschaft. Weder das Führer-Gefolgschaft-Prinzip noch die Formel von der „deutschen Volksgemeinschaft“ hätten ohne ihn in dem tatsächlich erreichten Ausmaß systemstabilisierend wirken können. Nur gelegentlich behaupteten die Nazis, sie würden es als ihre Aufgabe ansehen, die Selbstverwaltung der Kommunen zu pflegen und zu fördern. In der Praxis wurde jedoch von den Nazis – übrigens durchaus parallel zu ihrer Sozialismuspropaganda – alles getan, um das Gegenteil zu bewirken. Nachdem ihnen die Regierungsgewalt übertragen worden war, beseitigten sie mit ihrer Kommunalgesetzgebung alle Möglichkeiten einer Mitwirkung der Bürger in den Städten und Gemeinden. Von einer Selbstverwaltung konnte nach dem Preußischen Gemeindeverfassungsgesetz von Ende 1933 und der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 keine Rede mehr sein. Alle Macht konzentrierte sich in der Person und im Amt des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters, aber auch deren Spielraum wurde durch den Staat immer mehr eingeschränkt und nahezu völlig beseitigt. Wo dennoch gewisse kommunale Aufgaben wahrgenommen wurden, zum Beispiel im Siedlungsbau, blieb das Ergebnis in Zahl und Qualität hinter dem zurück, was die Weimarer Republik der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung gestellt hatte. Nur das propagandistische Getöse hatte sich gesteigert. Mehr und mehr bestimmte die Vorbereitung eines neuen Krieges die Situation der Gemeinden. Ihnen wurden beispielsweise Luftschutzaufgaben übertragen, im Jahr 1937 auch die Vorbereitung von Hilfskrankenhäusern für den sogenannten Mobilmachungsfall. In allen Konfliktsituationen sprachen Kreis- und Gauleiter als Hoheitsträger der NSDAP das letzte Wort, woraus sich schlussfolgern lässt: „Wenn man die strukturbestimmenden Merkmale der Selbstverwaltung folgendermaßen definiert: erstens durch die eigenverantwortliche Erledigung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft durch Gemeinden als Körperschaften des öffentlichen Rechts unter bürgerschaftlicher Mitwirkung durch gewählte Vertretungsorgane und, zweitens, die Universalität der Aufgabenverantwortung im örtlichen Wirkungskreis, dann hat die kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich effektiv aufgehört zu existieren.“ Statt dessen sei die kommunale Selbstverwaltung nahezu ausschließlich auf einen örtlichen und regionalen Verwaltungsvollzug unbedeutender Aufgaben reduziert beziehungsweise degradiert worden.¹

1937 erfolgte die Definition der Aufgaben aller kommunalpolitischen Ämter der NSDAP in folgender Weise: „1. Beratung des Hoheitsträgers und des Beauftragten der NSDAP im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung in kommunalpolitischen Fragen. 2. Beratung und Betreuung aller Partei- und Volksgenossen in den kommunalpolitischen Fragen. 3. Erziehung aller gemeindlich tätigen Kräfte im deutschen Volke im Geiste des Nationalsozialismus und in fachlicher Richtung, damit die gesamte Gemeindepolitik sich im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung bewegt. 4. Schulung und Erziehung der vorhandenen und noch zu gewinnenden gemeindepolitisch interessierten Volksgenossen sowie Heranbildung eines Nachwuchses wahrhaft nationalsozialistisch gesinnter und fachlich befähigter Gemeindepolitiker. (...) 5. Tätige Mitwirkung bei der Fortbildung und Durchführung eines in ganz Deutschland einheitlich geltenden Gemeinderechts. 6. Pflege und Fortbildung des Selbstverwaltungsgedankens (Selbstverantwortung) in den Kommunen. 7. Ausrichtung der gesamten fachlichen Arbeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem politischen Willen der nationalsozialistischen Führung.“² Als der Zweite Weltkrieg entfesselt worden war, hieß es dann lakonisch, jeder Beamte müsse in seiner Gemeinde „ein politischer Soldat“ sein bzw. als „Frontsoldat in der vordersten Linie der Verwaltung“ stehen.

¹ Jeremy Noakes: Die kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich. In: Adolf M. Birke und Magnus Brechtken (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung. Local Self-Government. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich, München u. a. 1996, S. 65-81, hier S. 81.

² Siehe Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg.: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1937, S. 283 f.

Die am Ende der Weimarer Republik sich schleichend vollziehende Erosion der gemeindlichen Aufgabenbereiche war in der Zeit der faschistischen Diktatur in solch einem Maße zu deren totaler Aufhebung geraten, dass 1943 sogar Fiehler beklagte, die Gemeinden seien zu „etatistischen Departementsverwaltungen“ entleert worden. Neben der totalen Demokratiefeindlichkeit im Leben vor Ort bestand schließlich eine der schlimmsten Folgen dieser Entwicklung in der außerordentlich großen Zunahme von Korruption – gegen die während der Weimarer Republik die NSDAP lautstark und gellend aufgetreten war, der sie nun aber einen außerordentlich umfassenden Nährboden bot –, aber auch an verwaltungstechnischer Ineffizienz.

Neoliberaler Bodensatz

Insgesamt ist dem sich als Homo politicus verstehenden Historiker, der sich in unserer Gegenwart mit den genannten Problemen befasst, die Feststellung erlaubt, dass erstens sowohl der Versuch, vor allem im ländlichen und kleinstädtischen Raum Stützpunkte aufzubauen, als auch zweitens die Inhaltslosigkeit in kommunalpolitischen Fragen sowie drittens die lautstarke Nutzung wohlklingender Parolen sich auch im Repertoire heutiger extrem Rechter feststellen lassen. Elementare Kontinuität und strukturelle Parallelen kennzeichnen historisch-politische Einsichten: Es ging den alten Nazis in keiner Weise um die realen Interessen, die kommunalpolitisch zu vertreten und durchzusetzen gewesen wären. Sollte sich daran etwas geändert haben? Sollte die heutzutage festzustellende Intellektualisierung innerhalb der rechtsextremen Szene – die einhergeht mit wohlklingenden Forderungen, welche letztlich doch nur bezeugen, dass der Wolf Kreide zur Tarnung seiner eigentlichen Ziele gefressen hat – auch zu ernsthaft vertretenen kommunalpolitischen Anliegen führen? Sollte die „Sorge“ beispielsweise um versiegende Brunnen, umweltbelastende Müllverbrennungsanlagen und ähnliches mehr Ausdruck einer wie auch immer zu bewertenden Kommunalpolitik extrem rechter Kräfte sein? Oder handelt es sich nicht doch nur um die Nutzung jener Problemfelder, die sich im Gefolge des von neoliberalen Politikern regierender Parteien vehement betriebenen Sozialabbaus, der Kürzung von Mitteln für Kultur sowie einer zunehmenden Verlagerung aller Kosten auf regionale und lokale Strukturen auftun?

Vortrag, gehalten 2006 in einigen thüringischen Städten und teilweise veröffentlicht in der Zeitschrift *Der rechte Rand. Magazin von und für Antifaschistinnen*“, Heft 105, März/April 2007, S. 19 f.

junge Welt, Sonnabend, 08.02.2020, S. 12.

Faschismus ante portas

Die Zerstörung der Weimar Republik und unsere haltlose Gegenwart

„Bonn ist nicht Weimar“ – über viele Jahrzehnte hinweg galt diese Formel in der alten Bundesrepublik nahezu als unantastbar. Sie hatte zu bezeugen, dass man aus historischen Fehlern gelernt habe. Wenn gegenwärtig jemand wagt, die Republik von Weimar mit der jetzigen Berliner Republik zu vergleichen, schallt ihm oder ihr sofort heftigste Kritik entgegen. Obwohl hiesige Geschichtspolitik ständig und in festgezurten Ritualen Faschismus und Sozialismus, das NS-Reich und die DDR vergleichen, schlimmer noch: gleichsetzen. Der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann spricht von „Dämonisierung durch Vergleich“.

Ist nun aber Berlin mit Weimar vergleichbar? Ja, sogar auf mehreren Ebenen. Schauen wir zunächst auf den Bereich Wirtschaft, exakter: auf unternehmerische Krisenvermeidungsstrategien. Die wirtschaftliche Lage zu vergleichen ist wenig sinnvoll, denn die bundesdeutsche Ökonomie steht weitaus besser da und ist auch international stärker eingebunden als vor neun Jahrzehnten. Allerdings unterscheidet sich die Entwicklungsrichtung. Ab 1931/32 ging es aus der großen Krise heraus aufwärts. Heute ist zwar die Finanzkrise von 2007/08 einigermaßen bewältigt, doch alles scheint in eine Abwärtsspirale geraten zu sein. Neue Einbrüche stehen bevor. Auf Platz eins der „Spiegel“-Bestsellerliste befand sich wochenlang ein Buch mit dem Titel „Der größte Crash aller Zeiten“. Der Freiburger Ökonom Marc Friedrich meint, 2023 käme ein großer Kollaps.

Kollaps oder nicht – wer kann das schon vorhersagen? Interessant ist, nach den jeweiligen Zukunftskonzepten wirtschaftlicher Eliten zu fragen, also danach, wie sich diese darauf vorbereiteten, auch in erwarteten Krisenzeiten Gewinne zu sichern, Rendite zu maximieren und die kapitalgeprägten Machtverhältnisse zu erhalten. Damals war bereits vor dem großen Aktiensturz an der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929, dem „schwarzen Freitag“, sorgenvoll die Abschwächung der Konjunktur beobachtet worden. 1928 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) die Politik auf, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen, gemeint war Europa „von Bordeaux bis Odessa“! Nur so sei etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen.

Am 2. Dezember 1929 veröffentlichte der Industriellenverband eine wegweisende Denkschrift, „Aufstieg oder Niedergang?“, ein umfassendes Krisenbewältigungsprogramm, das zugleich auf tiefgreifende Veränderungen im politischen Herrschaftssystem zielte. Dieses sollte die vom Sozialdemokraten Hermann Müller geleitete Koalitionsregierung erfüllen. Wenn sie sich weigerte, sollte sie gestürzt werden – was tatsächlich im März 1930 geschah.

Der RDI, neben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die mächtigste Organisation der Großunternehmer, hatte damals eine generelle „Umstellung“ der deutschen Wirtschaftspolitik verlangt. Die „Förderung der Kapitalbildung“ habe fortan als Ausgangspunkt aller Maßnahmen zu gelten. Kategorisch hieß es: Die deutsche Wirtschaft muss von „allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit“ werden. Steuern seien auf das „unumgänglich notwendige Maß zurückzudämmen „. Unternehmen in öffentlicher Hand sollten künftig „grundsätzlich in privatwirtschaftlicher Form“ betrieben werden. Reformiert werden müsse das Sozialversicherungswesen, ebenso die Arbeitslosenversicherung. Aufzuheben seien die bestehende Schlichtungsordnung und das, was die Industriellen als „Zwangslohnsystem“ bezeichneten. Sie wandten sich gegen Schiedssprüche bei Tarifaueinandersetzungen, Tarife seien nicht länger als verbindlich zu betrachten. Ausgaben der öffentlichen Körperschaften sowie die Steuern sollten einer „wesentlichen Senkung“ unterliegen. Hingegen seien Verbrauchssteuern „stärkerer Anspannung“ zu unterwerfen.

Dieter Kempf, der gegenwärtige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, schrieb am 19. Dezember 2019: „Gerade angesichts einer schwächeren Konjunktur muss die Regierung ihre Finanzpolitik in Richtung Wachstum umsteuern. Richtig ist, öffentliche Investitionen zu stärken und die Standortbedingungen für private Investitionen zu verbessern. Dazu gehört auch: Unternehmenssteuern runter, Verwaltung digitalisieren, schneller genehmigen ... Die Bundesregierung sollte Hindernisse in Bund, Ländern und Kommunen beseitigen, die ein Abfließen vorhandener Mittel verhin-

dem ... Die Finanzpolitik sollte den vorhandenen Spielraum nutzen, um sich frühzeitig auf eine härtere Lage einzustellen.“

Welch Übereinstimmung in ökonomischer und sozialpolitischer Dimension! Bekannt ist, dass mit solchen Krisenbewältigungs- und Profiterhaltungsversuchen politischer Kurs nach rechts gefördert wird. Max Horkheimer bestätigte: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Kommen wir zu einer zweiten möglichen Vergleichsebene: Von der Weimarer Republik ging kein Krieg aus. Trotz der Tatsache, dass die von den Siegermächten 1919 auferlegten militärischen Einschränkungen unterlaufen wurden und seit 1925 in den Safes der Reichswehrführung detaillierte Pläne mit dem Titel „WH 808“ für den Aufbau eines aus acht Armeen und 102 Divisionen bestehenden Massenheeres von 2,8 bis 3 Millionen Soldaten schlummerten. Unter dem Druck der Militärs war auch mit dem Bau neuer Kriegsschiffe begonnen worden. Und Generäle wie Wilhelm Groener und Kurt von Schleicher gewannen zunehmend an Einfluss auf die Regierungsgeschäfte.

Heute wird getönt, Deutschland müsse in der Welt mehr Verantwortung übernehmen. Als dies vor sechs Jahren der damalige Bundespräsident auf einer Münchner Sicherheitskonferenz äußerte, wurde eine Wende in der bundesdeutschen Außenpolitik eingeleitet. Wenige Jahre zuvor hatte ein anderer Bundespräsident noch zurücktreten müssen, weil er zu offen von der Notwendigkeit militärischer Einsätze sprach, um „unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Heute braucht wegen solcher Worte keiner mehr seinen Posten zu räumen. Im Gegenteil, da verlangt die CDU-Chefin – die diese Woche aus anderen Gründen ihren Rücktritt ankündigte – „robustere“ Mandate für deutsche Einsätze an internationalen Brennpunkten.

Anspruch auf Weltgeltung wird täglich erhoben. Gern wäre man auch eine Atommacht, möglichst im Besitz eines Flugzeugträgers, gar eines Weltraumbahnhofs. Zumindest will man weiterhin am Waffenexport verdienen, auf Kosten der Zivilisation, der Natur und des Klimaschutzes. Man tummelt sich auf den neuen Schlachtfeldern der Wirtschaftskriege und gibt vor, im westlichen Bündnis hohe Werte zu verteidigen. Sorglos wird die Frage verdrängt, was passieren würde, wenn der verbündeten US-Administration einfallen könnte, ihre absolute Übermacht an Kriegsmaterial für den Fall einzusetzen, dass ihre Ziele nicht länger allein mit verhängten Sanktionen durchsetzbar sind.

Eine dritte Ebene vergleichbarer Erscheinungen sehe ich in der Parteienlandschaft. In den letzten Jahren der Weimarer Republik rückten alle bürgerlichen Parteien – zumeist nach Führungswechseln – nach rechts. Dies vollzog sich schrittweise und keineswegs geradlinig. Es gab auch retardierende Momente, denn unter den ökonomischen, militärischen und politischen Eliten wurde intensiv und ernsthaft gestritten. Dabei ging es sowohl um die Frage, bis zu welchen Schmerzgrenzen durch Notverordnungen Löhne gekürzt und „gespart“ werden könne, wie auch um Varianten und Modalitäten weiterer deutscher Machtentfaltung. Man stritt sich jeweils um die eigenen Vorteile.

Wer denkt da nicht sofort an den Riss, der heute durch die CDU geht, wer nicht an jene taktischen Überlegungen auch in einer anderen „Partei der Mitte“, wie Machtpositionen (wieder) zu gewinnen sind, selbst wenn dies nur mit Hilfe der AfD möglich ist? Offiziell wird kundgetan, sich nicht mit jener einzulassen. Große Skepsis ist geboten.

Dass sich in Weimarer Zeiten Nazis und Konservative nach dem Scheitern ihres „Harzburger Front“ genannten Bündnisses gegenseitig beschimpften, war Schein. Die am 30. Januar 1933 gebildete „Regierung der nationalen Konzentration“ bestand aus drei Nazis und acht Konservativen. Die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP) und die Zentrumspartei ermöglichten mit ihrer Zustimmung am 24. März 1933 das Ermächtigungsgesetz Hitlers. Ein Zusammengehen mit der AfD wird CDU und FDP heute schwerer fallen als den bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik, denn noch existiert in der Gesellschaft ein zwar bröckelnder, ständig attackierter, aber immer noch ernsthaft zu beachtender antinazistischer Konsens.

Ein weiterer Aspekt des Parteienwesens lädt zu Vergleichen ein: Damals wie auch heute spielten Argumente eine Rolle, die sich generell gegen das Parteienwesen richten. Die NSDAP wollte als

„Bewegung“ verstanden werden und verkündete, Parteien stellen ein Übel dar, seien „undeutsch“ und „jüdischen Ursprungs“. Aversionen dieser Art fanden Resonanz und Bestätigung, besaßen Alltagsattraktivität. Die real existierenden Schwächen des Parteienwesens boten sowohl nationalistischem als auch antidemokratisch-autoritärem Denken viel Spielraum. Seit nunmehr sechs Jahren wettet die AfD gegen „Altparteien“, „Systemparteien“, „Kartellparteien“. Scharen bisheriger Nichtwähler danken es ihr und machten sie zu der bisher erfolgreichsten Partei am rechten Rand der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Sollte es in Thüringen zu Neuwahlen kommen, ist sicher wieder ein Zuwachs für die AfD zu erwarten.

Neues Deutschland, Freitag, 14. Februar 2020, S. 13.

Mit Kriegs- und Terrorprogramm

In ihren 25 Punkten kündete sie von einem weit über die deutschen Grenzen hinausreichenden Expansionismus sowie von schlimmster Menschen- und Fortschrittsfeindlichkeit. Vor 100 Jahren wurde die NSDAP gegründet

So manches Ereignis scheint nicht mehr zu sein als ein bloßes Vorkommnis, eines ohne geschichtliche Bedeutung. Dennoch: Auch in ihm spiegeln sich oft aufgewühlte Zeiten und erbitterte Auseinandersetzungen, ebenso die Hoffnungen und Ängste, Erwartungen und Befürchtungen Denkender und Handelnder, vor allem aber ein Zeitgeist, den Goethe einst als Geist der Herren bezeichnete. Und: Aus Kleinem kann Großes entstehen, aus dem, was ungefährlich daherkommt, zutiefst Unmenschliches. Zudem erfolgen Veränderungen in kleinen Schritten, mitunter weder wahr- noch ernstgenommen. Wer aber widerstehen will, der muss sorgsam und rechtzeitig auf alle Gefahrenzeichen achten. Dies belegt insbesondere die Geschichte des Weges, den Deutschland gegangen ist hin zum 30. Januar 1933 und zum 1. September 1939 ...

So bedeutete für viele die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ am 5. Januar 1919 in München nicht mehr als kleinliche Vereinsmeierei und bloßen Hintertreppenspuk. Das galt jedoch schon nicht mehr für deren öffentliche Veranstaltung vom 24. Februar 1920, als die DAP ihrem Namen den Zusatz „nationalsozialistisch“ hinzufügte (die offizielle Ummeldung war bereits am 20. Februar 1920 vollzogen worden) und zugleich ihr 25 Punkte umfassendes Programm verkündete. Dieses machte publik, dass man auf bislang unbekannte Art Politik betreiben wollte, eine Politik, die – entsprechend der Selbstbezeichnung der italienischen Schwarzhemden-Bewegung Mussolinis – als faschistisch zu bezeichnen war.

Sinnen und Trachten der deutschen Faschisten richteten sich voll und ganz auf das Ziel, die Ergebnisse des verlorenen Krieges und der ihnen verhassten Novemberrevolution so rasch und so gründlich wie möglich rückgängig zu machen, verbunden mit der Bereitschaft, sich für ihre Ziele und Zwecke aller verfügbaren Gewaltmittel zu bedienen, selbst um den Preis eines neuen Krieges nach außen und eines Bürgerkrieges im Lande. Ihre Ziele entsprachen dem Hoffen und Wollen eines generell friedensfeindlichen, militant-terroristischen und rassistischen Teils der deutschen Eliten, dem die regierenden Parteien der Republik – ob die liberale Deutsche Demokratische Partei, das katholische Zentrum, die großbürgerlich orientierte Deutsche Volkspartei oder gar die reaktionäre Deutschnationale Volkspartei – nichts entgegenzusetzen hatten und auch antifaschistisch-demokratische Kräfte nur unzulänglich begegneten.

Im Spektrum der damals existierenden bürgerlichen Parteien fehlte ein Organisationstyp für die Realisierung extrem reaktionärer Zukunftsvorstellungen, die – im einzelnen sehr diffus und widersprüchlich – nach dem Krieg Denken und politisches Verhalten zahlreicher Angehöriger der deutschen Oberschichten erfasst hatten. Eine Orientierung zur Gewinnung einer großen Anhängerschar hatte schon die 1917 gegründete Deutsche Vaterlandspartei geboten. Sie sah in den „abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten“ stehenden Arbeitern eine Chance. Es gelte, „die abseits stehenden Arbeiter und die vaterländisch gesinnten Arbeitergruppen auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront zu sammeln“.

Dies gelang der DAP bis Februar 1920 allerdings nicht. Die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich nur langsam. Im Januar 1920 war man gerade mal bei 190 angekommen. Wer zunächst zur DAP stieß, stand in der Regel wie Hitler noch im Dienste der Reichswehr. Mit deren Hilfe erhielt die DAP die für sie so lebenswichtige Unterstützung, organisiert hauptsächlich durch Karl Mayr und Ernst Röhm.

Hitler selbst gehörte der Reichswehr bis zum 31. März 1920 an und nutzte gleichermaßen Räume wie Material für die DAP, ohne auf dienstliche Schwierigkeiten in der sich nach außen unpolitisch und neutral gebenden Reichswehr zu stoßen. In einem aufschlussreichen Brief an Wolfgang Kapp – die führende Figur des konservativ-militaristischen Putsches vom März 1920 – stellte Mayr die neue Partei als eine „Organisation des nationalen Radikalismus“ und sogar als seine Schöpfung hin. „Wir werden, und zwar nicht im parlamentarisch geruhsamen Tempo der Deutschnationalen Volkspartei,

einen glühenden Nationalismus pflegen. Bolschewismus, Separatismus, Aufgehen in westlicher Pseudokultur und wirtschaftliches Helotentum von Englands und Frankreichs Gnaden werden wir mit Hörnern und Klauen bekämpfen.“

Streit um die Richtung

Ende 1919 und vor allem zu Beginn des Jahres 1920 suchten die führenden Personen der DAP nach Möglichkeiten einer Vergrößerung und Stabilisierung ihrer Organisation. Dabei geriet die Partei in eine erste Zerreißprobe, ging es doch um eine grundsätzliche Entscheidung über ihre weitere Entwicklung. Unterschiedliche Auffassungen prallten aufeinander. Einige, die aus der berüchtigten Thule-Gesellschaft kamen, sahen ihre Aufgabe mehr darin, im Hintergrund zu agieren und mit den Mitteln indirekter Einflussnahme zu wirken. Hitler machte sich dagegen zum Fürsprecher der Auffassung, man müsse hauptsächlich an die Öffentlichkeit treten. Es eskalierte der Streit um die Geschäftsordnung der Partei.

In gewisser Weise widerspiegelten sich in diesen Auseinandersetzungen auch die Debatten, die innerhalb der herrschenden Kreise Deutschlands um die Frage geführt wurden, welcher Weg zur weiteren Festigung ihrer innen und außenpolitischen Macht der erfolgversprechendste sein werde. Sie berührten zwangsläufig auch den Platz, den dabei die Reichswehr und die neu geschaffenen paramilitärischen Organisationen einzunehmen hatten. Führende Militärs – unter ihnen vor allem General Hans von Seeckt, der im April 1920 zum Chef der Heeresleitung avancierte – begannen mit dem Gedanken zu spielen, die Armee als Kern eines Massenheeres für künftige revanchistische Aggressionskriege aufzubauen. Es war diese in die Zukunft reichende Sichtweise, die Seeckt in einer Verfügung an die Generalstabsoffiziere erklären ließ: „Wenn wir arbeiten wollen, so müssen wir heraus aus dem Lärm des Tages.“ Zwar müsse der Offizier – von Soldaten war nicht die Rede – teilhaben an den Fragen der Öffentlichkeit und am politischen Leben des Volkes, doch sei nicht „mit lauter Stimme einzugreifen“. Andere, vor allem General Walther von Lüttwitz, Kommandeur des Gruppenkommandos Nr. 1 der Reichswehr in Berlin, Erich Ludendorff, von 1916 bis 1918 als Erster Generalquartiermeister führend in der Obersten Heeresleitung tätig, und Oberst Max Bauer, ein enger Mitarbeiter Ludendorffs während des Krieges, bereiteten hingegen mit direkter Unterstützung der Schwerindustriellen Hugo Stinnes, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch und des deutschnationalen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp – er gehörte zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Deutschen Bank – einen Putsch zur Errichtung einer Militärdiktatur vor.

Beides – sowohl die Lösung vom „Lärm des Tages“ als auch die Putschstrategie – beförderte die Entwicklung völkisch-faschistischer und rassistisch-antisemitischer Organisationen. Führenden Militärs erschienen diese zudem als nützliches politisches Auffangbecken für jene Angehörigen der Truppe, die unter dem Druck der Entente bei der Verkleinerung des Heeres auf 100.000 Mann entlassen werden mussten und nicht alle in den Einwohnerwehren oder sonstigen paramilitärischen Verbänden zu erfassen waren. Sie sollten aber auch Bestandteil jenes vielgegliederten antirepublikanischen Lagers sein, ohne das weder bei dem geplanten Putsch noch bei der weiteren Entwicklung nach rechts auszukommen war. Die bayerischen Förderer der DAP wussten seit langem um die Vorbereitungen zum Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Unternehmen. Vor dem Startschuss für die putschenden und sich mit Hakenkreuzen schmückenden Reichswehr-Brigaden sollten jedoch ihre Ziele schon über zivile Kanäle propagiert werden. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade Hitler, der „Aufklärer“ der Reichswehr in der DAP, im Februar 1920 auf die Durchführung einer für die Maßstäbe dieser Partei außerordentlich großen Massenveranstaltung drängte.

In jenen Tagen, als an die Stelle der Republik eine als „nationale Regierung“ verbrämte Militärdiktatur gesetzt werden sollte, lud die DAP für den 24. Februar 1920 zu einem öffentlichen Vortrag in den großen Saal des Hofbräuhauses am Platzl, einem der bekanntesten Bierpaläste im Zentrum Münchens. „Was uns not tut!“ lautete das Thema der Rede des Arztes Johannes Dingfelder, der als nationalistischer Sprecher in der Landeshauptstadt an der Isar kein Unbekannter war. Der Name Hitler und die Absicht, ein 25 Punkte umfassendes Parteiprogramm sowie die Namensänderung der Organisation in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bekanntzugeben, ließen die Werbeplakate unerwähnt.

Die Veranstaltung fand einen starken Zulauf von nahezu 2000 Teilnehmern. Mehr als zuvor ließen sich in München, in Bayern und bald auch im übrigen Deutschland Interessierte und Neugierige anziehen. Sie kamen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und sahen ihre Existenzgrundlagen bedroht, sei es durch Krieg und Niederlage, durch Revolution und Münchener Räterepublik, durch Nachkriegselend und einsetzende Inflation. Bislang hatten sie zumeist keiner politischen Organisation angehört, wandten sich jetzt jedoch – von allen anderen Parteien enttäuscht und keine Besserung ihrer Lage erhoffend – voller Tatendrang dieser neuen Bewegung zu, die eine Alternative zu jener Republik verhiess, in der sie selbst die Ursache allen Übels sehen wollten. Nicht zuletzt schien ihnen auch der physische Terror Erfolg zu versprechen, der nun in den Versammlungssälen Einzug hielt. Je größer der Zulauf zur NSDAP wurde, desto ungehemmter verschmähte die Partei jede Form „friedlicher“ Veranstaltungen. Ein „behördliches Maß an Anständigkeit“ wurde bewusst gesprengt. Im Vordergrund stand das Ziel, wie Hitler später schrieb, einen „fanatischen Ausbruch völkischer und nationaler Leidenschaft“ zu erreichen. Inhalt und Form ihrer Veranstaltungen hatten nach den Plänen ihrer Organisatoren immer den Gegner „zu reizen“, was mit einem kraftlosen „Gewäsch“ nicht erreicht werden könne.

Populistischer Allerweltstopp

Die 25 Punkte des am 24. Februar 1920 verkündeten Parteiprogramms widerspiegelten die Entschlossenheit, alle verfügbaren Mittel zum Machtgewinn im Inneren und zur Durchsetzung aggressiver Ziele nach außen einzusetzen. Sie – von Demagogen der NSDAP als „Glaubensbekenntnis“ gepriesen oder, Luthers legendenumwobenen Thesenanschlag an einer Wittenberger Kirche assoziierend, gar „Thesen“ genannt – beinhalteten ein eklektisches Sammelsurium weitreichender chauvinistischer Forderungen, schlimmster rassistischer Leitsätze und hochtrabender sozialpolitischer Versprechungen. Die weltanschauliche und ideologische Beschreibung des eigenen Standortes richtete sich gleichermaßen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten, Demokraten und Liberale, gegen Demokratie und Parlamentarismus, gegen die „Systemparteien“ und ein angeblich jüdischen Interessen dienendes Parteienwesen, gegen ethnische Minderheiten, die pauschal als „Nichtdeutsche“ rassistischen Verdikten unterworfen werden sollten.

So skurril und wolkig manches auch formuliert sein mochte: Hinter dem Gemisch von Leitsätzen und Gemeinplätzen, von Bekenntnis und Berechnung sowie von wohlklingend formuliertem Vorsatz und verlogener Versprechen verbargen sich ein weit über die deutschen Grenzen hinausreichender Expansionismus sowie schlimmste Menschen- und Fortschrittsfeindlichkeit. Darin kam die Bereitschaft zu offener Gewaltanwendung gegen die organisierte Arbeiterschaft zum Vorschein. Verbunden mit ihrer totalen Feindschaft gegen Demokratie und Parlamentarismus, ließen die Autoren zugleich ihren Hass auf die Juden, ihren sich zu jeder Barbarei berechtigt fühlenden Antisemitismus erkennen.

So klar und eindeutig diese Hauptziele der NSDAP, die ihr Mitverfasser Hitler nie aus den Augen ließ, auch waren, die 25 Punkte selbst blieben in vielen einzelnen Formulierungen relativ unbestimmt und vielfältig deutbar. Zynisch und offenherzig charakterisierte Hitler die 25 Punkte als ein Werbeprogramm, das „psychologisch richtig auf die Seele derjenigen eingestellt“ sein müsse, „ohne deren Hilfe die schönste Idee ewig nur Idee bleiben würde“.

Aus zahlreichen Gründen sollte vor einem Sieg der NSDAP keinerlei Programmänderung vorgenommen werden; ja selbst nachfolgenden Generationen wurde auferlegt, alles so zu belassen, wie es Anfang 1920 niedergeschrieben und verlesen worden war. Zur Rechtfertigung dieses Standpunktes berief sich Hitler auch ausdrücklich auf die bewährte geistige und praktische Verführungskunst der katholischen Kirche und auf das Prinzip ihrer vatikanischen Spitze, an verkündeten Dogmen nicht zu rühren. Davon habe man auch in der Politik zu lernen. Schließlich wurde das Parteiprogramm am 22. Mai 1926 auch offiziell für unabänderlich erklärt – nicht zufällig in einer Situation, als interne Auseinandersetzungen die Mitglieder der NSDAP zu verwirren drohten und Hitler sich intensiv darum bemühte, seine Position als „Führer“ zu festigen: Das, was er einmal verkündet hatte, durfte in seiner Partei auch als nicht mehr verbesserungsfähig gelten.

Knapp formulierte, inhaltlich jedoch außerordentlich weitreichende außenpolitische Forderungen standen an der Spitze des Programms. Gleich im ersten der 25 Punkte wurde der „Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland“ verlangt. In seinen parteiamtlichen Erläuterungen zum Programm postulierte Alfred Rosenberg, dass „gleiches Blut und gleiche Sprache und gleiche Kulturüberlieferung auch einen Staat bilden“ müssten. Darin kam ein expansionistisches, nur in neuen Kriegen gewaltigen Ausmaßes zu verwirklichendes Ziel zum Vorschein. Der zweite Punkt forderte die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und die Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“, der dritte den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. Dies alles richtete sich nicht nur gegen die 1919 erfolgten Gebietsabtretungen an Polen, Litauen, Dänemark, Belgien, Frankreich und Italien. Es reichte noch über die – auch von anderen deutschen Parteien verlangte – Wiederherstellung der Grenzen des Reiches von 1914 oder 1866 hinaus. Da von den rund 90 Millionen Menschen deutscher Nationalität etwa ein Drittel außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lebte, enthielt diese Formel auch den wahnwitzigen Anspruch, sich in die Angelegenheiten eines jeden Landes einmischen zu können, in dem eine deutsche Minderheit lebte, und das war u. a. in der Tschechoslowakei, in Polen, Jugoslawien, Rumänien, in den baltischen Staaten, Russland und auch in Übersee der Fall.

Unumwunden forderte die NSDAP Zuwachs an „Land und Boden“ für das Reich, worunter sie vor allem osteuropäische Gebiete, aber auch die verlorenen Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien verstand. Begründet wurde dies mit demographischen und geopolitischen Argumenten; angeblich erforderten die Bevölkerungsdichte und die Ernährungssituation in Deutschland eine territoriale Expansion. Es widerspreche jeglicher natürlichen Ordnung, ließ wiederum Rosenberg wissen, „dass 36 Millionen Franzosen über ein größeres Land verfügen als 63 Millionen Deutsche; dass auf einen Russen 20mal mehr Grund und Boden kommt als auf einen Deutschen. Dieses naturwidrige Verhältnis muss entweder zur vollkommenen Verkrüppelung des deutschen Volkes führen, oder es wird in einer Weise ein Ende nehmen, wie sich die Dinge in der Geschichte noch immer zugetragen haben: durch einen völkischen Machtkampf. Es gibt auch hier nur Durchsetzung unserer Lebensnotwendigkeiten oder Untergang.“

Sturz des Parlamentarismus

In wenigen, nahezu lapidaren Sätzen brachte die NSDAP nicht nur größte Gebietsansprüche, sondern auch die Absicht zum Ausdruck, das Ergebnis des Ersten Weltkrieges mit militärischen Mitteln wieder rückgängig zu machen. In Deutschland dürfe der Wehrwillen nicht einschlafen, und „die Überlieferungen aus großer Zeit“ müssten „wieder ins Leben“ zurückgerufen werden. Auch aus diesen Gründen enthielt das 25-Punkte-Programm die Forderung, den „persönlichkeitslosen Parlamentarismus“ konsequent zu beseitigen. Er führe nicht zu einer Auslese der Besten, sondern der „Skrupellosesten“, des „charakterlosen Strebertums und der kurzsichtigen Mittelmäßigkeit“.

Schillernd glänzten die gesellschafts- und die wirtschaftspolitischen Formulierungen des Programms der NSDAP. An ihnen fiel – im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien des alten Typs – am meisten auf, dass in ihnen kein ausdrückliches Bekenntnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln formuliert war. Die NSDAP trat für das Fortbestehen der Großbetriebe ein und sprach sich mit Punkt 13 zwar für eine Verstaatlichung aller Trusts aus, verband dies jedoch mit der vielsagenden Klausel, dass es sich dabei nur um die „bisher bereits vergesellschafteten Betriebe“ handeln dürfe. Beruhigt konnten die besitzenden Schichten allerdings konstatieren, dass im 25-Punkte-Programm das für sie so schreckliche Wort „Sozialismus“ nicht ein einziges Mal auftauchte.

Der vorliegende Aufsatz erscheint im Heft 2/2020 der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion der Mitteilungen.

Aus den Quellen:

Aus einem Brief des Historikers Max Lenz anlässlich der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (2. September 1917):

„Möglich, dass sich danach ein Chor von so starker Resonanz bildet, um dem Stumpfsinn und der Mattherzigkeit unserer Quasi-Reichsvertreter zu imponieren und die Flaumacher in Berlin oben und

unten zum Schweigen zu bringen. Das Beste wäre ja wohl [...], in der Wilhelmstraße Gas abzublasen, leider sind so scharfe Mittel nur an der Front möglich.“

Aus einem Brief Anton Drexlers und Adolf Hitlers vom 1. März 1920:

„Wir können uns kein anderes Ziel denken, das irgendwie geeignet wäre, uns im Inneren zu befriedigen, wenn nicht das Ziel, dem deutschen Volke die Stellung auf dieser Erde zu geben, die ihm kraft seiner Zahl und seiner Kultur gebührt.“

Aus einer Rede Hitlers am 6. April 1920:

„Wir wollen keine Gefühlsantisemiten sein, die Pogromstimmung erzeugen wollen, sondern es be-seelt uns die unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Um unser Ziel zu erreichen, muss uns jedes Mittel recht sein, selbst wenn wir uns mit dem Teufel verbünden müssten.“

Am 17. Dezember 1922 urteilt ein bayerischer Politiker in der Central-Vereinszeitung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens über den Namen der NSDAP:

„Fünf Worte und fünf Unwahrheiten; es nennt sich Partei und will zugleich alles Partei- und Parlamentswesen abschaffen. [...] Darum nennt sie sich national und stößt in blindwütigem Hass wertvolle Helfer am Wiederaufbau des Vaterlandes zurück, nur weil sie Juden sind und deshalb in den beschränkten Volksbegriff der Rassefanatiker nicht passen. [...] Sozialistisch nennen sich die Herren und verfolgen doch jeden Sozialisten mit wütendem Hass. Deutsch geben sie vor zu sein, nehmen aber ihre Ideale und Methoden von den italienischen Faschisten, den bittersten Verfolgern des Deutschtums in Südtirol, und scheuen sich auch nicht vor Ideenverbindungen mit Franzosen und anderen Feinden Deutschlands, sofern nur gemeinsamer Hass gegen alles Jüdische sie zusammenführt.“

Clara Zetkin urteilt im März 1923 über das politische Programm der Faschisten:

„Der gegenwärtige Staat soll ersetzt werden durch eine Art geschlechtsloses Wesen, das über den Parteien und Klassen steht. Das Programm variiert nicht nur von Land zu Land, sondern selbst innerhalb eines Landes. Dass der Faschismus in Italien siegen konnte, beweist, dass es nicht der verschärften Zerrüttung durch die Niederlage, wie sie in Deutschland eingetreten ist, bedurfte, um ihm den Boden zu bereiten. Mussolini gründete seine ersten Organisationen im März 1919 mit einem ausgesprochen republikanischen Programm, das der Groß- und Kleinbourgeoisie die schönsten Versprechungen machte. Tatsächlich wurde aber nur ein Programmpunkt vom ersten Tag bis heute festgehalten: die bittere Feindschaft gegen die sozialistischen Arbeiterorganisationen.“

junge Welt, Donnerstag, 20.02.2020, S. 12.

Siehe auch: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 2/2020, Nr. 360, 29. Jahrgang, S. 3-7.

Kabinett der Frontsoldaten

30. März 1930: Mit Reichskanzler Brüning begann die Zeit der Präsidialkabinette

In der Weimarer Republik, an die gegenwärtig so manches Ereignis erinnert, gab es zwischen 1918 und 1932 zwölf Reichskanzler. Bis 1930 vollzogen sich zumeist „normale“ Regierungswechsel, solche also, die den in der Weimarer Verfassung festgelegten parlamentarisch-demokratischen Regeln entsprachen. Das änderte sich jedoch, als die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten begannen, die parlamentarische Demokratie zu attackieren und zu autoritären Herrschaftsmethoden überzugehen.

Dem stand nach der Reichstagswahl vom Mai 1928 – die SPD hatte sie dank der Losung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ gewinnen können – eine „Große Koalition“ aus SPD, der großbürgerlich-katholischen Zentrumsparlei, deren Ableger, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) im Wege. Obgleich der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller dem Bau der Kriegsschiffe zustimmte und unsoziale Forderungen seiner Koalitionspartner akzeptierte, sah sich seine Regierung immer mehr unter Druck gesetzt. Den übten jene gesellschaftlichen Kreise aus, denen es angesichts des Rückgangs der Konjunktur um neue Mittel und Methoden der Sicherung ihrer Profit- und Machtinteressen in den sich ankündigenden Krisenzeiten ging. Sie drängten bereits vor dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise auf einen Rechtskurs. In den bürgerlichen Parteien gelangten 1928/29 neue Führungskräfte an die Spitze. Insbesondere die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), geführt von Alfred Hugenberg und unterstützt vom „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“, arbeitete zudem an Plänen einer Reichsreform, die den föderativen Staatsaufbau einschränken, Preußen und das Reich zusammenführen und die Rechte der Parlamente beschneiden sollte.

Industrie stellt Forderungen

Schon 1928 hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) gefordert, ein „Großraumwirtschaftsgebiet“ zu schaffen, weil nur so „etwaigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen“ sei. Als mit dem Börsencrash in New York die weltweite Krise ausbrach, veröffentlichte der RDI am 2. Dezember 1929 eine wegweisende Denkschrift. Ihr drohender Titel: „Aufstieg oder Niedergang?“ Ihr Inhalt: ein umfassendes Krisenbewältigungsprogramm, das zugleich auf tiefgreifende Veränderungen im politischen Herrschaftssystem zielte. Verlangt wurde eine generelle „Umstellung“ der deutschen Wirtschaftspolitik und eine Befreiung der Wirtschaft von „allen unwirtschaftlichen Hemmungen“. Reformiert werden müsse das Sozialversicherungswesen, ebenso die Arbeitslosenversicherung. Aufzuheben seien die bestehende Schlichtungsordnung und das, was die Industriellen als „Zwangslohnsystem“ bezeichneten. Sie wandten sich auch gegen Schiedssprüche bei Tarifaueinandersetzungen. Man dürfe Tarife nicht länger als verbindlich betrachten. Alle Ausgaben der öffentlichen Körperschaften sowie die Steuern sollten einer „wesentlichen Senkung“ unterliegen. Hingegen seien Verbrauchssteuern „stärkerer Anspannung“ zu unterwerfen. Nebenbei: So manche Erklärung heutiger Wirtschaftspolitiker klingt wie aus alten Texten abgeschrieben ...

Innerhalb der Koalitionsregierung war man solchen Forderungen keineswegs abgeneigt, was Ende März 1930 zu ihrem Scheitern führte. Da waren tiefgreifende sozialpolitische Einschnitte verlangt worden, von denen es arglistig hieß, es handele sich bloß um „Lappalien“. Alle wussten jedoch, dass die SPD-Führung sie angesichts der Stimmung der Parteibasis und des Einflusses der erstarkten Kommunisten nicht akzeptieren konnte.

Am 29. März 1930 berief der Reichspräsident den Reichstagsfraktionschef der Zentrumsparlei, Heinrich Brüning, zum neuen Reichskanzler. An ihn hatte Hindenburg schon Monate zuvor gedacht. Ganz im Sinne des greisen Generalfeldmarschalls kündigte Brüning in seiner Regierungserklärung an, es werde nun der „letzte Versuch“ unternommen, die anstehenden Probleme zusammen mit dem Reichstag zu lösen. Die Drohung lautete: Es geht auch ohne eine Große Koalition und ohne Parlament. Von der SPD wurde erwartet, trotz aller Widerstände in der Partei koalitionswillig zu sein. Daher wolle er die „Fäden nach links nicht ganz abreißen lassen“. Das bedeutete: Ausdünnung des politischen Sys-

tems der Weimarer Republik und Überwältigung der Linken gleichsam auf Raten. In auffällig kurzer Zeit – sonst hatte es immer länger gedauert – stellte Brüning bereits am 1. April 1930 dem Reichstag sein „Kabinett der Frontsoldaten“ vor. Ihm gehörten Vertreter des Zentrums, der DDP, der DVP sowie ein deutschnationaler Politiker an. Es verfügte nicht über eine parlamentarische Mehrheit und hatte sich auf Mitwirkung und die besonderen Befugnisse des Reichspräsidenten zu stützen.

Regieren per Notverordnung

Vor autoritärem Regieren schreckte Brüning nicht zurück. Mehr als hundert Notverordnungen ergingen während seiner Amtszeit. Die Exekutive gewann an Macht auf Kosten der Legislative. Auf seine rigorose Sparpolitik reagierte der Volksmund mit dem Begriff „Hungerkanzler“. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich: Ende 1929 gab es 2,3 Millionen Arbeitslose, die öffentliche Unterstützung erhielten, Ende 1932 war ihre Zahl auf 4,9 Millionen angewachsen. Als Brüning im Juli 1930 rechtswidrig einen vom Reichstag abgelehnten Gesetzentwurf in eine Notverordnung umänderte, erfolgte dessen Auflösung. Die Wahlen vom 14. September 1930 bescherten vor allem der NSDAP einen großen Erfolg. Statt der bisher zwölf Mandate erreichte sie 107 Sitze. Uniformiert und krawallbereit zogen die Nazis als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein.

Was Brüning durchsetzen konnte, reichte – obgleich von großer Tragweite – den rechten Kräften bald nicht mehr aus. Auf ihn folgte 1932 zunächst der „Herrenreiter“ Franz von Papen im Amt, danach General Kurt von Schleicher. Den warf Hindenburg am 28. Januar 1933 aus dem Amt und schuf Hitler damit Platz.

Brünings Platz in der Geschichte lässt sich als der eines Türöffners für die Herrschaft deutscher Faschisten und eines Totengräbers der Weimarer Republik beschreiben. In deutschen Geschichtsbüchern kann hingegen oft gelesen werden, autoritäres Regieren sei damals die einzige Möglichkeit für eine Rettung der Weimarer Demokratie gewesen. Das allerdings gehört in den Bereich zweckdienlicher Legenden. Damals und heute.

„Es wird der letzte Versuch sein“. Aus den Quellen

General Kurt von Schleicher rechtfertigt in einem Gespräch mit Heinrich Brüning kurz nach Ostern 1929 einen stillen Verfassungswandel:

„Wir haben im Reichswehrministerium Gutachten von Kronjuristen gesammelt, die beweisen, dass man in Fortbildung der Praxis den Artikel 48 auch zur Verfassungsänderung gebrauchen kann.“

Rudolf Breitscheid warnt auf dem SPD-Parteitag im Mai 1929:

Durch „die Ausnutzung gewisser Verfassungsbestimmungen, die dem Sinne der Demokratie nicht entsprechen, die aber nun einmal nach ihrem Wortlaut in die Verfassung gekommen sind, [...] durch gewisse Desperados [...] könnten wir eine Art Beamtenkabinett erhalten, das an sich vielleicht schon die verschleierte Diktatur wäre“.

Heinrich Brüning äußert am 12. März 1930:

„Wenn der Reichstag wegen der Uneinigkeit der Parteien sich nicht über Lappalien einigen kann, dann wird der stärkste Zweifel an diesem System sich durch das ganze Land weiterverbreiten.“

Aus der Regierungserklärung des Reichskanzlers Heinrich Brüning vom 1. April 1930:

„Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Maßnahmen in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen. [...] Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten.“

Wilhelm Pieck (KPD) am 2. April 1930 zum Programm der neuen Regierung:

Das Programm „ist eingestellt auf Kapitalbildung, auf Steigerung des Absatzes, auf die ›Verbilligung‹ der Produktion durch Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialversicherung, ferner

auf die Entlastung des Kapitals durch die Senkung der Kapitalsteuern und Erhöhung der direkten und indirekten Massensteuern, durch Zoll- und Mietwucher“.

junge Welt, Sonnabend, 28.03.2020, S. 15.

Kommentare: Nach 75 Jahren

Das hitlerfaschistische Regime richtete sich gegen alle anders Denkenden sowie gegen Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe und Religion. Es untergrub alle noch einigermaßen friedlichen, weil multipolar vom Völkerbund geregelten Verhältnisse in Europa und hielt bipolare Bündnisse geeignet für seine Kriegsvorbereitungen. Es wollte die von wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten gewünschte deutsche Vormachtstellung schaffen und den eigenen Wirtschaftsraum in Europa erweitern, wobei der *Reichsverband der Deutschen Industrie* dies bereits 1931 als Gebiet „Bordeaux bis Odessa“ ins Auge gefasst hatte. Im geplanten „Großgermanischen Reich“ der Nazis drohte anderen Völkern Vertreibung oder Ermordung, allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven. Hitler äußerte im Rausch erster militärischer Erfolge, trotz der verlorenen Schlacht vor den Toren Moskaus: „Berlin wird als Welthauptstadt nur mit dem alten Ägypten, Babylon oder Rom vergleichbar sein! Was ist London, was ist Paris dagegen!“ Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg sowie der Genozid an den europäischen Juden konnten erst am 8. Mai 1945 gestoppt werden, im wahrsten Sinne des Wortes vom Faschismus befreiend ...

75 Jahre danach wird abermals gefragt, ob wir in Halt fordernden, möglicherweise sogar wieder in haltlosen Zeiten leben? Aus vielen Gründen wird es eine einfache, direkte und formengleiche Wiederholung faschistischer Macht nicht geben. Sehr wohl aber erstarkt die Organisiertheit faschistischer Kräfte, sehr wohl lebt faschistisches Gedankengut ungeheuerlich auf – Ungeist also, dessen Wurzeln weit in die Zeit vor 1933 und auch in die vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen und die Zeiten überdauern. Nach Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg wiesen alle Befragungen rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen bei 15 bis 20 Prozent der Bundesbürger aus. Auch in der DDR gab es solches, unzureichend gedeckelt und als Rowdytum verharmlost, nach ihrem Ende schnell entfesselt. Daher gilt es heute anzugehen gegen eine seit mehr als 100 Jahren spürbare Kontinuität und Wirksamkeit entsprechender Denkstrukturen. Die „Völkischen“ nahmen vielfach vorweg, was zu wesentlichen Merkmalen der Nazi-Ideologie geraten sollte: extrem nationalistisch, undemokratische Machtausübung im Interesse bestimmter Kreise wirtschaftlicher und militärischer Eliten anstrebbend, rassistisch-antisemitisch und gewaltbereit sich über andere erhebend, geostrategisch nach Vormacht in Europa und anderen Teilen der Welt suchend.

In Befragungen sprachen sich oft mehr als 70 Prozent der Deutschen gegen Kriege aus. Das lässt hoffen, vielleicht auch auf eine neue Friedensbewegung, vergleichbar vielleicht jener, die in den 1970er und 80er Jahren Hunderttausende in großen Demonstrationen vereinte und wesentlich dazu beitrug, auf nationaler und auf internationaler Ebene „Koalitionen der Vernunft“ zu schaffen. Was zur Beendigung des „Kalten Krieges“ möglich war, sollte erneut angestrebt, wenn möglich auch durchgesetzt werden.

Denkbar scheint durchaus, dass unter allen Rüstungs- und Kriegsgegnern, überhaupt unter allen Kritikern unhaltbar gewordener Verhältnisse das Ringen um eine Gemeinschaftlichkeit wächst, die es ermöglicht, über widersprüchliche Interessen hinweg (vielleicht auch über den leider immer spürbaren Parteien-Egoismus hinaus) unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu beraten, vielleicht sogar zu erproben, bevor alles hinfällig wird im Falle des Sieges der extremen Rechten und eines Lebens in neuen Kriegszeiten, gleich, ob kalte oder heiße. Vorstellbar ist ja immer noch ein Atomkrieg, zu dem im Vergleich – wie kürzlich Georg Fülberth formulierte – selbst „eine Klimakatastrophe wie ein immerhin noch zeitlich gestreckter Prozess mit Gnadenfrist“ erscheinen könnte. Wie wäre es mit einer Ergänzung von „Fridays for Future“ hin zu „Alldays for Peace“? Denn der Satz stimmt doch nach wie vor: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“ Denkbar sind zudem Entwicklungen hin zu friedens-, sozial- und klimapolitischen Bewegungen über nationalstaatliche Grenzen hinaus, erzwungen geradezu als unentbehrliche Antwort auf alle Bestrebungen, die Welt in ein chaotisches Neben- und Gegeneinander neuer Nationalismen zu stürzen.

Hoffentlich nicht zu spät! Denn sonst könnte die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und

entbehrlich angesehen – zu einem neuen, dann wohl aber endgültigen Ende führen. Eine erneute „Befreiung“ davon wie 1945 vom Faschismus – wie sollte die dann noch aussehen?

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 121, März 2020, S. 8-9.

Problem beladen: „Wissenschaftsumbau Ost“

Der Untergang der DDR führte auch zu einem kompletten Umbruch ihres Hochschul- und Bildungssystems. Akademische Einrichtungen und ihr Personal wurden evaluiert und überwiegend abgewickelt. Der Neuaufbau erfolgte unter westdeutscher Planung, Leitung und Kontrolle sowie weit überwiegend mit westdeutschen WissenschaftlerInnen. Aus Sicht der wissenschaftspolitisch führenden Institutionen gilt der „Umbau Ost“ als erfolgreicher Bestandteil der deutschen Vereinigung. Doch nach 30 Jahren nehmen die Zweifel zu und nähren die Forderung nach umfassender kritischer Bestandsaufnahme. Manfred Weißbecker plädiert für eine kritisch-differenzierende Analyse der Transformation des Wissenschaftssystems.

Drei Jahrzehnte sind vergangen, seit die DDR scheiterte und in die Bundesrepublik eingegliedert worden ist. Für ihre BürgerInnen begann ein anderes Leben, ein neues Dasein, dessen unübersehbare Vorteile – demokratische Verhältnisse, Reisefreiheit, Versorgung usw. – in krassem Gegensatz standen zu abfällig-verletzendem Verhalten neu Regierender gegenüber großen Teilen der Menschen in den neuen Bundesländern. Am deutlichsten äußerte sich das im Wirken der „Treuhand“, einer Anstalt, die eigentlich das Volkseigentum für die Allgemeinheit „treuhänderisch“ verwalten sollte, jedoch als eine rigorose Privatisierungs- und Liquidierungsbehörde agierte. Betroffen waren fast 9000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen. Ihre Entscheidungen und ebenso die vieler anderer Institutionen griffen hart in den Alltag fast aller Familien ein.¹ Vielen DDR-BürgerInnen widerfuhr Unbekanntes – sie stürzten in Arbeitslosigkeit, sahen eigene Leistungen über Nacht als wertlos deklariert, empfanden Entscheidungen oft als ungerecht und fühlten sich nahezu machtlos gegenüber pauschalen Verdächtigungen. Dies alles hinterließ tiefe Spuren.

Betroffen sah sich davon auch der Verfasser², der an dieser Stelle als ein vorzeitig entlassener Hochschullehrer nach Tätigkeit und Wirksamkeit des Wissenschaftsrates der BRD [künftig: WR] fragt, eines Gremiums, das 1957 in der BRD geschaffen worden war und Konzepte für eine gesamtstaatliche, also Bund und Länder einschließende Wissenschaftspolitik erarbeiten sollte. Der Wissenschaftsrat stellte von Anfang an „ein politisches Organ im Sektor der Wissenschaft“³ dar und spielte in den frühen 1990er Jahren eine gewichtige, jedoch bislang kaum allseitig erfasste Rolle. Er trug entscheidend dazu bei, jene Wissenschaftslandschaft radikal zu verändern, die sich in der DDR entwickelt hatte und von den Folgen des weltweiten Systemgegensatzes, des Kalten Krieges, des deutsch-deutschen Gegeneinanders und von sozialistischen Prämissen geprägt worden war. Was im zweiten deutschen Staat hatte geleistet werden können, war nicht unerheblich, stieß jedoch immer sowohl an materielle als auch an politische Beschränktheiten. Aber: Vor schwierigen Problemen stand auch die Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik. Insofern wäre unter den 1989/90 gewendeten Verhältnissen durchaus ein sinnvoller gesamtdeutscher „Umbau“ als kooperatives Zusammenführen aller Forschungs- und Lehreinrichtungen möglich und sinnvoll gewesen.⁴ Im Wissenschaftsbetrieb der DDR stand ohnehin nicht nur in personeller Hinsicht ein Wandel auf der Tagesordnung. Vor allem hätte sich bis zur Jahrtausendwende an Hochschulen und Akademien allein aus Altersgründen ein völliger Generationenwechsel vollziehen müssen. Was jedoch stattfand, glich eher⁵ einer weitgehen-

¹ Siehe das Begleitheft *Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale* zur gleichnamigen Ausstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019. Darin bezeichnet Christa Luft das Wirken der Treuhand als „größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten.“ (S. 16).

² Siehe dazu S. 9-28 meines Buches *Noch einmal über die Bücher gehen. Texte aus einem geteilten Historiker-Leben*, Köln 2020.

³ Olaf Bartz 2007: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007*, Stuttgart: 11.

⁴ Mitchell G. Ash fordert dazu auf, trotz aller Unterschiede festzuhalten, dass es „mehrere Gemeinsamkeiten der Wissenschaftssysteme in beiden deutschen Staaten“ gegeben hat. Siehe seinen Artikel „Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50/2010: 11-46; hier: 40. Siehe auch ders. 2010: „Wie im Westen so auf Erden? Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess“, in: J. Kocka, C. Weber und J. von Bilavsky: *1949 – 1989 – 2009. Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen*, Berlin.

⁵ Bartz meint, es habe bis zum Frühjahr 1990 eine „Kooperationsphase“ gegeben, in der jedoch bereits starke Asymmetrien deutlich wurden. Er schreibt aber zugleich (S. 159 f.), dabei die eigene These vom dominierenden politischen Einfluss auf westdeutsche Wissenschaftler relativierend: „Die Wissenschaftsorganisationen (der BRD; M. W.) wollten ihr Operationsgebiet auf die DDR ausdehnen.“

den Zerschlagung wissenschaftlicher Einrichtungen der DDR, einem rigorosen Elitenwechsel und führte lediglich ein von kapitalistischen Wirtschafts- und Politikinteressen geprägtes sowie problembelastetes Wissenschaftssystem fort. Dazu trug der WR mit seinen zahlreichen und umfangreichen Empfehlungen⁶, die „nahezu Gesetzeskraft“⁷ annahmen, in hohem Maße bei.

Nach Peer Pasternacks Recherchen⁸ erfasste der „Wissenschaftsumbau Ost“ mehr als die Hälfte aller Personen, die 1989 in der DDR an wissenschaftlichen Einrichtungen beschäftigt waren, darunter 85 Prozent derer, die in der Industrieforschung tätig gewesen waren, sowie jeweils 60 Prozent des Personals an den Hochschulen und Akademien. In besonderem Maße sahen sich Angehörige sozial- und geisteswissenschaftlicher Institute sowie medizinischer und mathematisch-naturwissenschaftlicher Fakultäten betroffen. Sogenannte Personalkommissionen fragten kaum nach wissenschaftlicher Qualität, eher nach politischer Gebundenheit und „Systemnähe“. Urteile standen bereits vor formal angesetzten Gesprächen fest. Benachteiligt sahen sich nicht allein Hochschullehrer (in Jena wurden 95 Prozent der ProfessorInnen und DozentInnen aus der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät entlassen, in Sachsen 81,9 Prozent aller HochschullehrerInnen), sondern auch der jüngere und mittlere wissenschaftliche Nachwuchs. Wie Pasternack schreibt, sei es nur wenigen gelungen, „sich gegen das in den ersten Jahren wirksame Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren.“

Verständnisunwilligkeit paarte sich mit feindseliger Überheblichkeit. Trafen gewisse Anklagepunkte und Vorwürfe nicht zu, wurden solche oftmals konstruiert und verallgemeinert. Das unerwartete und beängstigende Fluidum der Vorgänge fand zutreffende Charakterisierung in den Worten des Berliner Ethnologen Wolfgang Kaschuba: „Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur dass sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt ...“⁹

Alles erwies sich als eine vom WR nachdrücklich empfohlene und eine rigorose Politik unterstützende Anpassung des einen Wissenschaftssystems an das andere. Dabei sah sich das Personal in den neuen Bundesländern stark dezimiert und deutlich vermännlicht.¹⁰ Zugleich kann von einer Verwestlichung gesprochen werden, die Probleme des Überhangs an habilitierten und promovierten WissenschaftlerInnen der alten Bundesländer lösen half, ohne an den Schwachpunkten westdeutscher Wissenschaftsstrukturen etwas ändern zu müssen. Der völlige „Umbau“ konnte gelingen, weil sich – so von Pasternack formuliert – ein „antikommunistischer Furor Bahn gebrochen“ habe und „wissenschaftssystemtypische Konkurrenzstrukturen“ wirksam werden durften.¹¹ Die Einführung föderaler Strukturen im Gebiet der ehemaligen DDR ermöglichte unterschiedliche Vorgehensweisen. Zudem reichten zu allen Veränderungen viele WissenschaftlerInnen, selbst wenn sie andere Auffassungen als die politisch vorgegebenen vertraten, letztlich willig ihre Hand. Sie kamen aus den alten Bundesländern, einige anfangs hilfsbereit und kollegial, die meisten jedoch voller Hoffnung auf lohnende

⁶ Allein die *Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin* umfassten mehr als 1000 Seiten, die sogenannten Evaluationsberichte noch viel mehr.

⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.09.1991. Zit. nach Bartz (siehe Anm. 3): 170.

⁸ Das Folgende stützt sich auf Peer Pasternack 2016: „Wissenschaftsumbau Ost – Ein 25-Jahres-Jubiläum mit eher begrenzten Jubelanlässen“, in: *Forum Wissenschaft*, H. 1/2016.

⁹ Zit. nach ebd.

¹⁰ Wie sich der Frauenanteil veränderte, müsste noch untersucht werden. Hingegen ist bekannt, dass es im bundesdeutschen Wissenschaftsrat zwischen 1957 und 2007 unter den 74 entscheidenden Funktionsträgern nur vier Frauen gab. Siehe Bartz (siehe Anm. 3): 285 f.

¹¹ Siehe Anm. 6. Dass die personelle Ausstattung der DDR-Wissenschaft zu komfortabel gewesen sei, sollte hingegen keineswegs als ein Nachteil bewertet werden. 1990 kamen in der DDR drei Studierende auf einen Hochschullehrer, in der BRD gab es ein Verhältnis von 12 : 1. Das „Uni-Barometer“ wies für das Jahr 2017 ein Verhältnis von einem Professor bzw. einer Professorin zu 67 Studierenden aus. Heute beläuft sich zudem der Anteil befristeter Verträge bei den wissenschaftlichen Angestellten im Durchschnitt auf 90 Prozent. Gelitten wird unter einem hohen Maß an Teilzeitbeschäftigung, an Abhängigkeit von Drittmitteln und hohen Lehrverpflichtungen. Entstanden ist ein „wissenschaftliches Prekariat“.

Karrieren. Sie kamen auch aus der DDR, getrieben von „Umsatlungseifer“ (wie es Wolfgang Ruge nannte), in „Selbstpreisgabe“ (so formuliert von Werner Röhr) oder als „geschmeidige Wendehälse“ (Hermann Klenner).

Bis heute liegt keine umfassende Geschichte dieses vom WR zumeist gepriesenen „Wissenschaftsumbaus Ost“¹² vor, von einer – in anderen Zusammenhängen allerdings stets geforderten – „Aufarbeitung“ ganz zu schweigen. Zwar füllen Berichte, Protokolle, Darstellungen und Memoiren viele Bibliotheken, doch sie enthalten eher Beschreibendes statt Analysierendes sowie von billigen Rechtfertigungen Geprägtes und von im Feuer der Auseinandersetzungen Behauptetes. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird jene Literatur kaum berücksichtigt oder leichthin abgetan, in der sich die Sicht Betroffener erkennen lässt.¹³ Dazu zählt leider auch ein Band, den nordamerikanische und deutsche Historiker vorgelegt haben.¹⁴ Nachdrücklich wird indessen um eine Deutungshoheit für die These vom Gelingen des „Umbaus“ gerungen, also eine – eigentlich wissenschaftsfeindliche – Methode genutzt, die selbst eine lange eigene Geschichte aufweist und generell das problemreiche Verhältnis von Wissenschaft und Politik berührt.¹⁵ Es wird nicht einmal gefragt, ob es hätte besser gemacht werden können, obwohl solch ein alternativloses Denken der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern keineswegs zu entsprechen vermag.

Fehlende Aufarbeitung

In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde der „Wissenschaftsumbau Ost“ sehr oft gedeutet: Positives hervorgehoben, anderes verschwiegen. Im Mittelpunkt der folgenden Bemerkungen stehen dabei Empfehlungen und Einschätzungen des einflussreichen, mitunter nach außen sich zurückhaltend gebenden WR.¹⁶ Zu untersuchen sind dabei auch die jeweils verwendeten Worte und Begriffe, denn oft lässt sich allein an deren Veränderungen erkennen, welche Ziele verfolgt worden sind.

So war zunächst vom WR im Januar 1990 eine Arbeitsgruppe geschaffen worden, die den Titel „Deutsch-deutsche Wissenschaftsbeziehungen“ erhielt. Die von ihr bis zum Sommer 1990 erarbeiteten Empfehlungen galten in einem anderen Ton den „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“. Bald war jedoch nur die Rede von einer „Neuordnung der

¹² Bartz (siehe Anm. 3) meint, der WR verdiene „höchste Anerkennung“, weil er die ihm 1990/91 gestellten Aufgaben in der „stolzeste[n] und wichtigste[n] Phase seiner bisherigen Geschichte“ fristgerecht und vollständig erfüllt habe (S. 182).

¹³ Zu Abwicklung und Ausgrenzung der Wissenschaftselite der DDR siehe u. a. Jürgen Angelow 2017: *Entsorgt und ausgeblendet. Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland*, Potsdam, 2. erw. Aufl.; Stefan Bollinger, Ulrich van der Heyden und Mario Keßler (Hrsg.) 2004: *Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung*, Berlin; Götz Brand 1996: *Die Abwicklung der Bauakademie der DDR 1989–1991. Dokumentation aus eigenem Erleben; Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der Mitarbeiterinnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin*, Berlin; Heinrich Fink 2013: *Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors*, Hannover; Arno Hecht 2002: *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?*, Leipzig; Peer Pasternak 2005: *Politik als Besuch. Wissenschaftspolitischer Feldreport aus Berlin*, Bielefeld: 172 f.; Werner Röhr: *Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, Bd. 1: Analyse einer Zerstörung*, Berlin 2011; *Bd. 2: Analyse ausgewählter Forschungen, Übersichten, Register*, Berlin 2012; Herbert Wöltge 2004: „Der nackte DDR-Bürger“, in: *Das Blättchen*, H. 22 vom 25.10.2004. Verwiesen sei auch auf die umfangreiche autobiografische Literatur.

¹⁴ Axel Fair-Schulz und Mario Keßler (Hrsg.) 2017: *East German Historians since Reunification. A Discipline Transformed*, New York.

¹⁵ So äußerte z. B. der OHL-Pressechef im Auftrag des Generals Erich Ludendorff kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges: „Worte sind heute Schlachten: Richtige Worte gewonnene Schlachten, falsche Worte verlorene Schlachten.“ Zit. nach Jeffrey Verhey 2000: *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*: 327. Zu ergänzen wäre, dass bestimmte Worte benutzt, andere hingegen verschwiegen werden, um ans Ziel gelangen zu können. Das Besetzen der Begriffe pries Historiker Michael Stürmer, als er in den 1980er Jahren Bundeskanzler Helmut Kohl geschichtspolitisch beratend zur Seite stand. Und Heinrich August Winkler, selbst aktiv tätig in der „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaft, deutet alle Geschichte gar als „eine von Kämpfen um die Deutung der Geschichte“.

¹⁶ Bartz (siehe Anm. 3) urteilt: Der WR habe als ein „einflussreiches, nach außen hin aber zurückhaltendes Gremium agiert.“

wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR“. Der WR setzte sich das Ziel, mit seinen Empfehlungen den Regierungen der neuen Bundesländer „möglichst rasch ein normatives Konzept“ für Investitionsentscheidungen und Stellenpläne an die Hand zu geben. Für ihn hieß es: Priorität habe in allen Fällen eine „an den Studienangeboten westdeutscher Hochschulen orientierte Qualitätssicherung“. Dabei wussten ihre Verfasser durchaus um „unbestrittene Mängelanalysen“ des westdeutschen Hochschulsystems, doch zu dessen Reform sah man sich weder in der Lage noch willens, ganz nach dem schlichten Motto „Wie im Westen, so auf Erden.“¹⁷ Die Chance, für das wiedervereinigte Deutschland ein gänzlich reformiertes Bildungs- und Forschungssystem zu schaffen, wurde folgenreich vertan.

Vom WR Gewolltes stimmte nicht immer mit dem Erreichten überein, doch das traf zumeist nur im Detail zu und änderte generell nichts an den eigenen Orientierungen. Dennoch gab es krasse Urteile, die auf beiden Seiten gefällt wurden, zumeist aber mehr die Art und Weise des Vorgehens betrafen statt der Grundsätze und Inhalte. So bekannte Dieter Simon, von 1989 bis 1993 WR-Vorsitzender, dass sich allzu oft „fachlicher und persönlicher Neid, Rach-, Herrsch- und Habsucht und viele weitere unerfreuliche menschliche Eigenschaften manch hässliches und unverwindbares Stelldichein gegeben“ hätten.¹⁸ Mit dem Export nach Osten sei „nur eine Misere durch eine andere abgelöst“ worden, erklärte 1994 einer der führenden Wissenschaftspolitiker der BRD.¹⁹ Ein von diesem „Export“ betroffener Ostdeutscher wählte lediglich andere Worte und sprach von „geklonten Defiziten“ mit enormen Folgen.²⁰

Ein gewisses Unbehagen der Berater, Evaluierer und Entscheider kam zum Vorschein, als im Februar 2002 auf einer Tagung in Berlin unter dem Titel „10 Jahre danach“ zu bilanzieren versucht wurde.²¹ Wissenschaftspolitische Akteure aller Art hielten Rückschau auf ihr Wirken: ehemalige Leiter diverser Kommissionen, Gründungsrektoren und -dekane, Wissenschaftsfunktionäre aus Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Deutscher Forschungsgemeinschaft sowie MitarbeiterInnen einiger Ministerien. Eingeladen war keiner der von den „Abwicklungen“ Betroffenen. Im Vordergrund standen – wie erwartet – triumphierend klingende Aussagen über einen insgesamt erfolgreichen Transformationsprozess. Es sei eine lebendige, agierende Hochschullandschaft geschaffen worden, tönte Dagmar Schipanski, die dem WR 1992 bis 1998 vorstand. Einer (Manfred Erhardt, 1991-1996 Berliner Wissenschaftssenator) sprach gar von einem erneuerten und „blühenden Wissenschaftsland“ in den neuen Bundesländern. Gelobt wurde, dass leistungsfähige Potentiale der DDR-Forschung ausgebaut worden wären. Offiziell wurde rund 500 Personen für ihren Einsatz gedankt, da sie als Beratende und als Evaluierer mit „hoher Kompetenz und einem unglaublichen persönlichen Engagement der gemeinsamen Sache“ gedient hätten. Man kam nicht umhin einzugestehen, dass die Geisteswissenschaften der DDR zu Verlierern der deutschen Einheit gehören würden. Wurden Defizite benannt, sah der WR indessen die Verantwortung auf anderen Schultern liegen²², man habe nur „beraten“ und sei – so hieß es lakonisch – für Personalfragen nicht zuständig gewesen. Ein sonderbar selbstgerechter Freispruch.

Dennoch ließ sich in dieser Veranstaltung auch Erstaunliches vernehmen. Dazu gehörte weniger die Klage aus Rostock, dass Professoren aus dem Westen wesentlich mehr Geld erhielten als die Ost-

¹⁷ Spöttisch äußerte sich so Dieter Simon, WR-Vorsitzender von 1989 bis 1993 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19.03.1991.

¹⁸ Zit. nach Bartz (siehe Anm. 3): 181.

¹⁹ Wilhelm Krull 1994: „Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR“, in: Renate Mayntz (Hrsg.): *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, Frankfurt/Main und New York: 205-224; hier: 206 und 224.

²⁰ Jakob Wegelin [d. i. Herbert Woeltge] 2002: „Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland“, in: *Leibniz intern* Nr. 12, 30.4.2002: 13-15; hier: 14 f., zuvor erschienen in: *junge Welt*, 15.02.2002: 13-15.

²¹ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.) 2002: *10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und Volkswagen-Stiftung am 8. und 9. Februar im Berliner Rathaus*, Essen.

²² Immerhin bezeichnete sich Simon 1995 selbst als „Mittäter“. Zit. nach Bartz (siehe Anm. 3): 181.

kollegen und ein Ost-Emeritus bei gleicher Lebensleistung viel weniger als ein West-Emeritus. Andere äußerten sich durchaus mit Anzeichen einer Selbstkritik: „Schuld“ habe man mit dem Umbau der DDR-Wissenschaften „auf sich geladen“ und sich „an einer ganzen Generation versündigt“. „Ungerechtigkeiten“ seien zu konstatieren, ebenso „persönliche Tragik“ in einem „schmerzlichen Prozess“, „eine Katastrophe für die Betroffenen“. „Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen „habe es gegeben und „ungerechtfertigte Härten“. Von Jürgen Mittelstraß, damals in Konstanz lehrender Philosoph, stammt, was hier ausführlich zitiert zu werden verdient: „Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.“ Er schloss mit den Worten: „Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.“ In der Diskussion präzisierte er, was er damit meinte: „Lasst uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah“. In das Protokoll der Tagung fand dies keinen Eingang, doch hat er den Satz später noch einmal ausdrücklich bestätigt.²³

Es blieb allerdings bei solchen mehr oder weniger zaghaften Einwürfen. Eingefordertes war zwar ausgesprochen worden, erlebte jedoch kein Realisieren, schon gar nicht ein „gemeinsames“. Weder gab es Entschuldigungen noch andere „symbolpolitische“ Aktionen, von einer Unrechts-Anerkennung ganz zu schweigen. Ansätze zu praktischen Schlussfolgerungen oder gar Korrektur-Vorschläge lassen sich bis in unsere Gegenwart hinein nicht ausmachen. Nirgends war und ist Bereitschaft zu erkennen, zur Mitverantwortung für die nach der „Wende“ offiziell betriebene Wissenschaftspolitik der Bundesregierung zu stehen²⁴, für eine Politik der Vernichtung von Wissenschaft und Wissenschafts-Ressourcen, für eine Politik, die zur Verkehrung elementarer Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens führte und die lauthals proklamierte „Freiheit der Wissenschaft“ aufhob. Es ging 2002 wohl, so dicht noch am Geschehen und seinen Folgen, lediglich um die Beruhigung von Ansätzen eines schlechten Gewissens ...

Bei den Jubiläums-Tagungen 2010 und 2015 ließ sich selbst davon kaum noch etwas vernehmen. Das Bedauern nahm ab, das Vergessen zu. Gegenteiliges trat endgültig in den Vordergrund. Auf der letzten Tagung in Hannover²⁵ lobte die Bundesministerin für Bildung und Forschung den WR in höchsten Tönen. Er habe „zahlreiche Empfehlungen ausgearbeitet, die das Wissenschaftssystem und die deutsche Hochschullandschaft nachhaltig geprägt und verändert haben.“ WR-Vorsitzender Manfred Prenzel sah die deutsche Wissenschaft West und Ost zusammengewachsen. Manches werde „gleichwohl eine Daueraufgabe bleiben“, doch das bezog sich mehr auf offene regionale Perspektiven. Ausführlich äußerte er sich zur Rolle, die der WR in den frühen 1990er Jahren gespielt hat. Von der früher

²³ Das Mittelstraß-Zitat wurde vom Autor bereits 2007 verwendet. Siehe seinen Vortrag: „Die universitätsgeschichtlichen Bemühungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. – ein Rückblick“, in: Manfred Weißbecker (Hrsg.): *Hoffnungen – Enttäuschungen – Neue Erfahrungen. Deutsche Hochschullandschaft in der „Wende“. Das Beispiel Friedrich-Schiller-Universität Jena*, Jena: 271-280. Nach dem Zitat hieß es: „Nun ja, das ist trefflich formuliert. Ob aber solch ehrenwertes Wort vielleicht auch an der sich feiernden Jenaer Universität [anlässlich des 450. Jahrestages ihrer Gründung; MW.] fallen wird? Wir würden es nicht überhören ...“.

²⁴ In auffälliger Weise enthalten die Wikipedia-Beiträge über die damals im WR besonders aktiven Wissenschaftler Horst Kern, Wilhelm Krull, Gerhard Maess, Jürgen Mittelstraß, Benno Parthier, Richard Schröder und Erich Thies keinerlei Hinweise auf deren Anteil am „Wissenschaftsumbau Ost“.

²⁵ Manfred Prenzel: „25 Jahre Wiedervereinigung in Wissenschaft und Forschung. Erinnerungen – Erfahrungen – Erwartungen.“ Rede am 6. Juli 2015 in Schloss Herrenhausen anlässlich des Symposiums „25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“ von Volkswagen-Stiftung und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

gegebenen Erklärung, der WR habe keine personalpolitischen Entscheidungen treffen dürfen, war keine Rede mehr. Summarisch hieß es, der WR habe „seinerzeit bekanntlich eine ausgeprägte Wirkungsmacht entfalten“ können. Bei den Regierungen der neuen Bundesländer hätten die WR-Empfehlungen „vielfach Beachtung“ gefunden und seien in der „unvermeidliche[n] Neustrukturierung der dortigen Hochschullandschaft“ umgesetzt worden. Mit nahezu peinlichem Selbstlob meinte Prenzel, schon 2002 sei von einem in vieler Hinsicht abgeschlossenen Prozess zu sprechen gewesen. Ein einziger kleiner Nebensatz lautete: „... auch wenn Wunden und Narben noch stärker bemerkbar waren als heute.“ Worte des Bedauerns fand er nur für das „Schicksal jener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die schon im DDR-System aus politischen Gründen ‚zu kurz‘ gekommen waren und denen im neuen Wissenschaftssystem aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters keine ‚Wiedergutmachung‘ in Karrierehinsicht mehr zuteilwerden konnte.“

Vor den Folgen des so betriebenen „Wissenschaftsumbaus Ost“ war frühzeitig und ist in den letzten drei Jahrzehnten gewarnt worden, ohne jedoch Gehör zu finden. Nach rund zehn Jahren bilanzierte Herbert Woeltge, es sei Potential zerschlagen worden, das dringend gebraucht werde: „Der immer lautere Ruf nach Fachkräften, nach Ingenieuren kollidiert im Gedächtnis der Betroffenen mit den Vorstellungen, auf welche Potenzen man hätte zurückgreifen können, wenn es nicht zur ignoranten und kurzsichtigen Vernichtung vorhandener Kapazitäten und Erfahrungen gekommen wäre. Green-cards und PISA sind Spätfolgen der verpassten historischen Chance, eine wirklich gesamtdeutsche moderne – nicht expandierte westdeutsche Wissenschaftslandschaft zu errichten.“²⁶

Neue Erwartungen

Als der zweite deutsche Staat, entstanden nach dem völkermordenden Weltkrieg, in der Bundesrepublik aufging, hieß es aus prominentem Munde, von ihm werde nicht mehr als eine Fußnote in der Geschichte übrig bleiben. Ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre deutscher Geschichte lässt durchaus Gegenteiliges erkennen. Es tauchen angesichts der aktuellen Krisen in Wirtschaft, Politik, Bildung, Gesundheitswesen und vielen anderen Bereichen mehr und mehr berechtigte Fragen auf: Was ging mit dem realen Sozialismus, so sehr er sich selbst als undemokratisch diskreditierte, dennoch verloren, das eigentlich erhaltungswürdig oder sogar übernehmbar gewesen wäre? Weshalb wurden den neuen Bundesländern Strukturen aufgezwungen, die von vielen auch im Westen als kritik- und verbesserungswürdig bewertet wurden? Welche Folgen sind heute noch spürbar, die sich aus Art und Weise der Wiedervereinigung – von vielen eher als „Anschluss“ empfunden – ergaben? Was bewirkten kurz-, mittel- und langfristig die gebrochenen Biografien vieler DDR-BürgerInnen? Welche Rolle spielten einerseits die mit Wohlstandsversprechungen genährten Hoffnungen und andererseits die bislang ungekannten Existenzängste? Worin bestanden Verlust und Gewinn? Allein in solchen Fragen sind tiefe Spuren von Umbruch, Abbau, Transformation, neuer Ungerechtigkeit, Demütigung usw. erkennbar – wirtschaftliche und politische, soziale, mentale und psychische.

Die gegenwärtigen Krisen – darunter auch die nach einem Virus benannte – wecken Erinnerungen an Verlorenes, Abgewickelter und Geleisteter, wobei nicht selten der Wert des Gewonnenen in den Hintergrund tritt. Was sich heute z. B. als eine Krise des Gesundheitswesens erweist, lässt über ein System nachdenken, das Kliniken nicht zu Gewinnstreben verpflichtete. Studierende und junge WissenschaftlerInnen unterliegen einer immer stringenter werdenden Ökonomisierung ihrer Ausbildung. Eltern und SchülerInnen sehen sich föderal-bildungspolitischem Wirrwarr ausgesetzt. Eine forcierte Digitalisierung von Unterricht und Studium höhlt das eigentlich unabdingbare persönliche Verhältnis zwischen Lernenden und Lehrenden aus.

Rechtfertigungsargumente werden gebetsmühlenartig verbreitet. Allerdings scheinen oberflächliche, reinen parteipolitischen Machtzwecken untergeordnete geschichtliche Deutungsmodelle mehr und mehr auf Desinteresse und Ablehnung zu stoßen. Vielleicht wächst damit auch der Wunsch nach einem kritisch-differenzierenden Blick auf das Ungeleistete im „Wissenschaftsumbau Ost“. Dabei werden sich neue Fragen nach dem Maß an Verantwortung stellen, das Wissenschaftler und Wissen-

²⁶ Siehe Anmerkung 18.

schaftlerinnen im engen Beziehungsgeflecht mit Wirtschaft, Politik und Moral eigenem Wirken zugrunde zu legen haben.

Forum Wissenschaft, Nr. 2, Juni 2020, 37. Jahrgang, S. 21-25.

Das Wort „Rasse“ ist abzulehnen

Über die Herkunft und den Kontext eines mörderischen Begriffs.

Zur Schande des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das von dem bekannten Soziologen Jean Ziegler aus der Schweiz generell als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wird, gehört bis heute insbesondere hasserfüllter und aktionsbereiter Rassismus. Ihn zu bekämpfen, zählt zu den Selbstverständlichkeiten linken wie generell jedes antifaschistischen Denkens und Handelns, schließlich war und ist er ein konstitutiver Bestandteil aller faschistischen Bewegungen, Parteien und Regime. Ihnen bot der Rassismus stets hinreichenden Nährboden. Auch wenn nicht jede Form von Rassismus bereits Nazismus und Neofaschismus bedeutet, gebietet sich uns eine intensive geistige und praktische Auseinandersetzung mit dieser Diskriminierungsform. Dafür seien hier einige Anhaltspunkte benannt, historische zumal.

Zu reden wäre zunächst von seinen Frühformen. Da stand der Rassismus vor allem in mythischen und religiösen Zusammenhängen, neigte aber stets dazu, Biologisches über Ökonomisches und Soziales zu stellen. Er gewann dann seit Ende des 18. Jahrhunderts, insbesondere im 19. Jahrhundert, neue Qualität und eine erhebliche geschichtswirksame Bedeutung. Er breitete sich im Kontext des weltweiten Konkurrenzkampfes um Rohstoffgebiete, Exportmärkte und Kapitalanlagesphären wie ein Krebsgeschwür aus und diente als Rechtfertigung für die kolonialistische Unterwerfung der Bevölkerung in Afrika und Asien. Für den Imperialismus Deutschlands, der als Kontinentalmacht zunächst um die Vormachtstellung in Europa ringen musste, wenn er Weltmacht werden wollte, bot der Rassismus die Möglichkeit, auch die slawische Bevölkerung in die Kategorie der „Minderwertigen“ einzuordnen.

Die zuvor vorwiegend aus biblischen Erzählungen abgeleiteten Versuche einer Aufspaltung der Menschheit in „Weiße“ und „Schwarze“ reichten dafür nicht mehr aus. Vorbei war die Zeit, in der Sklaverei, Unterdrückung und Ausbeutung anderer als angeblich naturgegebener Zustand keiner weiteren Erklärung zu bedürfen schienen. Systematisch wurde nun nach naturwissenschaftlichen Deutungsmustern gesucht, nach Körpermerkmalen wie Haut- und Haarfarbe, Augen- und Schädelform, Gesichtswinkeln und Ähnliches mehr. Ferner galten die Sprachen oder gar die Zusammensetzung von Blut und anderen Körpersäften als angeblich „wissenschaftlich bewiesene“ Kriterien zur Kategorisierung von „Rassen“.

Das so entstehende biologistische Weltbild, das Erblichkeit und Unveränderlichkeit suggerierte, richtete sich im Grunde gegen die bekannten Egalitätsforderungen der Französischen Revolution und des aufsteigenden Bürgertums, auch schon gegen die frühen Aufklärer. Die Prozesse der Nationalstaatsbildung wurden weniger als Ausdruck und Ergebnis politischer Willensgemeinschaften verstanden, vielmehr als solche ethnischer Abstammungsgemeinschaften verstanden. Und es hieß: Das „Blut“ in seiner als angeboren betrachteten Mischung stelle die „natürliche“ Grundlage von Nationen dar.

Das war Blutsdünkel und durchaus auch krimineller Aristokratismus. Doch der Rassismus war noch steigerungsfähig. Die neu gefundenen, selbstsüchtigen Profitinteressen und nationalstaatliche Absicherung sozialökonomischer Ziele verbrämenden Deckmäntel führten rasch von der bloßen Kategorisierung der Menschheit nach „Rassen“ hin zu deren Hierarchisierung. Da wurde dann eingeteilt in „kulturstiftende Rassen“ und „Herrenmenschen“ einerseits sowie in „kulturzerstörende“ und „minderwertige“ Menschen andererseits, wobei letztere im Sprachgebrauch der Nazis als zu vernichtende „Untermenschen“ auftauchten. Parallel dazu erfolgte der Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus, zumal am unteren Ende einer rassistischen Skala stets die Juden standen.

Sein schlimmstes Steigerungspotenzial offenbarte der Rassismus schließlich in Faschismus und Krieg. Denn darin kam ein Weltbild zum Vorschein, das rassistische Praxis direkt verlangt, das vom Ziel lebt, den behaupteten natürlichen Zustand wiederherzustellen, Ordnung zu schaffen, Missstände zu überwinden. Rassismus war und ist Handlungsaufforderung, weil er von vornherein auf seine praktische Anwendung zielt.

Alle, auch die an den Kolonialismus der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfenden Herrschaftspraktiken beruhten auf einer die Gewalt rechtfertigenden, nationalstaatlich begrenzten, grundsätzlich ex-

pansions- und kriegsorientierten Ideologie von völkisch-rassistischem, insbesondere auch von antisemitischem Zuschnitt. Da, wo der Faschismus an die Macht gelangen konnte, führte Rassismus zu Kriegen. Noch dazu wissen wir, dass in Europa die faschistischen Bewegungen und Parteien aus dem Ersten Weltkrieg kamen. Sie profitierten von einer vielgestaltigen Verherrlichung des Krieges und der Krieger, konnten selbst für ihren Terrorismus die allgemeine Akzeptanz eines letztlich rassistischen Denkens nutzen, welches das Leben als „Kampf um das Dasein“ deutet, welches das sogenannte „Recht des Stärkeren“, sowie Kriege als angeblich unabänderliche Erscheinung menschlichen Zusammenlebens nicht infrage stellt.

Krieg könnte also als ein „Lebenselixier“ von Rassismus und Faschismus verstanden werden. Absolut menschen- und menschenrechtsfeindliche Zwecke heiligten damals und heiligen auch gegenwärtig den Einsatz verfügbarer Mittel je nach politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Erfordernissen. Eine alles Menschliche negierende Staats- und Militärdoktrin führte zu den massenhaften Kriegsverbrechen und zum Völkermord während des Zweiten Weltkrieges. „Nie wieder Krieg!“ paarte sich folgerichtig mit dem Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald: „Nie wieder Faschismus!“ Alles Ringen um die Verhinderung von Kriegen oder um deren rasche Beendigung stellt seitdem ein zentrales Anliegen von Antifaschismus dar – heute wie gestern.

Hier meint das Wort „gestern“ zunächst die Zeit vor 1945, blickt man aber auf die Zeit seither, da wäre eher zu sagen: heute wieder mehr als gestern. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich erschreckende Veränderungen vollzogen. Es regiert ein schrankenloser Kapitalismus. Es sind neue Kriege entfesselt worden, es hat sich die Vielzahl von Kriegstypen erweitert, und die zunehmende Computerisierung von Kriegshandlungen birgt noch mehr als früher unkalkulierbare Risiken.

Kurzum: Das Wort „Rasse“ ist von Antifaschisten jeglicher politischer, weltanschaulicher und sozialer Herkunft und Positionierung abzulehnen. Diesen eindeutig negativ konnotierten und verheerende Folgen in Vergangenheit und Gegenwart zeitigenden pseudowissenschaftlichen Begriff kann man auch nicht „positiv wenden“ oder sich als widerständigen Begriff „aneignen“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. Juli 2020, S. 13.

Die sprichwörtliche Blindheit

Eine notwendige historische Erinnerung: „Der Feind steht rechts“

Morddrohungen gegen Linkspolitiker durch den „NSU 2.0“, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der versuchte Anschlag auf eine Synagoge in Halle, das rassistische Attentat von Hanau, das acht Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Leben riss, rechte Umtriebe in Bundeswehr und Polizei, Faschisten wie Björn Höcke in Landesparlamenten. – Wer heute dem ausufernden Rechtsterrorismus begegnen will, sollte wissen, dass mit ihm bereits in den frühen 1920er Jahren der Weg zur Zerstörung der Weimarer Republik beschritten worden ist.

„Schlagt ihre Führer tot!“ So hieß es auf einem Plakat der „Antibolschewistischen Liga“. Ermordet wurden nicht nur Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auch Kurt Eisner, Hugo Haase, Karl Gareis, Matthias Erzberger, Walther Rathenau. Letzterer, also jener jüdische Unternehmer, der im Februar 1922 in das Amt des Außenministers eingeführt worden war und den mit Sowjetrußland abgeschlossenen Vertrag von Rapallo durchgesetzt hatte, war im Frühjahr und Sommer 1922 ins Visier deutscher Rechtsterroristen geraten. Obgleich dieser die internationale Isolierung Deutschlands aufzubrechen half, war er jedoch allen völkischen, nationalistischen und antikommunistischen Kreisen ein Dorn im Auge. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) forderte sogar, die deutsche Regierung müsse vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden, weil sie eine zu nachgiebige und daher „verbrecherisch“ zu nennende Politik betreiben würde. In diesem Sinne trat der Bankier Karl Helfferich – während einiger Jahre vor dem Ende des Ersten Weltkrieges Vizekanzler und nun einer der führenden deutschnationalen Politiker – am 23. Juni 1922 im Reichstag auf. Am Morgen des nächsten Tages wurde Rathenau ermordet, als er im offenen Wagen durch Berlin-Grunewald fuhr, um ins Auswärtige Amt zu gelangen.

Das Attentat rief Erschütterung und Empörung hervor. Als am 24. und 25. Juni der Reichstag über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik zu debattieren begann, stieß die Nachricht von der neuerlichen Untat auf Entrüstung und Protest der parlamentarischen Mehrheit. Reichskanzler Joseph Wirth hielt eine leidenschaftliche, von tiefer Trauer erfüllte Rede, an deren Ende er – auf die rechte Seite des Plenums schauend – erklärte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt: Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“ Rhetorisch brillant und von unerhörter Wirkung stellte sie zweifellos einen der Höhepunkte in der Geschichte deutscher Parlamente dar.

Wirths Ansprache richtete sich in ihrer Gänze gegen die Mörder und ihre geistigen Urheber. Die Herren, die dafür die Verantwortung tragen, „können das niemals mehr vor ihrem Volke wieder gutmachen“. Von den Deutschnationalen, insbesondere vom Fraktionsvorsitzenden der DNVP, Oskar Hergt, habe er erwartet, „dass heute nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgt, sondern dass diese Gelegenheit benützt wird, einen Schnitt zu machen gegenüber denen, gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes durch ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, dass von dieser Seite heute ein Wörtchen falle, um einmal auch die in Ihren eignen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen.“ Einem anderen Abgeordneten der DNVP hielt er vor, verlangt zu haben, dass das ganze System zum Teufel gejagt werden müsse, weil „eine deutsche Regierung, aber keine Entente-Kommission“ gebraucht würde. Man dürfe sich daher nicht „über die Verwilderung der Sitten“ wundern: „Wir haben in Deutschland geradezu eine politische Vertiertheit.“ Es sei eine Atmosphäre geschaffen worden, in der auch „der letzte Funke politischer Vernunft erloschen ist“.

Bevor Wirth seine Rede mit dem Wort „Dieser Feind steht rechts“ abschloss, appellierte er noch einmal eindringlich: „In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: Wir sind an der Macht! – Nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!“

Über politische Grenzen hinweg formierte sich damals eine breite Protestbewegung gegen den Terror von rechts. Sie ging von den großen Arbeiterorganisationen aus, jedoch beteiligten sich an ihr auch andere demokratische Parteien und ebenso die Reichsregierung. Am Tag der Trauerfeier für den toten Minister schloss sich desgleichen die preußische Regierung mit all ihren Behörden dem Streik an. Die Feier selbst wurde in allen großen deutschen Städten zu einer Demonstration für die Republik. In einigen Großstädten waren es mehr als 100.000 Menschen, die für die Republik auf die Straße gingen. Es schien, als könnte die gespaltene Linke näher zusammenrücken. Noch am Tag der Ermordung war es im Ruhrgebiet zu Trauer- und Protestkundgebungen gekommen: In Bochum, Essen, Gelsenkirchen nahmen jeweils bis zu 70.000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Demokraten an den Kundgebungen teil.

Wirths Argument „Dieser Feind steht rechts“ verbreitete sich rasch in allen deutschen Landen, häufig in jener viel bekannteren verkürzten Form, die da verallgemeinerte: Der Feind steht rechts. Indessen war der Satz nicht neu. Dass er es als bürgerlicher Politiker und als Reichskanzler aussprach, verlieh dem Wort bedeutungsvolles Gewicht. Der Feind steht rechts – Erkenntnis und Formulierung gehörten in den Reihen der proletarischen Bewegungen seit langem zu selbstverständlicher Gewissheit. Immerhin waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter Jahrzehnte hindurch als Feinde von Thron und Altar, als Feinde der Nation und „Vaterlandsverräter“ beschimpft worden. Sie hatten über sich ergehen lassen müssen, was zum Beispiel 1911 in der Zeitschrift „Jugend“ gedichtet worden war:

„Der Sozi, rötlich und gemein
hat Hörner, Schwanz und Hinkebein.
Er hasst die Kirche, lieber Sohn,
und stinkt auf 100 Meilen schon.“

Solche Verteufelung der Linken ging stets einher mit der sprichwörtlichen „Blindheit“ auf dem rechten Auge, und das auch bei jenen Parteien, die sich selbst in der so genannten Mitte verorteten und in den Rechten keine „Feinde“, allenfalls nur Gegner und Rivalen sahen. Die der deutschen Sozialdemokratie nahestehende satirische Zeitschrift „Der wahre Jacob“ kennzeichnete das Verhalten insbesondere der Nationalliberalen mit den Worten zu: „Der Feind steht links, der Gegner rechts!“ Ein Schelm, wer da an Äußerungen heutiger Politiker und Verantwortungsträger aus konservativen und liberalen Kreisen denkt?

Der Satz „Der Feind steht rechts“ geht unmittelbar auf Philipp Scheidemann zurück, der ihn im Herbst 1919 erstmalig in seinen Reden und 1922 nach dem überstandenen Attentat verwendete. Auch Otto Wels, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, sprach ihn aus, als er am 30. März 1920 im Reichstag den Kapp-Lüttwitz-Putsch geißelte. Doch in den Sprachgebrauch der Deutschen ging das Schlagwort erst ein, seit ihn Reichskanzler Wirth ausgesprochen hatte und im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau im Juli 1922 ein Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft trat. Von diesem erwarteten viele, dass es zu wirksamer Eindämmung terroristischer Aktionen rechter Kräfte genutzt würde. In der Praxis handhabten es die Regierenden der Weimarer Republik zumeist gegen Kommunisten, Sozialisten und Pazifisten.

Zweifellos war die Äußerung Wirths unmittelbar der Situation geschuldet. Ihr Inhalt entsprang jedoch voll und ganz den Auffassungen eines Mannes, der als Mitglied der katholisch-großbürgerlichen Zentrumspartei den Idealen der Revolution von 1848/49 huldigte und sich wortgewaltig für das Ende des Weltkrieges eingesetzt hatte. Wirth entstammte einem sozial und politisch engagierten katholischen Elternhaus, dem Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit keine leeren Begriffe, sondern Handlungsanspruch bedeuteten. Seine Vision eines „sozialen und demokratischen Volksstaates“ ließ ihn häufig in Konflikt mit der Führung der Zentrumspartei geraten. Gegen deren Kurs, sich nach rechts zu öffnen, opponierte er in den folgenden Jahren und spielte zeitweilig mit dem Gedanken, aus der Fraktion auszutreten.

Dass Wirth im Lager republikanischer Demokraten nicht allein stand und Politiker anderer Parteien der „Mitte“ ebenfalls die Feststellung „Der Feind steht rechts“ aufgriffen, bewies unter anderem Hugo Preuß, der 1918/19 großen Anteil an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung genommen hatte.

Als er 1924 eine Rede anlässlich des Verfassungstages hielt, wiederholte er bewusst den Wirthschen Satz und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, das leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen.“

Aus solcher Erkenntnis – vielfach und mit bissiger Schärfe formuliert von Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und andere mehr – wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen, auf deren verstärkte und breitere Anwendung, auf ihre Sicherung durch ernsthafte Schwächung alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik. Doch als die Weltwirtschaftskrise begann, der Reichsverband der Deutschen Industrie als Alternative „Aufstieg oder Niedergang“ vorgab und die NSDAP ihre ersten größeren Erfolge errang, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß der Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien nicht mehr opportun. Im Gegenteil: Da dominierten einerseits selbstgefällige Lobpreisungen, da wurden andererseits – war von Gefährdungen der Demokratie die Rede – diese vor allem den Linken, sowohl den Kommunisten als auch sozialdemokratischen Organisationen, zugeordnet. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkennung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen parlamentarisch-demokratisch verfasster Herrschaftssysteme und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen.

Joseph Wirth, Ende März 1930 als Chef des Reichsinnenministeriums eingesetzt, verlor dieses Amt im Oktober 1931. Übernommen wurde es von Wilhelm Groener, General der Reichswehr.

Neues Deutschland, Donnerstag, 30.07.2020.

Anregend auch für Antifaschisten unserer Zeit

Allan Merson: *Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland*. Mit Vorworten von Peter Gingold, Karl-Heinz Jahnke und Ralf Jungmann. Neue Impulse Verlag, Essen 2020, 310 S., 19,80 Euro.

Es dauerte 15 Jahre, bevor das 1985 in England und 1986 in den USA erschienene Buch Allan Mersons in Deutschland auf den Markt kommen konnte. Seitdem liegen wiederum zwei Jahrzehnte zwischen der ersten deutschsprachigen Auflage und seiner zweiten. Diese versah Ralf Jungmann¹ mit einem neuen, profunden und anregenden Vorwort. Aufgenommen wurden auch ein zweites Vorwort von Lothar Letsche, einem der Übersetzer des Bandes, sowie die 1998 verfassten Texte zum Buch aus der Feder von Peter Gingold und Karl-Heinz Jahnke. Letzterer informiert ausführlich über Leben und Wirken des Autors (geb. 1916, gest. 1995), der 1937 der Kommunistischen Partei Großbritanniens beitrug und als marxistischer Historiker sich gleichsam von außen mit der Geschichte deutscher Kommunisten befasste. Dies erfolgte tiefgründig, kritisch und in betonter Sachlichkeit – eine Leistung besonderer Art angesichts des auch geschichtspolitisch ausgetragenen Kalten Krieges. Mit Recht stellt Jungmann aber die Frage, ob 35 Jahre nach der Erstveröffentlichung eine zweite Auflage überhaupt noch angebracht sei. Er beantwortete sie eindeutig mit einem Ja, und dies kann der Rezensent hier ebenfalls tun.

Nach wie vor handelt es sich um die erste sowie um die einzige komplexe, bis heute nicht übertroffene sowie von Vorurteilen und Entstellungen freie Gesamtdarstellung des Widerstandes, den deutsche Kommunisten gegen Faschismus und Krieg zu leisten imstande gewesen sind. Ohne diesen wäre die Problematik der gesamten deutschen Widerstandsbewegung nicht zu erfassen, ohne ihn auch nicht das Erbe für den Antifaschismus, dessen Notwendigkeit leider aktueller denn je ist. Keine andere Partei, keine andere politische Organisation kann eine ähnliche Bilanz wie die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg aufweisen, auch wenn sie nicht frei war von fehlerhaften Vorstellungen, falschen Hoffnungen und folgenreichen Irrtümern. Schließlich sah sich ihr zwölf Jahre währende Ringen dann nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vielen Hemmnissen in dessen Erfassen und Darstellen ausgesetzt. Das hing maßgeblich mit den unterschiedlichen Machtinteressen derjenigen zusammen, die nunmehr den Kalten Krieg führten und den Widerstand gegen den Faschismus in ihrem Sinne nutzbar machten. Gegen die folgerichtig unausgewogene, verzerrte und von Einseitigkeiten geprägte Darstellung des Widerstandes deutscher Kommunisten schrieb Merson an. Ihm ging es um die wahrheitsgemäße Darstellung sowie um eine sorgfältig abgewogene Wertung. Um beides geht es auch gegenwärtig, in einer Zeit, in der mit einer zunehmenden Rechtsverschiebung auch alte, überholt geglaubte antikommunistische Geschichtsdeutungen an Bedeutung gewinnen.

In vier Teilen und 15 Kapiteln werden – überwiegend chronologisch und gründlich „in die Tiefe“ vordringend – Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen der KPD beschrieben, darüber hinaus die umstrittenen Problemfelder im Wirken sowohl von Führung als auch von Mitgliedern der einzigen nicht-nationalsozialistischen Partei, die zwischen 1933 und 1945 existierte. Erfasst werden die enorm großen Schwierigkeiten ihres Übergangs zur Illegalität nach der desaströsen Niederlage. Dass diese zunächst nicht als solche erfasst wurde, habe sich aus irrigen Vorstellungen vom politischen Kräfteverhältnis der Klassen und von ihren strategischen Zielen sowie aus einer Überbetonung der eigenen Kraft ergeben. Dem stehen gegenüber der tatsächlich jeweils vor Ort geleistete Widerstand, sein Eingebundensein in das, was inzwischen in der Geschichtswissenschaft generell als gesellschaftliches Umfeld, als Milieu erfasst wird, sowie das, was Merson als die „menschliche Wirklichkeit“ in die Betrachtungen zum Widerstand einbezogen wissen will (S. 23). Er verweist oft auf die psychischen Belastungen des Lebens unter unerwartet harten, von faschistischem Terror geprägten Bedingungen, auf die Folgen eines weitgehend isolierten Daseins, auf die schwierige Balance zwischen notwendigem Misstrauen und einer vertrauensvollen Solidarität.

Danach folgt – auf mehr als einem Drittel des gesamten Textes – eine Analyse der fast zwei Jahre währenden Krise in der Partei vor dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und

¹ Von ihm erschien vor zwei Jahren im Neue Impulse Verlag auch: *Verdrängung und Diskreditierung. Die junge BRD und der antifaschistische Widerstandskampf der KPD*.

ihrer „Brüsseler Konferenz“. Akribisch wird untersucht, wie erfolgreich um den Erhalt der Partei gerungen wurde – eine Leistung, die an Gewicht gewinnt, wenn sie vor dem Hintergrund des Versuchs der Nazis gesehen wird, die KPD völlig zu vernichten und den Marxismus „auszurotten“. Der Leser erfährt, wann und wo Lernprozesse begannen, wie Schritt für Schritt die auch in der Basis der Partei tief verwurzelten ultralinken Auffassungen zurückgedrängt werden konnten, wie sich der Weg hin zu Erkenntnissen über die Notwendigkeit neuer Zielsetzungen gestaltete.

Relativ kurz widmet sich Merson im dritten Teil dem „desillusionierten“ und sich verändernden Widerstand, in dem sich in den drei Jahren vor dem Krieg alle Bemühungen um die Erhaltung der Partei eng mit der Suche nach einer neuen strategischen Orientierung verknüpft sahen. Betont wird, in welchem starkem Maße es des Einflusses der KI und der sowjetischen Partei bedurfte, bevor in der Führung der KPD sich die Gegner einer ultralinken Politik und deren Vorstellungen von einem Zusammenfallen des Sturzes der faschistischen Diktatur mit einer sozialistischen Revolution durchzusetzen vermochten, wobei zu den Weichenstellern vor allem auch Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck gehörten. Deutlich werden jeweilige Veränderungen und auch Wendepunkte im Untergrundkampf der KPD geschildert, wird das Ausmaß der Opfer von Terror und Justiz beschrieben, auch dass sich die Ressourcen der illegalen Partei in der Mitte der 1930er Jahre erschöpft hatten, also ihre Tätigkeit sowohl neue Ziele als auch neue Strukturen erforderte.

Der Leser erfährt zu Beginn der Darstellung des antifaschistischen Ringens deutscher Kommunisten während des Zweiten Weltkrieges von den verheerenden Wirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Dieser habe sie völlig unerwartet und „wie ein Hammer“ getroffen sowie „in ein fürchterliches Dilemma“ gestürzt. (S. 209 f.) Ihre grundsätzliche Ablehnung des Naziregimes sei jedoch keiner fundamentalen Änderung unterworfen gewesen. Davon zeugen dann auch die ausführlichen Schilderungen des Wirkens oftmals auch spontan entstandener Gruppen der Partei oder von Kreisen um sie und mit ihr verbundenen Kreisen. Viel erfährt der Leser über deren Herausbildung und Entwicklung, über ihre Aktionen und Wirkungen, ebenso über die Brutalität ihrer Zerschlagung. Dieser Teil des Bandes, der sich auch auf zahlreiche Beispiele aus dem niederrheinischen Gebiet stützt und den hier im Einzelnen vorzustellen kein Platz bleibt, beeindruckt in besonderem Maße.

Ein überzeugendes, ja auch bewegendes Fazit aller antifaschistischen Bemühungen deutscher Kommunisten findet der Leser auf S. 293. Es sei hier ausführlich zitiert: „Von allen Parteien und Gruppierungen war der Widerstand der Kommunisten der stärkste. Er kam nie zum Erliegen, selbst nicht zu Zeiten des Nichtangriffspaktes. Wo immer die Ereignisse Kommunisten zusammenbrachten – ob in Fabriken, Arbeitervierteln, Heereseinheiten, in Gefängnissen oder Konzentrationslagern –, bildeten sie Gruppen und versuchten, politischen Widerstand zu leisten. Seite an Seite hatten sie mit den spanischen Republikanern gekämpft, mit den Partisanen vieler europäischer Freiheitsbewegungen, mit der Roten Armee. Der Preis an Menschenleben war ungeheuer hoch. Von den 300.000 Mitgliedern, die die Partei 1932 hatte, waren schätzungsweise 150.000 verhaftet und verfolgt; an die 25.000 bis 30.000 waren ermordet oder hingerichtet worden oder infolge von Misshandlungen in Konzentrationslagern gestorben. Die Verluste überstiegen bei weitem die jeder anderen Widerstandsgruppe oder Partei in Deutschland. Selbst die erbittertsten Kritiker der KPD und ihrer Politik konnten nicht umhin, die Bereitschaft zur Selbstaufopferung, das Festhalten an Prinzipien, die Treue zur Sache, die die Mitglieder bewiesen, anzuerkennen.“

Nachdrücklich und erfolgreich widerlegt der Autor allein mit seinem überaus quellengesättigten Blick auf die Fakten zahlreiche Behauptungen anderer Historiker, die – antikommunistischer Grundstimmung folgend – der KPD ein völliges Versagen bescheinigen wollten und deren antifaschistisches Wirken ignorierten, verdrängten oder sogar diskreditierten. Vor allem in seiner lesenswerten Einleitung spiegelt Merson die Thesen einer dem Kalten Krieg geschuldeten Historiografie. Zugleich füllt der Autor eine Reihe von Lücken, die DDR-Historiker in ihren Deutungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erkennen ließen. Dabei orientiert er auch auf Probleme, die von Historikern erst nach weiterer Forschung zu beantworten sind. Dazu gehörte die vor allem von DDR-Historikern diskutierte und mitunter einseitig beantwortete Frage, in welchem Maße es der außerhalb der deutschen Grenzen tätige Parteiführung gelingen konnte, den Widerstand im Lande zu orientieren

und anzuleiten, in welchem Maße also Auffassungen, außen und innen jeweils auf anderen Erfahrungen beruhend, unterschiedlich gewesen sind, ja unterschiedlich sein mussten.² Nicht zuletzt wies Merson auch nach, wie notwendig geschichtliches Arbeiten sozialwissenschaftliche, psychologische Forschungen und individuelles Leben zu berücksichtigen hat. Daher kann Jungmann (S. III) erklären, dass es gelungen sei, den Widerstand umfassend und differenziert sowohl auf einer Makro- als auch auf der Meso- und der Mikroebene darzustellen.

Am Ende seiner Darstellung und vor dem 15. Kapitel über „Das Erbe des kommunistischen Widerstandes“ formuliert der Autor in einer Mitte der 1980er Jahre zeitgemäßen Gewissheit, die KPD habe zwar lange gebraucht, um die Lehren aus ihrer Niederlage von 1933 zu ziehen, sie habe jedoch mit ihrer Politik nach 1945 gezeigt, „dass sie ihre Lektion gründlich gelernt hatte“. (S. 268) Das erlaubt ein Fragezeichen und sollte nach der neuen massiven Niederlage, die 1989/90 Kommunisten ebenso wie alle linken Kräfte erlitten, zu neuem Nachdenken anregen. Aber auch beim Suchen nach neuen Lektionen und weiterem Lernen, bei neuen Forschungen zur Geschichte des 1945 keineswegs an sein Ende gelangten antifaschistischen Kampfes, werden vor allem die kritischen Aussagen des Autors zu berücksichtigen sein. Seine Fragen, gerichtet gegen bestimmte Erscheinungs- und Verhaltensformen der bis 1945 agierenden KPD, lassen sich durchaus erneut aufgreifen und Überlegungen zum heutigen Agieren und Wirken antifaschistischer Kräfte zugrunde legen: Wie hemmend wirken sich Unwilligkeit und Unfähigkeit zu realen Analysen neuer Verhältnisse auf die praktische Politik der Linken aus? Wie lässt sich theoretisches und praktisches Wirken zielorientiert miteinander verzahnen? Wie sind jeweilige Ergebnisse und Wirkungen realitätsnah zu bewerten? Darüber hinaus wird auch zu fragen sein, welchen Widerstand Kommunisten außerhalb der KPD, beispielsweise in der KPD-O (KPD-Opposition) oder in trotzkistischen Kreisen, geleistet haben und weshalb deren oft bessere Ergebnisse analytischen und theoretischen Arbeitens nicht aufgegriffen worden sind. Berührt waren damit sicher jene Themen, die sich aus Zusammenhang und Wechselwirkung von bündnispolitischem Pluralismus-Verständnis und notwendigem Selbstverständnis ergeben.

Marxistische Blätter, Heft 5/2020, 01.09.2020, S. 147-149.

² Lesenswert ist gerade in diesem Zusammenhang das 2019 erschienene Buch von Mario Keßler: „Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR“, rezensiert vom Vf. in Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 119, September 2019, S. 218-221.

Krieg um Worte und Begriffe

Phillip Becher hat eine akribische Analyse der Faschismusforschung von rechts vorgelegt

Um historische Deutungshoheit wurde schon oft gerungen. So äußerte zum Beispiel 1918 im Auftrag des Generals Erich Ludendorff ein Pressechef: „Worte sind heute Schlachten: Richtige Worte gewonnene Schlachten, falsche Worte verlorene Schlachten.“ Wer die Begriffe besetze, könne siegen, tönte auch Michael Stürmer, als er in den 1980er Jahren dem Bundeskanzler Helmut Kohl beratend zur Seite stand. Und der emeritierte Geschichtspräsident Heinrich August Winkler deutet alle Geschichte als „eine von Kämpfen um die Deutung der Geschichte“. Es verwundert nicht, dass deshalb der Autor des vorliegenden lesenswerten Bandes, ein junger und bereits weithin anerkannter Sozialwissenschaftler aus Siegen, von einem „Krieg“ um Worte und Begriffe spricht, wenn es um Geschichte und Gegenwart des Faschismus geht. Gerade bei diesem Thema lassen sich in jüngster Zeit, in der nicht allein Faschismus fortexistiert und zunehmend auch Faschismusapologie betrieben wird, ein zielbewusstes Schaffen „richtiger“ Denk- und Verhaltensmuster und neue geschichtspolitische Gefechte erkennen.

Dem begegnen zu können, nimmt Phillip Becher die wissenschaftlichen, politischen und wissenschaftspolitischen Manöver des einflussreichen US-amerikanischen Politologen A. James Gregor (1929-2019) in den Blick. Dieser publizierte sehr viel vor allem über den italienischen Faschismus und gilt als „Doyen“ der US-amerikanischen Faschismusforschung. Seine vielfach anerkannte Forderung, die Ideologie des Faschismus endlich „ernst zu nehmen“, offen gerichtet gegen antifaschistische Interpretationen, bezeichnet Becher als einen „ideozentrischen“ Ansatz, der „emphatisch-ideologisch“ vertreten werde. Gregors Versuch einer „wirklichkeitstreuen Rekonstruktion der faschistischen Ideologie“ führte zu einer ideengeschichtlichen Wende in der internationalen Forschung. In dieser wird mehr und mehr fast alles auf Selbstdarstellungen faschistischer Führer zurückgeführt, Objektives im Subjektiven aufgelöst und die Realität von Gewalt und Propaganda umgangen. Faschismus erscheint bei Gregor als eine „revolutionäre Macht“, die sich „aus eigener Kraft“ entwickelt habe und eine Entwicklungs- und Modernisierungsdiktatur“ gewesen sei. Mit starker Betonung der Rolle Mussolinis definiert Gregor den Italofaschismus, der für das ganze 20. Jahrhundert bestimmend gewesen sei, als „das erste revolutionäre Massenregime, das sich anschickte, die Gesamtheit der menschlichen und natürlichen Ressourcen einer historischen Gemeinschaft der nationalen Entwicklung zu widmen“.

Darüber hinaus vertritt Gregor die These, der Faschismus sei auf der ideologischen Grundlage eines Marxismus entstanden, der sowohl in einer materialistischen sowie in einer idealistischen Spielart und in mehreren häretischen Varianten existiert habe. Zu den „Häresien“ zählt er unter anderem den Bernstein-Revisionismus und den Leninismus, den Kommunismus und den Syndikalismus sowie und am Ende auch den Faschismus. Letzterer habe sich schließlich gegenüber dem Realsozialismus als die „günstigere“ Variante der allgemeinen Modernisierung erwiesen. Bechers Urteil: Gregor habe in seiner Zurechtstutzung des Marxismus den Klassenkampf unterschlagen und den dialektischen vom historischen Materialismus getrennt. Im Ergebnis erscheine einerseits der Faschismus „gereinigt“ von seiner Assoziation mit der politischen Rechten und andererseits auch diese von ihrem Bündnis mit dem Faschismus“. Beide könnten so als „geläutert“ erscheinen, womit auch der Weg für eine Wiedergabe faschistischer Ideologie und Demagogie geebnet sei. Gregor weise eine bemerkenswert methodische Affinität zu Carl Schmitt auf und würde das Postulat Ernst Noltes, Faschismus sei als eine Reaktion auf den Bolschewismus zu verstehen, fortführen und erweitern. Nebenbei: Nolte löste damit in den 1980er Jahren einen großen Historikerstreit aus, dessen sozialwissenschaftlich fundierte Ergebnisse bekanntlich heute wieder in seinem Sinne korrigiert werden.

Seine umfassende Kritik an Gregor betrachtet Becher als einen Beitrag – bescheiden spricht er nur von einem Impuls – zu einer materialistischen Ideengeschichte. Tatsächlich liest sich sein Buch nicht nur als breite und tiefgründige Darstellung des viele Jahrzehnte umfassenden Wirkens von Gregors, sondern darüber hinaus auch als eine informierendes Kompendium über alle konservativen Denker, auf die Gregor sich berufen hat, gleich ob unterstützend, variierend oder ablehnend. Selbst kleinste

und abgelegene Meinungsäußerungen über ihn sind akribisch erfasst. Das gilt ebenso für die Schar der Kritiker des Faschismus, auf die sich Becher stützt. Wer künftig ideengeschichtlich zum Thema Faschismus arbeiten will, kann und darf den vorliegenden Band nicht umgehen. Schade ist allerdings, dass kein Register zur Verfügung steht.

Bechers Konzept der Darstellung spiegelt die Marburger Gelehrtenschule von Wolfgang Abendroth wider, darin vor allem Frank Deppe, Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz und andere mehr. Er übernimmt gleichsam Kühnls Anspruch, alles wissenschaftliche Arbeiten müsse sich sowohl der Wahrheitsfrage als auch einer kausal-genetischen Frage sowie drittens der Frage nach Wirkung und Funktion stellen. Dem entspricht die detaillierte Gliederung des Bandes, die Biografisches und Gesellschaftliches (Becher spricht von normativ-politischen Voraussetzungen) miteinander verbindet, dann den Entwicklungsgang im Denken Gregors verfolgt und schließlich dieses mit dem anderer Autoren vergleicht. Ein eigenes Kapitel gilt dem italienischen Neofaschismus, der sich selbst eher als Postfaschismus versteht. Umrahmt wird das von einer 60 Seiten umfassenden Einleitung und ausführlichen Schlussbetrachtungen. Nahezu ein Viertel des Bandes enthält Belege, Erläuterungen und Hinweise.

Dem Autor darf gratuliert werden zu seiner gescheiten Erhellung der Faschismusforschung von rechts, die im Kern eine für rechts darstellt.

Phillip Becher: Faschismusforschung von rechts. A. James Gregor und die ideozentrische Deutung des italienischen Faschismus. PapyRossa, 688 S., br., 46,00 Euro.

Neues Deutschland, Mittwoch, 02.09.2020.

Der Paukenschlag

Aus der Reichstagswahl am 14. September 1930

gingen die Faschisten gestärkt hervor. Die Weimarer Republik stand vor einer Wende

Vor 90 Jahren – zehn Jahre nach ihrer Gründung und drei Jahre vor der Machtübertragung an Adolf Hitler – gelingt jenen, die sich demagogisch als „nationalsozialistisch“ bezeichnen und eine faschistische Diktatur anstreben, ein erster großer Erfolg: Nahezu sechseinhalb von 35 Millionen Wählern votieren für die NSDAP, darunter viele Neu- und bisherige Nichtwähler. Noch im Mai 1928 hatten sich nur rund 800.000 für sie entschieden. Jetzt erhöhte sich ihr Stimmenanteil auf 18,3 Prozent. Mit einem Schlag ist sie die zweitstärkste Partei. Sie verfügt nun über 107 Sitze im höchsten deutschen Parlament, 95 mehr als zuvor. Die größten Zugewinne kann sie in Nord- und Ostdeutschland verbuchen. In Schleswig-Holstein steigt ihr Anteil von vier sogar auf 27 Prozent. Auch in Ostpreußen, Pommern, in der Provinz Hannover und in Mecklenburg erreicht sie jeweils über 20 Prozent.

Herbe Verluste erlitt die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), deren Anteil von 8,7 auf 4,5 Prozent zurückging. Die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) rutscht sogar von 14,2 auf 7,0 Prozent ab. Die SPD verliert 5,3 Prozentpunkte, obgleich sie mit 24,5 Prozent noch stärkste Partei bleibt. Die KPD kann sich um 2,5 Prozentpunkte verbessern und kommt auf 13,1 Prozent. Zusammen würden Sozialdemokraten und Kommunisten mehr als jeden dritten Wähler vertreten. Allein die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei (BVP) erhalten ihren Wählerstamm. Die Nazis jubeln und reden vom Zerfall des „Weimarer Systems“. Joseph Goebbels schreibt am Tag danach voller Stolz in sein Tagebuch, der Berliner Sportpalast, in dem gefeiert wird, gleiche einem „Irrenhaus“, und die SA trage ihn „auf den Schultern durch den Saal“.

Kurswechsel der Herrschenden

Das Wahlergebnis kam keineswegs so unerwartet, wie oft dargestellt wird. Es spiegelte das Bild einer tiefen Krise der ohnehin schon in sich zerrissenen und von der Weltwirtschaftskrise stark gebeutelten deutschen Gesellschaft. Die Weimarer Republik stand vor einer tiefgreifenden Wende. Mehr noch: Deutschland drohte einer politischen Katastrophe entgegenzugehen.

Das Wählervotum war vor allem Ausdruck und Ergebnis der Tatsache, dass in den Reihen der ökonomisch und politisch Mächtigen sich mehr und mehr radikale Kräfte durchzusetzen begannen und – die grassierende nationalistische Stimmung bei vielen Deutschen nutzend – Kurs auf eine andere Republik nahmen. Sie forderten nun nicht mehr allein rechtslastige Veränderungen der ungeliebten parlamentarischen Demokratie, sondern zielten auf deren Beseitigung. Ein sozialdemokratisches Mitregieren wurde zunehmend als überflüssig betrachtet, das rechte Lager weiter gestärkt.

Die 1928 nach den Regeln des Parlamentarismus entstandene Regierung einer großen Koalition, geleitet vom Sozialdemokraten Hermann Müller, war bereits Ende März 1930 durch ein allein auf den Reichspräsidenten eingeschworenes Kabinett ersetzt worden. Mit der Berufung des konservativen Zentrumspartei-Politikers Heinrich Brüning zum neuen Reichskanzler begann die Zeit autoritären Regierens, diktiert vom Bestreben, einen rigorosen Abbau der Sozialleistungen sowie neue Formen präsidialer Herrschaft durchzusetzen. Zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise dachte man an „Einsparungen“, und diese betrafen – wie unter kapitalistischen Verhältnissen nicht anders zu erwarten – in erster Linie die Ärmsten der Armen.

Um den Widerstand der Reichstagsmehrheit gegen Brünings Notverordnungen zu brechen, löste Reichspräsident Paul von Hindenburg am 18. Juli das Parlament auf. Dass danach die ohne Zustimmung gebliebenen Verordnungen in Kraft gesetzt wurden, kam einem Staatsstreich gleich, denn laut drittem Absatz des Artikels 48 der Verfassung war dies untersagt. Über den tatsächlichen Abbau der Weimarer Demokratie täuschte auch nicht die kaum ernst gemeinte Erklärung des Reichskanzlers hinweg, er wolle den Parlamentarismus nicht abschaffen, sondern ihn lediglich etwas verändern, um ihn zu „retten“. In der Realität wurden so aber neue Weichen zur Zerstörung der Weimarer Demokratie gestellt.

Zum erkennbaren politischen Kurswechsel gehörte auch ein unkritischer werdendes Verhältnis konservativer und rechtsliberaler Kräfte zu jener neuen Partei, die rechts von ihnen sich ganz offen den Kampf gegen alle Ergebnisse der Novemberrevolution, gegen die Weimarer Republik und für eine Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges auf ihre Fahnen schrieb. Es mehrte sich die Zahl der lokalen und regionalen Bündnisse rechter Organisationen mit den Nazis. Vor allem deren Aufnahme in die organisierten Reihen der Gegner des Young-Planes zur Regelung der umstrittenen Reparationsfrage hatte sie „salonfähig“ gemacht. Den nationalistisch-antidemokratischen Parteien und Verbänden schien die faschistische NSDAP ein nützlicher Bündnispartner zu sein.

In der Annahme, dieser „Juniorpartner“ könne an der Leine geführt werden, fühlten sich die Regierenden in keiner Weise von den wachsenden Erfolgen der Nazi-Partei bedroht. Dabei hatte diese bei der Landtagswahl in Thüringen vom 8. Dezember 1929 erstmalig die Zehn-Prozent-Hürde überspringen, bei Kommunalwahlen in Coburg sogar eine absolute Mehrheit erringen können. Bei den sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni 1930 waren ihr 240.000 Stimmen mehr zugefallen, womit sie einen Anteil von 14,4 Prozent erreichte, während für die KPD nur 11.000 Wähler mehr als zuvor votierten und die SPD sogar 54.000 verlor. Der wachsende Einfluss der Faschisten zeigte sich noch deutlicher an Universitäten und Hochschulen, ebenso an Gymnasien und Oberrealschulen. Die Nazi-Partei erntete, was die in ihrer Mehrheit konservative, teils stockreaktionäre, parteipolitisch zu einem guten Teil deutschnational orientierte Professoren- und Lehrerschaft mit nationalistischen, revanchistischen und rassistischen Ideen gesät hatte. 1929 erhielt der „NS-Studentenbund“ an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg bei den Wahlen der Allgemeinen Studentenausschüsse 38 Prozent, an der Tierärztlichen Hochschule Berlin 30 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später verbuchte er an ersterer sogar die Unterstützung von 66,6 Prozent und an der anderen von 50 Prozent der Wähler, abgejagt den konkurrierenden Rechtskräften und vor allem den waffentragenden Verbindungen.

Fehleinschätzung der Lage

Nach der Auflösung des Reichstages hatte ein erbitterter Wahlkampf begonnen. Die in der Regierung vertretenen Parteien gaben vor, gegen jeden Radikalismus auftreten zu wollen. Im Auge hatten sie indessen nur die beiden Arbeiterparteien. Zwar rechnete man auch mit einem gewissen Zuwachs für die NSDAP, doch der wurde als relativ klein und unerheblich eingeschätzt. In demagogischer Manier erklärte Brüning am 31. August 1930 in Trier, es könne keinem verantwortlichen deutschen Staatsmann in den Sinn kommen, das deutsche Volk „in Abenteuer irgendwelcher Art zu verstricken“.

Der Vorwurf des Abenteuerertums richtete sich allerdings eher gegen parteipolitische Querelen in den eigenen Reihen. In der DNVP regte sich Widerstand gegen den Kurs des Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg, dem die Zerstörung der Weimarer Demokratie nicht rasch und gründlich genug erfolgte. Er forderte in einer Wahlkampfreden am 14. August 1930, es müsse ein „Drittes Reich“ kommen. Verfechter der Interessen der Großagrarindustrie und eines behutsameren antiparlamentarischen Weges sahen dadurch vor allem die „Osthilfe“ gefährdet, mit der großagrarische Betriebe in den preußischen Provinzen jenseits der Elbe entschuldet und saniert werden sollten.

Von den 63 Abgeordneten der DNVP schieden unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages 27 aus der Partei aus und gründeten am 23. Juli die Konservative Volkspartei (KVP). Vorbehalte gegen ein Bündnis mit der NSDAP richteten sich nicht gegen deren diktatorische und rassistische Positionen, sondern lediglich gegen deren „radikale agitatorische Überspitzung“. In diesem Sinne hoffte beispielsweise der KVP-Politiker Kuno Graf von Westarp auf eine „Gesundung der nationalsozialistischen Bewegung“. Auch in der DVP, die nach dem Tod ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann entscheidend am Sturz der großen Koalition beteiligt war, zeigte sich die Parteiführung zerstritten. Ende Juli 1930 gab die Deutsche Demokratische Partei (DDP) bekannt, sie wandle sich gemeinsam mit einigen Gruppen aus dem Umfeld des Jungdeutschen Ordens zur Deutschen Staatspartei um – das Wort „demokratisch“ verschwand schlicht und einfach aus ihrem Namen.

Je stärker die bürgerlichen Parteien mit sich selbst beschäftigt und die Regierung um die Durchsetzung der Notverordnungen bemüht waren, ließ man alle Gefahren außer acht, die von der erstarken NSDAP ausgingen. Die völlige Fehleinschätzung der politischen Lage zeigte sich auch im sorglo-

sen Umgang mit einer Denkschrift, die 1929/30 im preußischen Innenministerium ausgearbeitet worden war und zu dem Ergebnis kam, die NSDAP sei eine „staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung“. Die Reichsregierung meinte jedoch zurückhaltend, sie könne sich zur Frage von deren Legalität oder Illegalität nicht äußern. Auf wirksame Aktionen gegen die Nazi-partei hoffte man vergebens. Währenddessen bemühten das Zentrum und andere konservative Parteien sich vor allem darum, die beabsichtigten sozialpolitischen Maßnahmen so zu konkretisieren, dass ihren linken Gegnern kein „bedenklicher Agitationsstoff“ geboten würde.

Brüning strebte ein Ermächtigungsgesetz an, da parlamentarische Mehrheiten für weitere Notverordnungen zwar notwendig, aber nicht zu erwarten waren. Auch an Wahlrechtsänderungen wurde im Kabinett gebastelt. Allein die Themen, die in den Ministergesprächen mehrfach zur Debatte standen, sprechen Bände: Osthilfe, Reform der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung, Maßnahmen zur „Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“, Einführung einer „Bürgersteuer“, Senkung der „Industriebelastung“, Erhöhung von Agrarzöllen, zum Beispiel des Erbsenzolls von vier auf 20 Mark, Handelsverträge und anderes. Im Kabinett hieß es mit dem Blick auf den Wahlkampf demagogisch: „Dieser ganze Verordnungsinhalt müsse gerechtfertigt werden mit der Devise (sic!): Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen zur Ermöglichung der Beschäftigung der Arbeitslosen.“

Warnende Stimmen vor dem, was ein Erfolg der NSDAP mit sich bringen würde, kamen vor allem aus den Reihen von SPD und KPD. Doch über die eigenen Anhänger hinaus wurden sie nur von wenigen vernommen. Beide Parteien sahen in den Hakenkreuzlern eine große Gefahr, mitunter jedoch nicht die größte. Sie warnten vor dem Faschismus und erreichten bei Demonstrationen unter dem Motto „Nie wieder Krieg“, zum Beispiel am 1. August 1930 in Berlin, mehrere zehntausend Menschen. Die Parteiveranstaltungen fanden allerdings getrennt statt, die der SPD im Lustgarten, die der KPD auf dem Winterfeldtplatz. Von antifaschistischer Gemeinsamkeit keine Spur, im Gegenteil: Beide nutzten jede Gelegenheit, sich gegenseitig zu beschuldigen. Da diffamierten die einen die anderen als „Sozialfaschisten“, jene wiederum die anderen als „rotlackierte Nazis“. Demokraten und Pazifisten, die wie Carl von Ossietzky in Die Weltbühne vom Februar 1930 den „Rotkoller“ der Herrschenden erkannt hatten, zeigten sich vom realitätsfernen Verhalten der Arbeiterparteien enttäuscht. Auch nach der Wahl vom 14. September 1930 änderte sich daran kaum etwas – es gab eine Reihe falscher Urteile zu deren Ergebnissen.

Die Drachensaat geht auf

Die Auflösung des Reichstages war niemandem gelegener gekommen als den Nazis. Man werde, so verkündete Hitler am 2. August in einem Artikel des Illustrierten Beobachters mit dem Titel „An der Wende des deutschen Schicksals“, ein Vielfaches gegenüber der bisherigen Zahl an Stimmen erhalten. Diese Hoffnung war nicht unbegründet. Die NSDAP verbuchte tatsächlich einen erheblichen Zulauf an Mitgliedern und Mitläufern. Soziologische Studien, auch wenn sie angesichts fehlender verlässlicher Quellen damals unzulänglich waren, weisen darauf hin, in welch hohem Maße die neuen Anhänger der Faschisten den Mittelschichten und anderen von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffenen Kreisen entstammten. In politischer Hinsicht kamen sie aus dem Umfeld jener Parteien, die von vielen heutigen Historikern wider besseres Wissen als demokratische Mitte der Weimarer Gesellschaft bezeichnet werden.

Viele fühlten sich angezogen von einzelnen Parolen der NSDAP, die der eigenen Kritik an den Missständen der Zeit zu entsprechen schienen. Durchaus als attraktiv empfanden viele das neuartige Auftreten und kraftstrotzende Gebaren der Nazis, ebenso die demonstrativ zur Schau gestellte nationalistische Kompromisslosigkeit gegenüber den Siegern des Ersten Weltkrieges. Manche glaubten auch an das Versprechen der Nazis, sich hauptsächlich für „Arbeit und Brot“ einsetzen zu wollen. Mit dem Differenziertheit verlangenden Blick auf heutiges Geschehen könnte bei einem Teil damaliger Wähler auch von Ent- und Getäuschten sowie von Irrenden und Suchenden gesprochen werden, die sich der Folgen ihres Handelns nicht bewusst waren und dennoch historisch verantwortungslos handelten. Manche schienen ob ihres Ärgers über gewiss zu kritisierende Zustände nicht erkennen zu wollen

oder zu können, dass es den Faschisten keineswegs nur um irgendeine Reform dieses Staates, sondern um die Beseitigung der Weimarer Republik als ganzer ging. Im Sog nationalistischen und rassistischen Denkens formierte sich auch aus solchen Wählern eine faschistische Gefolgschaft.

Arbeiter, die bisher schon rechten bürgerlichen Parteien anhängen, nahmen den vorgetäuschten Antikapitalismus der Nazis hin, ohne zu bemerken, wie diese es sorgsam vermieden, die Ausbeutergesellschaft insgesamt anzugreifen. Einzelne Politiker und einzelne Kapitalisten erschienen vielen als die Alleinschuldigen am Massenelend. Einer von Hitler geführten Regierung wurde zugetraut, gangbare Auswege aus der Krise zu finden und eine „positive“ Wendung auch des eigenen Schicksals zu erreichen. Die nazistischen Parolen von angeblich notwendiger „Raumerweiterung für das deutsche Volk“, die Krieg bedeutete, und von der Durchsetzung „deutscher Grundwerte“ in der Welt, die rassistischer Gewalt bedurfte, wurden nicht hinterfragt. Blind wurde hingenommen, dass man nicht von „Brüderlichkeit“ oder „Nie wieder Krieg“ reden dürfe, denn das sei zu allen Zeiten nur „faules Lügengewächs“ gewesen, wie beispielsweise der Illustrierte Beobachter am 16. August 1930 behauptete.

Ihren Wahlkampf führte die NSDAP sowohl gegen die beiden großen Arbeiterparteien als auch gegen die bürgerlichen Parteien. Hitler sprach vom „Elend“, das der Marxismus dem deutschen Volke aufgeladen habe: „Sozialdemokratie und Kommunismus haben gemeinsam Deutschland in dieses namenlose Unglück gestürzt, beide müssen vernichtet werden“, las man am 9. August im Illustrierten Beobachter. Zugleich verfassten die Wahlkampfstrategen der Partei Anklagen gegen ihre direkte Konkurrenz: Das Bürgertum, das mit der Pest des Marxismus paktiere, das „sie schützt und deckt, verdient den gleichen Weg zu gehen“. Alle wurden als „Novemberverbrecher“ und „Systemparteien“ beschimpft, Plakate zeigten „saulende Minister“ und „feiste Bonzen“. Bestechungsskandale, in die Beamte verwickelt waren, wurden weidlich ausgebeutet, um das „verkommene“ Gemeinwesen anzuprangern. Es müsse durch einen „sauberen“ Staat ersetzt werden. Mit all diesen Attacken wurde an in der Bevölkerung weitverbreitete Gefühle des Unbefriedigtseins und der Verzweiflung appelliert.

Gestärkt sah sich die NSDAP zugleich durch finanzielle Zuwendungen, wovon auch der Ankauf des „Barlowschen Palais“ im Zentrum Münchens zeugte, das nach seinem Umbau den Namen „Braunes Haus“ erhielt. Wiederholte Aufrufe an Mitglieder und Gönner, Erwerb und Einrichtung dieses auch „Zentralheim“ genannten Palastes finanzieren zu helfen, sollten vertuschen, dass der Großindustrielle Fritz Thyssen ein Darlehen in eine Spende umwandelte und so dem Zentralapparat der Faschistenpartei zu einer feudalen Residenz und einem höherem Grad der Organisiertheit verhalf. In dem Schwerindustriellen Thyssen besaß die NSDAP eine ihrer verlässlichsten Stützen im Ruhrgebiet, wo traditionell die Deutschnationalen gefördert wurden. Viele folgten seinem Beispiel, wenn auch zu meist weniger demonstrativ.

Rechter Terror

Zu der rund 34.000 Veranstaltungen umfassenden Wahlkampagne der Nazis gehörte ein immer gewaltbereiteres Vorgehen. Die in Uniform und in Zivil auftretenden Schlägertrupps verübten Anschläge und überfielen politische Gegner mit Revolvern, Hieb- und Stichwaffen. Rund 400 Faschisten rissen am 10. August bei einer Demonstration auf dem Berliner Schlossplatz die schwarz-rot-goldenen Fahnen herunter. Demonstrativ bekannten sich SA-Führer zum individuellen Terror. Zugleich perfektionierte die NSDAP ihren öffentlichen Auftritt. In Städten mietete sie die größten Versammlungshallen und verstand es meist auch, diese zu füllen. Häufig wurden Reden zusätzlich per Lautsprecher ins Freie oder in benachbarte Säle übertragen. Durch diesen geschickten Einsatz von Technik gewann die Öffentlichkeit den Eindruck, dieser Partei würden die Massen unaufhaltsam zuströmen. SA-Trupps, die vor den Rednerbühnen aufzogen, suggerierten Jugendlichkeit, Kraft und Geschlossenheit und standen bereit, jeden Zwischenrufer aus dem Saal zu prügeln. Systematisch wurde die Bevölkerung der Kleinstädte und des platten Landes bearbeitet. Die Faschisten schickten geübte Parteiredner, die ein festgelegtes Pensum von Einsätzen zu bestreiten hatten, auch in entlegene Gebiete. Manche von ihnen waren in der am 1. Juli 1929 ins Leben gerufenen Rednerschule vorbereitet worden, nach deren Besuch sie eine parteiamtliche Anerkennung erfuhren.

Als der neue Reichstag am 13. Oktober 1930 eröffnet wurde, kam es sofort zu einem Eklat: Die 107 Abgeordneten der NSDAP erschienen alle in brauner Parteimontur und verstießen damit provokativ gegen das in Preußen geltende Uniformverbot. Dennoch brauchten sie eine Strafverfolgung nicht zu befürchten, da dazu ihre politische Immunität hätte aufgehoben werden müssen. An diesem Tag kam es in Berlin zu pogromartigen Ausschreitungen. Jüdisch aussehende Passanten wurden von SA-Leuten beschimpft und verprügelt, jüdischen Geschäften wie dem Kaufhaus Wertheim wurden die Schau-fensterscheiben eingeworfen.

Im Reich und auch im Ausland wuchsen Befürchtungen, es könne einen erneuten Putsch der NSDAP geben, zumal diese die Parole verbreitete: „Nach dem Sieg – Bindet den Helm fester!“ Doch anders als noch im Herbst 1923 bemühte sich ihre Führung zugleich, den Ruf von Unzuverlässigkeit und illegitimem Verhalten gegenüber Bündnispartnern loszuwerden. Eine demonstrative Gelegenheit dazu ergab ein Prozess vor dem Leipziger Reichsgericht, der vom 23. September bis zum 4. Oktober 1930 gegen drei ehemalige Reichswehroffiziere stattfand, die in Kontakt mit SA-Führern versucht hatten, Nazizellen im Heer zu bilden. Hitler konnte als „Zeuge“ eine zweistündige Rede über die angebliche vollkommene Legalität der Methoden und Ziele seiner Partei halten. Obwohl dem obersten Gericht der Republik haufenweise Dokumente vorlagen, durch welche die hochverräterische Tätigkeit der NSDAP bewiesen wurde, ließen die Richter Hitler behaupten, seine gesamte Partei lehne eine gewaltsame Beseitigung der Verfassung ab. Die SA sei ohne militärischen Charakter, waffenlos und lediglich als Schutztruppe gegen „links“ gedacht. Wenn in seiner Bewegung von „Revolution“ gesprochen werde, dann wäre ein geistiger Prozess gemeint. Als Hitler darauf eine oft zitierte Stelle aus den regelmäßig erscheinenden Nationalsozialistischen Briefen vorgehalten wurde, wonach er selbst drohend angekündigt hatte, dass im Kampf um die Macht Köpfe rollen würden, gab er dem zynisch die Auslegung, der Henker werde erst nach dem Sieg seiner Bewegung und dann auf der Grundlage von Urteilen eines Staatsgerichtshofes in Aktion treten.

Wie es ja in der Tat geschah, als den Nazis die Macht übertragen worden ist. Spätestens dann zeigte sich, dass die Wahlen vom 14. September 1930 ein außerordentlich folgenreicher Schritt hin zur Zerstörung der Weimarer Republik gewesen waren.

junge Welt, 14.09.2020, S. 12.

Unheimliche Wiedergänger

Florian Huber über die „Erfindung“ des rechten Terrors in der Weimarer Republik und Parallelen zur Gegenwart

Was wurde nicht schon alles über rechten Terrorismus geschrieben! Auch dass er „erfunden“ worden sei, ist nicht neu. Dies bekundete vor vier Jahren die Historikerin Carola Dietze, ihn forsch mit dem Auftauchen der Eisenbahn in der europäisch-amerikanischen Welt des 19. Jahrhunderts vergleichend und als „Produkt der Moderne“ darstellend. Lang ist die Liste der Publikationen über die Geschichte wie auch Gegenwart rechten Terrors. Wer auf die aktuell sich häufenden Untaten rechtsextremer Täter schaut, gleich ob mit Abscheu und Entsetzen oder Neugier und Verständnissuche, dessen Blick schweift unweigerlich zurück auf das mörderische Geschehen nach dem Ersten Weltkrieg. Damals gingen rechte, vor allem paramilitärische Organisationen mit militanter Intoleranz und brutaler Aktionsbereitschaft gegen jene Kräfte vor, die um eine sozialere Gesellschaft und friedliche Verhältnisse der Menschheit rangen. Gegner der Novemberrevolution und Verlierer des Weltkrieges sann sofort auf Rache, um alte Ziele deutscher Großmachtpläne neu zu erreichen, mit welchen Mitteln auch immer.

Begrüßenswert erscheint daher das Anliegen des Historikers Florian Huber, die damaligen politischen Morde in ein (allerdings nicht näher erläutertes) 100-jähriges „Zeitalter des Rechtsterrors“ einzuordnen. Er untersucht die Untaten vor allem der „Organisation Consul“, die in den frühen 1920er Jahren nahezu 25.000 Mitglieder erfasste, und stellt Parallelen zu heute fest, beispielsweise zum NSU. Er spricht von einer Wiederkehr terroristischer Denkweisen, Sprachfiguren und Feindbilder. Seine Schlussfolgerung: „Wenn sich Geschichte wiederholt, dann in den Strukturen, Milieus und Mentalitäten, die in den letzten hundert Jahren nie mehr verschwunden und jederzeit möglich sind.“ Wiederkehren würde zudem die „Gewöhnung an das Skandalöse“.

Sein Rückblick gilt einer Handvoll Männer, die ihm als „Erfinder“ rechten Terrors gelten: Hermann Ehrhardt, Manfred von Killinger, Friedrich Wilhelm Heinz, Erwin Kern, Ernst von Salomon, die Brüder Tillessen und andere. Menschen, die „ihre Heimat verloren glaubten und in ihrer Zeit kein Lebensziel fanden, die sich überflüssig fühlten und aus ihrer inneren Leere heraus dem ‚System‘ den Krieg erklärten“, urteilt Huber. Mit zerstörerischer Energie hätten sie sowohl Revolutionäre als auch Vertreter und Unterstützer der Weimarer Republik bekämpft, zudem „Verräter“ aus den eigenen Reihen hingerichtet. Verstehen wollten sie sich selbst als „wahre“ oder „letzte Deutsche“, als notwendige Verteidiger von Heimat und Wiederhersteller traditioneller Macht. Sie glaubten berechtigt zu sein, nach dem verlorenen Krieg nun Bürgerkrieg gegen jene führen zu müssen, deren „Dolchstoß“ in den Rücken des eigentlich siegreiche Heeres die Niederlage 1918 herbeigeführt habe. Sie rechtfertigten nicht nur die Gewalt im Krieg, sondern priesen auch den Bürgerkrieg als notwendige „Gewalt in höchster Potenz“. All dies leitet Huber aus Selbstzeugnissen, Programmen und späteren Rechtfertigungsschriften ab.

In der Tat: Jenen zumeist jüngeren Männern, die im Grunde nichts anderes als das Kriegshandwerk kannten, hatte die Kriegsniederlage weitgehend soziale Existenzgrundlage und Statussicherheit entzogen. Sozial entwurzelte Offiziere, von Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, Monarchisten, stockreaktionäre Abenteurer und Landsknechte feuerten mit überschäumendem Hass den Krieg im Inneren an, bereit zum „Kampf bis aufs Messer“, den beispielsweise der gemeinsam mit dem Königsberger „Generallandschaftsdirektor“ Wolfgang Kapp putschende General Walther von Lüttwitz im März 1920 forderte. Der einflussreiche Großindustrielle Hugo Stinnes hatte wenige Wochen vorher erklärt, es sei „das Zeichen einer wahren Demokratie, dass sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet ... Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen“. Von der Reichsregierung forderte Stinnes: „Es muss gehandelt, nicht verhandelt werden.“ Aus todbringendem Handeln und dem Streben nach „Rache“, gemeint als ein neuer Waffengang, erwuchs rechter Terror und damit eine der Grundlagen des deutschen Faschismus. Vor diesem Hintergrund bietet Huber zwei spannend ineinander verwobene Erzählstränge an: Der eine, überwiegend biografisch angelegt, schildert die Erlebnis- und Gedankenwelt derer, die poli-

tische Morde planen, befahlen oder ausübten. Der andere verfolgt Leben und Wirken von Walther Rathenau bis hin zum mörderischen Attentat auf den jüdischen Industriellen und um Versöhnung mit den einstigen Kriegsgegnern bemühten Reichsaußenminister am 24. Juni 1922.

Allen neun Kapiteln des Buches vorangestellt sind enthüllende Zitate aus Reden und Schriften heutiger Rechtsextremisten. Huber zeigt zudem Parallelitäten von damals und heute in Bildseiten, die zum Beispiel auf der einen Seite den deutschnationalen Antisemiten und Putschisten Hermann Ehrhardt, auf der anderen den rechtsradikalen norwegischen Massenmörder Anders Breivik zeigen, oder ein Freikorps und die bundesdeutsche Wehrsportgruppe Hoffmann. Der bekannten Warnung des deutschen Zentrumspolitikers Joseph Wirth „Der Feind steht rechts“ von 1922 stellt der Autor fast wortgleiche Aussagen gegenwärtiger Politiker gegenüber – kommentarlos. Huber verweist zudem auf eine weitere Parallele: Habe zu Weimarer Zeiten schon der Prozess gegen die Rathenau-Mörder offenbart, dass keineswegs verwirrte „Einzeltäter“ die Demokratie bedrohen, tut sich die deutsche Justiz noch heute schwer bei der Suche nach Netzwerken und Strukturen.

Dies alles zu erhellen, darf als Verdienst dieses Buches angesehen werden. Es regt zu weiteren Analysen geschichtlicher Prozesse an, zu kaum untersuchten Wechselwirkungen zwischen Tätern und offizieller Politik, zwischen individuellen Motiven und den Interessen jener, denen diese letztlich dienten. Anregend ebenso, den rechten Terror militärischer Kreise im Gleichklang mit dem Aufkommen des deutschen Faschismus zu sehen. Bereits in den frühen 1920er Jahren gab es ein explosives Gemisch aus völkisch-nationalistischem Antisemitismus, alldeutsch-rassistischer Selbstüberhebung, diktatorischen Herrschaftsplänen und aggressiven Revisionswünschen der Ergebnisse des Weltkrieges und der Revolution. Aus diesem Sammelbecken formierte sich die spezielle deutsche Art des europäischen Faschismus, die sich dann ihren täuschungsvollen Namen gab. Insofern ist gegen die Aussage des Autors Einspruch zu erheben, der Rechtsterror sei vor dem „Nationalsozialismus“ entstanden. Und die These, die damaligen terroristischen Aktionen seien von der deutschen Öffentlichkeit nahezu vergessen worden, offenbart einen begrenzten Blick westdeutsch geprägter Historiographie: DDR-Autoren wie Kurt Finker, Kurt Gossweiler, Erwin Könnemann, Joachim Petzold oder auch das vierbändige Lexikon zur Geschichte bürgerlicher Parteien und Verbände kamen Huber offenbar nicht in den Sinn.

Florian Huber: Rache der Verlierer. Die Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland. Berlin Verlag, 287 S., geb., 24,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 29.10.2020.

Recht, nicht Rache

Vor 75 Jahren begann der Nürnberger Prozess gegen die Naziverbrecher.



Das Foto ist bekannt: 21 Angeklagte sitzen im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes in jener Stadt, die von den Nazis als die ihrer „Reichsparteitage“ gepriesen worden war und die in dem von ihnen entfesselten Zweiten Weltkrieg schwere Wunden erlitten hatte. Ein halbes Jahr nach dem militärischen Sieg über den deutschen Faschismus begann am 20. November 1945 ein Prozess, den es so noch nie gegeben hatte, der neuen Grundsätzen des Völkerrechts zum Durchbruch verhalf und die Menschen in aller Welt hoffen ließ, Verbrechen gegen den Frieden und Verletzung der Menschenrechte würden künftig verhindert, zumindest aber gesühnt und bestraft. Es schien ein Meilenstein gesetzt zu sein gegen neue Kriege, auch gegen neue Faschisten.

Der Internationale Militärgerichtshof der Antihitlerkoalition war entschlossen, wie Robert M. W. Kempner von der US-amerikanischen Anklage betonte, den „Augiasstall“ zu säubern. Doch leiten ließ sich das Tribunal vom Prinzip: Recht, nicht Rache. Man war bestrebt, die Breite gesellschaftlicher und individueller Verantwortlichkeit für Faschismus, Krieg und Verbrechen an der Menschheit gerichtsnotorisch zu markieren. Das brachte nicht nur führende NSDAP-Mitglieder vor die Schranken des Gerichts, sondern ebenso Militärs und Vertreter aus Wirtschaft und Staatsbürokratie, Diplomatie und Propaganda.

Über sie wurde umfangreiches Material gesichtet. Die begangenen Verbrechen zu leugnen war unmöglich, sie zu rechtfertigen undenkbar. Dennoch bekannten sich die Angeklagten unschuldig. Zumeist verwiesen sie auf Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Martin Bormann, Joseph Goebbels. Von denen würden die Befehle stammen. Ihnen zu folgen hätten Anstand und Ehre geboten. Verbrechen – nein, die wollten sie nicht begangen haben. Sich selbst sahen sie lediglich als Ge- und Verführte, Hintergangene, Getäuschte und Betroffene, mehr Opfer denn Täter. Viel fehlte nicht und sie hätten beteuert, keine Nazis gewesen zu sein.

Aber sie waren zu solchen geworden. Auftreten und (Aus-)Reden verrieten es. Erkennbar war, was sie auf die Bahn politischen Abenteuerertums gebracht hatte. Es war vor allem das Gefühl, als Deutsche zu „Höherem“ bestimmt zu sein und über allen anderen zu stehen. Nationalistische und rassistische Ideen boten die Bindekraft, Demokratie und Parlamentarismus bekämpfen, anders denkende Menschen zu ermorden, andere Völker vernichten zu wollen. Immer verband sich dies mit dem Argument, alle in der feindlichen Welt, allen voran die Juden, hätten sich gegen die Deutschen ver-

schworen. Einig waren sie sich im Streben, wenn schon nicht die ganze Welt, so doch zumindest den europäischen Kontinent zu beherrschen, wozu im Osten neues Land gewonnen und dortige Völker vertrieben oder unterworfen sein müssten. Persönlicher Ehrgeiz, auch Ruhmsucht sowie traditionelle Krieger- und Mannesehre mögen sie getrieben haben. Weder den Prozess noch eine harte Verurteilung hatten die meisten Angeklagten erwartet, waren doch ähnliche Bemühungen nach dem Ersten Weltkrieg sang- und klanglos im Sande verlaufen.

Die meisten stammten aus gesicherten bürgerlichen Verhältnissen. Es standen ihnen andere Lebenswege offen, als von ihnen gewählt und beschritten. Mit zwei Ausnahmen – Wilhelm Keitel und Fritz Sauckel – kamen sie aus Familien des Besitz- oder des Bildungsbürgertums, also aus Teilen der Gesellschaft, die gern und absichtsvoll fern von Klassenverhältnissen als deren „Mitte“ bezeichnet werden. Der überwiegende Teil der Väter gehörte zur Beamtenschaft, waren Lehrer, Berufsoffiziere; einer war in der Kolonialverwaltung tätig. Zwei Väter arbeiteten als Rechtsanwälte und einer war ein erfolgreicher Kaufmann.

Hatten sie, die in solchen Verhältnissen aufwuchsen, soziale Katastrophen zu fürchten? Acht hatten Gymnasien bzw. eine Oberrealschule besucht, sechs das Abitur absolviert. Zwei absolvierten auf dem Wege zum Militärberuf Kadettenanstalten und einer erhielt seine Unterweisung auf einem Lehrerseminar. Während drei die Offizierslaufbahn einschlugen, immatrikulierten sich fünf an Universitäten. Von diesen brachten es wiederum vier bis zur Promotion; sie alle erlangten den Doktor der Rechtswissenschaft.

Nahezu jeder besaß durch Herkunft und Ausbildung feste Grundlagen für eine solide bürgerliche Existenz. Niemand sah sich dem unausweichlichen Zwang ausgesetzt, seine zweite, politische, Karriere an der Seite Hitlers zu beginnen. Das aber taten sie alle, die meisten lange vor dem 30. Januar 1933. Zu ihnen traten später Wilhelm Keitel und Alfred Jodl hinzu, die als Berufsoffiziere des kaiserlichen Heeres in die Reichswehr übernommen worden waren. Arthur Seyß-Inquart und Ernst Kaltenbrunner gelangten erst mit und nach dem „Anschluss“ Österreichs in den Vordergrund der großdeutsch-imperialistischen Politik im Zeichen des Hakenkreuzes.

In nahezu allen Fällen aber wurden die definitiven Lebensentschlüsse alsbald nach dem Ende des Kaiserreichs und unter dem Eindruck der deutschen Niederlage im Weltkrieg getroffen. Viele waren 1914 begeistert auf die Schlachtfelder gezogen, um den Sieg fürs Vaterland zu erringen. Für die drei im deutschen Heer als Berufssoldaten Dienenden – Göring, Keitel und Jodl – verstand sich das von selbst. Drei weitere waren als Reserveoffiziere Kriegsteilnehmer. Bei „Gedienten“ wie „Ungedienten“ schlug 1918 der bis dahin nach außen gekehrte Mordspatriotismus in Hass gegen Revolution und Republik um. Sie glaubten, „Marxisten“ und „Novemberverbrecher“ sowie deren angebliche Anstifter, die Juden, hätten ihre Lebensideale zerstört. Sie hassten das Volk, das sich 1918 zu geschichtlicher Aktion erhoben hatte und verachteten es als „Pöbel“. Zugleich sehnten sie sich nach Zuständen, in denen diese Massen ihnen gehorchen und folgen würden. im „Kampf gegen Versailles“ und für „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“.

Nach 1933 begann für sie ein neuer Lebensabschnitt. Ihre Karrieren führten sie an die Spitze der Staatspyramide. Neun bekleideten 1945 das Amt von Ministern oder das von Leitern oberster Reichsbehörden. Als Reichsminister fungierten Wilhelm Frick und Hermann Göring seit 1933, Hans Frank seit 1934, Joachim Ribbentrop seit 1938, Arthur Seyß-Inquart seit 1939 und Alfred Rosenberg seit 1941. Keitel war ihnen als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht gleichgestellt. Ernst Kaltenbrunner leitete das Reichssicherheitshauptamt, und Sauckel übte das Amt eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz aus. Sie waren die „Mit“-Führer, obgleich sie in den Verhandlungen des Gerichtshofes immer wieder Hitler und nächst ihm Himmler für die nicht zu leugnenden Mordtaten verantwortlich machten. Wortreich beriefen sie sich in Nürnberg auf ihre als edel bezeichneten nationalen Ziele, auf ihre angebliche aufopferungsvolle Liebe zum deutschen Vaterlande. Niemand von ihnen hätte den Krieg gewollt. Zu brutaler Kriegführung seien sie durch die Gegenwehr der Feinde gedrängt worden. Und sie beriefen sich darauf, dass in allen Kriegen Verbrechen geschehen und auch von der Antihitler-Koalition begangen worden seien.

Dies veranlasste den bereits zitierten US-amerikanischen Ankläger zu einer spöttischen wie sarkastischen Gegenrede: „Wenn wir nur die Erzählungen der vorderen Reihe der Angeklagten zusammenstellen, so bekommen wir folgendes lächerliches Gesamtbild von Hitlers Regierung; sie setzte sich zusammen aus: Einem Mann Nummer 2, der nichts von den Ausschreitungen der von ihm selbst eingerichteten Gestapo wusste und nie etwas vermutete von dem Ausrottungsprogramm gegen die Juden, obwohl er der Unterzeichner von über 20 Erlassen war, die die Verfolgung dieser „Rasse“ ins Werk setzten. Einem Mann Nummer 3, der nur ein unschuldiger Mittelsmann war, der Hitlers Befehle weitergab, ohne sie überhaupt zu lesen, wie ein Briefträger oder ein Botenjunge. Einem Außenminister, der von auswärtigen Angelegenheiten wenig und von der auswärtigen Politik gar nichts wusste. Einem Feldmarschall, der der Wehrmacht Befehle erteilte, jedoch keine Ahnung hatte, zu welchen praktischen Ergebnissen diese führen würden. Einem Chef des Sicherheitswesens, der unter dem Eindruck war, dass die polizeiliche Tätigkeit seiner Gestapo und seines SD im Wesentlichen derjenigen der Verkehrspolizei gleichkam. Einem Parteiphilosophen, der an historischen Forschungen interessiert war und keinerlei Vorstellungen von den Gewalten hatte, zu denen im 20. Jahrhundert seine Philosophie anspornte. Einem Generalgouverneur von Polen, der regierte, aber nicht herrschte. Einem Gauleiter von Franken, der sich damit beschäftigte, unflätige Schriften über die Juden herauszugeben, der jedoch keine Ahnung hatte, dass sie irgendjemand jemals lesen würde. Einem Innenminister, der nicht wusste, was im Innern seines eigenen Amtes vor sich ging, noch viel weniger etwas wusste von seinem eigenen Ressort und nichts von den Zuständen im Innern Deutschlands. Einem Reichsbankpräsidenten, der nicht wusste, was in den Stahlkammern seiner Bank hinterlegt und was aus ihnen herausgeschafft wurde. Und einem Bevollmächtigten für Kriegswirtschaft, der geheim die ganze Wirtschaft für Rüstungszwecke leitete, jedoch keine Ahnung hatte, dass dies irgendetwas mit Krieg zu tun hätte.“

Das Nürnberger Gericht gewährte den Angeklagten einen fairen Prozess. Seine Richter bewiesen bewundernswerte Geduld. Der dennoch nicht verstummende Vorwurf, in Nürnberg sei „Siegerjustiz“ praktiziert worden, ist aus machtpolitischen Interessen geboren und zielt darauf, sich den „unglaublichen Tatsachen“ nicht zu stellen, für die vor Gericht massenhaft „glaubhafte Beweise“ beigebracht und dokumentiert wurden. Die Richter der vier Siegermächte haben einen historischen Meilenstein aufgerichtet, hinter den es kein Zurück gibt.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 21./22. November 2020, S. 20.

Bedrohlicher als braune Radautypen

Ulrich Herbert stellt Nazis in Nadelstreifen vor – ein nach wie vor aktuelles Problem

Gern greift, wer an zeitgeschichtlichen Problemen und insbesondere an der Geschichte des deutschen Faschismus interessiert ist, zu Büchern aus der Feder des 1951 in Düsseldorf geborenen und bis 2019 an der Universität in Freiburg/Breisgau lehrenden Historikers Ulrich Herbert. Bekannt wurde er vor allem mit seinen Arbeiten über den „Ausländereinsatz“ in der Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ sowie mit seiner wegweisenden, generationengeschichtlich orientierten Biografie über Werner Best, dessen Weg als völkisch-radikaler Student begann und bis in die Spitze des Reichssicherheitshauptamtes führte, der als SS-Intellektueller die deutsche Großmacht- und Vernichtungspolitik rechtfertigte und dennoch nach 1945 weiter Karriere in der Bundesrepublik machen konnte.

Jetzt legt Herbert eine interessante Sammlung von elf thematisch sehr unterschiedlichen Aufsätzen und Vorträgen vor. Im Vordergrund stehen die sogenannten Funktionseliten des „Dritten Reiches“. Der fragende Titel bezieht sich insbesondere auf sie als „Personal der Diktatur“, zugleich aber auch auf jene, die er als traditionelle Eliten bezeichnet, womit vor allem bürgerliche Kreise nationalkonservativer Gesinnung gemeint sind. Erstere hätten vor allem den Charakter der Diktatur geprägt und nicht jene, die als braune Radautypen zu ihrer Entstehung beigetragen hätten. Nach 1933 habe sich ein Prozess der Amalgamierung von drei gesellschaftlichen Gruppen vollzogen – der „traditionellen Nationalsozialisten mit den Vertretern anderer radikalnationalistischer Richtungen und den traditionellen Eliten“. Eine der Schlussfolgerungen des Autors lautet: Die Verbrechen des Regimes wurden „in den Ministerien, den Universitäten und der Wehrmachtsführung nicht nur hingenommen, sondern aktiv vorgedacht, konzipiert und mitgetragen“.

Deutlicher kann man sich kaum vom nach wie vor oft anzutreffenden Entlastungsargument distanzieren, der deutsche Faschismus sei letztlich nichts anderes als ein Hitlerismus gewesen. Auch wenn hier die Wirtschaftseliten und deren Expansionsprogramme für eine „Neuordnung Europas“ unerwähnt bleiben. Herbert geht es hauptsächlich um Führungskräfte der NSDAP, um deren Motive und historische Verantwortung. Man könnte darin den roten Faden sehen, der den Band bei aller möglichen Detailkritik lesenswert macht.

Abgesehen von zwei Texten sind die hier versammelten Beiträge bereits zuvor in diversen Sammelbänden zu übergreifenden Themen oder an schwer zugänglicher Stelle erschienen. Sie entstanden zwischen 1995 und 2020, überwiegend nach der Jahrtausendwende. Viele sind unmittelbar konkreten Aspekten der Geschichte des deutschen Faschismus gewidmet, wobei stets nur vom „Nationalsozialismus“ geredet wird; lediglich gelegentlich taucht der andere Begriff, Faschismus auf, der da jedoch dem orthodoxen Marxismus zugeordnet wird. Eingehend befasst sich Herbert mit der geschichtswirksamen Rolle von Erfahrungen und Lehren aus dem Ersten Weltkrieg sowie mit den Ursachen des Antisemitismus in Deutschland von 1900 bis 1938. In vier biografischen Skizzen wird der „deutsche Professor“ charakterisiert – am Beispiel des Juristen Carl Schmitt, des Historikers Gerhard Ritter, des Ethnologen Wilhelm Mühlmann und des Physikers Walther Gerlach, wobei letzterer für jene Naturwissenschaftler, Mediziner, Ingenieure und Techniker steht, deren Triebkraft ein moralisch entleerter Radikalpatriotismus gewesen sei. Unter dem Titel „Deutsches Europa und Großgermanisches Reich“ analysiert Herbert divergierende „supranationale Perspektiven“ führender Nazis für eine deutsche Vorherrschaft in Europa, die keinen Platz ließen für föderale Europa-Modelle oder einen faschistischen Universalismus. Einer der insgesamt recht lesenswerten Beiträge gilt den strategischen Planungen und politischen Vorentscheidungen des Überfalls auf die UdSSR. In zwei weiteren Beiträgen sucht Herbert nach Möglichkeiten und Grenzen eines totalitarismustheoretischen Vergleiches der Regime in Deutschland und der UdSSR sowie nach einer Typologie der hier und da massenhaft eingerichteten terroristischen Lager.

Der Text eines Vortrages, den Herbert im Januar 2020 an der Universität in Glasgow mit dem Titel „New answers to old questions“ (Neue Antworten auf alte Fragen) hielt, skizziert den Weg zur Ermordung der europäischen Juden. Dieser habe, so der Autor, eine eigene Dynamik entwickelt und schließlich in zehn Schritten „eskalierender Aktionen“ bis zur sogenannten Endlösung der Judenfrage

geführt. Jeden dieser Schritte stellt der Verfasser in den Kontext mit dem konkreten Kriegsverlauf sowie mit militärwirtschaftlichen und politischen Problemen. Es sei das Vorgehen gegen die Juden von den deutschen Verantwortlichen „mit einer jeweils gerade vordringlichen allgemeinen Problematik verbunden [worden] – zunächst mit dem Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus, dann mit der Nahrungsmittelknappheit, dann mit dem Arbeitseinsatz, auch mit dem Kampf gegen Seuchen, gegen Schwarzhandel, gegen Partisanen oder, besonders bei den Reichsbehörden, mit der Wohnungsnot. In jedem Fall wurde daraus ein Argument, wonach das Überleben der Juden geringer zu bewerten sei als das jeweilige Ziel.“

Nebenbei bemerkt: Mein Kollege und Freund Kurt Pätzold sprach in einem 2012 bei PapyRossa veröffentlichten Band von „Wahn und Kalkül“. Der Leser von Herberts Band wird, trotz der Vielzahl an Belegen, jedoch vergeblich nach dem Namen dieses wie auch eines anderen DDR-Autors suchen, was umso befremdlicher auffällt, wenn man sich an Literaturverzeichnisse in dessen Publikationen vor 1989/90 erinnert, in dem der westdeutsche Historiker sehr wohl ostdeutsche Kollegen namentlich zitierte. Ebenso fehlen hier Hinweise darauf, wie andere bundesdeutsche Historiker – liberale, sozialdemokratische und marxistische – vormals den Weg der deutschen Eliten in den Zweiten Weltkrieg analysierten. Zudem: So lesenswert und anregend viele der elf Beiträge geraten sind, so wenig vermögen manche der historiographiegeschichtlichen Aussagen zu überzeugen.

Ulrich Herbert: Wer waren die Nationalsozialisten? Verlag C. H. Beck, 303 S., geb., 24,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 08.04.2021.

„Russland“ und der 22. Juni 1941*

Welche Rolle das Feindbild „Russland“ für den Weg zum Überfall auf die UdSSR gespielt hat, sei hier in gebotener Kürze in drei thesenartig formulierten Punkten angedeutet sowie durch einige Bemerkungen zu seinem Wirken im Krieg ergänzt:

Eine erste These gilt der Tatsache, dass ein nationalistisch-rassistischer Russen hass nicht erst seit 1933, auch nicht erst seit der Gründung der NSDAP im Jahre 1920 festzustellen ist. Bekanntlich vollzog sich am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine rigorose Abkehr von Idealen der Verständigung und Zusammenarbeit mit Russland. Der vom Wilhelminischen Deutschland angestrebte „Platz an der Sonne“ ließ sich nur auf Kosten anderer erreichen, und der Spruch vom „deutschen Wesen“, an dem die Welt genesen solle, ließ einen völkischen, d.h. einen sich terroristisch und rassistisch färbenden Nationalismus erkennen, gerichtet vor allem gen Osten. So schuf im ersten Jahr des Weltkrieges ein deutscher Künstler eine

Medaille, die den nackten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg mit erhobenem Schwert stehend über den darniederliegenden russischen Bären zeigt. Zwar sah sich vor allem der Sieger in der Schlacht von Tannenberg als „Befreier Ostpreußens“ glorifiziert, doch die Art der Darstellung ließ zugleich den Willen zum Töten, zum Zerstören, zum Vernichten des russischen Bären, aber auch der anderen Konkurrenten erkennen. Die Pläne des Generals Erich Ludendorff für das deutsche Friedensdiktat von 1917 umfassten sogar weit mehr als das schließlich im Brester Frieden Erreichte und zielten auf ein dem Deutschen Reich angeschlossenes Ostimperium. Das Russlandbild preußisch-deutscher Militärs lässt sich nicht anders als terroristisch und rassistisch, gewissermaßen auch als präfaschistisch charakterisieren.

Nach dem Ersten Weltkrieg kam das Feindbild „Russland“ verstärkt in antikommunistischer und antisowjetischer Gestalt daher. Es unterstellte den Russen – eigentlich allen Slawen – einen naturgegebenen barbarischen, also genetisch unveränderbaren Charakter. Alles Russische, so wurde behauptet, entstamme sowohl byzantinischer Orthodoxie als auch tatarisch-asiatischem Despotismus. Zudem strebe es generell zu tyrannischen Herrschaftsformen und führe kontinuierlich zu aggressiven Expansionsgelüsten, gerichtet gegen ein Europa, dem Russland nicht zugehöre. Einander gegenübergestellt sahen sich die germanischen „Guten“ und die slawischen „Bösen“, gipfelnd in der Idee, dass einerseits zu Herrschaft befähigte Menschen existieren würden und andererseits Menschen von geringerer Wertigkeit. Nationalistische Selbstüberhebung und antirussische Vorurteile sowie gängige Klischeevorstellungen verzerrten in hohem Maße der Realität entsprechende Sichtweisen, selbst wenn man sich auf einige, zumeist einseitig ideologie-geprägte Sachinformationen sowie auf geschichtliche Erfahrungen zu stützen schien.

Eine zweite These besagt: Das Feindbild „Russland“ der Nazis basierte letztlich auf den Konzepten einer „Ostexpansion“ deutscher Großkonzerne, Militärs und Politiker, die durch ein entsprechendes wissenschaftliches Umfeld an Universitäten und Schulen sowie eines Teils der Weimarer Medienlandschaft gestützt und weiter propagiert wurden. Ohne das Denken völkischer und konservativer Theoretiker ist Hitlers Russlandpolitik und die der NSDAP undenkbar, auch wenn sich in der NSDAP kurzzeitig sogenannte „nationalbolschewistische“ Stimmen Gehör verschaffen konnten: Gregor Strasser etwa hatte eine Debatte zum Thema „Russland und wir“ eröffnet und für eine prorussische Einstellung seiner Partei die Parole ausgegeben: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“ Aber man beachte: Vorläufig. Und es ging keineswegs nur um Mitteleuropa – denn, so tönte Goebbels 1926: *„Ich bin Deutscher! Ich will, dass Deutschland die Welt ist.“*

Das Bild von Russland, mit dessen Hilfe Hitler in dem langen Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ seines Buches „Mein Kampf“ die Eroberung von Land im Osten rechtfertigte, ging von konservativ-völkischen Vorstellungen aus, denen sich politische und ideologische Sichtweisen zu- und un-

* Belege für alle Zitate enthält der hier gekürzte und überarbeitete Beitrag des Verfassers: Russophobie in der ideologischen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR. In Manfred Weißbecker: Noch einmal über die Bücher gehen. Texte aus einem geteilten Historikerleben, Köln 2020, S 221-233.

terordneten. Das von Hitler hier sowie am 3. Februar 1933 vor deutschen Generälen formulierte Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, prägte schließlich nahezu alle Russlandbilder des deutschen Faschismus, unabhängig von allem taktierenden und zeitweise friedensdemagogischen Verhalten gegenüber der als „jüdisch-bolschewistisch“ charakterisierten Sowjetunion.

Eine dritte These: Feindbilder gehen generell Hand in Hand mit politischem Aktionismus. Sie verlangen gleichsam kategorisch gewaltsames Handeln. Geforderte Abwehrreflexe paaren sich mit angebotenen Lösungswegen, die angeblich zu Erfolgen führen, würde man nur aktiv und konsequent genug handeln. Ohne bereits den „Plan Barbarossa“ oder den berüchtigten „Generalplan Ost“ im Auge gehabt zu haben, entfaltete sich seit Mitte der 20er Jahre das feindselige, rassistisch-militant und antibolschewistisch geprägte Russlandbild der Nazis als konstitutiver Bestandteil ihrer Eroberungspolitik. Und zu dieser gehörte mehr und mehr eine wachsende Bereitschaft zum Töten anderer Menschen, zu einer Vernichtungspolitik sondergleichen.

Von „Untermenschen“ wurde gesprochen, die es zu bekämpfen gelten würde. Eine 1935 vom SS-Hauptamt beim Reichsführer SS herausgegebene Schrift enthielt die Behauptung, der Bolschewismus sei der von den „Juden organisierte und geführte Kampf des Untermenschentums“ – das waren für die SS-Autoren Polen, Tschechen, Russen und Ukrainer. Erläuternd hieß es: „Der Untermensch – jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, eine furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf zum Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen – geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier. Im Inneren dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, unverhüllteste Gemeinheit. Untermensch – sonst nichts!“ Damit lieferte Himmler eine rassistische Lizenz zum Töten von Menschen, deren Existenz für „entartet“, unnatürlich, wertlos und überflüssig angesehen wurde.

Der antibolschewistische Propagandakrieg, den die NSDAP Mitte der 1930er Jahre führte, verknüpfte sich eng mit einer auf den behaupteten Volkscharakter bezogenen abwertenden Argumentation. Da wurde von einer „rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution“ geredet. Da wurde postuliert, in Russland sei eine Vermischung von „nordisch bestimmte(m) Charakter“ und „mongolisch-asiatischen Instinkten“ vor sich gegangen, wodurch das Wesen des Russentums geprägt worden sei. Da hieß es, im Laufe der Zeit habe sich eine „Bastardisierung“ der charakterschwach gewordenen Russen vollzogen. Und immer wieder tauchte auch die Behauptung auf, die Russen seien dank ihres „Zerstörerinstinkts“ nicht zu staatenbildender Kraft in der Lage gewesen. Sie hätten also, um bedeutsam zu werden, einer Vorherrschaft von Normannen und Deutschen bedurft.

So absonderlich und abstrus dieser antibolschewistische Propagandakrieg auch gewesen sein mag, seine Inhalte drangen tief in die Köpfe der meisten Deutschen ein. Den Nazis gelang es, ihre von nationalistisch-rassistischer Selbstüberhebung und verbrecherischer Aggressivität gekennzeichneten Feindbilder gebetsmühlenartig massenwirksam zu machen. Sie schufen inhaltlich nichts Neues, verstärkten und vertieften aber die in den Köpfen bereits vorhandenen Feindbilder. Da störten schließlich auch jene Verwirrungen und Dissonanzen nicht, die es in Deutschland für rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 gab. Das antirussische Weltbild wurde nicht durch ein anderes ersetzt. Goebbels notierte in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei „im Augenblick von untergeordneter Bedeutung“, man sei in der Not und fresse „des Teufels Fliegen“. Rosenbergs Beamte hatten im November 1939 gemahnt, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“. Arroganz und Selbstüberhebung ließen allerdings selbst in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR nicht einmal ansatzweise ein realitätsnahes Russlandbild zu. Das, was im Dritten Reich als sogenannte „Sowjetforschung“ betrieben wurde, verbaute der Naziführung selbst jeden einigermaßen realistischen Blick auf die UdSSR.

Vielmehr entstanden auf dieser Grundlage „Beute“-Pläne in großer Zahl, ganz im Sinne Hitlers, der am 6. Juli 1941 meinte, es komme nun darauf an, den „riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen,

damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“ Im Kampf gegen Russland, so erläuterte Joseph Goebbels im Sommer 1942, handele es sich um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, [...] um Gummi, um Eisen und Erze“.

Dementsprechend erwies sich das in den ersten Jahren des Krieges verbreitete Russlandbild als ein in allerschwärzesten Farben gemaltes. Es lag der großen Ausstellung mit dem Titel „Sowjetparadies“ zugrunde und spiegelte sich in gern veröffentlichten Feldpostbriefen aus dem Osten. Die faschistisch-rassistischen Deutungsmuster radikalisierten sich weiter. So verkündete der Völkische Beobachter am 19. Juli 1941, es gäbe keine „Russen im eigentlichen Sinne“ mehr. Es sei mit dem „Sowjetmenschen“ eine neue Rasse entstanden. Von Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland „stehe die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch“. Dies schlug durch bis in Unmenschlichkeit auf Stammtischniveau, wie der Ausspruch eines Nazi-Kreisleiters zeigte: „Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib.“

Indessen: Der Krieg dauerte länger als geplant. Es gab Niederlagen, Frontlinien mussten „begradigt“ werden, zunehmend fehlten der deutschen Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Die allzu schlichten Negativ-Klischees mussten sich spätestens seit der verlorenen Schlacht um Stalingrad an der militärischen Realität messen lassen. In der Führung der NSDAP brach ein intern geführter Streit aus:

Denkschriften kursierten, deren Autoren die Frage aufwarfen, ob man die Russen nicht besser als „Helfer“ gewinnen solle statt sie weiter als „Heloten“ zu behandeln. Geplant war eine „Proklamation an die Ostvölker“. In ihr sollte Anfang 1943 verkündet werden, Deutschland würde sich für eine „Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie“ einsetzen. Zu ihrer Veröffentlichung kam es jedoch nicht. Hitler bezeichnete in seiner Rede zum 10. Jahrestag seiner Erhebung zum Reichskanzler die Russen ganz im Stile der bislang geführten „Bestien“-Kampagne stattdessen als „Halbaffen auf Panzern“.

Erst nach den schweren Niederlagen der Jahre 1943 und 1944 begann man, nach pragmatischen Lösungen zu suchen. So kam es nach langem Zögern und Hinhalten zur Formierung der Wlassow-Armee, in der antikommunistische und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene an die Seite von Wehrmacht und SS traten. Doch selbst in den kriegsbedingt als „nützlich“ betrachteten Kollaborateuren sahen viele nach wie vor nur die politisch, geistig und rassisch minderwertigen „Heloten“.

Mit der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung, zu der die so gedemütigten und diskreditierten Russen wesentlich beitrugen, endete in Deutschland jedoch nicht die Bereitschaft, sich vom Feindbild „Russland“ völlig zu lösen. Leider, denn die Geschichte belegt: Was einmal in der Welt war, kann weiter existieren, unschwellig und heuchlerisch überdeckt oder offen vertreten. Jederzeit macht Hass blind, gegen wen auch immer gerichtet.

Weiterführende Literatur:

Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung, Wien 2016

Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen, hrsg. von Horst-Eberhard Richter, Hamburg 1990

Wolfram Wette: Das Russlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriss. In: Das Russlandbild im Dritten Reich, hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 55-78; darin auf S. 9-54 der Beitrag von Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Russlandbild Hitlers und der NSDAP

Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/Main 2005

Wolfgang Wippermann: Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland, Darmstadt 2007

22. Juni 1941. 80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion. Die Linke im Bundestag (Hrsg.), Berlin, Mai 2021, S. 16-20.

Ein Historiker zwischen allen Stühlen

Arthur Rosenberg – Klassiker zeitkritischer Geschichtsschreibung

Die Literatur über jenen Abschnitt deutscher Geschichte, der gemeinhin mit dem Namen Weimarer Republik versehen wird, füllt Regal um Regal, ja ganze Bibliotheken. Darin nehmen die beiden Bücher von Arthur Rosenberg „Die Entstehung der deutschen Republik“ (Berlin 1928) und „Geschichte der deutschen Republik“ (Prag 1934) einen besonderen Platz ein. Ihr Autor durchdrang dank klarer Analyse scheinbar kaum entwirrbare Vorgänge und gelangte zu pointierten Urteilen.

Der 1889 in einer Berliner jüdischen Familie geborene und 1943 in New York verstorbene Autor konnte leider nicht mehr erfahren, dass und wie sein Werk in den 60er Jahren begeistert aufgenommen wurde, insbesondere von Studenten, die politisch nach anderen Ufern suchten. Beide Bände erlebten in der BRD mehrere Auflagen, mitunter in einem Band vereint. Hingegen spielten sie weder im dominierenden Geschichtsverständnis der Bundesrepublik noch in dem der DDR eine größere Rolle. Den Verfechtern des einen lag eher am Herzen, die Rolle Hitlers in den Vordergrund zu stellen und den engen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus zu vertuschen, das der anderen litt an fehlender Bereitschaft zu komplexen Analysen der bürgerlichen Gesellschaft und überzogener Kritik am 1927 erfolgten Austritt Rosenbergs aus der KPD. Umso mehr trifft die von Mario Keßler initiierte, verdienstvolle Wiederveröffentlichung heute einen empfindsamen, nachdenklich stimmenden sowie von der allgemeinen Rechtsentwicklung arg betroffenen Nerv der Zeit.

Bereits 2003 hatte der Herausgeber eine profunde Biografie Rosenbergs vorgelegt. Ihr vielsagender Titel: „Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen“. Akribisch benannte er darin die wichtigsten Lebensstationen seines Protagonisten. Zunächst die im Kaiserreich, als der junge Historiker sich vorwiegend mit der Geschichte des alten Rom befasste und noch im Banne der „Ideen von 1914“ stand; dann seine Tätigkeit als kommunistischer Publizist in den ersten drei Jahren der Weimarer Republik. Mitte der 20er Jahre war Rosenberg Mitglied der KPD-Führung und der kommunistischen Reichstagsfraktion. 1927 verließ er die Partei, enttäuscht vor allem vom widersprüchlichen Entwicklungsprozess marxistischen Denkens in der weltweiten Kommunistischen Internationale. Als „Kritiker revolutionärer Illusionen“, konsequenter Antifaschist und Zeithistoriker wirkte er zunächst noch in Deutschland, 1933 emigrierte er in die Schweiz und von dort nach England. Seit 1937 lebte er in New York, wo ihn 1943 ein früher Tod ereilte.

Keßler führt seine Sicht auf Rosenberg im Vorwort zur Neuausgabe der beiden wichtigsten Werke Rosenbergs fort, behandelt aber vor allem sehr informativ, wer alles, wann und wie auf diese reagiert hat – ein Paradestück historiografiegeschichtlicher Untersuchungen, das viel aussagt über den „Zeitgeist“ und seine Spiegelung in akademischen Streitigkeiten. Akzentuierter als früher betont der Herausgeber das Zusammenfallen wichtiger Geschichtszäsuren mit den Einschnitten in Rosenbergs Leben. Er charakterisiert ihn als einen „vierfachen Außenseiter“ und schreibt: „Als Jude gehörte Rosenberg zu einer grausam verfolgten Minderheit, dem nur knapp die Flucht aus seinem Geburtsland gelang, als ausgebildeter Althistoriker wandte er sich der Zeitgeschichte zu, als Kommunist geriet er in Konflikt mit seiner Partei, als Paria im Universitätsbetrieb erreichte er erst sehr spät im Exil eine – schlecht bezahlte – Festanstellung.“ Keßler betont, dass Rosenberg als Wissenschaftler Spuren hinterlassen habe, „die Vertreibung und Verleumdung nicht auszuutilgen vermochten“. Er bezeichnet ihn als einen der wichtigsten deutschen Historiker des 20. Jahrhunderts.

Dessen Spuren zu sichten und aufzunehmen, sich von ihnen zu neuer Nachdenklichkeit anregen zu lassen – das ist lohnenswert. Zumal mehr und mehr Parallelen zwischen dem Abbau von Demokratie und hart erkämpfter sozialpolitischer Leistungen sowie dem Aufstreben nationalistisch-rassistischer Kräfte in der Weimarer Zeit und ähnlichen Erscheinungen unserer Gegenwart erkennbar werden. Und wer Sozialismus und Demokratie in eins setzen will, sollte unbedingt nachschlagen, wie nach Rosenbergs Auffassung ein Verzicht auf deren innere Verbundenheit die kämpfende Arbeiterbewegung in Niederlagen führte, wie eine „revolutionäre Realpolitik“ durch verbale Bekenntnisse zur Revolution und durch „Berufs- und Protestpolitik“ ersetzt worden ist.

Lohnenswert dürfte ebenso das Erinnern an die von Rosenberg genutzten Kriterien geschichtswissenschaftlichen Arbeitens sein. Keßler hebt hervor, wie der sich an Marx und Engels orientierende Zeithistoriker von der Notwendigkeit ausging, sorgfältig und umfassend die wirtschaftliche, politische und geistige Situation der Gesellschaft zu analysieren. Rosenberg sei es stets um ein tiefgründiges Erfassen jeweiliger Kräfteverhältnisse statt einseitiger und parteienegoistischer Selbstbeschauung gegangen. Sein Werk bestehe durch den umfassenden Blick auf soziale Strukturen und politische Interessen unterschiedlich agierender Kräfte. Dies miteinander zu vergleichen und in innere Beziehungsgeflechte einzuordnen sowie Entwicklungslinien herauszuarbeiten, kennzeichne Rosenbergs materialistisch-dialektisches Denken. Klar, dass solches wissenschaftliches Bemühen sowohl mit der Politik als auch mit den nationalistisch-konservativ geprägten Akademikern in Konflikt geraten musste.

Nicht zuletzt regen Keßlers Bemühungen auch dazu an, nach anderen Publikationen Rosenbergs zu greifen, so zur „Geschichte des Bolschewismus“ (1932), zum Buch „Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre“ (1938) sowie zum Band „Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung“, den er 1934 unter dem Namen „Historikus“ veröffentlichte.

Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. u. m. einem Vorwort v. Mario Keßler. Europäische Verlagsanstalt, 539 S., br., 38,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 10.06.2021, S. 13.

Ein kolonialpolitischer Vernichtungskrieg

Manfred Weißbecker sprach zum 80. Jahrestag des Überfalls auf Sowjetunion

„Kalkül und Wahn – ein Feindbild und der 22. Juni 1941“, hatte Professor Dr. Manfred Weißbecker seinen Vortrag zum 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion überschrieben. Am 22. Juni 2021 sprach er auf Einladung unseres Vereins im „Zentrum für Berufs- und Familienforschung“.

Der Krieg gegen die Sowjetunion, so Professor Manfred Weißbecker in seinem Diavortrag habe 27 Millionen Sowjetbürgern, darunter 15 Millionen Zivilisten ihr Leben gekostet. Er bezeichnete ihn als einen „Eroberungs-, Bereicherungs- und kolonialpolitischer Vernichtungskrieg“. Dies belegte er mit zahlreichen Zitaten aus Originaldokumenten. Ziel dieses Krieges, so Manfred Weißbecker, sei es gewesen, ein wirtschaftlich autonomes „Großgermanisches Reich“ zu schaffen. Diese Weltmacht sollte sich auf eine geografisch angeschlossene Kolonie in Osteuropa stützen können, die Getreide, Rohstoffe und billigste Arbeitskräfte liefern und als Anlageplatz für deutsches Kapital und als Absatzmarkt für deutsche Industrieprodukte dienen sollte. Die eigene russische Industrie sollte zerstört, Städte wie Moskau und Leningrad „ausradiert“ werden, wie Joseph Goebbels in seinem Tagesbuch festgehalten hat. Weißbecker verwies auf die wirtschaftspolitischen Richtlinien vom 16. Juni 1941 („Grüne Mappe“). Dort heißt es unmissverständlich: „Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel.“ Um Engpässe bei der Versorgung und mögliche Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung während des Krieges so vermeiden, hatte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe bei einer Tagung von Staatssekretären und Offizieren laut Protokoll am 2. Mai 1941 erklärt: „1. Der (am 1.9.1939 begonnene) Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.“ Das Verhungern von Millionen Sowjetbürgern sei für die NS-Führung ein erwünschter „bevölkerungspolitischer Nebeneffekt“ gewesen. Bereits am 2. April 1941 hatte Alfred Rosenberg, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, geschrieben, es müsse Platz für „die Ansiedelung einer mengenmäßig bedeutenden deutschen Bevölkerung“ gewonnen werden.“ Entsprechend habe der „Generalplan Ost“ mit dem „Generalsiedlungsplan“ vom September 1942 vorgesehen, rund 12 Millionen Deutschen, Volksdeutschen und skandinavischen „Ariern“ in einem 330.000 qkm großem Gebiet mit 360.100 landwirtschaftlichen Gütern anzusiedeln. Die dort lebenden Menschen sollten deportiert oder ermordet werden. Ein solcher Krieg, mit dem der „jüdische Bolschewismus“ ausgerottet werden sollte, sei nur mit einem zutiefst rassistischen Feindbild und unter Missachtung des Völkerrechts („Kommissarbefehl“, Einsatzgruppen zur Liquidierung von Führungskräften und der jüdischen Bevölkerung) zu führen gewesen. Dazu wurde die slawische Bevölkerung als charakterlich hinterhältig und niederträchtig, biologisch und kulturell minderwertig dargestellt, zu deren Versklavung und Vernichtung man berechtigt sei.

[22.06.2021] <https://www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress/ein-kolonialpolitischer-vernichtungskrieg>

Illusion Großreich

Die Sowjetunion „zerschlagen“: Kalkül, Wahn und der 22. Juni 1941

Der nachfolgende Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, den Manfred Weißbecker am 22. und 23. Juni in Pfaffenhofen und in Nürnberg gehalten hat. Wir danken dem Referenten für die freundliche Genehmigung zum Abdruck. (jW)

In den Vorbereitungen auf den 22. Juni 1941 ging es den Nazis um das große Ziel, einen kontinental geschlossenen und von Deutschlands Eliten beherrschten Großwirtschaftsraum fast bis zum Ural schaffen zu wollen. Hitler hatte dies am 3. Februar 1933 vor den Befehlshabern von Reichswehr und Reichsmarine knapp, aber eindeutig benannt: „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“ Zumindest das Militär wusste: Ein Krieg soll geführt werden.

Den begann Deutschland sechs Jahre später, und nach den militärischen Siegen über Polen, Frankreich usw. beherrschten die Faschisten Europa zwischen Bug und Atlantik, Narvik und Kreta. Mitte 1940 standen sie im Zenit ihrer Macht. Große Teile der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten sahen sich jedoch nicht am Ende ihrer Gier nach weiterer Expansion. Im Gegenteil: Ihre Pläne für eine völlige „Neuordnung Europas“ nahmen von Tag zu Tag konkretere Gestalt an. Selbst ein Zweifrontenkrieg sollte in Kauf genommen werden.

„Englands letzte Hoffnung“

In den Vordergrund trat mit dem „Plan Barbarossa“ das Kriegsziel: Auslöschung der UdSSR. Man hoffte auf ein leichtes Spiel, galt doch der Naziführung die Rote Armee als ein kaum ernstzunehmender Gegner. Sich präventiv verteidigen zu müssen wurde nur öffentlich propagiert – insgeheim notierten deutsche Generalstabsoffiziere jedoch, es lägen „keine Anzeichen für russische Aktivitäten uns gegenüber vor“. Kein seriöser Historiker vertritt heute noch die Präventivkriegsthese. Doch die Lüge war in der Welt, und in Gestalt neuer verschleiender Argumente scheint sie immer wieder mal nützlich zu sein.

Unter bedenkenlosem Bruch internationaler Verträge und Normen, dafür aber in Bereitschaft für äußerste Brutalität wurde der Überfall vorbereitet. Man schaue auf einige der vor dem Stichtag verfassten Dokumente. So auf die von Franz Halder, Generalstab des Heeres, notierte Äußerung Hitlers vom 31. Juli 1940, in der es hieß, man wolle Russland „zerschlagen“, um „Englands letzte Hoffnung“ zu tilgen. Nichts anderes war also gemeint als Realisierung zumindest zweier Grundprinzipien kapitalistisch geprägter Gesellschaftsverhältnisse: das der Konkurrenz, hier konkret zwischen dem geplanten „Großgermanischen Reich“ und Großbritannien, und das der Profitmaximierung, auch über Leichen hinweg. Sozialdarwinistisch wird Recht für den Stärkeren gefordert, ein Recht auf Krieg eingeschlossen.

Aufschlussreich ist auch, was am 26. Oktober 1940 Joseph Goebbels vor Wiener NSDAP-Funktionären über die Ziele des Krieges erklärte: „Wenn einer mich fragt, was wollt ihr denn nun eigentlich, so kann ich ihm darauf eine ganz präzise Antwort nicht geben. Das hängt von den Umständen ab. Je nachdem, wieviel wir wollen und können. Wir wollen Lebensraum. Ja, was bedeutet das denn? Die Definition geben wir nach dem Kriege (...), dann werden wir Rohstoffe besitzen und Hilfsquellen, und dann wird ein großes Kolonialreich unser Eigen sein.“ Angestrebt war Hegemonie.

Kampf ums Öl

In den kriegsvorbereitenden Dokumenten findet sich die Forderung, es müsse unbedingt „das Ölgebiet von Baku in Besitz genommen werden“. Für ihre geplanten Kriege mussten die Nazis auch die Treibstofffrage klären. Kriege wären mit den bis dahin üblichen Importen nicht führbar gewesen, auch nicht mit dem aus Stein- und Braunkohle hergestellten synthetischen Benzin, auch nicht allein mit Hilfe der absehbar versiegenden rumänischen Quellen. Wie der DDR-Historiker Dietrich Eichholtz ermittelt hat, wurde im Sommer 1939 im Rahmen des Göringschen „Vierjahresplan“ berechnet, dass für den Krieg eine Jahresmenge von 24 Millionen Tonnen Öl benötigt würde. Das war das Sechsfache dessen, was in Deutschland gelegene Erdölfelder und Synthesewerke hergaben.

Daher seien in der Wehrmachtführung klare Forderungen formuliert worden: „1. Beherrschung der rumänischen Ölfelder und somit des gesamten Donauraums. 2. Durchführung der Besetzung unter Vorbedacht der Erhaltung und Betriebsfähigkeit der rumänischen Erdölindustrie. 3. Schutz der Transportwege, Erdölanlagen, Raffinerien und Tanklager.“ Im Herbst 1940 sei sogar ein jährlicher Bedarf von 40 Millionen Tonnen veranschlagt worden. In entsprechenden Dokumenten hieß es: „Zur Versorgung Europas ist die Sicherstellung der Erdölreserven des Vorderen Orients unumgänglich notwendig.“ Man müsse „die beiden großen englischen Gruppen Royal Dutch-Shell und AIOC“ (die Anglo-Iranian Oil Company) in die Hand bekommen. Wir wissen, dass bereits im Ersten Weltkrieg über Rumänien hinaus an ein eurasisches Ölimperium gedacht war. Erich Ludendorff hatte geplant, deutsche Truppen nach Baku marschieren zu lassen. Jetzt wurde von einer „Kaukasuszange“ gesprochen, d. h. von zwei Wegen, auf denen der Nahe Osten unter deutsche Gewalt zu bringen sei. Mit anderen Worten: Eine Fortführung des „Barbarossa-Planes“ sollte sowohl über den Kaukasus als auch über Nordostafrika hinweg ein Tor zum Orient öffnen.

Vertreibung und Vernichtung

Der kriegswirtschaftliche Kontext aller Entscheidungen zeigte sich auch in einem anderen Bereich, dem ernährungs- und bevölkerungspolitischen. Denn in die „Gewinnung von Lebensraum“ war von Anfang die Frage eingeschlossen, wie mit einem großen Teil der dort Lebenden umgegangen werden sollte. Die Antwort: Vertreibung und Vernichtung derer, die kolonialer Herrschaft hätten entgegenwirken können oder eine Belastung unterschiedlichster Art bedeutet hätten. So wurde eine Strategie entworfen, die – wie am 2. Mai 1941 Herbert Backe, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, schrieb – das Verhungern von „zweifelloso zig Millionen Menschen“ vorsah.

Auch dafür entwickelte die Wehrmachtführung Anfang Juni 1941 eine Begründung: In den von ihr herausgegebenen Mitteilungen für die Truppen hieß es: „Was Bolschewiken sind, das weiß jeder, der einmal einen Blick in das Gesicht eines Roten Kommissars geworfen hat. Es hieße Tiere beleidigen, wollte man die Züge dieser zu einem hohen Prozentsatz jüdischen Menschenhändler tierisch nennen. In Gestalt dieser Kommissare erleben wir den Aufstand des Untermenschen gegen edles Blut.“ Solche biologistische Entmenslichung stellte ein konstitutives Element nazistischer Ideologie und Politik dar. Viele der bekannten verbrecherischen Befehle enthielten nichts anderes als eine rassistische Lizenz zum Töten von Menschen.

Zu erinnern ist auch an Alfred Rosenberg, der später „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ werden sollte und zwei Tage vor dem Überfall auf die UdSSR „dem Russentum schwere Jahre“ ankündigte. Er schrieb: „Wir führen nun aber heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen (...). Für alle Menschen, die in diese (eroberten Gebiete, M. W.) gehen, bedeutet es, dass sie einer Riesenaufgabe dienen und dass sie Jahre härtester Kolonialarbeit auf sich nehmen. Es versteht sich von selbst, dass in der Gesetzgebung vorgesehen wird, dass ein Jahr im Osten gleichzusetzen ist mit vielleicht vier oder fünf Jahren im Reichsgebiet. Mit allen Mitteln ist diese schwere Arbeit zu fördern. Wir glauben aber, dass diese Arbeit, wenn sie einmal gelöst ist, nicht eine Lösung für kurze Zeit darstellen wird, sondern dass hier tatsächlich Europa für immer weiter nach Osten gerückt ist.“

Dem Kapitalismus entsprungen

Der vor 80 Jahren entfesselte Krieg gegen die UdSSR resultierte aus einem mixtum compositum interessengeleiteter Pläne expansionswilliger Großunternehmer, faschistischer Politiker und rassistischer Ideologen. Alle Zielsetzungen beruhten auf innerer Logik einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft. Hinzu kam eine gerade in Kriegen anzutreffende und sich in ihnen entfaltende Eigendynamik, die situationsbedingte Überschneidungen unterschiedlicher Interessen hervorbrachten und damit zu miteinander lebhaft geführten internen Auseinandersetzungen führten. Manche Historiker heben diese besonders hervor, oft polemisch gerichtet gegen die Aussagen über den grundlegenden Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, vielleicht um lauter rufen zu können „Der Hitlers war’s!“ oder eben die

„nationalsozialistische Ideologie“ für alles verantwortlich zu machen. Mitunter heißt es dann noch, und das in intellektueller Unredlichkeit, marxistische Autoren würden „ökonomistisch“ alles auf wirtschaftliche Interessen reduzieren.

Geistige Beschränktheit gab es hingegen bei den deutschen Faschisten de facto. In nationalistischer Selbstüberhebung hatten sie selbst in der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR nicht einmal ansatzweise ein realitätsnahes Bild von deren Größe und Potential zugelassen, geschweige denn Wesen und Verhalten der dort Lebenden erfasst. Das, was im „Dritten Reich“ als sogenannte Sowjetforschung betrieben wurde, verbaute der Naziführung jeden einigermaßen realistischen Blick.

Dadurch verblendet, überfiel in den Morgenstunden des 22. Juni 1941 die deutsche Wehrmacht mit 3.600 Panzern, 7.100 Geschützen und 2.000 Flugzeugen die Sowjetunion. Knapp drei Millionen deutsche Soldaten marschierten los, verbündet mit 600.000 Finnen, Rumänen, Slowaken und Ungarn. Sie brachten in den 1.418 Tagen bis zum 8. Mai 1945 rund 27 Millionen Bürgern des überfallenen Landes den Tod, ebenso 2,7 Millionen deutschen Soldaten. Von den fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen kamen wegen unmenschlicher Haftbedingungen rund 3,3 Millionen um. Allein im eingeschlossenen Leningrad starben mehr als eine Million Bürger; die Stadt sollte nicht erobert, sondern ihre Einwohner durch Hunger getötet werden. Deutsche zerstörten 1.710 Städte, 70.000 Dörfer, 32.000 Fabriken, 2.766 Kirchen und Klöster, 4.000 Bibliotheken, 427 Museen.

Dies alles zugunsten eines im Voraus geplanten staatsterroristischen Raubzuges sondergleichen. Nach dem Überfall entstanden neue, auch ausufernde Beute- und koloniale Zukunftspläne. Sie entsprachen alle jener Aussage Hitlers vom 16. Juli 1941, dass es darauf ankomme, den „riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“. Im Kampf gegen die Sowjetunion, so erklärte Goebbels im Sommer 1942, handele es sich um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, (...) um Gummi, um Eisen und Erze“.

Schritt für Schritt eskalierte das faschistische Ermorden sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilisten, ebenso der Genozid an einem großen Teil der europäischen Juden. In den besetzten sowjetischen Gebieten wurde 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden ermordet. Dieser Krieg und der Holocaust geschahen im Bunde miteinander. Zugleich entstand ein „Generalplan Ost“, den zu erarbeiten Himmler befohlen hatte. Das enthüllende Dokument existiert in einer Reihe unterschiedlicher Ausarbeitungen für die Ent- und Besiedlungspolitik in den besetzten Gebieten. In der Fassung vom September 1942, benannt auch als „Generalsiedlungsplan“, war vorgesehen, dass rund zwölf Millionen Deutsche, sogenannte „Volksdeutsche“, und einige skandinavische Arier in einem 330.000 Quadratkilometer umfassenden Gebiet mit 360.100 landwirtschaftlichen Gütern angesiedelt werden. Unter vielen Deutschen bewirkten darauf beruhende Versprechungen, es werde neue Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Aufstieg geben, fatale Illusionen. Auch diese trugen dazu bei, dass bis zum bitteren Ende gekämpft wurde und es keine Selbstbefreiung von Faschismus und Krieg gab.

„Rätsel Russland“

„Germanisiert“ werden sollte das Land – eine „Eindeutschung“ von Slawen war als unmöglich definiert. Den „Hungerplan“ des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, fortsetzend und ergänzend hieß es 1942/43, dass während der nächsten zwei Jahrzehnte im europäischen Teil der Sowjetunion 50 bis 60 Prozent der Russen zu beseitigen und weitere 15 bis 25 Prozent nach Sibirien zu vertreiben seien. Zudem sollten 25 Prozent der Ukrainer und Weißrussen vernichtet, sowie 30 bis 40 Prozent der Ukrainer bzw. 30 bis 50 Prozent der Weißrussen in den Osten „ausgewiesen“ werden. Offen erklärte am 4. Oktober 1943 Heinrich Himmler: „Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig (...). Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für

Deutschland fertig wird.“ Alles folgte dem Titel seiner Rede, die er am 22. November 1942 vor SS- und Polizeiführern in Bad Tölz hielt: „Heute Kolonie, morgen Siedlungsgebiet, übermorgen Reich!“

Allerdings erwies sich der von Unkenntnis und Überheblichkeit getragene Spruch vom „Koloss auf tönernen Füßen“, der rasch zu besiegen sei, bereits im Herbst 1941 als brüchig. Nun wurde mitunter von einem „Rätsel Russland“ gesprochen. Von Alfred Rosenberg stammt die Einschätzung, Deutschland stehe „die Steppe plus Slawe plus europäische Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch“. Sein Ministerium hielt es für sinnvoll, „die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung (zu) verschrotten“.

Es bleibt festzustellen, dass die Inhalte dieses Propagandakriegs – so bizarr und abstrus er auch gewesen sein mag – tief in die Köpfe vieler Deutscher eingedrungen waren. Feldpostbriefe aus dem Osten, Erzählungen an Urlaubstagen und Tagebuchnotizen zeugen davon. Den Nazis war es gelungen, das Feindbild „Russland“ massenwirksam zu machen, zudem Hoffnungen zu wecken und Illusionäres als glaubwürdig erscheinen zu lassen. Da hatten auch jene Verwirrungen und Dissonanzen nicht gestört, die es in Deutschland für rund zwei Jahre nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags am 23. August 1939 gab. Von einem Tag zum anderen sahen zwar Mitglieder und Anhänger der NSDAP ihr Weltbild in Frage gestellt, doch es wurde nicht durch ein anderes ersetzt.

Die leider feststellbaren Erfolge inhumaner, hasserfüllter und fanatisierter Denkweise der Nazis waren keineswegs allein nazistischer Propaganda geschuldet. Ebenso wie der Antisemitismus sind auch Antislawismus und Russophobie nicht von den Nazis erfunden worden. Sie gehörten seit Jahrhunderten zu Teilen deutscher Geschichte, ja auch zu der vieler europäischer Länder.

Wissen muss man aber auch, dass Russophobie erst im imperialistisch gewordenen Deutschland zu dominieren begann. Bis dahin hatte es auch Gegenteiliges gegeben. Im 17. und 18. Jahrhundert, ja sogar in einigen Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte man fruchtbares Zusammenwirken, prosperierenden Handel und kulturellen Austausch sowie den Wunsch, über Grenzen hinweg Wesen und Geist des jeweils anderen zu erfassen. Der kürzlich verstorbene Berliner Historiker Wolfgang Wippermann, der sich intensiv mit der Geschichte des „deutschen Dranges nach Osten“ befasst hatte, sprach davon, dass Russland oft nicht als ein Feind, sondern als ein „Traumland“ gesehen wurde. Man habe auch und nahezu liebevoll vom „Mütterchen Russland“ und von der „russischen Seele“ gesprochen. Gegensätzlich wurde auch das Bild des „russischen Bären“ gedeutet. Einerseits anerkannte man dessen kraftvolle Stärke, andererseits galt er als zähnefletschendes Untier, das für x-beliebige Bedrohungsszenarien herhalten musste. Vor allem in Krisenzeiten traten herablassende Redewendungen und Klischees in den Vordergrund, oft und nicht nur hintergründig Gefahren benennend, die aus dem barbarischen Asien kämen.

Aus dem Jahr 1915 stammen erhellende Bemerkungen des Großindustriellen Emil Kirdorf, dem späteren einflussreichen Förderer der Naziartei. Er forderte, Russland so weit wie möglich nach Osten zurückzudrängen, denn nur so sei die „erforderliche Wehrkraft“ zu erhalten und „in künftigen Kriegen sicherzustellen“. Krieg reichte aber nicht, und völlig inhuman hieß es weiter: „Dass mit den eroberten und dadurch zu erwerbenden Gebieten die Eingliederung von Fremdvölkern möglichst zu vermeiden ist, keinesfalls diesen, wenn sie übernommen werden müssen, ein Mitbestimmungsrecht über das Geschick Deutschlands eingeräumt werden darf, soll hier nur kurz gestreift werden.“

1894 hatte es in einer Zeitung des berüchtigten „Alldeutschen Verbandes“ geheißt, der Blick in fremde Länder dürfe „nicht zimperlich“ sein. „Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, derer sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken (...) ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.“

Antirussische Kontinuität

Unweigerlich muss dem Blick zurück in die Geschichte auch der auf die Zeit nach 1945 und in unsere Gegenwart folgen, verbunden mit der Frage, inwieweit trotz aller Veränderungen in den Weltverhält-

nissen und globalisierter Wirtschaftsbeziehungen dennoch von Kontinuität gesprochen werden kann. Denn leider war auch nach der Befreiung der Völker vom Joch faschistischer Herrschaft und Kriegführung, zu der die so gedemütigten und diskreditierten Menschen der UdSSR wesentlich beigetragen hatten, in der Bundesrepublik keine Bereitschaft vorhanden, sich vom Feindbild „Russland“ zu lösen. Besonders in den Zeiten des Kalten Krieges trat es wieder hervor, gekoppelt nun mit den Problemen eines geteilten Deutschlands. Vor allem sahen sich Bundesdeutsche gern selbst und selbstmitleidig als „Opfer“ der Russen, auch weil man nach passenden Erklärungen für die eigene Niederlage suchte, die in das gewohnte Weltbild passen sollten.

Betrachten wir die Gegenwart. Ein vornehmlich antikommunistisch-antisowjetisches Bild wandelte sich zu einem vorwiegend antirussischem. Manches tauchte in alter Primitivität weiter auf, zugleich zeigt sich Neues, weil Altes nicht mehr greift. Es kursieren griffigere Formulierungen. Wladimir Putin ist mehr und mehr zur zentralen Hassfigur geworden. Doch es erscheinen oft – wie man beispielsweise mehreren Titelbildern des Spiegels entnehmen kann – in Gesicht, Haltung und Tat bestimmte, den Russen generell zugeschriebene und hier bereits vorgestellte Merkmale.

Auch nach der Genfer Begegnung von Joseph Biden und Putin pfeifen die Spatzen von den Dächern, wie belastet die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Russland sind. Euphorie ist unangebracht. Auch wenn zaghaft von einem neuen Umgang die Rede ist – es herrscht Eiszeit, ein neuer kalter Krieg wird geführt, ein unverantwortliches und noch dazu atomares Wettrüsten findet statt, begründet mit ausufernden Bedrohungsszenarien. Dabei lassen sich gewisse Parallelen und Ähnlichkeiten mit früheren Erscheinungen nicht übersehen. Manches kehrt wieder, obgleich es ja auch anders gehen kann. Dies hatte sich bekanntlich nicht nur in den 1990er Jahren gezeigt, als von einem „Haus Europa“ gesprochen wurde, das sich nicht nur auf den Westen des Kontinents beschränken sollte. Zwar weckte der Kapitalisierungsprozess in der zerfallenden Sowjetunion Hoffnungen, Russland werde auf dem Weg einer stillen Kolonisierung friedlich in die Hände des Westens geraten und somit aus den Reihen der Großmächte verschwinden. Doch konnte keinem entgehen, dass die Ausverkaufspolitik eines Boris Jelzin in Russland keine Zukunft haben würde. Putin setzte den Oligarchen innenpolitisch Schranken und versucht außenpolitisch, die Interessen des eigenen Landes mit Hilfe einer „Koalition der Vernunft“ zu verfolgen – eine auf gleichberechtigte Anerkennung und gemeinsame Abrüstung zielende Politik.

Da wäre am Ende in Deutschland wohl durchaus zu fragen, ob nicht das faschistische Feindbild „Russland“ trotz aller Spezifik und mörderischen Radikalität in alte und nun fortwirkende neue Kontinuitätslinien einzuordnen wäre. Über Jahrhunderte hinweg resultierte dieses Feindbild aus jeweiligen Umständen, aus kapitalistischem Konkurrenzgebaren und Weltmachtstreben, aus jeweils interessegeleiteter Politik, leider zumeist ungeachtet der Tatsache, dass es alternative, bessere und den Frieden fördernde Möglichkeiten gibt.

junge Welt, Donnerstag, 24.06.2021, S. 12.

Wer pocht an Preußens Tore?

Erika und Gerhard Schwarz zeichnen anhand von Kriegstagebüchern den Sturm der Roten Armee auf Berlin nach

Um es vorweg zu sagen: Den Autoren ist ein aussagestarker, anregender und beeindruckend gestalteter Band gelungen. Ihn zur Kenntnis zu nehmen, lohnt sich für jeden, den geschichtliche Tatsachen und Probleme bewegen, selbst wenn der Titel des hier vorzustellenden Bandes eher lokalgeschichtlich Interessierte anzusprechen scheint. Außerordentlich detailreich wird vor allem analysiert, was in den vier Tagen vom 18. bis zum 21. April 1945 in den brandenburgischen Orten Rehfelde sowie Werder und Zinndorf geschah: Auf einer Breite von acht Kilometern rückte die 8. Gardarmee mit umfangreichem Gerät und 80.000 Mann von Seelow vor und eroberte – erst später wird es berechtigt heißen: befreite – Schritt für Schritt märkische Ortschaften.

Auf der Grundlage neu erschlossener Quellen versetzen Erika und Gerhard Schwarz den Leser in die Schlacht vor den Toren der deutschen Hauptstadt, auch in das alltägliche Leben, Kämpfen und Sterben sowjetischer Soldaten und Offiziere. Der Leser kann förmlich nachvollziehen, wie erbarmungslos der Krieg war, welche Wunden er schlug. Die Autoren beleuchten die Gefechte entlang der „Reichstraße 1“ und einen bislang wenig beachteten Teil der Berliner Operation sowjetischer Truppen.

Es bleibt nicht bei Beschreibungen, obgleich allein diese den Leser in ihrer klaren Diktion und Verständlichkeit beeindrucken. Allem voran steht die Frage: Warum mussten so viele Frontkämpfer sinnlos sterben, da doch der Krieg bereits entschieden war? Warum gab es unter deutschen Bürgerinnen und Bürgern so viel Leid, das zu ertragen war, so viele Opfer, die nicht hätten sein müssen?

Wer Antworten sucht, findet sie zunächst und vor allem im Geschehen jener Zeit, die dem 22. Juni 1941 folgte. Die Autoren legen dar, dass die UdSSR wegen vielgestaltiger wirtschaftlicher, geopolitischer und auch ideologischer Interessen eines großen Teils der deutschen Eliten überfallen wurde. Es ging um das Erobern großer Gebiete, die kolonial beherrscht und ausgebeutet werden sollten – irreführend bezeichnet als Gewinnung von „Lebensraum“. Die deutschen Faschisten strebten eine Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent an, darüber hinaus eine dominierende Machtstellung in der Welt. Auf sowjetischem Boden sollte nicht nur die „jüdisch-bolschewistische Führungsschicht“ beseitigt werden, weitere Programme zielten auf das Ermorden der Juden und auf das Dezimieren großer Teile der slawischen Bevölkerung. Der faschistische Feldzug gegen die UdSSR war gekennzeichnet durch eine neue und skrupelloser als je zuvor dagewesene Dimension kriegsgerichteten Gewalt.

Der Band beginnt mit einem Kapitel, dessen Titel Hitlers Worten entnommen wurde: „Russland muss erledigt werden“. Es greift zurück auf alte Expansionsgelüste deutscher Eliten und erläutert eingehend die Ziele des „Planes Barbarossa“ sowie dessen barbarische Umsetzung. Widerlegt wird die Behauptung der Nazis (und derjenigen Autoren, die sie in Folge aufgegriffen haben), man habe einen Präventivkrieg führen müssen. Ferner werden jene Kämpfe, in denen die deutsche Wehrmacht „verbrannte Erde“ zurückließ, als Vorboten des Marsches auf Berlin vorgestellt.

In einprägsamer, trotz der Material- und Problemfülle knapper Weise behandeln die Verfasser den ohne Kriegserklärung begonnenen und bis dahin in unbekannter Grausamkeit geführten bestialischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Die in der Literatur oft genannte Zahl von 27 Millionen ermordeter, gefallener und am Krieg gestorbener Bürger der Sowjetunion, darunter viele Juden, könnte sogar zu gering angesetzt sein.

Die Autoren schlussfolgern: Es kehrte 1945 nicht irgendein Krieg in das Land der Deutschen zurück. Der grausam und erbarmungslos geführte Beute- und Vernichtungskrieg gegen die sowjetische Bevölkerung konnte nicht folgenlos bleiben. Ein Foto auf Seite 38 spricht Bände: Ein erwartungsvoll blickender Rotarmist steht vor einem Schild mit der Aufschrift: „Hier beginnt das verfluchte Deutschland.“ Was ihn bewegt, kann den Worten entnommen werden, die der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg im August 1944 niederschrieb: „Unser Marsch nach Deutschland folgt auf drei finstere Jahre, folgt auf die Ukraine, auf Weißrussland, die Asche unserer Städte, das Blut unserer Kinder. Wehe dem Land der Mörder! An der deutschen Grenze stehen nicht nur unsere Truppen. Die Schatten

der Opfer stehen dort. Wer pocht an Preußens Tore? Die Toten, Ermordeten, im Gas erstickten, im Feuer Umgekommenen, die Alten von Trostinez, die Kinder von Babi Jar, die Märtyrer von Slawuta, der Staub und die Asche aus den Öfen, in denen die Deutschen Millionen wehrloser Menschen verbrannt haben.“

In jenen Tagen, die im Band behandelt werden, war der Krieg längst entschieden, die Niederlage des Deutschen Reiches unabwendbar. Dennoch tobten im Frühjahr 1945 zwischen der Oder und Berlin unerbittliche Gefechte, opferreich und folgenswer. Diese letzte große Schlacht auf deutschem Boden begann am 16. April 1945 mit den Kämpfen um die Seelower Höhen und endete am 8. Mai 1945, dem Tag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch die Wehrmacht.

Erika und Gerhard Schwarz bemühen sich um einen erhellenden Zusammenklang von Militär- und Alltagsgeschichte. Sie schreiben Kriegsgeschichte gleichsam „von unten“. Sie ergründen, was die Angehörigen des 8. sowjetischen Gardearmee, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und die Zivilbevölkerung im rücksichtslosen Grauen unmittelbar erlebten. Genutzt wurden Tausende Originaldokumente der Roten Armee, Kriegstagebücher verschiedenster Truppenteile, Kommandeursbefehle, Stabskarten, Gefechtsanalysen, Skizzen und nicht zuletzt auch unmittelbar nach jedem Einsatz niedergeschriebene Berichte. Was in Eile und zeitnah notiert wurde, kann nur mit innerer Bewegung und menschlicher Anteilnahme gelesen werden. Das Ausmaß der Opfer erschüttert. Benannt werden Erfolge sowie misslungene Einsätze, Fehlentscheidungen und operative Entscheidungen. Dank solcher Quellen schließen die Autoren manche Lücken in bereits existierenden Darstellungen des Kriegsgeschehens im Frühjahr 1945.

Die Autoren verschweigen nicht, wie und weshalb sich ein Teil der Rotarmisten, entgegen der Weisung Stalins vom 19. Januar 1945 „Selbstbeherrschung wahren!“ und trotz angedrohter Todesstrafe, an Zivilisten verging. Sie zitieren, was eine damals 18-jährige Scharfschützin für sich als Erklärung fand: „Unsere Arbeit war das Töten des faschistischen Feindes. Dieser hat unsere Soldaten, Freunde, Kameraden, Brüder und Schwestern auf dem Gewissen.“ Die Quellen belegen aber auch, dass sich die Führungsstäbe der Roten Armee kritisch mit diesen von Rachgelüsten gespeisten Vergehen und Verbrechen befassten.

Das letzte Kapitel gilt der Vielzahl an Toten, den in fremder Erde begrabenen Angehörigen von Wehrmacht, Roter Armee und anderen Truppen der Alliierten, den am Krieg gestorbenen Gefangenen und Zwangsarbeitern sowie den Opfern unter der Bevölkerung von Rehfelde, Werder und Zinndorf. Das „Totenbuch“ erstreckt sich über viele Seiten. Es bezeugt eine unermüdliche Sucharbeit nach Geburts- und Sterbedaten, nach Wohnort, militärischem Rang oder ziviler Funktion.

Erika und Gerhard Schwarz zeichnen ein detailreiches, Nachdenklichkeit erzwingendes und mahnende Erinnerungen forderndes Bild vom Geschehen in kleinen Orten der Mark Brandenburg, ein Bild, das zugleich großes „Welttheater“ spiegelt.

Erika und Gerhard Schwarz: Auf dem Weg nach Berlin. Kriegstagebücher der Roten Armee berichten. Tagesetappe Rehfelde, Werder, Zinndorf. Hentrich & Hentrich, 236 S., geb., 19,90 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 18.06.2021.

Einer, der unbequem wurde

Vor 100 Jahren, am 26. August 1921, wurde Matthias Erzberger von Mitgliedern der Terrorvereinigung „Organisation Consul“ ermordet. Jahrelang war er der Hetze der rechten Presse ausgesetzt

Rundet sich der Jahrestag eines geschichtlich bedeutsamen Ereignisses oder der Geburts- oder Todestag einer prominenten Person, tritt zumeist ein öffentliches Gedenken in besonderem Maße zutage. Will man sich nicht mit Äußerlichkeiten und Nebensächlichkeiten begnügen, ist nach Anliegen und Sinn des Erinnerns zu fragen, wobei unterschiedliche Zeiten, Verhältnisse und Interessen zu mannigfachen Antworten führen. Welche wären zu suchen, wenn heute der Ermordung Matthias Erzbergers gedacht wird, eines Mannes also, dessen Entwicklung und politisches Wirken zentrale Probleme deutscher Geschichte widerspiegelt? Was macht gerade ihn interessant für unsere Zeit, in der Rechtsterrorismus fröhliche Urständ feiert und allerorten autoritäre Herrschaftsbestrebungen erkennbar sind? Was lassen sein Denken und Verhalten, sein Charakter und auch sein Scheitern für unsere Gegenwart erkennen, in der sich die politischen Kräfteverhältnisse weiter nach rechts verschieben, in der sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich bzw. zwischen unten und oben enorm verstärken, in der weltweit militärische Ambitionen einen ohnehin labilen Friedenszustand bedrohen und Verfechter überholter Krisenbewältigungsprinzipien sich in den Vordergrund drängen?

Mit der schrecklichen Untat gegen den 45jährigen Matthias Erzberger – geschehen an einer gewundenen Straße, die im Schwarzwald von der Spitze des Kniebis nach Bad Griesbach führt – begann nicht nur eine neue Welle jenes mörderischen Terrors, der sich nach dem Ersten Weltkrieg vor allem gegen die Arbeiterbewegung gerichtet hatte. Mörderische Gewalt traf am 26. August 1921 auch einen bürgerlichen Politiker, der wie wenige andere sich auf die neue Realität bestehender Verhältnisse einzustellen bereit zeigte. Am Tag danach erinnerte die Zeitung der deutschen Kommunisten an die lange Kette politischer Morde, die mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und anderen Arbeiterführern begonnen hatte, und hob hervor, dass jetzt einer „vom Fleisch der Bourgeoisie“ getroffen sei, einer, der für andere Teile der Herrschenden „unbequem“ geworden war.

Ermordet wurde vor 100 Jahren ein führender Vertreter der Weimarer Republik, ein Mann mitten aus deren Machtzentrum. Bereits im September des Jahres 1920, als Erzberger schon intensiv angefeindet wurde und im Zentrum hasserfüllter Kampagnen stand, hatte ein anderer bürgerlicher Demokrat gewarnt, es gehe weniger um die Person Erzberger als „um die Demokratie und vielleicht schon um die Republik“. Vor allem die deutschnationalen Kräfte, so meinte damals Otto Nuschke, auf der linken Seite der großbürgerlich-katholischen Zentrumsparterie stehend, würden mit Erzberger jemand bekämpfen, der eine „Säule“ darstelle, „die das noch unfertige Gebäude der Demokratie“ trage.

Diese bemerkenswerte Aussage galt jenen politischen Differenzen unter den Herrschenden, um die – in heutige Sprachformeln gekleidet – „Fundis“ und „Realos“ bereits während des Ersten Weltkrieges sowie nach Niederlage und Revolution heftig stritten. Bürgerkriegsbereit, sahen 1920/21 nationalkonservative, völkische und die sich neu formierenden faschistischen Kräfte alles Übel in einer Person konzentriert: Das sogenannte Schuldkonto des Matthias Erzberger schien in ihren Augen ungeheuer groß zu sein und in mehrfacher Hinsicht belastet.

Vielfache Schuldzuweisungen

Zum einen hatte das erwähnte Opfer während des Ersten Weltkrieges aufsehenerregend die Fronten gewechselt: Aus einem zunächst sehr annexionistisch agierenden Kriegszielbefürworter war schrittweise, wenn auch durchaus doppelbödig, ein Politiker geworden, den sein scharfer Verstand und sein wacher Realitätssinn bereits zwei Jahre nach Beginn des Krieges erkennen ließen, dass der nicht zu gewinnen war. Es habe Wesen und Charakter dieses Mannes widersprochen, um des eigenen Prestiges willen eine als verfehlt erkannte Politik fortzusetzen, urteilte der DDR-Historiker Wolfgang Ruge in seiner 1976 veröffentlichten und heute gerade in dieser Hinsicht lesenswerten Biographie des Mordopfers. Statt weiter einen unerreichbaren „Siegfrieden“ anzustreben, hatte Erzberger nach einem die Gewinne zwar reduzierenden, aber nicht grundsätzlich antastenden „Verständigungsfrieden“

gesucht. Ihm war bewusst geworden, dass seine ursprünglich weitreichenden Vorstellungen über die Ziele des Krieges, wie er selbst schrieb, „auf einem erheblichen Irrtum über die militärische und politische Gesamtlage“ beruht hatten. Er bekannte sich zu den eigenen Fehleinschätzungen (was irrenden Politikern, wie man weiß, zu allen Zeiten außerordentlich schwerzufallen scheint!) und befürwortete aus neuer Sicht auf die Realität eine Korrektur. Vor allem auf seine Initiative hin beschloss eine Mehrheit des Reichstages im Juli 1917 die „Friedensresolution“, in der versichert wurde, Deutschland lasse sich nicht von Eroberungssucht leiten und suche ein Übereinkommen mit den Gegnern. Den Kriegseintritt der USA befürchtend, lehnte Erzberger auch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ab. Hinzu trat wachsende Sorge vor sozialen Unruhen und einer Revolution nach dem Beispiel des russischen Oktober. Alles trug ihm üble Beschimpfungen als „Vaterlandsfeind“, „Flaumacher“ und „Reichsverderber“ von seiten unbelehrbarer und unrealistisch kalkulierender Militärs und Unternehmer ein. Die zu dieser Zeit gegründete Deutsche Vaterlandspartei – im Grunde eine Vorläuferin der NSDAP – verstand sich selbst als Anti-Erzberger-Partei und warnte davor, Deutschland würde in einen „beschämenden Verzichtfrieden“ geraten.

Des weiteren richtete sich nationalistische Kritik gegen den Mann, der am 11. November 1918 im Wald von Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnet hatte. Von Erzbergers „schwächlicher Nachgiebigkeit“ ging stets die Rede, wurde die Härte der alliierten Bedingungen beklagt. Verschwiegen hingegen blieb die aktenkundig belegbare Tatsache, dass die obersten Militärführer selbst den Abschluss eines Waffenstillstandes gefordert hatten. Mit Bedacht wollten die Militärs bei dem als schmähsch empfundenen Vorgang nicht in Erscheinung treten und die Sache einem „Zivilisten“ überlassen. Paul von Hindenburg und Wilhelm Groener dankten ihm sogar, als er nach Berlin zurückkehrte, für seine „ungemein wertvollen Dienste“. Sie legten jedoch zugleich die Saat für die berüchtigte und unheilvolle These vom tödlichen „Dolchstoß“, den die Heimat in den Rücken des siegreichen Heeres geführt habe.

Nach der Novemberrevolution wuchs das behauptete Schuldkonto Erzbergers erheblich an, als er in der sich konstituierenden Weimarer Republik zu jenen bürgerlichen Kräften gehörte, die – ohne ihre strikte Feindschaft gegen die organisierte Arbeiterbewegung aufgeben zu wollen – ihre Macht mit den Mitteln des neuen parlamentarisch-demokratischen Regimes zu sichern suchten, auch wenn es dazu gewisser Zugeständnisse an die zuvor als „Vaterlandsverräter“ beschimpften Sozialdemokraten bedurfte. Im Interesse eines von Katastrophen freien Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft bemühte sich Erzberger intensiv und durchaus erfolgreich um bitter notwendige Finanzreformen, waren doch die Staatsschulden seit 1913 von fünf auf 153 Milliarden Mark angestiegen. Mit dem zusammengebrochenen Steuer- und Finanzmechanismus des Kaiserreiches wären auch die zu erwartenden Reparationen nicht zu leisten gewesen. In dieser Situation und angesichts der allgemeinen Notlage wollte er als Finanzminister (der er von Juni 1919 bis März 1920 war, wobei viele ihn als „heimlichen Kanzler“ ansahen) nun auch die Hauptnutznießer der bestehenden Verhältnisse zur Kasse bitten. In einer Rede vor der Nationalversammlung sprach er von einem „Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege“, der darin bestanden habe, dass die allgemeine Wehrpflicht „haltgemacht hat vor dem Kapital und dem Besitz“.

Zwar trafen Erzbergers Finanzreformen mit erhöhten Steuern auf Verbrauchsgüter vor allem die einfachen Leute, doch darüber hinaus sahen sie auch eine Vermögenszuwachsabgabe sowie eine von Vermögenden stets ungeliebte Erbschaftssteuer vor. Die geforderte „Kriegsabgabe 1918“ zielte auf eine Einziehung beträchtlicher Teile der Kriegsgewinne: Zwischen 1913 und 1919 erreichte Zuwächse, die 172.000 Mark überstiegen, sollten sogar zu 100 Prozent in die Staatskasse fließen. Erzberger setzte auch die Finanzhoheit des Reiches und Ansätze einer zentralen Steuerverwaltung durch – grauenvoll für alle dem Föderalismus frönenden Landesfürsten.

Und wie es in einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft nicht anders sein kann: Es kam zu empörten Reaktionen betroffener Unternehmer und Bankiers. Kriegsgewinnler schimpften nach dem „Reichsnotopfer“ vom Dezember 1919 sogar, Erzberger sei ein „konfiskatorischer Sozialist“. Ein Sozialist? Korporative Vermögen unter anderem von Aktiengesellschaften waren von den Reformen jedenfalls nicht berührt. Aber immerhin handelte es sich um eine einmalige, noch dazu in 30 Jahresraten von

1920 bis 1949 zu zahlende Abgabe derer, die ein privates Vermögen von mehr als 5000 Mark besaßen, gestaffelt von zehn bis 50 Prozent, letzteres ab einem Vermögen von mehr als drei Millionen Mark.

Mörderische Hasstiraden

Die Gegner einer solchen, in mancher Hinsicht an die Grenzen kapitalistischer Interessen stoßenden Finanzpolitik wetterten flammend und hemmungslos – allerdings weniger gegen diese selbst, begrüßten doch große Teile der Bevölkerung durchaus Vermögens- und Kapitalsteuern. Nein, es wurde ein politisch-moralischer Rufmord gegen Erzberger betrieben, wobei die persönlichen Differenzen zwischen Erzberger und Karl Helfferich, einem der führenden Männer der Deutschnationalen Volkspartei, eine tragende Rolle spielen sollten. Letzterer hatte den Zentrumspolitiker schon zu Vorkriegszeiten gehasst, nachdem durch Erzberger mannigfach Unredlichkeiten im kaiserlichen Kolonialamt aufgedeckt worden waren. Helfferich hatte seinen führenden Posten in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes verloren, nun entfachte er in den frühen Weimarer Zeiten mit einer Reihe von Reden und Schriften – eine davon betitelt „Fort mit Erzberger!“ – ein publizistisches Dauerfeuer, geprägt von ungewöhnlich gehässiger Polemik. Daran beteiligten sich nahezu alle, die in den Reihen der Konservativen, der Nationalliberalen und im rechten Flügel von Zentrum und Bayerischer Volkspartei Rang und Namen besaßen. Bereits im Vorfeld des Kapp-Putsches vom März 1920 war es Helfferich gelungen, dank zahlreicher infamer, zumeist haltloser Beschuldigungen und niederträchtiger Beleidigungen seinen Erzrivalen zu einer Anklage gegen ihn zu treiben. Im sogenannten Erzberger-Prozess wurde der Angeklagte zwar zu einer – lächerlich geringen – Geldstrafe verurteilt, dennoch sah sich der Kläger diskreditiert und musste seinen Abschied als Reichsfinanzminister nehmen. Seine politische Karriere schien beendet zu sein.

Berechtigt kann Helfferich als Anstifter zum Mord bezeichnet werden, als ein Schreibtischtäter besonderer Art. Systematisch geschürte Hasstiraden zeigten auch damals ihre Wirkung und weckten Mordgelüste. Der Untat im Schwarzwald waren mehrere Anschläge auf Erzberger vorausgegangen. Bereits 1919, als die Nationalversammlung in Weimar tagte, hatten Soldaten des Freikorps Maercker versucht – eigentlich zum Schutz der Regierung berufen –, ins Schloss einzudringen und ihn zu verprügeln. Später war vorgesehen, ihn auf einer seiner Wahlveranstaltungen mit einer Handgranate zu töten. Danach verletzte ihn der Schuss eines Offiziersanwärters schwer an der Schulter. Milde Urteile gegenüber den Attentätern, denen die Richter hinsichtlich ihrer „Begründungen“ in der Regel eine „ehrenwerte“ nationale Gesinnung beschieden, schufen eher Spielraum für neue Untaten, als strafend und abschreckend zu wirken. Zum letzten und entscheidenden Schlag wurde ausgeholt, nachdem am 10. Mai 1921 eine neue Reichsregierung, geleitet vom linken Zentrums- und „Erfüllungs“-Politiker Joseph Wirth, berufen worden war und Erzberger erklärt hatte, er wolle wieder in das politische Leben zurückkehren.

Die Greuelthat vom 26. August 1921 begingen zwei ehemalige Marineoffiziere: Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen. Beide gehörten zur geheimnisumwitterten paramilitärischen „Organisation Consul“ (OC), deren Statut Mitgliedern unbedingten Gehorsam bei der „Bekämpfung alles Anti- und Internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien“ vorschrieb. Beide richteten ihr Opfer hinterhältig und mit entmenschter Brutalität hin. Sie sprangen aus einer Waldschneise hervor, einer trat dicht an den völlig Überraschten heran und schoss auf ihn. Schwer verletzt schleppte sich der Getroffene zu einem nahegelegenen Abhang und rollte ein paar Meter hinab. Der Angreifer kletterte nach und gab noch weitere Schüsse auf den Sterbenden ab.

Beide Mörder müssen sich recht sicher gefühlt haben: Die Reste ihrer wenig sorgfältig zerrissenen Post fand die Polizei rasch im Umfeld ihres Quartiers. Und sie konnten nach Ungarn flüchten, von München aus mit dem nötigen Geld versorgt. OC-Chef Hermann Ehrhardt, der im Münchner Polizeipräsidium ein- und ausging, entkam dank rechtzeitiger Warnung ebenfalls. Die meisten der 34 verhafteten Mitglieder seines Verbandes wurden bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anklage gegen Manfred von Killinger, der in der Münchner OC-Zentrale die Fäden gezogen hatte, endete mit einem Freispruch. Geringfügige Strafen gab es lediglich für einige Randfiguren der OC. Im

November 1922, fünf Monate nach der Ermordung des damaligen Außenministers Walther Rathenau, konnte Ehrhardt zwar in München verhaftet werden, doch er entkam mit Hilfe seiner Leute bereits im Juli 1923 aus der Untersuchungshaft; es hatte also nach den staatlichen Maßnahmen von 1921 nicht lange gedauert, bis die geheime Organisation wieder funktionstüchtig agieren konnte.

„Ein gewisses Gefühl der Befreiung“

Zynisch hieß es nach der Tat an Stammtischen ebenso wie in bürgerlichen Salons, solch ein Mord sei zwar nicht gutzuheißen, doch immerhin habe es durchaus den Richtigen getroffen. Im Berliner Lokalanzeiger las man: „Jedes andere Volk würde solchen Verschwörern unbegrenztes Verständnis entgegenbringen.“ Viele gute Deutsche hätten „ein gewisses Gefühl der Befreiung“ verspürt, schrieb die deutschnationale Pommersche Post am Tag danach. Der Reichsbote verkündete sogar, es sei durch den Tod Erzbergers „Deutschland vor einem Bürgerkrieg bewahrt worden“. Doch nicht allein der Lynchjustiz wurde das Wort geredet: In manchen Städten schmückten Leute anlässlich der „deutschen Tat“ ihre Fenster mit schwarz-weiß-roten Fähnchen. Berichtet wurde auch, dass Hochstapler sich als die Attentäter ausgaben und für ihre „Flucht“ ansehnliche Summen ergaunern konnten. Burschenschaftler sangen: „Nun danket alle Gott / Für diesen braven Mord! / Den Erzhalunken, scharrt ihn ein. / Heilig soll uns der Mörder sein; / Die Fahne schwarz-weiß-rot!“

Extrem nationalistische Gesinnung und äußerste Gewissenlosigkeit kamen zum Vorschein, im Grunde bereits auch faschistische Denkweisen. Ebenso abscheulich, was „differenzierter“ daherkam und wohl eher die Haltung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise charakterisierte. Selbst aus der Partei, der Erzberger angehört hatte, ließ sich kaum harsche Kritik am Mord vernehmen. Die rechte Presse kritisierte sogar recht unverfroren alle Ansätze eines gesetzlich fixierten Republikschutzes. Als Reichspräsident Friedrich Ebert drei Tage nach der Tat eine Ausnahmeverordnung erließ, um ein Verbot von Druckschriften oder Veranstaltungen zu ermöglichen, sah sich die satirische Zeitschrift Kladderadatsch veranlasst, ausgerechnet die Schillersche Forderung „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ an Ebert zu richten. Die bayrische Regierung weigerte sich sogar, Eberts Verordnung auszuführen, und protestierte offiziell in Berlin.

Auch die Art und Weise, wie das Reichsgericht die Voruntersuchungen zu einer juristischen Aufarbeitung des Mordes an Erzberger führte, spricht Bände. Es gliederte im April 1922 die beabsichtigten Verfahren auf und bearbeitete nur noch die Anklagen gegen einzelne Mitglieder der OC. Das wegen Geheimbündelei schwebende Verfahren wurde einem Landgericht übertragen – ausgerechnet einem bayrischen! Erst die großen, machtvollen Demonstrationen gegen den Mord an Rathenau erzwangen ernsthaft unternommene Schritte zur Zerschlagung der OC. Doch deren Hintermänner schufen ungeführt neue Verbände ...

Sowohl die politischen Morde als auch der Umgang mit ihnen in jener Zeit können nicht anders als vorbereitende Schritte auf dem Weg hin zum Staatsterror der deutschen Faschisten bezeichnet werden. Und folgerichtig fanden nach Hindenburgs Straffreiheitsverordnung vom 21. März 1933 die Mörder aus den Reihen der Freikorps und anderer paramilitärischer Verbände, auch die Erzbergers, ihren angemessenen Platz. Der eine, Tillessen, avancierte im Zweiten Weltkrieg zum Korvettenkapitän. Gegen ihn gab es zwischen 1945 und 1947 zunächst ein langes juristisches Hin und Her, bevor ihn ein Gericht in Konstanz wegen Mordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilte; bereits im Mai 1952 durfte er sich einer Haftverschonung erfreuen. Im Dezember 1952 wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt, im März 1958 wurde sie ganz und gar auf dem Gnadenwege erlassen. Der andere, Schulz, wurde Mitglied der SS und 1939 zum Sturmabführer, 1943 zum Obersturmbannführer ernannt. Im Juli 1950 verurteilte ihn das Landgericht Offenburg nur wegen Totschlages, nicht wegen Mordes, zu zwölf Jahren Haft. Bereits am 22. Dezember 1952 wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Aus den Quellen:

Aus dem Artikel „Die Gegenreaktion auf dem Vormarsch“ von Lucifer (d. i. Otto Nuschke) in der Zeitschrift Demokratie H. 5/1919 (9.9.1919)

„Dass sich alles auf der rechten Seite zum Kesseltreiben gegen ihn (Erzberger, M. W.) zusammenfindet, muss die Demokratie stutzig machen. Ein Kampf, der uns an die Seite der Deutschnationalen führen würde, kann nicht richtig sein! Es kann nicht wahr sein, dass es sich nur um die ihnen anrührende Person eines Politikers handelt; wann in der deutschen Geschichte wären die Deutschnationalen jemals so empfindlich gewesen für politische Reinheit? Aber ihr Instinkt war immer scharf. Sie sehen in diesem Mann die Säule, die das noch unfertige Gebäude der Demokratie zur Zeit trägt. Gelingt es, ihn zu stürzen, so ist ein Nachfolger nicht da, und das ganze verhasste Werk soll nach ihren Hoffnungen in Trümmern zusammenbrechen. (...) Es geht nicht mehr um Erzberger, es geht um die Demokratie und vielleicht schon um die Republik.“

Aus einer Rede Erzbergers in der Deutschen Nationalversammlung, zitiert nach den von Eduard Heilfron herausgegebenen Protokollbänden, Bd. 5, S. 166 f.

„Das ist der Inhalt der Politik: Die Tatsachen erkennen, wie sie sind, ob sie hart, grausam, verderbend sein mögen. Man muss in der Politik mehr noch als im Privatleben erkennen, was ist, und dabei darf man sich in der Politik nie leiten lassen von dem Herzen und dem Gemüt, sondern nur von dem harten Verstande. Dann muss man mit eiserner Ruhe, mit dem eisernen Griffel die Rechnung ziehen und sagen: Wenn das so ist, dann muss ich dieses oder jenes tun, ohne Rücksicht darauf, ob ich damit den Beifall oder die Abneigung meiner Volksgenossen ernte.“

Aus Die Rote Fahne vom 27.8.1921

„Nach dem politischen Zusammenbruch 1918 trat Erzberger für die bürgerlich-demokratische Republik ein als der für die Bourgeoisie günstigsten Liquidation der proletarischen Revolution. Er wusste, dass die Bourgeoisie dem Proletariat gewisse Zugeständnisse machen müsse, um die Entfaltung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu verhindern. Deswegen hasste ihn die Rechte, die den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen wollte. (...) Ein politischer Mord, das letzte Glied einer langen Kette. Sie beginnt mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sie geht weiter zu Kurt Eisner und Gareis, sie endet vorläufig bei Erzberger. Zuerst die kommunistische Vorhut, dann unabhängige Arbeiterführer, jetzt ist's vom Fleisch der Bourgeoisie, einer, der unbequem wurde.“

Aus dem Artikel „Mildernde Umstände“ des völkischen Politikers Reinhold Wulle, erschienen am 27.8.1921 in der Zeitung Deutsches Tageblatt

„Dieser Mann war ein Hochverräter, als Mitschuldiger des Dolchstoßes von 1918 und seither. Er war persönlich ein unsauberer Mensch. Die staatliche Rechtspflege hat ihm gegenüber versagt. Es ist nicht zu entschuldigen, aber es ist, geschichtlich gesehen, überaus natürlich, dass Richter Lynch da auf dem Plan erschien. (...) Gewiss, wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden. Deswegen werden die jungen Leute, unter deren Revolver nach der Aussage des Abgeordneten Dietz der Ermordete geblieben ist – falls es nicht einfach bolschewistische Mordbuben waren –, sich von vornherein gewiss sein. Und sie werden ihr Los, wenn das Schicksal es will, mit Anstand auf sich nehmen. Aber bei all dem denkt man an das Alte: Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen!“

Aus dem in der Zeit vom 15.7.2021 veröffentlichten Artikel „Die Kugel, die mich treffen soll, ist schon gegossen“ von Stefan Willeke über den am Tatort stehenden Gedenkstein

„Man kann ihn leicht übersehen. Dort, wo die Straße einen Knick macht, auf einem Grünstreifen neben der Serpentine, steht ein rundlicher Felsen mit der verwitterten Inschrift ‚Hier starb Matthias Erzberger, Reichsfinanzminister, am 26.8.1921‘. Kein Parkplatz in der Nähe, keine Haltebucht, kein Hinweisschild, bloß ein graubrauner Stein inmitten des Berufsverkehrs. Nur die Lastwagenfahrer, die vor der scharfen Kurse bremsen müssen, haben die Chance, den Gedenkstein im Augenwinkel vorüberziehen zu lassen. Matthias Erzberger, ein Held in der Straßenkehr, so nebensächlich wie ein Loch im Asphalt.“

junge Welt, Donnerstag, 26.08.2021, S. 12.

Im Rückblick: Faschisten-Streit um Konzept und Führungsmacht

Wird heute auf den Rechtsextremismus geschaut, schweift unweigerlich der Blick sorgenvoll auch zurück in die Vergangenheit, insbesondere in die des deutschen Faschismus. In schlimmen Zeiten Erlebtes und überwunden Geglaubtes scheint zurückzukehren, zwar nicht wortgleich und anders gefärbt, wohl aber in Gestalt überkommener und stereotyp verwendeter Feindbilder. Zumeist münden diese wieder in Rechtfertigung und Ausübung terroristischer Gewaltbereitschaft. Geschichte – ja, sie kann sich wiederholen. In einem Buch über die NSDAP schrieben Kurt Pätzold und der Autor am Ende: „Einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, gehen im Verlauf der Geschichte nicht einfach verloren. Sie verbleiben im Gedächtnis derer, die sie gemacht haben, und das über Generationen. [...] das zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird an anderer Stelle längst auf seine Verwendbarkeit durchgesehen und sortiert, und seine Teilstücke sind unter anderem Namen in der Erprobung.“¹ Zwei Jahrzehnte später äußerte auch ein Spiegel-Bestseller-Autor: „Wenn sich Geschichte wiederholt, dann in den Strukturen, Milieus und Mentalitäten, die in den letzten hundert Jahren nie mehr verschwunden und jederzeit möglich sind.“ Er fügte warnend hinzu, dass zudem die „Gewöhnung an das Skandalöse“ wiederkehren würde.²

Wiederkehr erlebt auch nationalistischer und völkisch-rassistischer Ungeist. Ihn trachten Faschisten und Leute, die zwölf Jahre Hitlerdiktatur nur als „Vogelschiss“ bewerten, in neuen Bewegungen, Vereinen, Bündnen und Parteien zu verankern. Zu Inhalten und Methoden entbrannten in ihren Reihen lebhaft Debatten, ebenso ein intensives Gerangel um diverse Führungspositionen. All das gab es bereits und Vieles erinnert an erbittert ausgetragene – mitunter sogar tödlich endende – Machtkämpfe während der Weimarer Republik oder in den zwölf Jahren nazifaschistischer Diktatur, gleich ob sie im Um- und Vorfeld der NSDAP oder innerhalb ihrer eigenen Reihen stattfanden.

Zerfall und Selbstzerstörung?

Damals glaubte manch ein Gegner der Nazifaschisten, diese Streitereien würden zu Zerfall und schwindender Bedeutung der rechtsextremen Akteure führen. Doch weit gefehlt, wie die Geschichte belegt. Hoffnungen auf einen inneren Zerfall und auf selbstzerstörerische Wirkungen der als ruinös bewerteten Streitereien erfüllten sich nicht. Solchen Erfahrungen nachzugehen könnte möglicherweise helfen, den Blick auf aktuelle Erscheinungen in einer Partei zu schärfen, die zwar nicht als faschistisch zu bezeichnen ist, in der sich jedoch Zeichen faschistischer Gesinnung häufen. Gegenwärtig wird oft von selbstzerstörerischen Auswirkungen der in der AfD ausgetragenen Konflikte gesprochen. Diese Partei sei, so wird getönt, sei auf dem Weg, „sich durch innere Querelen zu zerlegen und auf den Müllhaufen der Geschichte zu katapultieren.“³ Demgegenüber ist ein genaueres Hinsehen nötig. Zu verlangen sind eine nüchterne Analyse und realistische Schlussfolgerungen.⁴

Hilfreich könnte sein, sich an die Anfänge der Nazipartei zu erinnern. Kaum entstanden geriet diese bereits in eine erste Zerreißprobe. Da prallten unterschiedliche Auffassungen aufeinander. Einige der Gründerfiguren sahen 1919/20 deren Aufgabe mehr darin, im Hintergrund zu agieren und mit den Mitteln indirekter Einflussnahme zu wirken. Hitler machte sich zum Fürsprecher gegenteiliger Auffassungen. Man müsse hauptsächlich an die Öffentlichkeit treten, meinte er ganz im Sinne seiner Tätigkeit als „Werbeobmann“ im Dienste der bayerischen Reichswehrführung. Da kam mehr zum Vorschein als persönliches Gezänk: Auf dieser Ebene spiegelte sich jene Kontroverse, die innerhalb

¹ Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1999, S. 520 f.

² Florian Huber: Rache der Verlierer. Die Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland, Berlin 2020, S. 9 f.

³ Hagen Jung: Die Nase voll vom rechten Hickhack. In: *nd.DerTag*, 07.12.2020, S. 8. Ähnlich Matthias Geis: Vom Wahnsinn getrieben. Verzweifelt sucht die AfD Anschluss an die Corona-Proteste. Und gerät immer tiefer in die Krise. In: *Die Zeit*, 26.11.2020, S. 5.

⁴ Anders urteilte Robert D. Meyer: „Die AfD, das sind in Wahrheit zwei Parteien. Nicht, weil die politischen Ziele zwischen dem Meuthen-Lager und den Völkischen unversöhnlich wären, sondern weil es Streit darüber gibt, wie der Weg in eine reaktionäre und antipluralistische Gesellschaft beschritten werden soll. [...] Die Meuthens suchen nach Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft und wollen diese schrittweise verändern. Die Höckes dagegen sehen in den Parlamenten nur eine Bühne, insgeheim träumen sie vom großen Knall. Auf beide Strategien muss die offene Gesellschaft klare Antworten finden.“ In: *nd.DerTag*, 30.11.2020, S. 1.

der herrschenden Kreise Deutschlands der Frage galt, welcher Weg zur weiteren Festigung ihrer innen- und außenpolitischen Macht am erfolgversprechendsten sein könne. Sie berührte auch den Platz, den Reichswehr und zuhauf neu geschaffene paramilitärische Organisationen innen- wie außenpolitisch einnehmen sollten. Führende Militärs – unter ihnen General Hans von Seeckt, der im April 1920 zum Chef der Heeresleitung avancierte – begannen mit dem Gedanken zu spielen, die Armee als Kern eines Massenheeres für künftige revanchistische Aggressionskriege aufzubauen. Es war diese weit in die Zukunft reichende Sichtweise, die Seeckt in einer Verfügung an die Generalstabsoffiziere erklären ließ, man müsse „heraus aus dem Lärm des Tages“.⁵ Andere, vor allem General Walther von Lüttwitz und Erich Ludendorff, bereiteten mit direkter Unterstützung der Schwerindustriellen Hugo Stinnes, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch und des deutschnationalen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp – er gehörte zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Deutschen Bank – einen Putsch zur Errichtung einer Militärdiktatur vor. Beides – sowohl die Lösung vom „Lärm des Tages“ als auch die auf rasche Entscheidungen drängende Putschtaktik – beförderte das Entstehen und die Entfaltung zahlreicher völkisch-antisemitischer Organisationen, nicht zuletzt die der NSDAP, für die sich damit nicht allein am rechten Rand der deutschen Gesellschaft ein breites Umfeld bot.

Streit gab es ferner um Versuche, einige aus der Vielzahl der in den 1920er Jahren existierenden rechtsextremen Organisationen zusammenzuführen. Ihre Kräfte bündeln, das wollten z. B. Vertreter der NSDAP, der *Deutschsozialistischen Partei*, der *Deutschen Arbeiterpartei Württembergs*, der *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei* und der *Nationalsozialen Partei Oberschlesiens*, die sich am 7. und 8. August 1920 zu einer „Zwischenstaatlichen Tagung der Nationalsozialisten des gesamten deutschen Sprachgebietes“ trafen. Angestrebt wurde die Bildung einer *Nationalsozialistischen Partei des deutschen Volkes*. Nach außen gab man sich euphorisch, doch ging alles rasch in lautem Gezeter unter. Differenzen in taktischen Fragen und in der jeweils unterschiedlichen, immer aber demagogischen Hervorhebung entweder des „Nationalen“ oder des „Sozialen“ verhinderten die verbal beschworene Einheit. Hintergründig verfolgten alle das Ziel, die neue Bewegung gänzlich unter eigene Führung zu bekommen.

Das setzte sich 1921 fort. In den Reihen der NSDAP meldeten sich erste Kritiker Hitlers zu Wort. Gewettert wurde gegen den „König von München“, gegen „demagogische Schädlinge und diktatorische Streber“. Aber das passte nicht in das Konzept jener, die eine Aktivierung der NSDAP und ihrer terroristisch-demagogischen Methoden zur Gewinnung größerer Anhängerscharen betrieben. Auf theatralisch anmutenden Umwegen setzten sich die Kreise um Hitler durch: Der „Werbeobmann“ erklärte am 11. Juli 1921 seinen Austritt aus der Partei. Mag dieser Schritt aus Unnachgiebigkeit, aus Enttäuschung über die eigene Ausstrahlungskraft oder als berechnendes Druckmittel erfolgt sein – die junge NSDAP geriet dadurch in ein Dilemma. Weil die Anhänger Anton Drexlers, der im Januar 1919 die *Deutsche Arbeiterpartei* ins Leben gerufen hatte, Hitler als gewieften Demagogen und als „Trommler“ der Partei nicht entbehren wollten bzw. die von ihm beabsichtigte Gründung einer anderen Partei fürchteten, gaben sie nach. Hitler zeigte sich daraufhin rasch bereit, seinen Austritt zu revidieren. Jedoch formulierte er am 14. Juli sechs Bedingungen, von deren Realisierung er seinen Wiedereintritt abhängig machte. Zugleich forderte er für sich den Posten des ersten Vorsitzenden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wählte ihn zum Vorsitzenden der NSDAP und sprach ihm diktatorische Vollmachten zu. Dieser Weg zu einer diktatorisch geleiteten, jegliches demokratisches Gebaren entbehrenden bürgerlichen Partei lag in der Sache begründet: Wie anders konnte ein terroristisches Regime angestrebt werden als mit einem allein Gebietenden, einem Auserwählten oder von Gott Begnadeten an der Spitze. Die in jener Zeit weit verbreiteten allgemeinen Hoffnungen auf einen neuen „Führer“ boten zugleich einen tragfähigen Boden für eine sich schrittweise steigende Beweihräucherung und Verherrlichung Hitlers, die sich zu einem schließlich umfassenden und teilweise auch makabre Formen annehmenden Kult um ihn auswuchsen.

Nach dem misslungenen Putsch vom 9. November 1923 galt die Streiterei unter den Faschisten wieder der Frage, welche ihrer in einigen Regionen Deutschlands neu formierten Organisationen den

⁵ Friedrich von Rabenau: Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940, S. 194.

anderen den Rang ablaufen kann. Formuliert wurde: Man wolle die Zersplitterung im Lager der Rechtsextremisten aufheben. Als das Hitler nicht gelang, gab er am 7. Juli offiziell seinen Rücktritt als Vorsitzender der NSDAP bekannt. Mit diesem sich bald als raffiniert und vorteilhaft erweisenden Schachzug hielt er sich aus dem Streit anderer Rivalen und Cliquen heraus, die einander immer heftiger befehden: Erich Ludendorff, Albrecht von Gräfe, Ernst Röhm, Gregor und Otto Strasser, Alfred Brunner, Reinhold Wulle u. a. m. Inhaltlich ging es hauptsächlich um die Frage, welcher Weg zur Macht künftig eingeschlagen bzw. in der Öffentlichkeit betont werden sollte – der eines gewaltsamen Umsturzes oder der einer weitgehenden Ausnutzung der Legalität, also Ausnutzung von Demokratie als erlaubtes Mittel ihrer Beseitigung. Wobei immer zu erkennen war, dass die NSDAP ihren destruktiv-antidemokratischen Kurs niemals grundsätzlich aufgeben wollte. Oft schien es, als würden sich die Risse im Lager der Völkischen und der Nationalsozialisten kaum kitten lassen. Niemand wollte sich anderen unterordnen, jeder sich aber alle anderen. Entscheidungen konnten nicht an Verhandlungstischen gefunden werden. Erbittert geführte Streitereien und Kämpfe prägten für längere Zeit den Konzentrationsprozess innerhalb des Lagers der deutschen Faschisten, aus dem schließlich die NSDAP als größte und erfolgreichste Partei hervorgehen sollte.

Gestritten wurde in der Mitte der 1920er Jahre vor allem über die Frage, wie ein Massenanhang auch durch Einbruch in die Reihen des organisierten Proletariats erreicht werden kann. Bisher hatte die NSDAP hauptsächlich völkisch und rassistisch-antisemitisch orientierte Kräfte angezogen, also im Grunde nur Gleichgesinnte aus anderen Parteien und Strömungen oder aus dem großen Feld der bislang politisch unorganisierten Deutschen gewonnen. Dieses Buhlen um „arbeitende Massen“ wurde von antifaschistischen Kräften aufmerksam beobachtet. So schrieb die KPD in einem Aufruf vom 2. April 1924: „Neue Demagogen [...] gaukeln eine alles einigende Volksgemeinschaft, eine nationale Diktatur (vor), die das Befreiungswerk nach innen und außen vollziehen werde. Sie predigen den Schafen und Wölfen die Einheit des Tierreiches. Sie hetzen gegen das jüdische Kapital, aber die christlichen Wucherer, Ausbeuter und Blutsauger wollen sie als ‚schaffendes Kapital‘ erhalten und schützen. Sie reden von ‚Werksgemeinschaften‘ und meinen damit die Beseitigung der Gewerkschaften, der Betriebsräte, des Kollektivvertrages, des staatlichen Arbeitsschutzes.“⁶

Wollte die NSDAP in den Hochburgen der Arbeiterparteien, im Ruhrgebiet, in den mitteldeutschen Gebieten, in Hamburg und Berlin, nicht total ins Leere stoßen, musste sie sich anderer Parolen und Methoden als im überwiegend agrarisch-kleinbürgerlichen Bayern bedienen. So entstand am 10. September 1925 die *Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Nordwestdeutschen Gaue der NSDAP*, wobei es um mehrere taktisch bedingte Differenzen zu den Münchener Nazis ging. Als sich viele Millionen Deutsche für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten einsetzten, gerieten die „sozialistisch“ argumentierenden Politiker der NSDAP in ein Dilemma. Nur durch Unterstützung der Volksbewegung gegen die Fürsten wäre dem verkündeten Antikapitalismus ein Schein von Glaubwürdigkeit zu verleihen gewesen. Gregor Strasser setzte sich dafür ein, scheiterte aber, weil die NSDAP im „Börsenkurs“ der politischen Macht gesunken wäre, hätte sie sich aus taktischen Beweggründen gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln erklärt, dessen Rechtfertigung und Verteidigung den heiligsten Grundsatz der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bildet.

Oder weitere Fasisierung?

Aber es ging auch um Programmatisches. Kritik wurde an der Verschwommenheit des 25-Punkte-Programms der Partei geübt. Sozialpolitische und zudem auch außenpolitische Aspekte spielten eine wichtige Rolle. Wie manche Mitglieder anderer Rechtsparteien sah auch die Arbeitsgemeinschaft in der Politik der Siegermächte das Haupthindernis für einen „deutschen Wiederaufstieg“. Daher galt für sie die UdSSR eher als ein „Bundesgenosse“, weniger als kommunistischer Hauptfeind. Deutschland müsse sich, so wurde argumentiert, wenn es um das Nahziel gehe, den Versailler Vertrag zu annullieren, „selbst mit dem Teufel verbinden, ohne Schaden an seiner Seele zu nehmen“. Joseph Goebbels äußerte, bevor er sich auf die Seite Hitlers schlug, ekstatisch: „Lieber mit dem Bolschewis-

⁶ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Bd. 8, S. 56.

mus den Untergang, als mit dem Kapitalismus ewige Sklaverei“.⁷ Diese Haltung hob Wesen und Grundsätze faschistischer Politik und Ideologie keineswegs auf; sie war lediglich ein situationsbedingter Ausdruck unterschiedlicher Vorstellungen darüber, wie und in welcher Reihenfolge die Opfer ihres künftigen expansionistischen Kurses bestimmt werden sollten. Nach dem Motto „Lieber einen Führer mit Mängeln als gar keinen“ gaben die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft schließlich auf. Wie stets in der Geschichte der NSDAP setzten sich die extremste Variante ihrer Politik und deren Verfechter durch. Streit schien immer ihre Positionen zu stärken. Es könnte fast von weiterer Faschisierung der Faschisten gesprochen werden.

Das zeigte sich auch 1930, als im Gerangel um Eigentumsrechte im Verlagswesen der Partei die Gruppe um Otto Strasser erklärte, die „Sozialisten“ würden die NSDAP verlassen und eine rasch bedeutungslos werdende „Schwarze Front“ schufen. Damals wurde, und mehr noch wird im Nachhinein von deren sozialrevolutionärem Wollen oder gar von einer antifaschistischen Haltung gesprochen. Selbst die von Strasser gewählten Formulierungen lassen Gegenteiliges erkennen. Für ihn galt der Nationalsozialismus nur als deutsche Antithese zum „internationalen Kapitalismus“. Sozialismus bedeutete für ihn, sehr vage benannt, „Bedarfwirtschaft der Nation“, dem Ziel untergeordnet, „das völkische Großdeutschland“ zu schaffen.⁸ Neben die NSDAP (bzw. neben den Nazifaschismus) war eine Organisation getreten, die lediglich eine Spielart des gesamten deutschen Faschismus darstellte. Es existierten keine inhaltlichen Unterschiede in ihrer rigorosen Ablehnung der in SPD, KPD und Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung, erst recht nicht in ihrem völkisch-rassistischen Antisemitismus. Das aber schließt keineswegs aus, dass es sowohl eine voneinander abweichende Eigendynamik (was sicher generell für alle Zusammenschlüsse von Menschen zu politischen Organisationen festgestellt werden kann) als auch ein im Einzelnen unterschiedliches Wirken um Machtpositionen ringender Politiker gegeben hat.

Das zeigte sich ferner im Dezember 1932, als Gregor Strasser, anders als Hitler, für die NSDAP in Verhandlungen mit Reichskanzler Kurt von Schleicher einen Weg zur Macht suchte, wofür er Ende Juni 1934 im tödlichsten aller nazistischen Streitfälle ermordet wurde. Allerdings ging es, anders als noch in den frühen 1920er Jahren, nicht mehr um den Inhalt ihrer verbrecherischen chauvinistisch-rassistischen Politik, auch nicht um Hitler selbst, sondern eher um gewinnträchtige Plätze von Führern in der zweiten und dritten Reihe. Erst unmittelbar am Ende des Zweiten Weltkrieges versuchten Hermann Göring und ebenso Heinrich Himmler einen gewissen Absprung von ihrem „Führer“. Der scheiterte kläglich – wie überhaupt ihre terroristische Diktatur und ihr Streben nach einer Vorherrschaft in Europa. Dies allerdings erst durch den die Deutschen im wahrsten Sinne des Wortes befreienden militärischen Sieg der weltweiten Antihitlerkoalition.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 1/2021, Nr. 371, 30. Jahrgang, S. 15-20.

⁷ Nationalsozialistische Briefe. Brief vom 15.1.1926.

⁸ Siehe dazu u. a. Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, S. 18 ff.

Prof Dr. Werner Röhr zum 80. Geburtstag am 27. September 2021

Ein Brief...

Lieber Werner, steht ein besonderer Geburtstag bevor, also einer mit hoher einstelliger Zahl und verbunden mit bedeutsam wirkender Null, dann greifen Kolleginnen und Kollegen oder Bekannte, mitunter sogar Journalisten zur Feder bzw. zu den Tasten moderner Schreibgeräte. Man fragt sich: Genügt für einen solchen Anlass ein übliches Kärtchen, sei es auch absichtsvoll mit Blumen und wohlgemeinten Sprüchen versehen? Reicht ein Anruf, eine moderner Elektronik geschuldete E-Mail oder Whatsapp-Nachricht? Das alles gliche eher Alltäglichem und könnte möglicherweise eher als lästige Pflichterfüllung missdeutet werden.

Nein, lieber Werner, da nutze ich doch lieber die Möglichkeit eines persönlichen Briefes, der zugleich ein „offener“ sein soll, da er in der Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ veröffentlicht wird. Es sei Dir also herzlich gratuliert und nach den acht Lebensjahrzehnten alles, alles Gute für die weitere Zeit Deines Daseins gewünscht. Möge sich Deine angegriffene Gesundheit stabilisieren, möge Dich trotz aller großen und kleinen Hindernisse in unseren so wild bewegten Zeiten viel Lebensfreude erfüllen, möge es Dir auch weiterhin nicht an Arbeitslust mangeln, denn so wie ich hoffe viele geschichtsinteressierte Leserinnen und Leser auf weitere Orientierungshilfe mit Deinen gerade heutzutage so wichtigen Forschungsergebnissen.

Zugleich weckt Dein „80.“ viele angenehme Erinnerungen an Gespräche und Begegnungen. Zumeist galten sie geschichtlichen Themen, die uns beiden am Herzen liegen. Wir trafen uns oft auf Tagungen, an denen aktiv teilzunehmen selbstverständlich war, weil sich Gelegenheit bot, Gedanken auszutauschen, zu debattieren und auch einander zu widersprechen. Noch mehr geraten mir zahlreiche inhaltsreiche Bücher, wunderbare Artikel, informierende Rezensionen und andere Veröffentlichungen in den Sinn. Allein deren Titel benennen zu wollen, würde hier mehrere Seiten füllen – fast lässt mich die Vielzahl Deiner Publikationen vermuten, es würde Dir selbst Schwierigkeiten bereiten, alles noch zu überblicken.

Sowohl beim Zuhören als auch beim Lesen Deiner Texte bewunderte ich stets Dein umfangreiches und stets quellengestütztes Wissen, ebenso die Gründlichkeit Deiner Untersuchungen und die eigenes Nachdenken erzwingende Weitläufigkeit Deiner Gedankengänge. Du gehst weit über jene Vorstellungen hinaus, es sei vom Historiker hauptsächlich darzustellen, was geschehen ist. Natürlich, dies ist seine Aufgabe, doch gewiss nicht allein. Zu erkunden bleibt immer, weshalb etwas geschah und was dem folgte. Dafür brachtest Du auf eine Dir sehr eigene, zugleich sehr produktive Weise auch andere Wissenschaftsdisziplinen ins Spiel. Da kam Dir – und zugleich den in der DDR betriebenen Faschismusforschungen – offensichtlich zu Gute, zunächst nicht nur Geschichte, sondern auch Philosophie studiert zu haben. Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin und Habilitation an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR erlebtest Du in den 1970er Jahren als Philosoph. Verordnete Engstirnigkeit, geistiges Unvermögen und zwanghaftes Reiten unwissenschaftlicher Prinzipien lagen schließlich einem Parteiverfahren gegen Dich zugrunde, das 1981 zwar mit dem Ausschluss aus der SED endete, Dich jedoch vom Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Zentralinstitut für Geschichte an der gleichen Akademie wechseln ließ. Dein Platz in dieser Einrichtung erwies sich auf keinen Fall, wie vielleicht gewollt, als eine Bestrafung. Nein, er sollte sich für eine zu Interdisziplinarität bereiter Muse Klio als ein sehr willkommener Gewinn erweisen. Dialektik pur – sie lässt sich erkennen in dieser Dein beruflichen Leben so entscheidend verändernden Situation!

Ein knappes Jahrzehnt danach folgte dem Ende der DDR auch das der Akademie, an der Du forschend und schreibend tätig gewesen bist. Nun war mit der „Wende“ ein völliger Neubeginn angesagt, einer der manche Mitarbeiter in eine stille Klausur führte, für den Du aber ein aktiver Initiator und Gestalter wurdest. Zwar scheiterte Dein Plan für die Gründung eines gesamtdeutschen Instituts für Faschismusforschung, doch als sehr erfolgreich erwies sich für viele Jahre Deine Tätigkeit in der neu entstandenen „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung“. Lange Zeit konntest Du, neben Deinen Vorlesungen im Rahmen einer Gastprofessur im polnischen Zielona Góra, deren

Geschicke leiten und die in Deinem Organon-Verlag erscheinende wissenschaftliche Halbjahresschrift zwischen 1993 und 2008 als interessante, aber leider nur von wenigen Interessierten wahrgenommene Zeitschrift redigieren. Als Mitherausgeber der neun Bände umfassenden Reihe „Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des faschistischen Deutschland 1938-1945“ wirktest Du zwischen 1988 und 1996, befasst vor allem mit den Plänen der Nazis für eine „Neuordnung Europas“ sowie mit dem Ineinandergreifen von Okkupation und Kollaboration sowie von Nationalismus und Rassismus.

Dein „Neustart“ galt jedoch auch dem selbstbewusst-kritischen Rückblick auf Geleistetes und Fehlendes in der Geschichtswissenschaft der DDR. Dass diese rigoros „abgewickelt“, ja regelrecht zerstört worden ist, hast Du ausführlich, detailliert und unwiderlegbar in zwei umfangreichen Bänden dokumentiert. Zu ihnen gibt es nichts Vergleichbares in anderen Wissenschaftszweigen, erst recht nicht aus der Sicht der „Abwickler“. Dem Autor eines Versuches, unternommen von Lothar Mertens, die Historiker der DDR in einem Lexikon zu „delegitimieren“, konntest Du haarsträubende Fehler nachweisen.

Sehr zu begrüßen war und ist aus meiner Sicht, dass und wie Du die Ideologie der deutschen Faschisten und deren gewiss nicht zu unterschätzende Rolle für Aufstieg und Politik des „Nationalsozialismus“ untersuchen konntest. Man schaue vor allem in den Band, in dem Du die Faschismusforschung im Spiegel Deiner zahlreichen, teils sehr umfangreichen Rezensionen analysierst. Entschieden wandtest Du Dich zugleich gegen Bemühungen, wahrnehmbar beispielsweise im „Projekt Ideologie-Theorie“, das Ideologische im Faschismus an die Stelle seines Wesens zu setzen.

In meiner Bibliothek nimmt das 1981 von Dir und Simone Barck herausgegebene Buch von Hans Günther „Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus“ einen herausragenden Platz ein, ließ es doch erkennen, wie wenig antifaschistischem Ringen gedient ist, den (Un)Geist der NSDAP als Nonsens, als absurden Wahnwitz abtun zu wollen. Rezensieren durfte ich jüngst einen Band mit Deinem herausragenden Beitrag „Restitutio Poloniae 1918. Das Ende des ersten Weltkrieges und die Konstituierung eines neuen polnischen Staates“. Darin schilderst Du akribisch Werdegang und Entwicklung dieses Staates, den manche illusionär als nationale Wiedergeburt gestaltet sehen wollten, während andere einen nationalen Aufbruch in eine modernere polnische Gesellschaft erstrebten, alles als einen überaus komplizierten und widersprüchlichen Prozess charakterisierend, der heterogene Stränge mit gegensätzlichen Akteuren umfasste. Sicher darf man Dich in Deutschland als einen der besten Kenner polnischer Geschichte im 20. Jahrhundert bezeichnen.

Am Ende meines Geburtstagsbriefes, der ganz gewiss noch viele andere Ergebnisse Deines Schaffens zu würdigen hätte, will ich noch erwähnen, dass Du am jährlich stattfindenden „Jenaer Faschismus-Kolloquium“ oftmals teilgenommen hast und dieses mit anregenden Einwüfen, Beiträgen und Vorschlägen bereichern konntest; Dein späterer Rückblick auf meine Veranstaltungen war des Lobes voll, und ich bin froh, heute aus gegebenem Anlass Dir ebenfalls applaudieren zu dürfen.

Alles in allem: Dir sei Anerkennung und Dankbarkeit für Deinen verdienstvollen, anregenden und orientierenden Beitrag zu marxistischer Geschichtsforschung übermittelt – dies ganz gewiss auch im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen, vieler Mitstreiter und Weggefährten.

Dir eng verbunden und achtungsvoll grüßt

Manfred Weißbecker

Jena, im September 2021

Die Redaktion der BzG schließt sich diesen Wünschen herzlich an.

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 63. Jahrgang, September 2021, Heft 3/2021, S. 141-145.

„Sind wir schon wieder so weit?“ (Teil 1)

Besorgte Fragen an die Geschichte der Weimarer Republik und an unsere Gegenwart

Neulich sandte mir eine Frau – sie weiß, dass ich Historiker bin – einen angeblich passenden Spruch: „Wer die Gegenwart genießt, hat in Zukunft eine wundervolle Vergangenheit.“ Ebenso warb die „Super-Illu“ in der vorigen Woche für sich mit den Worten: „Glück beginnt da, wo man die Zeit vergisst.“ Also: Das Heute genießen? Alles vergessen, und schon ist man glücklich? Wird so wirklich alles gut und die Vergangenheit sogar besser? Kaum zu glauben ist solcher Schmus, aber er wabert massenhaft durch Medien aller Art. Dennoch wissen wir: Solche Fehlorientierungen sind wirksam. Sie verhindern mitunter recht erfolgreich ernsthaftes Fragen an Geschichte und Gegenwart. Doch um ein solches kommen wir nicht umhin – eben der Zukunft wegen gilt es, sowohl das Zusammengehören als auch die Ursachen bestimmter Grundlagen und Erscheinungen von damals und heute zu analysieren. Vorzunehmen sind nicht schlichte Gleichsetzungen, sondern sinnvolle und anregende Vergleiche. So wäre also mit dem für die heutige Veranstaltung vorgesehenen Blick zurück zugleich der geschichtliche Ort unserer Zeit zu untersuchen. Wie Sie wissen, mündet dabei Vieles in die Frage, die den Titel meines Vortrages ziert oder fragen lässt: Faschismus erneut ante portas?

Nein, ja, vielleicht, bald, niemals – es existieren viele Antworten. Keine davon ist schnell zu geben. Einige biete ich an, mit anderen Aussagen könnte ich vielleicht anregen, manche Fragen werden offen bleiben. Debatten sind erforderlich. Dass wir dies hier gemeinsam wollen, sicher auch können, veranlasst mich zu danken für die Einladung zu diesem heutigen Geschichtsforum.

Begonnen sei mit einer Behauptung: Je weniger die Geschichte von Demokratie-Verlust, Faschismus-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg verstanden wird, desto bedrohlicher und mächtiger wirkt das faschistische Echo in unsere Gegenwart hinein. Wiederholung – in welcher neuen Gestalt auch immer – ist möglich geworden. Wer sie verhindern will, muss insbesondere den Vergleich zwischen der Zerstörung der Weimarer Republik einerseits und den gegenwärtigen Erscheinungen in Wirtschaft, Politik und Zeitgeist andererseits wagen, genauer: den zwischen den damals verantwortlichen Zerstörern und denen, die erneut unverantwortlich auf solchen Pfaden wandeln. Hierzulande wird offiziell ein solcher Vergleich nicht geliebt, eher gemieden oder sogar verschmäht. Immer noch lebt der in ein Schlagwort gekleidete Gedanke, Bonn bzw. jetzt Berlin sei nicht Weimar. Voller Selbstbeschönigung heißt es, man habe doch aus der Geschichte gelernt und eine lobenswerte, stabile sowie wehrhafte Demokratie geschaffen. Hingegen passt ins Bild der Regierenden das unsägliche Ineinsetzen von Drittem Reich und DDR, von Faschismus und Sozialismus. Ersterer wird zunehmend relativiert sowie auf seinen Antisemitismus reduziert, Letzterer als eigentlicher Tiefpunkt deutscher Geschichte diskreditiert, was aber – ich bemerke es durchaus mit Wohlwollen – drei Jahrzehnte nach ihrem Ende im Vergleich zu den zahlreichen bunderepublikanischen Fehlstellen immer weniger gelingen will.

Vergleichen – das bezeichnet ja zunächst nichts anderes als eine Methode menschlichen Denkens. Alle tun es im täglichen Leben, sei es bei Waren, Stoffen, Mieten, Renten oder auch bei Parteien, Bündnissen, Staaten usw. Natürlich sind ebenso Fakten aus dem Davor mit denen des Gegenwärtigen zu vergleichen. Historiker könnten sonst keine Entwicklungsprozesse darstellen. Ausgangspunkte, Etappen, Ergebnisse und Ursachen wären nicht in ihrer Vielfalt zu erfassen und in ihren inneren Relationen nicht zu gewichten.

Alle wissen und erleben, dass Geschichtliches in unserem Alltag einen breiten Raum einnimmt. Geschichte boomt, sie ist in, oder wie auch immer man das in neudeutscher Sprachschluderei bezeichnet! Bunte Geschichtszeitschriften füllen zuhauf die Regale in den Buchläden, kaum ein Tag vergeht ohne entsprechende Artikel in den Zeitungen oder ohne TV-Filmserien mit historischen Themen: Untergang, Babylon, Charité, Weimar, Bauhaus usw. usf. Geschichte wird für jeweilige soziale, ökonomische, politische und geistig-kulturelle Interessen gebraucht, häufiger jedoch missbraucht. Selten wird erkundet, wie Details sich miteinander verbinden, wie eine Schau vom Teil hin zum Ganzen wachsen kann, und oft vermieden, ein in sich geschlossenes Geschichtsverständnis entstehen zu lassen. Grenzen zwischen vorgestellter und realer Wirklichkeit verschwimmen oder gehen gar verloren. Fiktion wird zur Wirklichkeit stilisiert. Der Schriftsteller Christoph Hein berichtete von Studenten, die in

einer akademischen Lehrveranstaltung gemeint hätten, es sei doch falsch, die DDR differenziert zu betrachten, man habe doch deren schlimme Realität im Film „Das Leben der Anderen“ gesehen

Fiktion ersetzt häufig genug auch das Bild vom deutschen Faschismus, der sich selbst den tarnenden Namen „Nationalsozialismus“ gab. Zwar tauchen immer wieder Erinnerungen an furchtbar Vergangenes auf. Immer mehr scheint Heutiges zutiefst verknüpft zu sein mit dem Schrecklichen von gestern und überwunden Geglaubtem. Man könne stolz sein auf die deutsche Erinnerungskultur, so heißt es. Ja, es wird der Toten gedacht und ein „Nie wieder“ geschworen. Dem folgen allerdings selten wirksame Taten. Fiktion existiert in verharmlosenden Deutungen: „Der Hitler war’s“, der sei vom Volk „gewählt“ worden, die Demokraten seien zu schwach gewesen und hätten „versagt“, man redet vom „Untergang“, vom „Scheitern“, vom „Ende“, von einer „nationalsozialistischen Machtergreifung“. Manche pflegen die Legende vom „Betriebsunfall“ in einer ansonsten doch so wunderbaren deutschen Geschichte.

Alles ist in meinen Augen geschichtsverdrehender Humbug. Nein, Hitler ist ermöglicht worden. Dies vor allem durch eine vorsätzlich betriebene „Zerstörung“, durch das bewusste Agieren faschistischer und faschismusfördernder Akteure. Es gilt immer noch, heute sogar stärker als jemals zuvor, umfassend an die Totengräber, an ihre Motive, an ihre Taten und Mittel zu erinnern. Ja, immer wieder, obgleich alles, was zum 30. Januar 1933 geführt hat, doch bekannt ist: Jedes Detail wurde bereits gründlich erforscht und vielfach dargestellt. Alle vorhandenen Quellen – Akten, Briefe, Dokumente, Zahlungsbelege, Memoiren usw. – dürften als erschöpft gelten. Neue sind kaum auszumachen und würden, sollten sie eines Tages noch auftauchen, kaum etwas am Gesamtbild ändern. Spähenden Historiker-Augen blieb wenig verborgen; umfangreiche Bücher, mitunter auch aufgeblähte Mehrbänder bezeugen dies. Allein über Hitler gibt es geschätzt fast 200.000 Bücher. Würde man allein deren Titel verlesen wollen und für jeden zehn Sekunden benötigen, wären rund 23 Tage nötig!

Ungeachtet dessen spüren wir: Es wird zwar viel gewusst, jedoch zu wenig erfasst, weshalb jener geschichtsträchtige Tag den Deutschen eine von Hitler geleitete und mit konservativen Politikern besetzte Regierung der „nationalen Konzentration“ bescherte und weshalb diese Koalition der Weimarer Republik und ihren parlamentarisch-demokratischen Grundlagen den lange vorbereiteten Todesstoß versetzen konnte. Wie sich eine terroristische Diktatur sondergleichen entfalten konnte? Was führte dazu, dass alle bürgerlichen Parteien am 24. März 1933 dem folgenreichen „Ermächtigungsgesetz“ zugestimmt haben? Wie konnte ein Regime funktionieren, das gerichtet war gegen alle anders Denkenden sowie gegen alle Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, das sich ebenso richtete gegen friedliche Verhältnisse in Europa und das auf neue Kriege zielte, das ein nur durch neue Kriege erreichbares „Großgermanisches Reich“ plante und geringen Teilen der überfallenen Völker besonders im Osten allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven gestatten wollte? Weshalb markieren die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg und der Genozid an den europäischen Juden den absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte?

Leider bleibt Aufklärung über den „Schoß, aus dem das kroch“, unterbelichtet. Wer aber doch nach Ursachen und Zusammenhängen fragt, der wird um den Sinn der Frage wissen, ob wir heute wieder so weit seien. Übrigens: Ausgerechnet am 30. Januar 1933 wurde in Hamburg eine an sich harmlose Operette von Jaques Offenbach aufgeführt wurde. Ihr Titel:

„Die Banditen“. Ihr Finale: Ein Fürst, der von Räubern bestohlen werden sollte, begnadigt diese und ernennt sie zu Polizisten seines Landes, zu Wächtern seiner Besitztümer. Wie passend, wie erhellend für Ross und Reiter. Und um im Bilde zu bleiben: Die Reiter sind ins Bild zu setzen sowie jene, die ihnen in den Sattel verhalfen

Die Zerstörung der Weimarer Republik

Das Dritte Reich, also der Faschismus an der Macht, lässt sich nicht abkoppeln von dem Davor. Vor allem nicht vom Wirken jener Kapitalgruppen, die im Faschismus ihren Gewinn stabilisieren und vergrößern wollten. Dazu sage ich später mehr und will hier nur darauf verweisen, dass zu ihren Gunsten eine ganze Reihe anderer Faktoren zu wirken vermochte, nicht zuletzt die Tatsache, dass

viele, leider allzu viele Deutsche bereits aus dem 19. Jahrhundert stammende nationalistisch-rassistische Ideen sich zu eigen gemacht und verinnerlicht hatten. Solche Ideen waren aus empörten Reaktionen auf die Losungen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Französischen Revolution von 1789 erwachsen. Deutschland über alles wurde gesungen, ein „Platz an der Sonne“ angestrebt und dafür ein Weltkrieg vom Zaun gebrochen. In den Weimarer Zeiten, die offiziell ja als solche der Demokratie gepriesen werden, gab es massenwirksam rechtsextremes Denken und großmachtsüchtige Politik, auf deren Grundlage sich faschistische Organisiertheit zu entfalten vermochte. Und schließlich wäre zu warnen vor einer Ursachensuche allein in dem, was in den letzten Monaten und Wochen vor dem deutschen und europäischen Schicksalstag geschehen ist.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass im Ergebnis der Novemberrevolution der erhebliche Druck von unten in den frühen und mittleren 1920er Jahren eine ganze Reihe sozialpolitischer Neuerungen erzwungen hatte: Achtstundentag, Sozialversicherungen für Arbeitslose, wohlfahrtsstaatliche Leistungen u. a. m. Vielsagend auch: Von Weimar ging kein Krieg aus! Zeitweilig blühte eine humanistische und zukunftsweisende Kultur auf, was Literatur- und Kunstkritiker veranlasste, euphorisch von den „goldenen Zwanzigern“ zu sprechen.

Doch alles, was die Weimarer Republik, mehr noch ihre Verfassung, in glanzvollen Schein hüllt, sah sich stets attackiert und befehdet. Immer gab es erbitterte Auseinandersetzungen, hauptsächlich zwischen Herrschenden und Beherrschten, also Klassenkämpfe, zudem diese begleitende und durchdringende Konfrontationen zwischen Konservativen und Liberalen, zwischen Militärs und Pazifisten, zwischen sozialen Gruppen aller Art, allen Alters, allen Geschlechts. Da stritten auch unterschiedliche Kapital- und Politikgruppen gegeneinander: Die einen akzeptierten zwar grundsätzlich das Ergebnis der Revolution, drängten aber darauf, die ihre Machtpositionen einschränkenden parlamentarischen Verhältnisse in einzelnen, kleineren und langfristig angelegten reformerischen Schritten nach rechts zu verändern. Es triumphierten schließlich die anderen, als die Macht den totalen Gegnern der Demokratie, des Parlamentarismus und aller Vorstellungen von einer sozialgerechten Gesellschaft übertragen wurde. Wird dieser Triumph als ein sich schrittweise vollziehender Prozess gesehen, muss auch nach vorangehenden „Knackpunkten“ gefragt werden? Lassen sich da vielleicht auch ganze Zeitabschnitte vergleichen, in denen wirtschaftliche Konjunkturen endeten und Übergänge nach rechts erfolgreich waren? Beispielsweise die Schritte hin zur großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 und jene zur Krise in den 1970/80er Jahren, die dem Neoliberalismus Tor und Tür öffnete? Und was brachte die Finanzkrise von 2007/08? Einige Schritte hin zu Demokratie-Beschränkung sind auch heute unverkennbar.

Wer über die Zerstörung der Weimarer Republik nachdenkt, muss wissen, dass diese bereits in den frühen 20er Jahren begann und versucht wurde, sofort die Ergebnisse der Novemberrevolution zu revidieren. „Schlagt ihre Führer tot!“ So hieß es auf einem Plakat der „Antibolschewistischen Liga“. Ermordet wurden nicht nur Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auch Kurt Eisner, Hugo Haase, Karl Gareis, Matthias Erzberger, Walther Rathenau. Und es wurde geputscht: von Kapp- und Lüttwitz-Truppen im März 1920, von Hitler und Ludendorff im Herbst 1923. 1926 scheiterten Pläne schon im Ansatz. Der wirksamste Putsch, weil erfolgreich, geschah am 20. Juli 1932.

In der Mitte der 1920er Jahre hatte sich allerdings noch nicht so an den Grundfesten rütteln lassen. Die gescheiterte Methode wich daher Versuchen, die Verfassung zu ändern und Schritt für Schritt autoritäre Machtprinzipien durchzusetzen. Große Teile der deutschen Eliten unternahmen es, die Demokratie mit Hilfe demokratischer Mittel zu ändern, woraus z. B. auch eine verhängnisvolle Hilfsbereitschaft für die geschlagenen Putschisten vom November 1923 resultierte. Von den fünf Jahren Haft, zu denen Hitler verurteilt worden war, saß er nur eines ab. Den Nazis wurde – trotz Kenntnis ihres Programms (!) – bald wieder erlaubt, sich zu organisieren und öffentlich aufzutreten. Vielleicht dachten Richter auch damals, man dürfe deren Partei nicht verbieten, weil zu „unbedeutend“; womit erinnert sei an die skandalös begründete Ablehnung eines NPD-Verbotes in der BRD. Ja, es wäre damals einfacher gewesen, die NSDAP zu bekämpfen, als sie noch als eine Splittergruppe war und 1928 bei den Reichstagswahlen auf magere 2,6 Prozent kam. Ihr Aufstieg sah sich dann in der herannahenden Wirtschaftskrise nicht nur unterstützt, sondern direkt gefördert, wobei neben den

fließenden Geldern erhebliche Wirkung ausging von der zunehmenden Kritik konservativer und nationalliberaler Kräfte an Staatsform und Verfassung, von einer hasserfüllten Politik gegen KPD, SPD und Gewerkschaften, von einem allgemein ausschweifenden Nationalismus und von neuerlichem Großmachtstreben.

Wer sich bei meinen letzten Angaben in die Gegenwart versetzt fühlte, sei darin bestärkt. Auch damals wurden zahlreiche Überlegungen und Vorschläge publiziert, wie das Weimarer Grundgesetz verändert werden könne. Es galt z. B. die Losung: „Mehr Macht für den Reichspräsidenten“, also für den Militaristen Hindenburg. Für wen heute? Vor ein paar Tagen las ich in Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung, Demokratie bedeute keineswegs die Herrschaft einer Mehrheit, sondern eine des Rechts, also, so ist zu schlussfolgern, eine derjenigen, die die Macht haben, Recht zu setzen. Immer grummelt irgendwo in Bundesdeutschland die Forderung nach einem „starken Staat“, nach einem „starken Mann“. Auch in den Reihen der christlichen Union, so könnte man sagen, wird gesödert, gemerzt, gespahnt usw.

Dem Demokratieabbau in Weimar wollte u.a. auch der am 6. Januar 1928 gegründete „Bund zur Erneuerung des Reiches“ dienen. Er pries autoritäre Herrschaftsmethoden. Der Föderalismus sei zu reduzieren, dies weil das große Land Preußen über viele Jahre hinweg sozialdemokratisch regiert wurde. Es entstand zur gleichen Zeit auch eine „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“, durchaus vergleichbar mit dem „Institut für Staatspolitik“, geleitet vom Rechtsextremisten Götz Kubitschek, aber auch anderen Einrichtungen, die – was ja in der BRD erlaubt ist – rassistisch-nationalistischen und demokratiefeindlichen Ungeist verbreiten. Damals wollte diese Studier-Gesellschaft prüfen, wie – ich zitiere – das „Gedankengut“ und die „praktischen Erfahrungen“ aus Italien auf deutsche Verhältnisse zu übertragen seien. Heute wird über Mittel und Wege einer rechtslastigen Systemänderung nachgedacht.

All dem hätte damals Halt geboten werden müssen, auch können, denn alles erfolgte nicht aus Gründen irgendeiner historischen Gesetzmäßigkeit. Alles geschah im Ergebnis bestimmter Interessen und sich verändernder Kräfteverhältnisse auf ökonomischer, politischer, militärischer, diplomatischer und geistig-kultureller Ebene. Und das ist heute nicht anders als zu Weimarer Zeiten. Heutiges Geschehen lässt tatsächlich erneut fragen, ob wir nicht erneut in Halt fordernden, möglicherweise sogar wieder in haltlosen Zeiten leben? Ich denke, alle Sorge ist berechtigt, selbst wenn bislang nicht direkt von der Gefahr eines neuen 1933 gesprochen werden kann, möglicherweise aber noch größere Gefahren drohen: globale, atomare, digitale, ökologische, klimatische, geostrategische usw. usf.

Auch deswegen sollte Vergangenes mit Heutigem verglichen werden, auch wenn es eine ganze Reihe von Unterschieden gibt, die zwar jedes Gleichsetzen verbieten, aber dennoch Vergleiche erfordern. Drei unterschiedliche Ebenen und Bereiche wähle ich aus:

- Eine Ebene sehe ich in zeitüberspannenden Synchronismen, geprägt durch gleiche Grundprinzipien kapitalistischen Wirtschaftens wie Konkurrenz, Profitstreben, Ausbeutung und imperiale Machtbestrebungen,
- auf einer zweiten Ebene lassen sich strukturelle Parallelen feststellen, und
- auf einer dritten diverse, mitunter auch zufällige Ähnlichkeiten im Detail erkennen.

Und ausgewählt werden im Folgenden einige Beispiele aus der deutschen Geschichte der Jahre 1928/29 bis 1932. Sie betreffen sowohl die Zukunftskonzepte führender Unternehmer im Vorfeld von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen als auch die deutsche Außen- und Rüstungspolitik sowie schließlich das Verhalten der großen Parteien.

Krisenbewältigungs- und Profiterhaltungsversuche

Zunächst schaue ich auf unternehmerische Krisenvermeidungs- und -bewältigungsstrategien. Die wirtschaftliche Lage zu vergleichen ist wenig sinnvoll, denn die bundesdeutsche Ökonomie steht weitaus besser da und ist international stärker eingebunden als vor neun Jahrzehnten. Allerdings unterscheidet sich die Entwicklungsrichtung. Ab 1931/32 ging es aus der großen Krise heraus, aufwärts

also. Heute ist zwar die Finanzkrise von 2007/08 einigermaßen bewältigt, doch alles scheint in eine Abwärtsspirale geraten zu sein. Neue Einbrüche stehen bevor. Es kann ein großer Kollaps kommen, denn zu sehr sind die ökonomische und ökologische Krise eng mit gesellschaftlichen Krisen verwoben, erst recht mit den Krisen in den internationalen Beziehungen. Mit Recht darf ein düsteres Zukunftspanorama gezeichnet werden. Zu fragen wäre, ob wir uns nicht bereits in einem neuen Kalten Krieg befinden.

Klar: Kapital will auch in Krisenzeiten Gewinne sichern, Rendite maximieren und herrschende Machtverhältnisse erhalten. Darauf bereitet man sich vor. Bereits vor dem „schwarzen Freitag“, dem 25. Oktober 1929, als die Weltwirtschaftskrise mit dem gewaltigen Aktiensturz an der New-Yorker Börse begann, war in Deutschland schon sehr sorgenvoll die Abschwächung der Konjunktur beobachtet worden. 1928 – also ein Jahr zuvor – hatte der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ die Politik aufgefordert, ein „Großraum-Wirtschaftsgebiet“ zu schaffen. Darunter verstand man das europäische Gebiet „von Bordeaux bis Odessa“! Die Begründung lautete – ich zitiere: nur so sei „etwagigen Wirtschaftskrisen und sozialen Erschütterungen wirksam zu begegnen“. Als die Krise da war, veröffentlichte der RDI am 2. Dezember 1929 eine wegweisende Denkschrift. Ihr drohender Titel: „Aufstieg oder Niedergang?“ Entwickelt wurde ein umfassendes Krisenbewältigungsprogramm, das zugleich auf tiefgreifende Veränderungen im politischen Herrschaftssystem zielte. Diese Denkschrift sollte die vom Sozialdemokraten Hermann Müller geleitete Koalitionsregierung zur Erfüllung erhobener Forderungen zwingen oder helfen, sie zu stürzen, was im März 1930 schließlich gelang.

Im Einzelnen verlangte der RDI, immerhin neben der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ die mächtigste Organisation der Großunternehmer, eine generelle „Umstellung“ der deutschen Wirtschaftspolitik. Die „Förderung der Kapitalbildung“ habe fortan als Ausgangspunkt aller neu zu treffenden Maßnahmen zu gelten. Kategorisch hieß es: Die deutsche Wirtschaft muss von „allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit“ werden. Steuern seien auf ein „unumgänglich notwendige Maß zurückzudämmen“. Alle Unternehmen in öffentlicher Hand sollten künftig „grundsätzlich in privatwirtschaftlicher Form“ betrieben werden. Reformiert werden müsse das Sozialversicherungswesen, ebenso die Arbeitslosenversicherung. Aufzuheben seien die bestehende Schlichtungsordnung und das, was die Industriellen als „Zwangslohnsystem“ bezeichneten. Man dürfe Tarife nicht länger als verbindlich betrachten. Alle Ausgaben der öffentlichen Körperschaften sowie die Steuern sollten einer „wesentlichen Senkung“ unterliegen. Hingegen seien Verbrauchssteuern „stärkerer Anspannung“ zu unterwerfen. Vielleicht meint mancher hier im Raum, ich hätte irrtümlich statt des RDI-Programms Absichten heutiger Lastenumverteilungsplaner vorgelesen. Nein: Ich zitiere erst jetzt Dieter Kempf, von 2017 bis 2020 Vorsitzender des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“. Der schrieb am 19. Dezember des Jahres 2019: „Gerade angesichts einer schwächeren Konjunktur muss die Regierung ihre Finanzpolitik in Richtung Wachstum umsteuern. Richtig ist, öffentliche Investitionen zu stärken und die Standortbedingungen für private Investitionen zu verbessern. Dazu gehört auch: Unternehmenssteuern runter, Verwaltung digitalisieren, schneller genehmigen. [...] Die Bundesregierung sollte Hindernisse in Bund, Ländern und Kommunen beseitigen, die ein Abfließen vorhandener Mittel verhindern. [...] Die Finanzpolitik sollte den vorhandenen Spielraum nutzen, um sich frühzeitig auf eine härtere Lage einzustellen.“

Welch eine Übereinstimmung, welch eine ökonomische und sozialpolitische Tiefendimension! Und da wir wissen, dass mit solchen Krisenbewältigungs- und Profiterhaltungsversuche politischer Kurs nach rechts gefördert wird, sieht sich bereits dadurch der bekannte Satz des damals aus Deutschland vertriebenen Soziologen Max Horkheimer betätigt: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Die in dieser Hinsicht feststellbare zeitübergreifende Synchronität lässt übrigens die Aussage bezweifeln, der Kapitalismus von heute sei ein anderer ist als der von gestern. Mit dem Blick auf seine Triebkräfte und seine Krisenanfälligkeit ganz gewiss nicht. Indessen könnte man vielleicht sagen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung überhaupt erst im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert zum vollen Durchbruch gelangt zu sein scheint und ihre negativen Seiten sich krass entfalten. Alles sieht sich nahezu ausschließlich an ökonomischen Effektivitätskriterien orientiert. Zunehmend wird von jedem eine sogenannte Selbstoptimierung verlangt. Schran-

kenloser Konkurrenzkampf hintertreibt die ansonsten lautstark verkündeten Ansprüche auf Freiheitsrechte und Menschenwürde. Immer stärker werdende Multis und Mächte unterwerfen sich immer größere Teile der Welt, dabei nicht einmal Kriege scheuend, Standortkriterien und sicherheitspolitische Erwägungen über demokratische Rechte und Freiheiten stellend.

Mit dem Blick auf die zu erwartenden Folgen wird oft Kapitalismusschelte betrieben. Doch genügen Tadel und Rügen? Ins Stammbuch mancher Politiker der Linken sei folgendes Zitat geschrieben. Es lautet: „Das Auseinanderdriften in eine Klassengesellschaft mit verarmender Mehrheit und sich absondernder reicher Oberschicht, der Schuldenberg, dessen Gipfel mittlerweile von einer Wolke aus Nullen verhüllt ist, die Unfähigkeit und dargestellte Ohnmacht freigewählter Parlamentarier gegenüber der geballten Macht der Interessenverbände und nicht zuletzt der Würgegriff der Banken machen aus meiner Sicht die Notwendigkeit vordringlich, etwas bislang Unausprechliches zu tun, nämlich die Systemfrage zu stellen.“ So äußerte sich Günter Grass im Jahr 2011, wahrlich weder Marxist und erst recht kein Kommunist. Fast zehn Jahre darauf tritt die sogenannte „Systemfrage“ immer stärker in den Vordergrund, spürbar auch in den geradezu kampagnenartigen Versuchen, jegliche Kritik an den Regierenden, jede Frage nach Widersprüchen zwischen Demokratie und Kapitalismus, jüngst auch die nach Zusammenhängen zwischen Faschismus und Kapitalismus als Unrecht darzustellen, ja sogar als bestrafenswert zu kennzeichnen.

Teil 1 des Vortrages beim Freundeskreis Max Hoelz am 14.10.2021 in Reichenbach/Vogtl., wobei dort aus Zeitmangel nicht alles vorgetragen werden konnte. Teile des Textes beruhen auf einem Beitrag des Autors im Band von Ludwig Elm, Manfred Weißbecker u.a.: „Das faschistische Echo der Vergangenheit.“

Lehren von Weimar für linke Politik heute.“, VSA-Verlag Hamburg 2021, S. 11-48. Teil 2 folgt. [Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 12/2021, Nr. 382, 30. Jahrgang, S. 6-12.]

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 1/2022, Nr. 383, 31. Jahrgang, S. 22-28.

„Sind wir schon wieder so weit?“ (Teil 2)

Besorgte Fragen an die Geschichte der Weimarer Republik und an unsere Gegenwart

Im Folgenden gehe ich auf strukturelle Aspekte eines Vergleichens damaliger und heutiger Außenpolitik ein und frage: Wo lag Deutschlands historischer Ort in den weltweiten Beziehungen, wo liegt er heute?

Vieles hängt mit der bereits erwähnten Tatsache zusammen, dass von der Weimarer Republik kein Krieg ausging. Gern würde ich das auch zur Außen- und Rüstungspolitik der Bundesrepublik sagen. Was jedoch nicht möglich ist, denn Gegenteiliges, vor allem Unterstützendes für angezettelte Kriege liegt auf der Hand. Es spricht übrigens für sich, was in einem vielleicht etwas abgelegenen Bereich auch vergleichbar wäre: Im Laufe von neun Jahren erhielten drei Weimarer Politiker den Friedensnobelpreis: Gustav Stresemann, Ludwig Quidde und Carl von Ossietzky. In den 75 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt ihn nur ein Deutscher – Willy Brandt 1971.

Zur Feststellung, von Weimar sei kein Krieg ausgegangen, muss jedoch Einschränkendes hinzugefügt werden. Denn es wurde aufgerüstet. Zunächst geheim, doch bald konnten die von den Siegermächten auferlegten militärischen Einschränkungen auch offen unterlaufen werden. 1925 schuf die Reichswehrführung detaillierte Pläne mit dem Titel „WH 808“ für Aufbau und Struktur eines aus 8 Armeen und 102 Divisionen bestehenden Massenheeres von 2,8 bis 3 Millionen Soldaten. Die Reichswehr hatte 42 Generäle, für das „große“ Heer waren 252 vorgesehen. Genauso viele Etatstellen für Generäle wies das Feldheer 1939 auf. Ziemlich genau sah sich alles Geplante unmittelbar vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges umgesetzt. Die 1925 geplante „Kriegsstärke“ war 14 Jahre darauf erreicht. Wir wissen auch, dass unter dem Druck der Militärs der Bau neuer Kriegsschiffe erfolgte. Der erste Panzerkreuzer lief 1931 vom Stapel. Die Losung der SPD „Für Kinderspeisung – gegen Panzerkreuzerbau“ hatte zuvor ein sozialdemokratischer Reichskanzler gekippt. Am lautesten wurde im Offizierskorps der Marine gefordert, Deutschland müsse zu Lande bald so stark sein, dass es über die See neuen Lebensraum erobern könne. Das Tor zur Welt sei aufzustoßen, weil Deutschland in der „muffigen Enge von Europa nur vegetieren“, aber nicht leben könne! Die großen Entscheidungen „im Range von Weltvölkern“ (!) würden im Wesentlichen auf den Weiten des Ozeans vorbereitet. Damals dachte man allerdings nur an den Atlantischen Ozean, noch nicht an den Pazifik, in dem ja neuerdings Deutschland auch „verteidigt“ werden soll. Politik für Großmachtambitionen – strukturell übereinstimmend sowohl im Ziel als auch in den sie begründenden Argumenten, die allzu oft Täuschung bezwecken, also auf Betrug aus sind und Verlogenheit vermuten lassen. Der Zweck heiligt auch die verbalen Mittel.

Bezweckt wurde Aufrüstung, und die erwies sich nicht nur damals als ein äußerst profitables Geschäft. Und wo gerüstet wird, wird auch Kurs auf neue Waffengänge genommen. Allerdings befürchteten damals Großindustrielle und Militärs, ein neuer Krieg könne eventuell wie im Jahr 1918 erneut mit einem „9. November“ enden. Sie schlussfolgerten, militärische Hochrüstung müsse begleitet sein von verstärkter Gewalt nach innen. Da traf man sich konzeptionell mit der NSDAP, bei der es bekanntlich hieß: Der Marxismus muss „ausgerottet“ werden, was nach ihrem Verständnis KPD, SPD, Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen traf. Erst danach könne ein „nationaler Wiederaufstieg“ beginnen. Erst müsse, so wurde argumentiert, der als internationalistisch beschimpfte Geist deutscher Arbeiter nationalistischen Denkstrukturen gewichen sein, also auch solchen rassistischer und expansionistischer Art. Als Hitler sein sogenanntes „Lebensraum“-Konzept am 26. Januar 1932 im Düsseldorfer Industrieklub etwa 300 Konzernherren und Bankiers vorstellte, wurde ihm begeistert – laut Protokoll – „stürmischer, langanhaltender Beifall“ zuteil. Und Spenden gab es reichlich.

Obwohl gegenwärtig und wohl auch in naher Zukunft ein neuer 9. November 1918 nicht zu erwarten ist, steht Zielen der Herrschenden dennoch eine weit verbreitete Sehnsucht nach friedlichen und sozialgerechten Verhältnissen entgegen. Es dient m. E. auch innenpolitischer Machtbefestigung, wenn ständig von einem Deutschland geredet wird, das nicht zuletzt wegen seiner Geschichte in der ganzen Welt mehr Verantwortung übernehmen müsse. Über dazu erforderliche Kriege wurde nicht gespro-

chen. Erstmals sprach im Mai 2010 der damalige Bundespräsident Horst Köhler offen, übrigens auf einem Rückflug aus Afghanistan, von der Notwendigkeit militärischer Aktionen. Es gelte, „unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“ und Ressourcen zu sichern. Es werde auch Todesfälle geben, doch selbst um diesen Preis müsse man deutsche Interessen wahren. Köhler musste zurücktreten – er hatte einfach zu früh ausgeplaudert, wohin es gehen sollte.

Heute braucht wegen solcher Worte keiner mehr seinen Posten zu räumen. Auch nicht Joachim Gauck, als er sich ähnlich äußerte. Offen werden „robustere“ Mandate für deutsche Einsätze an internationalen Brennpunkten verlangt, woran sehr wahrscheinlich wohl auch nichts die angekündigte Analyse des gescheiterten Krieges gegen Afghanistan ändern wird. Gar zu gern wäre man eine Atom-macht, möglichst im Besitz eines Flugzeugträgers, auch eines Weltraumbahnhofes. Am Waffenexport soll weiterhin verdient werden, selbst wenn dies nur auf Kosten der Zivilisation, der Natur und des Klimaschutzes gehen kann. Man bewegt sich eifrig mit auf den neuen Schlachtfeldern der Wirtschaftskriege, selbst da, wo man in internationalen Bündnissen vorgibt, gemeinsam „hohe Werte“ verteidigen zu wollen.

Vergleiche zwischen damaliger und heutiger Außenpolitik können übrigens keinen Bogen machen um die zeitweilig guten Beziehungen zur Sowjetunion und die zeitgleich wirksame Russophobie, die – bemäntelt mit Lebensraum-Notwendigkeiten und forschem Antikommunismus – in Plänen zur Schaffung eines kolonialen deutschen Ostens zum Vorschein kam. Doch das wäre wohl ein eigenständiges, allerdings hochaktuelles Thema.

Noch existiert ein ernsthaft zu beachtender antinazistischer Konsens

Hier sei aber, wie angekündigt, noch auf strukturelle Übereinstimmungen, also vergleichbare Erscheinungen in Geschichte und Gegenwart der großen bürgerlichen Parteien sowie des Parteienwesens eingegangen.

Da fällt neben Polarisierungstendenzen und weitgehender Zersplitterung vor allem auf, dass in den letzten Weimarer Jahren alle bürgerlichen Parteien Stück für Stück und zumeist nach Führungswechseln nach rechts gerückt sind. Spaltungen wurden in Kauf genommen. All dies vollzog sich schrittweise, keineswegs geradlinig und durchgehend. Es gab Unterbrechungen, auch retardierende Momente. Kein Wunder, denn unter den ökonomischen, militärischen und politischen Eliten wurde intensiv und ernsthaft gestritten, wobei es sowohl um die Frage ging, bis zu welchen Schmerzgrenzen hin durch Notverordnungen Löhne gekürzt werden können und „gespart“ werden kann, als auch um Varianten und Modalitäten des weiteren Weges deutscher Machtentfaltung. Und man stritt sich jeweils um die eigenen Vorteile.

Die Leitung der „Deutschnationalen Volkspartei“ übernahm 1918 Alfred Hugenberg, Chef des größten Medien-Konzerns jener Zeit. In seinem Zeitungsartikel „Block oder Brei?“ hatte er in seiner Partei allen den Kampf angesagt, sollten sie sich bereit zeigen, Kompromisse mit dem Weimarer System zu schließen. Selbst die Spaltung seiner Partei nahm er in Kauf; allein in drei neuen konservativen Parteien formierten sich ehemalige DNVP-Mitglieder. Die Partei Hugenbergs landete folgerichtig als Juniorpartner der NSDAP. Auch die großbürgerlich-katholische Zentrumspartei wechselte 1928 ihre Vorsitzenden aus. Unter Führung von Prälat Kaas und Heinrich Brüning rückte sie mehr und mehr von bisher gepflegten Normen parlamentarischer Demokratie ab. Selbst die „Deutsche Demokratische Partei“ verließ den linken Rand des bürgerlichen Parteienwesens. Sie fusionierte mit dem aus einem Freikorps hervorgegangenen „Jungdeutschen Orden“ zur „Deutschen Staatspartei“.

Auf der Suche nach neuen Wegen ging es den Rechten Anfang 1930 darum, die SPD aus der Regierung auszubooten sowie zu einer vom Parlament immer weniger beeinflussbaren Machtausübung überzugehen. Mit der Berufung Heinrich Brünnings zum Reichskanzler am 30. März 1930 begann eine autoritäre Präsidialherrschaft. Die Zahl der Notverordnungen stieg, die der Sitzungen des Reichstages sank. Beteuert wurde und wird von einigen Historikern, nur autoritär hätte man die Nazis besiegen können. Nach solcher „Logik“ wäre also die Zerstörung der Weimarer Republik alternativlos notwendig gewesen, um die Demokratie auf antidemokratischen Wegen und sogar im Bunde mit der

NSDAP zu retten. In Wirklichkeit lagen deren Ideen und Konzepte vor allem den konservativen und rechtsliberalen Kreisen näher als jede Aktion zur Verteidigung der Weimarer Demokratie und zur Abwehr rassistischer Politik. Heute wird zwar offiziell kundgetan, sich nicht mit der AfD einzulassen. Ich bin skeptisch, auch weil damals die Schnittmengen zwischen Rechten und noch Rechteren immer größer waren als die zu den Linken. Dass sich Nazis und Konservative nach dem Scheitern der „Harzburger Front“ bis aufs Messer stritten und sich 1931/32 gegenseitig lautstark beschimpften, gehörte zur Tagesordnung, nicht aber zum Kern ihrer Politik.

Sind heute andere Lösungen möglich? Wer weiß? Immerhin: Ein Zusammengehen mit der AfD wird CDU und FDP viel schwerer fallen als den Parteien in Weimarer Zeiten. Historische Erfahrungen müssen offensichtlich doch berücksichtigt werden, denn noch existiert in der Gesellschaft ein zwar bröckelnder, ständig attackierter, aber immer noch ernsthaft zu beachtender antinazistischer Konsens. Welche Entscheidungen demnächst fallen werden, hängt m. E. von der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in CDU und CSU ab, aber auch von dem in der AfD selbst. Dass einige ihrer Repräsentanten bemüht sind, sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen und „bürgerlich“ erscheinen wollen, erlaubt als eine positive Selbstdarstellung sogar den Vergleich zu zeitweiligen Taktiken der NSDAP, hat diese doch während der Weltwirtschaftskrise kaum ihre rassistisch-antisemitischen Ziele betont, hingegen die Losungen „Brot“ und „Arbeit“ in den Vordergrund gestellt.

Ein weiterer Aspekt des Parteienwesens lädt ebenfalls zu Vergleichen ein: Damals spielten wie auch heute Argumente eine Rolle, die sich generell gegen das Parteienwesen richten. Die NSDAP wollte als „Bewegung“ verstanden werden und versprach, als „Partei über den Parteien“ wirken zu wollen. Sie verkündete, bereits die Existenz von Parteien stelle ein Übel dar, weil „undeutsch“ und „jüdischen“ Ursprungs. Aversionen solcher Art entfalteten rege Wirksamkeit, weil sie den Nerv vieler Menschen trafen. Das Thema besaß Alltags-Attraktivität, denn gerade die real existierenden Schwächen des Parteienwesens boten sowohl nationalistischem als auch antidemokratisch-autoritärem Denken viel Spielraum. Bekanntlich reitet die AfD auf dieser Welle einer generellen Parteienkritik. Sie wettert stets und ständig gegen „Altparteien“, „Systemparteien“, „Kartellparteien“. Enttäuschte Wähler und bisherige Nichtwähler danken es ihr und machten sie zu der bisher erfolgreichsten Partei am rechten Rand der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Terrorismus und Staatsversagen

Ein paar andere Bereiche, die Vergleiche zwischen Weimar und heute erlauben, seien hier zumindest noch angedeutet, auch wenn die erlaubte Redezeit schon fast vorbei ist. Dazu gehört der des politischen Terrorismus, der sich nach dem Ersten Weltkrieg zu einem bislang unbekannten Phänomen der Politik entwickelt hatte und in den letzten Jahren der Weimarer Republik sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht weiter entfaltete. Allein 1930 forderte der Nazi-Terror fast ebenso viele Todesopfer wie in den Jahren 1924 bis 1929 zusammen, wobei sich die Zahlen der politischen Morde 1931 und 1932 jeweils fast verdoppelten. Eine Art innerer Logik und Zwangsläufigkeit ist erkennbar: Je erfolgreicher die NSDAP war, desto terroristischer ging sie vor. Das stieß zwar auf Unwillen und Empörung, rief aber zugleich unter vielen Deutschen lähmende Furcht und existenzielle Ängste hervor. Bereits vor dem 30. Januar 1933 bewirkte der faschistische Terror Anpassungsbereitschaft, Duldung und Resignation, teilweise sogar ehrfurchtsvolle Anerkennung.

Die Geschichte der BRD kennt bereits knapp 200 politisch motivierte Morde, neuerdings auch solche an führenden Politikern. Unterhalb dieser Ebene sind Einschüchterungsaktionen aller Art schon längst zu einer bedrohlichen Erscheinung mutiert, weshalb ja z. B. viele Bürgermeister durch Rücktritt den Drohungen auszuweichen versuchen. Zugleich wird vom Rechtsterrorismus abgelenkt durch aufgebauschte Angaben und völlig überzogene Bewertungen sogenannter linksterroristischer Aktionen durch die Polizei.

Zu erwähnen wären ebenso die direkten oder indirekten Unterstützungen der Rechtsextremen durch Teile des Staatsapparates. Weimarer Beispiele sind bekannt. Auch in der BRD gab es bis 1968 z. B. die geheimen Versuche hoher Beamter des Bundesinnenministeriums, die im Dritten Reich Karriere gemacht hatten, ein am Artikel 48 der Weimarer Verfassung orientiertes und im Grunde faschisti-

ches Notstandsrecht zu etablieren, wie jüngst der Jenaer Historiker Martin Diebel nachwies. Es lässt sich auch an das Ausbleiben eines NPD-Verbots erinnern, an das Staatsversagen gegenüber dem „Nationalsozialistischen Untergrund“, an die ungeheuerlichen Mordtaten, die durchaus hätten verhindert werden können. Ganz zu schweigen vom doch recht duldsamen Umgang zuständiger Behörden mit rechtsextremen Organisationen. Wie oft wurden deren Gewalttaten „Einzeltätern“ zugeschrieben oder gar anderen in die Schuhe geschoben, wie oft hasserfüllte Beschimpfungen und Drohungen als von Meinungsfreiheit gedeckt erklärt? Bekanntlich wollen ja auch Finanzämter bewirken, ein bislang erhaltenes antifaschistisches Grundverständnis zu schwächen. Da darf keineswegs allein von „Blindheit auf dem rechten Auge“ gesprochen werden, weil dies verharmlost und bagatellisiert.

Vergleiche zwischen damals und heute kommen auch nicht aus ohne den Blick auf jeweilige Führungskräfte. Hitler hatte sich mit seinen Fähigkeiten, seinem Auftreten, seiner unbeugsam erscheinenden Radikalität zweifellos zu einem geschichtswirksamen „Faktor“ entwickeln können. Er passte hervorragend in eine Zeit, in der keine „Ersatzmonarchen“, sondern völlig neue Politikertypen gesucht worden sind, darunter jüngere, die als Gegenstück zu älteren, blaublütigen und befleckten Honoratioren gelten konnten. Faschisten traten als von Korruption und Skandalen unbefleckt auf, was viele von ihnen nach 1933 nicht hinderte, korrupt zu sein. Sie gaben vor, eine kämpferische, in Grabenkämpfen und Geschützdonner geprägte Männlichkeit auszustrahlen, was ihnen auch geeignet zu sein schien, Frauen zu beeindrucken und unter der Herrschaft des Patriarchats zu halten. Sollte heute auf den Typ „Bernd“ Höcke geschaut werden, stellt sich doch eher die Frage, ob ihn ein neuer „Zeitgeist“ nicht eher ablehnt als befürwortet. Überhaupt wäre zu fragen, wie der Wind beschaffen sein müsste, der jetzt Männer, Frauen oder auch junge Mädchen nach oben trägt? Was weist zunehmend Komiker als politikfähig aus? Worauf reagieren die nach wie vor entpolitisierten Teile der Bevölkerung? Welche Wirkungsmöglichkeiten entfalten geschönte Gesichter, gestylte Körper, gedrechselte Frisuren, flatterhaftes Gebaren, Unzuverlässigkeit usw.? Nachzudenken wäre in diesem Zusammenhang natürlich auch über den heute unvergleichbar höheren Entwicklungsstand von Manipulationsmechanismen aller Art.

Zur großen Zahl bedenkenswerter Vergleiche gehört letztlich auch einer, der nach der historischen Verantwortung derjenigen fragt, die eine Zerstörung der Weimarer Republik hätten verhindern können. Also darüber, welche Rolle die Gegenkräfte damals gespielt haben? Wir wissen, dass sie grundsätzlich in ihrer Ablehnung des Faschismus sowie im Streben, dessen Diktatur und den absehbaren Weg in einen neuen Krieg zu verhindern, übereinstimmten. Dennoch neutralisierten sich vor allem SPD und KPD gegenseitig. Oft bewerteten sie die reale Situation falsch, unterschätzten die Gefahren und überschätzten jeweils die eigenen Kräfte. Der einende Wunsch, Hitler zu verhindern, und der wahre Heldenmut, mit dem an der Basis Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten gegen die drohenden Gefahren von Diktatur und Krieg angingen, gehören zwar zu den besten Seiten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und seitdem zu den Traditionen aller demokratischen Kräfte, doch für den realen Geschichtsverlauf blieben sie letztlich wirkungslos. Leider ...

Dieses Bedauern führt mich nun zurück zu meiner eingangs formulierten These, dass, wenn Vergleiche richtig angestellt würden, sie zu hilfreichen Erkenntnissen führen könnten. Was lässt sich also aus all dem Gesagten schlussfolgern, in Gedanken auch jene vielen Punkte einschließend, die noch zu behandeln wären? Kann jenes Fragezeichen aufgelöst werden, das im Titel des Vortrages steht: Sind wir schon wieder so weit?

Ich denke, es wird aus vielen Gründen keine einfache, direkte und erst recht keine formengleiche Wiederholung faschistischer Macht geben. Sehr wohl aber lebt faschistischer Ungeist wieder auf, sehr wohl erstarkt die Organisiertheit faschistischer Kräfte. Wer dies verhindern will, sollte allerdings sorgfältig unterscheiden, was er mit dem Begriff „Faschismus“ meint. Im allgemeinen Sprachgebrauch steht er heute seltsam allein für die zwischen 1933 und 1945 ausgeübte und ausgesprochen extreme Form von Machtausübung. Ferner für die industriell betriebene Ermordung von fünf bis sechs Millionen europäischer Juden, für genozidalen Rassismus sowie brutale Vernichtungskriege. Dies generell als Faschismus verstehen zu wollen, macht ihn zum Gegenstand allein eines begrenzten Zeitabschnittes. Er würde so lediglich als ein historisches Phänomen angesehen, was sowohl die

ganze Vorgeschichte der Hitler-Barbarei verdecken hilft, ebenso Ideologie und Organisiertheit von Faschisten in anderen Zeiten sowie Existenz und geschichtliche Wirksamkeit faschistischer Erscheinungsformen in anderen Ländern.

Generell halte ich aber den Faschismus-Begriff nach wie vor für verwendbar – vorausgesetzt, er wird nicht pauschal und rein propagandistisch verwendet. Immer sollte gesagt werden, was mit ihm – außer eines direkten Bezuges auf ihn als Machtsystem – gemeint wird. Der Spruch des italienischen Schriftstellers und Holocaust-Überlebenden Primo Levi „Jedes Zeitalter hat seinen eigenen Faschismus“ wäre ergänzbar durch den Hinweis auf Länder und Regionen. In denen wirkten Klerikalfaschismus, Austrofaschismus, Franquismus, Feuerkreuzlertum u. a. m.

Es wäre im heutigen Deutschland gewiss wenig sinnvoll, nur allgemein von Faschismus oder Neofaschismus zu reden. Ebenso sind m. E. auch andere Begriffe abzulehnen. So das leider eingebürgerte, vielfach nachgeplapperte Wort „Rechtspopulismus“, womit doch lediglich Politikmethoden charakterisiert und Inhalte übertüncht werden. Das Wort „autoritärer Radikalnationalismus“ (Wilhelm Heitmeyer) benennt kaum Interessen, eher deren Spiegelung im Ideologischen. „Postdemokratie“ (Colin Crouch) scheint zu suggerieren, alles sei nur Ausdruck einer Krise bestehender Demokratie, also eine zu erwartende neue Demokratie-Variante.

Im heutigen Deutschland handelt es sich aus meiner Sicht um einen „Neonazismus“, also um eine neue deutsche Spielart des Faschismus. In ihm sehe ich eine Erscheinung, die ältere, zumeist völkische und antidemokratisch-autoritäre Erkennungszeichen sowie zeitgemäße Elemente anderer Faschismen in sich aufnimmt.

Von „Fridays for Future“ hin zu „Alldays for Peace“?

Abschließend sei dem Historiker doch noch ein Wort zu der Frage erlaubt, ob bei den dargestellten Befunden faschistischem Ungeist und faschistischen Bewegungen im Unterschied zu 1933 Halt geboten werden kann. Es ist ein vorsichtig-optimistisches Wort: Man schaue bitte darauf, wie und was in letzter Zeit alles in der Gesellschaft in Bewegung geraten ist und zu zahlreichen, teils sehr kreativen, teils zu spontanen und wie „Flucht nach vorn“ wirkenden Protestaktionen führt.

Fast an jedem Tag wird irgendwo demonstriert. Immer mehr Menschen wenden sich gegen wachsende soziale Ungerechtigkeit und anhaltende Ungleichbehandlung der Geschlechter, gegen die existenzielle Bedrohung der Natur und des Klimas, Verlotterung der Infrastruktur, gegen Mietwucher, Doppelbesteuerung der Rentner, unlautere Entlohnung, eine herzlos ökonomisierte Gesundheitspolitik. Lebhaft Kritik wird an der Agrarpolitik und am Lobbyismus geübt, ebenso am Ausbau von Überwachungsinstrumenten. Befürchtet wird der Missbrauch neuer Techniken, etwa die der sogenannten Künstlichen Intelligenz. Attackiert sehen sich zunehmende Gewaltbereitschaft und jede Form des Terrorismus. Vorgegangen wird gegen Rüstungswirtschaft, deren Förderung und ebenso ihre Ergebnisse zu den größten Schäden in Natur und Klima führen. Es mehren sich auch die Zeichen wachsender Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, wobei ich mir unter den Linken mehr materialistisch-dialektische Theorie wünschen würde, statt oftmals eine alles verklausulierende und verkomplizierende Begrifflichkeit zu produzieren.

Man bemerke auch, dass sich in Befragungen zumeist 70 Prozent der Deutschen gegen Kriege aussprechen. Das lässt hoffen auf eine Friedensbewegung, vergleichbar vielleicht jener, die in den 1970er und 80er Jahren Hunderttausende in großen Demonstrationen vereinte und dazu beitrug, auf nationaler und auf internationaler Ebene „Koalitionen der Vernunft“ zu schaffen. Was damals zur Beendigung des „Kalten Krieges“ möglich war, sollte erneut angestrebt werden.

Denkbar scheint durchaus, dass unter allen Rüstungs- und Kriegsgegnern, überhaupt unter allen Kritikern unhaltbar gewordener Verhältnisse das Ringen um eine Gemeinschaftlichkeit wächst, die es ermöglicht, über widersprüchliche Interessen hinweg, vielleicht auch über den leider immer spürbaren Vereins-Egoismus hinaus unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu beraten, vielleicht sogar zu erproben, bevor alles hinfällig wird im Falle des Sieges der extremen Rechten und eines Lebens in neuen Kriegszeiten, gleich, ob kalte oder heiße. Vorstellbar ist ja immer noch ein Atomkrieg, zu dem

im Vergleich – wie kürzlich Georg Fülberth formulierte – selbst „eine Klimakatastrophe wie ein immerhin noch zeitlich gestreckter Prozess mit Gnadenfrist erscheinen könnte“. Wie wäre es mit einer Hinwendung von „Fridays for Future“ hin zu „Alldays for Peace“? Denn der Satz stimmt doch nach wie vor: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“

Feststellbar sind also erstarkende friedens-, sozial- und klimapolitische Bewegungen, teilweise über nationalstaatliche Grenzen hinaus, erzwungen geradezu als unentbehrliche Antwort auf die aus kapitalistischer Konkurrenz und Gewinnmaximierung erwachsenden Bestrebungen, die Welt in ein chaotisches Neben- und Gegeneinander neuer Nationalismen zu stürzen.

Hoffentlich nicht zu spät! Denn sonst könnte die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – zu einem neuen, dann wohl aber endgültigen Ende des Lebens auf unserer Erde führen. So nachdenklich fragend beschließe ich den Vortrag und sage nur noch ganz herzlich Dank für das geduldige Zuhören.

Teil 2 des Vortrages beim Freundeskreis Max Hoelz am 14.10.2021 in Reichenbach/ Vogt!., wobei dort aus Zeitmangel nicht alles vorgetragen werden konnte. Teile des Textes beruhen auf einem Beitrag des Autors im Band von Ludwig Elm, Manfred Weißbecker u.a.: „Das faschistische Echo der Vergangenheit.

Lehren von Weimar für linke Politik heute.“, VSA-Verlag Hamburg 2021, S. 11-48. Der Teil 1 des Vortrages wurde im Heft 12/2021 der „Mitteilungen“ der KPF, S. 22-28, veröffentlicht und enthält die Gliederungspunkte „Die Zerstörung der Weimarer Republik“ (S. 24) und „Krisenbewältigungs- und Profiterhaltungsversuche“ (S. 27).

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 12/2021, Nr. 382, 30. Jahrgang, S. 6-12.

Faschistischer Vorläufer

Seine Hetze weckte Mordlust und Mordbereitschaft. Im Januar 1919 gründete sich der antisemitische Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund. Viele seiner Mitglieder fanden bald den Weg in die NSDAP

Mitte Februar des Jahres 1919, als in Weimar die Nationalversammlung tagte und mit der Erarbeitung einer Verfassung für die neue Deutsche Republik begann, trafen sich im fränkischen Bamberg führende Vertreter des extrem radikalen, aber sehr einflussreichen Alldeutschen Verbandes (ADV). Dieser hatte seit 1891 stets auf der rechten Seite der deutschen Gesellschaft gestanden und war ebenso lautstark wie energisch mit der Forderung hervorgetreten, Deutschland müsse „heraus aus der bloßen Großmachtstellung in eine Weltmachtstellung“. Im Reich strebte er eine Diktatur völkisch-rassistischer Prägung an. Nach außen verfolgte er umfassende großdeutsche, kolonialpolitische und auf Gewinnung von „Lebensraum“ vor allem in Osteuropa gerichtete Pläne. Die weitreichenden program-matischen Ziele des ADV schienen am deutlichsten auf in dem 1912 veröffentlichten Buch „Wenn ich der Kaiser wär“, verfasst von seinem Vorsitzenden Heinrich Claß unter dem Pseudonym Daniel Frymann. Binnen weniger Jahre erreichte dieser Bestseller fünf Auflagen und trug wesentlich zur Verbreitung antisemitischer Leitsätze und Forderungen bei; mitunter wird das „Kaiser“-Buch als Vorbild und Lehrbuch für Hitlers „Mein Kampf“ angesehen.

Alldeutscher Wahn

Die Alldeutschen arbeiteten mit allen Mitteln hin auf einen Krieg, den Claß als „einziges Heilmittel“ für die Deutschen pries und dessen Beginn er 1914 als „das größte Glück, das uns widerfahren konnte“, bejubelte. Doch dieser Krieg brachte nicht die von deutschen Annexionisten und Militaristen gewünschten Erfolge. Als sich in Deutschland mehr und mehr Unmut breitmachte, sich revolutionäre Veränderungen anbahnten und einige bürgerliche Kräfte, statt auf den „Siegfrieden“ zu hoffen, einen „Verständigungsfrieden“ anstreben wollten, suchte der ADV sowohl nach einer Bündelung aller völkisch-nationalistischen Gruppen als auch nach einem Modell ablenkender Erklärungen für die Ursachen der bevorstehenden militärischen Niederlage. In den Vordergrund stellten die Alldeutschen die Frage: „Was bieten wir nach unten hin?“ Sie wollten klären, wie sie besser und erfolgversprechender als bislang Einfluss auf die Massen gewinnen könnten. Im Herbst 1918 gab Claß darauf die Antwort: „Als unsere wichtigste Aufgabe denke ich mir die große, tapfere und schneidige Nationalpartei und rücksichtslosen Kampf gegen das Judentum, auf das der nur allzu berechtigte Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt werden muss.“ Konstantin von Gebsattel (ein 1910 pensionierter General der Bayerischen Kavallerie und neben Claß der zweite Mann im ADV) meinte, es gelte, „die Lage als Fanfare gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen“. Der Vorsitzende der 1914 aus zwei antisemitischen Splittergruppen hervorgegangenen Deutschvölkischen Partei, Ferdinand Werner, orakelte sogar, der Antisemitismus sei „jetzt die einzige Waffe“, die noch zu verwenden sei. Deutlicher, drastischer und zweckorientierter konnten Machterhaltungsziele des Kapitals nicht formuliert werden.

Die führenden Alldeutschen zeigten sich überzeugt, mit Hilfe eines hemmungslosen und radikalen Antisemitismus „die Massen einfangen“ zu können. Dies vor allem, wenn es gelinge, „mit Hilfe einer großzügigen Organisation und einer ausreichenden Zahl von Agitatoren und Versammlungen den Antisemitismus auf die Straße und in die Arbeiterschaft zu tragen“. Die zu schaffende Organisation, ein deutschvölkischer Verband, müsse als eine Volksbewegung über den politischen Parteien stehen. Man rechnete sogar mit fünf Millionen männlichen Mitgliedern, was zu dieser Zeit zweifellos einer maßlosen Selbstüberschätzung entsprang, doch wenige Jahre später – auch dank solcher rassistischen Orientierung und Tätigkeit – zum Massenanhang des deutschen Faschismus nazistischer Prägung führte.

Rasch ging man ans Werk: Bereits im September 1918 rief der ADV einen „alldeutschen Ausschuss für die Judenfrage“ ins Leben. Konkrete Pläne wurden allerdings erst in der Revolutionszeit und dann faktisch parallel zu der in Weimar tagenden Nationalversammlung geschmiedet. Es entstanden Pläne gegen die Republik, gegen die sich durchsetzende parlamentarische Art und Weise des Regierens,

gegen die organisierte deutsche Arbeiterbewegung. Um sie verwirklichen zu können, verabschiedeten die Alldutschen am 16. Februar 1919 eine „Bamberger Erklärung“, von der den großen Zeitungen 300.000 Exemplare übermittelt wurden. Sie enthielt zahlreiche Schuldzuweisungen aller Art, gerichtet an die Adresse von Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien. Man klagte diese als abscheuliche, unfähige und hart zu bestrafende Verursacher des militärischen Scheiterns an, im Grund die Dolchstoßlegende vorwegnehmend. Die in Bamberg angefertigte „Erklärung“ darf als radikale Kampfansage gegen alles Neue verstanden werden. Eine entschiedene Umkehr wurde gefordert, zudem der Aufbau eines an völkisch-rassistischen Grundsätzen orientierten Staates, in dem der „rassenmäßige Bestand“ gewährleistet sein müsse und das deutsche Volk „vor artfremden Zuzug“ zu bewahren sei.

Sammelverein der Antisemiten

Beschlossen wurde in Bamberg ebenso die Gründung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB), der sogleich am 18. Februar 1919 die politische Bühne betrat. Der ADV – obgleich er in der Revolutionszeit nicht untergegangen war und nicht einmal, wie so manche der bürgerlichen Parteien und Verbände, sich mit dem Deckmantel eines neuen Namens tarnen wollte – blieb dabei offiziell im Hintergrund. Statt dessen sollte es eine neue und vor allem größere Organisation sein, eine, der spezielle Aufgaben zugeteilt wurden: Sie habe möglichst viele der in großer Zahl existierenden antisemitischen Vereine zu einem antisemitischen Großverband zusammenzuführen sowie in der Lage zu sein, anders und erfolgreicher als bisher Einfluss auf das Denken und Handeln der Massen zu nehmen. Im Originalton: Es gelte, „Aufklärung über die Gefahr des Judentums mit allen Mitteln zu betreiben, besonders in den breiten Massen der Arbeiterschaft“. Ein gleichzeitig gegründeter geheimer Nebenverband, genannt Bund, sollte unter Leitung des Hamburger Rechtsanwalts Alfred Jacobsen dem ADV mit diktatorischen Vollmachten die gewünschte Kontrolle über den Trutz- und Schutzbund ermöglichen.

In Gestalt einer Arbeitsgemeinschaft schlossen sich zunächst neun Verbände dem neuen Bunde an. Im einzelnen handelte es sich um den Reichshammerbund, der von Hamburg aus den organisatorischen Aufbau des DSTB vorantrieb, ferner um den Deutschbund, die Deutsche Erneuerungsgemeinde, den Deutschvölkischen Bund, den Deutschvölkischen Schriftstellerverband, den Bund deutschvölkischer Juristen, den Orden für arisches Wesen, den Ausschuss für Volksaufklärung und den Bund zur Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft. Das Amt eines Hauptgeschäftsführers übernahm Alfred Roth, der früher im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband sowie im Reichshammerbund und auch führend im ADV gewirkt hatte. Mit von der Partie waren auch der bekannte Münchener Verleger Julius Friedrich Lehmann, der in Weimar lebende Literaturprofessor Adolf Bartels, Paul Lucius vom Germanenorden, Alfred Brunner als Chef der Deutschsozialistischen Partei, Artur Dinter, Verfasser des 1917 veröffentlichten widerlichen Buches „Die Sünde wider das Blut“, Julius Streicher, Fritz Sauckel, Walter Buch, Reinhard Heydrich, Werner Best und andere mehr. Aus dem Reichshammerbund kam auch Theodor Fritsch, Verfasser des vielgelesenen „Handbuchs der Judenfrage“ und Herausgeber der Zeitschrift *Der Hammer*. Sie alle betätigten sich im DSTB als aktive Wegbereiter der NSDAP, standen mit dieser von Beginn an auf die eine oder andere Weise in Kontakt. Einige übernahmen später in der NSDAP auch tragende Funktionen. Nebenbei: Obwohl nach 1933 die Leistungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes offiziell kaum gewürdigt wurden, erhielt Roth zunächst eine Ehrengabe Hitlers in Höhe von 1000 Reichsmark, dann noch einen Ehrensold zugesprochen. Als er seinen 60. Geburtstag beging, würdigte ihn Reichsinnenminister Wilhelm Frick, ein „Schrittmacher für das Dritte Reich gewesen zu sein“.

Im Zeichen des Hakenkreuzes

Die Zahl der in Ortsgruppen und Gauverbänden erfassten Mitglieder betrug zunächst 25.000 und steigerte sich auf rund 200.000. Damit galt dieser Bund als mitgliederstärkste Organisation unter den rund 200 völkischen Organisationen, die damals in Deutschland existierten. Ihm gehörten vor allem ehemalige Offiziere, besonders zahlreich aus der Marine, Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gutsbesitzer und Studenten an. Mehr als 80 Prozent der Mitglieder waren jünger als 45 Jahre, ver-

mutlich alle aus der sogenannten Frontgeneration. Regelmäßig erschienen die Deutschvölkischen Blätter sowie eine Halbmonatsschrift mit dem Titel Deutschvölkische Warte. Der DSTB gab viele antisemitische Bücher und Broschüren heraus oder verbreitete entsprechendes Schrifttum, alles im Dienste von „Gesinnungspflege“ und „Deutschformung“, alles gemäß der unheilbringenden rassistisch-mörderischen Parole „Um der Menschheit willen muss die Judenheit untergehen, um der Menschen willen muss der Jude sterben“. Zudem verteilte der Bund allein im Jahr 1920 7,5 Millionen Flugblätter, 4,8 Millionen Handzettel und 7,9 Millionen Klebemarken.

Das von völkischen Kräften bereits seit 1917 verwendete Hakenkreuz geriet zum stets gebrauchten Symbol des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Für Auftritte in Versammlungen aller Art wurden Rednerschulen eingerichtet, zudem ein eigener „Saalschutz“. In den Blick der Öffentlichkeit gerieten vor allem die „Deutschen Tage“, die (jeweils im Oktober) 1920 in Weimar, 1921 in Detmold und 1922 in Coburg stattfanden. Für die Finanzierung trug zunächst Claß mit einer Spende von 125.000 Mark bei, dann einige aus der Hamburger Kaufmannschaft und der Großindustrielle Emil Kirdorf. Unterstützung leisteten auch kleinere Unternehmen aus Handel und Industrie. Ehemals regierende Fürstenhäuser boten ebenfalls finanzielle Hilfe, darunter Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha und Fürst Heinrich von Reuß. Geschäftsführer Roth durfte in den ersten beiden Jahren seiner Tätigkeit über ein Jahresgehalt von 15.000 Mark verfügen. Intern wurde von einem aufgeblähten Verwaltungsapparat gesprochen, wobei dennoch ständig über „Geldnot“ geklagt wurde.

Gleich, ob es sich um wirtschaftliche Probleme, um das kulturelle Geschehen oder um die Politik regierender Parteien handelte – in der Propaganda des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes wurde alles als jüdisch und damit als undeutsch, wertlos und böseartig angezeigt. Die „jüdische Misswirtschaft“ bzw. die „jüdische Wirtschaftsdiktatur“, die es in der Weimarer „Judenrepublik“ gebe, müssten beseitigt und der Weg freigemacht werden für ein angeblich besseres, diktatorisch regiertes und völkischen Prinzipien folgendes Staatswesen. „Deutschland gehört den Deutschen!“ – so wurde landauf und landab getönt. Zudem paarten sich alle Aspekte seiner antisemitischen Entäußerungen mit antikomunistischen Forderungen. Es sei energisch der „jüdische Bolschewismus“ zu bekämpfen. Maßlos wurde auch gegen die sogenannten Ostjuden gehetzt: „Hunderttausende galizischer und anderer landfremder Juden überschwemmen unsere Großstädte, wuchern und schachern ungehindert und leben herrlich, während der Deutsche schuftet und sich schindet.“ Nimmt man aus diesem damals formulierten Satz die Namen der angeblichen Nutzer heraus – man könnte sich unmittelbar in aktuelle Schriften bundesrepublikanischer Neonazis und anderer Rechtsextremer versetzt fühlen.

Angefertigt wurden sogar schwarze Listen, auf deren Grundlage sich jüdische Persönlichkeiten oder unter deren Einfluss stehende Politiker als „Schädlinge“ gebrandmarkt sehen mussten. Aufgerufen wurde zur Schaffung eines „Deutschen Volksgerichtshofes“. Natürlich beteiligten sich auch Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes – nicht zuletzt von oftmaligen „Aufrufen zur Tat“ angestachelt – an Vorbereitung und Durchführung politischer Morde, die unter anderen 1921 den Finanzminister Matthias Erzberger und 1922 Außenminister Walther Rathenau trafen. Beide Mörder Rathenaus, Erwin Kern und Hermann Fischer, kamen aus den Reihen dieses Bundes. Die Tatwaffe hatte ein anderes Mitglied, der Seekadett Christian Ilseman, beschafft. Ebenso gehörte der Freiburger Fabrikant Johannes Küchenmeister, der den Attentätern sein Auto zur Verfügung gestellt hatte, dem Bund an. Den Worten waren Taten gefolgt. Die rassistische Hetze hatte Mordlust und Mordbereitschaft geweckt – damals noch gegen einzelne Personen, später genozidal gegen alle Juden in Europa, gleich ob Frauen oder Männer, ob Junge oder Alte, ob Kinder oder Greise.

Auflösung

Es gab durchaus Versuche, Untaten von Mitgliedern des Bundes juristisch zu belangen. Die meisten Verfahren gingen aus wie das Hornberger Schießen. Allein Alfred Roth stand 1919/20 in 18 Fällen als Angeklagter vor Gericht, doch nur ein einziges Mal wurde er tatsächlich verurteilt, und dies zu einer lächerlichen Geldstrafe in Höhe von 50 Mark. Erst im Mai 1923 – da war der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund auf der Grundlage des 1922 beschlossenen Republiksschutzgesetzes in den meisten Ländern Deutschlands schon verboten sowie wegen diverser Streitigkeiten in innerer Auflö-

sung begriffen – wurde er wegen übler Nachrede mit einer Geldstrafe von 500.000 (Inflations-)Mark bedacht. Der Bund schien in seine früheren Teile zu zerfallen. Nur wenige kleinere Gruppen versuchten zu überleben und schufen Tarnvereine, sahen sich aber in heftig tobende innere Reibereien mit anderen völkischen Organisationen – vorwiegend in Bayern – verwickelt. Viele fanden rasch den Weg hin zu jener Partei, die unter dem irreführenden Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei firmierte. Einige stießen erst auf einem Umweg über die Deutschvölkische Freiheitspartei zur Organisation der Nazis. Unabhängig von organisationsmäßigen Zugehörigkeiten dienten sie alle geschichtswirksamer Wegbereitung für den Marsch in die faschistische Diktatur nationalsozialistischer Prägung und einen neuen Weltkrieg.

Letzter Höhepunkt in der Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes war der dritte „Deutsche Tag“, der am 14. und 15. Oktober 1922 in Coburg stattfand. Mehr als 4000 Teilnehmer demonstrierten in der Stadt, hörten sich pathetische Reden an, lauschten einer deutsch-christlichen Predigt oder nahmen an Fahnenweihen teil. Einige Hundertschaften der SA „schützten“ die Veranstaltungen; sie waren offiziell eingeladen worden mit der Begründung, sie könnten den eigenen Anhängern demonstrieren, „wie man Stoßtrupps aufzieht und durch eigene Kraft den Mob im Zaum hält“. Hatten da nicht Faschisten zueinander gefunden? Allerdings ließ die Teilnahme Hitlers und anderer Größen der NSDAP am Coburger Treffen bereits erkennen, wer unter den völkisch-rassistischen Scharen in Deutschland künftig hauptsächlich das Sagen haben würde. Ein Versuch Alfred Roths, in Hameln einen vierten „Deutschen Tag“ zu organisieren, scheiterte schon im Ansatz. Nach seinem fast vierjährigen folgenreichen und verhängnisvollen Wirken war das Ende des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gekommen, nicht aber das seiner unmenschlichen Ideologie und seiner ruchlosen politischen Orientierung.

Aus den Quellen

Aus den Alldeutschen Blättern vom 1.1.1894:

„Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken, die das Nationalitätsprinzip anrufen, ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten. (...) Deutsche Kolonisation, deutscher Gewerbefleiß und deutsche Bildung sollen bis nach Kleinasien als ein Bindemittel dienen, durch das sich große und zukunftsreiche Wirtschaftsgebiete uns angliedern.“

Aus einem die Gründung des neuen Bundes vorbereitenden Brief Konstantin von Gebsattel an Heinrich Claß vom 2.1.1919:

„Gelingt die Durchführung, so würde der nur wenigen bekannte Mann an der Spitze eine Macht haben, wie sie wenige Monarchen je gehabt haben. Er ist auf Lebenszeit gedacht und hat das Recht und die Pflicht, seinen Nachfolger sofort zu ernennen. Gelingt die volle Durchführung, so würde er an der Spitze von mehr als fünf Millionen Männern stehen.“

Aus der Rede eines Mitglieds des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes auf einer Veranstaltung der NSDAP vom 11.5.1922:

„Ich appelliere an euch alle: Zeigt Mut, schließt euch fester zusammen, die Zeit erfordert es! Wir fordern die Ausschaltung und Beseitigung der Juden. Nicht mit Worten können wir die Juden bekämpfen, wir müssen vielmehr zur Tat schreiten. Dazu seid ihr aber alle berufen, alle, die ihr hier seid. Seid einig, wenn es gilt, an den Juden Rache zu üben.“

Aus dem Brief, den Gertzlaff von Hertzberg-Lottin nach dem „-Deutschen Tag“ in Coburg im Oktober 1922 an Heinrich Claß schrieb:

„Es waren 5000 Menschen auf den Beinen. Der Sonabend erhielt seine besondere Prägung durch die Teilnahme Hitlers und seiner Garden, der mit seinen Leuten in die Mitte des Begrüßungsabends

gestellt wurde. (...) Die Roten werden es nicht mehr wagen, eine völkische Versammlung zu stören, die zerschlagenen Hirnschalen müssen erst wieder zusammenwachsen.“

Aus einem Brief von Alfred Roth an Alfred Lauterbach vom 3.11.1922:

„Es wäre (...) wirklich gut, wenn wir eine Art Faszistenbewegung aufbauen könnten. Wie heilsam das wirkt, hat Coburg gelehrt, und wir sollten auf diesem Wege fortschreiten.“

Die Auswahl ist entnommen einzelnen Artikeln aus dem „Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)“, herausgegeben in vier Bänden von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983-1986; ferner aus dem Buch von Uwe Lohalm, „Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923“, Hamburg 1970.

junge Welt, Sonnabend, 19.02.2022, S. 12.

Rückfall in nationalen Egoismus

Ernst Piper erhellt deutsche Ideengeschichte im Zeitalter der Extreme und diskutiert über aktuelle Erinnerungs- und Gedenkkultur

Es gilt, wird von unentbehrlichem Erinnern an Vergangenes gesprochen, zu berichten, deutend zu erörtern und Ursachen zu erklären. Zu fragen ist stets: Woran erinnern, weshalb und wie? Antworten gibt es zuhauf. Beliebig viele sogar. Passende und unpassende, richtige und falsche, gegensätzliche zumal, da stets an divergierende Interessen und unterschiedliche Zeiten gebunden. Nach neuen Antworten ist zu suchen in unserer so wild bewegten, rechtslastig und friedlos gewordenen Gegenwart. Erinnern findet heute statt in neuen Kriegszeiten, in Zeiten zunehmender nationalistischer und rassistischer Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas.

Was nach Faschismus und Weltkrieg nahezu undenkbar schien, mündet vielfach in neues Unheil. Dies zu verhindern, verlangt den erhellenden Blick zurück. Insofern darf das Erscheinen des vorliegenden Buches sehr begrüßt werden. Ernst Piper, der sich selbst als „liberalen Antifaschisten“ bezeichnet, unternimmt den Versuch, rund ein Dutzend früher verfasster Vorträge und Artikel sowie vier neu geschriebene Beiträge zu nutzen als Plädoyer für eine zeitgemäße Erinnerungskultur. Den Titel des Buches übernahm er vom amerikanischen Historiker Raul Hilberg, dem Verfasser eines Standardwerkes zur Geschichte des Holocaust, verbunden mit der Aussage, dass es zur Erinnerung an Auschwitz keine Alternative gibt.

Piper betätigte sich zunächst zwei Jahrzehnte als Verleger und seit 2002 als Historiker. Beides spiegelt sich durchaus im vorliegenden Band wider. Oft beeindruckten Quellen, die von diversen Auseinandersetzungen zwischen (west)deutschen Historikern und ihren Verlegern zeugen, was in einem Fall sogar Licht auf Hintergründiges im sogenannten Historikerstreit während der 1980er Jahre wirft. Lesenswert geraten sind jene Beiträge, die weit über die politische Geschichte hinaus in kulturelle und literarische Bereiche gehen. Informativ sein Nachdenken über das „kulturelle Leben im Kaiserreich“ sowie über die „Grundlinien der nationalsozialistischen Kulturpolitik“, während die Beiträge über das Zeitalter der Extreme oder über die ersten Jahre der Weimarer Republik eher Überblickartiges bieten und kaum den Rahmen bekannter totalitarismustheoretischer Deutungen verlassen.

Ideologie- und Kulturgeschichtliches sieht sich indessen gut in biografische Darstellungen eingebunden. In solcher Weise werden unter anderem Paul de Lagarde, Ernst Jünger, Ernst Barlach, Alfred Rosenberg und Oswald Spengler behandelt. Ebenso die Historiker Martin Broszat und Ernst Nolte. Zeitgeistiges scheint darin auf, das Wirksamkeit nationalistischer, rassistischer und vor allem antisemitischer Leitideen erhellen hilft. Deutlich wird vor dem „Rückfall in nationalen Egoismus“ gewarnt.

Jene Beiträge, die eher historiografie-geschichtlichen Charakter tragen, verweisen deutlich auf allzu lang existierende Fehlstellen westdeutscher Geschichtsschreibung. Dazu gehören insbesondere der über Saul Friedländer oder der zum Umgang der (west)deutschen Öffentlichkeit mit der „Schuldfrage“.

Das Buch ermöglicht gewiss ergänzende und weiterführende Debatten über eine Erinnerungs- und Gedenkkultur, die eine breite Bewegung gegen den Antisemitismus, aber auch gegen alle Rechtsentwicklungstrends sowie gegen neuerliche Friedensgefährdung zu fördern vermag.

Ernst Piper: Diese Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sich selbst nicht zu kennen. Deutsche Geschichte im Zeitalter der Extreme. Ch.-Links-Verlag, 330 S., geb., 26,00 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 21.03.2022.

Maßnahme wider Willen

Vor 90 Jahren verbot die Regierung Brüning die SA. Die Anordnung wurde indes kaum durchgesetzt und heizte den braunen Terror nur an

Immer wieder wird seit dem 30. Januar 1933 gefragt, ob und wie und von wem die Zerschlagung der Weimarer Republik hätte verhindert werden können. Denn in der Tat, es gab keinen unaufhaltsamen Weg in Diktatur und Krieg. Allerdings: Es blieben die vorhandenen Möglichkeiten zu gering genutzt, wobei nicht zuletzt die politischen Entscheidungen Regierender sowie bewusstes Fehlverhalten des Staatsschutzes gegen den damaligen Rechtsradikalismus eine Rolle gespielt haben. Das 1922 beschlossene Gesetz zum Schutz der Republik – erzwungen von Massen, die lautstark gegen die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau protestierten, und von bürgerlichen Politikern, die klar erkannten, dass der „Feind rechts“ steht – erlaubte, jene Organisationen zu verbieten, die sich gegen die „verfassungsmäßige republikanische Staatsform“ richten würden. Zudem waren Maßnahmen gegen deren Druckerzeugnisse und Versammlungen vorgesehen. Angewandt wurde es vor allem gegen links, jedoch kam man ab und zu um einschränkende Maßnahmen gegen faschistische, völkische und paramilitärische Verbände nicht umhin. Sie wurden in aller Regel kaum durchgesetzt und nach kurzer Zeit wieder aufgehoben. So sahen sich selbst die hochverräterischen Putschisten der NSDAP vom 9. November 1923 nur minimal bestraft. Ihre Freiheit erlangten sie rasch zurück, und es wurde ihnen erlaubt, sich neu zu formieren. Zudem glaubten seit der Mitte der 1920er Jahre nationalistisch und konservativ orientierte Teile der deutschen Eliten allzugern an jene taktierende Aussagen Hitlers, die sich als Absage an einen gewaltsamen Weg zur Macht deuten ließen.

Hingegen baute die NSDAP ihre militärähnlichen Verbände intensiv aus, insbesondere die 1920 entstandenen „Sturmabteilungen“ (SA). Ehemalige Militärs standen an ihrer Spitze, seit 1926 Franz Pfeffer von Salomon und seit 1931 Ernst Röhm als „Stabschef der SA“. Hitler bezeichnete sich selbst als „obersten Führer der SA“. Neben den allgemeinen SA-Formationen entstanden auch die Reiter-, Motor-, Marine- und Flieger-SA. Trotz propagierter „Legalitätstaktik“ wurden stets Spannungen provoziert und geschürt, zumeist als Demonstrations- und Straßenterror. Sogenannte Strafexpeditionen führten in solche Viertel deutscher Großstädte, in denen vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten wohnten.

Terror statt „Gewäsch“

Im Vordergrund stand das Ziel, wie Hitler schrieb, einen „fanatischen Ausbruch völkischer und nationaler Leidenschaft“ zu erreichen. Inhalt und Form ihrer Veranstaltungen hatten nach den Plänen ihrer Organisatoren immer den Gegner „zu reizen“, was mit einem „kraftlosen Gewäsch“ nicht erreicht werden könne. Die Zahl der SA-Angehörigen stieg von etwa 30.000 (1924) auf 80.000 (1930) sowie auf mehr als 400.000 im Jahr 1932. In dieser Zeit entwickelte sich ihr Terror sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, und das auf immer mehr Gebieten politisch-praktischer Tätigkeit. Die Zahl ihrer politischen Mordtaten nahm erheblich zu: 1930 gab es fast ebenso viele Todesopfer wie in den Jahren 1924 bis 1929 zusammen. In den beiden folgenden Jahren verdoppelten sich die Zahlen: 1931 waren es 114 und 1932 sogar 219. Dabei entfaltete sich der SA-Terror mit einer Art innerer Logik: Je größer der Zulauf in die Reihen der Partei und auf ihren Kundgebungen wurde, desto ungehemmter verschmähte die SA jede Form „friedlicher“ Veranstaltungen.

Bisweilen sprachen einzelne Länder Verbote von Demonstrationen und Druckerzeugnissen aus, zumeist nur kurzfristig und leicht zu umgehen wie zum Beispiel Anfang Mai 1927 in Berlin, als die „Sturmtruppler“ der Nazis lediglich ihr braunes Hemd durch ein weißes ersetzten und auf ihre Plakate schrieben: „Es blökt das Schaf, es lacht das Rind, weil Hemden staatsgefährdend sind.“ Zumeist ging es eher darum, auf die NSDAP Druck auszuüben, um sie in eigene Machtansprüche einbinden zu können. Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrumspartei) brachte dies auf den Punkt, als er am 25. Februar 1932 im Reichstag – ein erbitterter Kampf für die anstehende Neuwahl des Reichspräsidenten hatte gerade begonnen – erklärte, er halte nichts von Hitler, aber auch nichts von „Vorstößen, die die Nationalsozialisten zu harsch in ihre Grenzen weisen“. Dennoch: Angesichts der anwachsenden braunen Gewalt musste sich die Regierung mit dem Thema „Terror von rechts“ befassen. Sie versuchte

für ihre autoritäre Politik und ihre wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Ziele die Unterstützung der inzwischen erstarkten NSDAP zu gewinnen, selbst um den Preis weiterer Vorteile für die Faschisten. Was damals regierungsamtlich gegen die Nazis unternommen wurde, stellte keine ernsthaft betriebene Abwehr der Gefahr einer diktatorischen Herrschaft deutscher Faschisten und eine wirkungsvolle Verhinderung ihres Kurses auf einen neuen Krieg dar. Statt dessen zielten die Konzepte von Reichsregierung, Reichswehr-Führung, großbürgerlich-katholischer Zentrumsparterie einerseits und von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) andererseits auf eine jeweils für sie als nutzbringend betrachtete juniorpartnerschaftliche Eingliederung der NSDAP in den bestehenden Herrschaftsapparat, ohne die eigene Führung abgeben zu wollen: Das Zentrum erstrebte eine schwarz-braune Koalition, die DNVP ein nationalkonservativ-faschistisches Bündnis.

Beide Varianten verschoben den politischen Kurs weiter nach rechts, schrittweise, jedoch nicht geradlinig und durchgehend. Unter den ökonomisch und politisch Mächtigen wurde intensiv und ernsthaft gestritten, wobei es sowohl um die Frage ging, bis zu welchen Schmerzgrenzen durch Notverordnungen Löhne gekürzt und „gespart“ werden könnten, als auch um Varianten und Modalitäten des weiteren Weges imperialistischer deutscher Machtentfaltung.

Kurs nach rechts

Am 13. April 1932 erfolgte tatsächlich ein aufsehenerregendes Verbot „sämtlicher militärähnlicher nationalsozialistischer Organisationen“. Verhängt wurde es von Brüning sowie vom Reichswehr- und amtierenden Reichsinnenminister Wilhelm Groener. Nicht nur aus den Akten der Reichskanzlei geht hervor, wie zögerlich und ungern es ausgesprochen worden ist. Doch die Akteure sahen sich dazu gezwungen, nachdem die Polizei des Landes Preußen Material zutage gefördert hatte, das die SA stark belastete. Mit zahlreichen Dokumenten konnten die Pläne für ein gewaltsames Vorgehen des größten paramilitärischen Verbandes der Naziartei belegt werden. Unter den Regierenden gab es zudem – wie der Historiker Kurt Pätzold formulierte – die Besorgnis, „dass die mit sozialrevolutionären Phrasen überfütterte und hingehaltene, bewaffnete und teils auch gegenüber der eigenen Führung erkennbare aufsässige Mannschaft aus den ihr vorgeschriebenen Bahnen ausbrechen und eigene Interessen geltend machen könnte“.

Für die erste Runde der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 war die SA von ihren Führern in „Alarmbereitschaft“ versetzt worden. Zudem hatten schon im Herbst 1931 die großen Aufmärsche der SA nach der berüchtigten Tagung der „Harzburger Front“ sowie das Bekanntwerden der „Boxheimer Dokumente“ für erheblichen Wirbel gesorgt. Letztere enthielten detaillierte Pläne über die verfassungswidrige und gewaltsame Art und Weise, mit der die Nazis regieren wollten, wenn sie die Macht erlangt hätten. Zusehends regten sich Protest und Widerstand vor allem in der organisierten Arbeiterbewegung, aber auch in bürgerlich-demokratischen Kreisen. Gegen die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung mehrten sich kritische Stimmen. So forderte etwa Rudolf Breitscheid, der Staat müsse stärker die „Arbeiterschaft gegen nationalsozialistische Mordbuben schützen“. Ebenso stellte die wachsende Unzufriedenheit mit den einschneidenderen sozialpolitischen Notverordnungen den Kurs der Partei in Frage.

Als am 17. November 1931 eine Konferenz der Innenminister von Reich und Ländern stattfand, kam man – obgleich vor allem über ein Verbot der KPD gesprochen werden sollte – nicht am Thema „Terror von rechts“ vorbei. Groener versprach „mögliche und aussichtsreiche“ Schritte zur Bekämpfung politischer „Ausschreitungen“, die zu einer „Kulturschande für Deutschland“ geworden seien. Gedacht war zunächst nur an ein allgemeines Uniformverbot. Das Hin und Her resultierte nicht zuletzt aus der Tatsache, dass für den fortgesetzten Rechtskurs der vom Brüning-Kabinett repräsentierten Teile deutscher Wirtschaftseliten auch weiterhin sozialdemokratische Unterstützung als notwendig angesehen wurde.

Und in der SPD sprach man von einer „politischen Notgemeinschaft“, die dem Rechtsradikalismus den Weg zur Macht versperre. Ausgerechnet der amtierende Reichspräsident, gegen den man 1925 aus gutem Grunde gekämpft hatte, wurde nun gepriesen, in der Hoffnung, Hitler könne geschlagen werden, wenn Hindenburg gewählt würde. Auf Hindenburg sang man ein Loblied nach dem anderen.

Er würde „Treue mit Treue vergelten“, verkündete der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe am 8. März 1932. Das Festhalten an der Tolerierungspolitik gegenüber dem autoritär regierenden Brüning und die Unterstützung für Hindenburg gehören zu den tragischen Momenten deutscher Geschichte. Bitter bewies es das Darauffolgende. Richtig hingegen war die bekannte Losung der KPD: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Das voreilige Vertrauen in Hindenburg war bald erschüttert; vollends am 30. Januar 1933.

Das Verbot

Sowohl die erste als auch die zweite Runde der Reichspräsidentenwahlen verliefen für die NSDAP erfolgreich, jedoch nicht, wie erwartet, siegreich. Hitler erhielt mit 11,3 Millionen Stimmen zwar fünf Millionen mehr als seine Partei bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, doch gewonnen hatte Hindenburg. Das dämpfte die Stimmung vor allem in der SA, die zum Losschlagen bereitgestanden hatte. Kritik am sogenannten Legalitätskurs machte sich in ihren Reihen breit. Joseph Goebbels warnte vor dem zu erwartenden Verbot; offensichtlich hatte er von entsprechenden Überlegungen der Regierenden erfahren, übermittelt gewiss von Sympathisanten, die im Staatsapparat ihre Verantwortung für die Republik nicht länger wahrnehmen und der NSDAP zur Macht verhelfen wollten.

Antifaschistische Empörung und Proteste verstärkten sich, als am 5. April 1932 der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) der Öffentlichkeit mitteilte, es sei bei Untersuchungen in Büros der Naziartei umfangreiches Material zu hoch- und landesverräterischen Handlungen der SA gefunden worden. Diese habe sich Waffen von Polizei und Grenzschutz besorgen wollen. Für den Fall der Machtübernahme sei eine Art von Generalmobilmachungsplan erarbeitet worden, der unter anderem die militärische Besetzung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken vorsah. Da entbrannten im Brüning-Kabinett heftige Debatten über das weitere amtliche Vorgehen. Am 10. April, noch bevor das Ergebnis des zweiten Wahlgangs für das Amt des Reichspräsidenten bekannt war, konferierte Brüning mit General Kurt von Schleicher (Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium), Justizminister Curt Joël und Staatssekretär Otto Meißner aus dem Büro des Reichspräsidenten. Groener forderte den Einsatz „auch der schärfsten Kampfmittel“ und sprach sich für eine sofortige Auflösung der SA aus. Hindenburgs Vertreter empfahl hingegen, man solle vielleicht besser nur ein „Ultimatum“ an Hitler stellen. Andere Teilnehmer brachten staatsrechtliche Bedenken vor.

Doch am 13. April fiel die Entscheidung für eine „Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität“. Sie enthielt das Verbot aller militärähnlichen Verbände der NSDAP. In Berlin wurden 27 SA-Heime durchsucht und geschlossen. In München besetzte die bayerische Landespolizei das „Braune Haus“. Allerdings erwies sich die Polizei kräftemäßig überfordert. Laxheit machte sich bemerkbar, ebenso teils offene Sympathie für die betroffenen Nazis. Deren Verbände zeigten sich seit langer Zeit vorbereitet. Belastendes Material hatte in Sicherheit gebracht werden können. Trickreich wurden die SA-Einheiten umbenannt und sollten als vom Verbot nicht betroffene Parteisektionen gelten. Sogleich kündigte die NSDAP auch an, die Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof zu verklagen.

Ein Pyrrhussieg

Kaum war das Verbot ausgesprochen, regten sich selbst unter seinen Urhebern Unmut, Sorge und Protest. Intrigen wurden gesponnen. Ablehnende Stimmen kamen vor allem aus der Reichswehr, in der manche ihre Pläne gefährdet sahen, mit Hilfe des „wunderbaren Menschenmaterials“ der SA ein neues Massenheer schaffen zu können. General Schleicher, der am 10. April der Entscheidung vorbehaltlos zugestimmt hatte, meinte nun, die Reichswehr würde das Verbot „nicht ruhig hinnehmen“, und übergab wenige Tage danach, seine rechtlichen Kompetenzen bewusst überschreitend, Hindenburg Material gegen das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Konservative Zeitungen schäumten von angeblicher Einseitigkeit und wollten eine „parteilpolitische Schlagseite nach links“ erkannt haben. Vom Hohenzollern-Prinzen hörte man es ebenso. Erwartungsgemäß stimmte Hindenburg sofort in diesen Tenor ein und verlangte am 15. April vom Reichsinnenminister eine „gleichmäßige Anwendung“ der Gesetze. Dieser Brief wurde zugleich der Presse übermittelt. Ein Affront sondergleichen, passend zu dem Gewirr an Beschönigungen, Vertuschungen und Dementis.

Groener versuchte noch sich zu rechtfertigen. Andere Verbände seien mit den Kampforganisationen der Nazis in ihrem „militärähnlichen Charakter des Aufbaus und der Funktionsregelung“ nicht zu vergleichen. Jedoch teilte er mit, er wolle künftig „die gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei in Sportorganisationen zusammenfassen, zur Ertüchtigung von Körper und Geist und zur Pflege von Körper und Geist staatspolitischen Denkens und Wollens“. Zudem beschloss das Kabinett am 3. Mai eine Notverordnung, die alle Wehrverbände der Kontrolle des Reichsinnenministers unterstellte. Zugleich wurden die kommunistischen Freidenkerverbände verboten, was kirchliche Kreise verlangt hatten. Hindenburg zeigte sich dennoch unzufrieden. Er monierte, „dass die Rechtsformationen restlos verboten blieben, die Linksformationen aber nur unter eine Kontrolle des Reichsministeriums des Innern gestellt wurden“.

Am 15. Mai sah sich Groener zum Rücktritt gezwungen. Kurze Zeit darauf folgte der Sturz Brünings, dem unter anderem vorgeworfen wurde, nicht „antimarxistisch“ genug zu sein. Im Amt folgte ihm Franz von Papen als Chef eines „Kabinetts der Barone“, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Neuwahl des Reichstags festzulegen und – nach Gesprächen, die Schleicher als neuer Reichswehrminister und Vertrauter Hindenburgs mit Hitler führte – am 14. Juni 1932 das SA-Verbot aufzuheben.

Im Grunde unbeeindruckt hatten die SA-Männer weiter ihr sogenanntes Sturmlied gesungen, in dem es hieß: „Deutschland erwache! Juda den Tod! Volk ans Gewehr! Volk ans Gewehr!“ Nun nahm ihr Terror sogar noch zu, vor allem nach der Reichstagswahl vom 31. Juli. Gegenüber der Wahl von 1930 konnte die NSDAP gewaltig zulegen. Ihr Stimmenanteil betrug 37,4 Prozent. Mit 230 Abgeordneten stellte sie die stärkste Fraktion im Parlament. Doch gegenüber den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr hatte sie sich kaum verbessern können. Und wieder rumorte es in der SA. Über Deutschland brach eine neue ungeheuerliche Terrorwelle herein. In mehreren Orten wurden Büros anderer Parteien, vor allem die von KPD und SPD, sowie jüdische Geschäfte attackiert. Vieles gipfelte im Überfall auf KPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag (24. Mai), im Altonaer Blutsonntag (17. Juli), in Bombenanschlägen und Attentaten und in der besonders barbarischen Mordaktion in Potempa (10. August). Bei ihr drangen SA-Leute in die Wohnung eines mit der KPD sympathisierenden polnischen Arbeiters ein. Sie schlugen erbarmungslos zu, traten und stachen auf ihn ein und erschossen ihn vor den Augen seiner Mutter.

Sogar das Kabinett Papen sah sich veranlasst, gegen diese Welle etwas zu unternehmen. In einer Notverordnung vom 9. August 1932 wurde die Todesstrafe auf Totschlag aus politischen Gründen ausgedehnt. Betroffen davon waren als erste die Mörder von Potempa. Das Sondergericht im schlesischen Beuthen kam nicht umhin, die Täter zum Tode zu verurteilen. Daraufhin verkündete Hitler, ihre „Freiheit sei von nun an eine Frage seiner Ehre“.

Großen Teilen der deutschen Eliten schien nicht einmal das hinreichender Anlass zu weiteren Versuchen zu sein, SA und NSDAP ernsthaft Paroli zu bieten. Im Gegenteil: Alles wurde getan, um den von Brüning eingeschlagenen autoritären „Kurs nach rechts“ weiter voranzutreiben. Bis schließlich der völlig zu Unrecht als Ehrenmann gepriesene Hindenburg den Verteidiger der „Ehre“ von politischen Verbrechen und „Obersten SA-Führer“ Hitler zum Reichskanzler erhob.

Literatur

- Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette I und II. Bd. 3. Boppard am Rhein 1990
 - Kurt Pätzold: Sturm-Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (SA). In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Bd. 4. Leipzig 1986
 - Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA. München 1989
 - Wolfgang Ruge: Hindenburg. Porträt eines Militaristen. Berlin 1974
- junge Welt, Mittwoch, 13.04.2022, S. 12.

Bis alles in Scherben fällt?

Manfred Weißbecker über den Machtantritt Hitlers, Ideologie und gesellschaftliche Triebkräfte sowie Gefahren heute

Interview: Karlen Vesper

Vor 90 Jahren wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Woran sollte an diesem 30. Januar vor allem erinnert werden?

Nun, sicher daran, dass mit der von Hitler geleiteten sogenannten Regierung der nationalen Konzentration der Weg frei war für eine terroristische Diktatur sondergleichen, für ein Regierungssystem, das sich gegen alle anders Denkenden, gegen alle Menschen anderer Herkunft, anderer Hautfarbe richtete und das alles Leben einer barbarischen Herrschaftspraxis unterordnete. Zugleich an eine extrem nationalistische und rassistische Politik in bis dahin unbekanntem Ausmaß gegen andere Völker, insbesondere gegen Juden, ob alt oder jung, ob Mann, Frau oder Kind, ob arm oder reich. Und an die insbesondere im Osten und Südosten Europas auf dem Weg zum angestrebten „Großgermanischen Reich“ praktizierte Unterdrückung, Vertreibung oder Ermordung von Millionen Menschen. Polen, Russen, Ukrainern und anderen Völkern und Ethnien war allenfalls eine Existenz als Arbeitssklaven zudedacht. Daher markieren deutscher Faschismus, der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg und der Genozid an den europäischen Juden zweifellos einen absoluten Tiefpunkt der Geschichte.

Die Nazis hinterließen Berge von Leichen.

Über 50 Millionen Tote und furchtbar verwüstete Länder. Dies erlebt zu haben und mit den Folgen leben zu müssen, hat sich tief in das Denken sowohl der Überlebenden als auch der Nachkommen eingepägt. Einen Abschluss kritischer Auseinandersetzung mit diesem schlimmsten Teil der deutschen und auch der europäischen Geschichte darf es nicht geben. Gerade auch, weil wir erneut in schrecklichen Kriegszeiten leben und sich furchterregende Perspektiven eröffnet haben. Ich sprach von einem Tiefpunkt der Geschichte, frage mich aber, ob nicht eher von einem Tiefpunkt bisheriger Geschichte zu reden wäre. Ob nicht eine Situation nahen könnte, in der alles, aber wirklich auch alles „in Scherben“ zerfällt.

Das klingt nach einem Nazi-Lied.

Ja. Sein Titel lautete „Es zittern die morschen Knochen“. Der 1934 entstandene Text eines Haus- und Hofpoeten [Hans Baumann (1914-1988)] des braunen Regimes meinte, man müsse immer „weiter marschieren bis alles in Scherben fällt“. Er bejubelte das „ewig germanische Wesen“ sowie „Frontkameradschaft“. Die Welt habe Deutschland zu „gehören“, hieß es darin ursprünglich. Später formulierte man vorsichtiger, alle hätten auf Deutschland zu „hören“, wobei sogleich das „Gehorchen“ der anderen mitgedacht wurde. Ein Lied also für andauerndes, nicht enden sollendes Großmachtstreben und pure völkisch-rassistische Menschenverachtung.

Wie würden Sie den von den deutschen Faschisten entfesselten Zweiten Weltkrieg charakterisieren?

Er ist geplant, vorbereitet und schließlich geführt worden als ein Eroberungs-, Bereicherungs- und rassistischer wie kolonialistischer Vernichtungskrieg. Um dessen Ziele erreichen zu können, wurde mit dem Bild vom Marschieren militärisches Denken und Handeln zu einer alles überwölbenden Norm erhoben. Marschiert wurde in den Krieg, im Krieg und schließlich immer weiter auch in die Niederlage. Die sinnlose Alternative lautete: „Endsieg“ oder totaler Untergang.

Wer über 1933 redet, muss also auch an 1945 denken?

Und noch weiter. Es ist unglaublich und unbegreiflich, dass heute erneut bedenkenlos, unvernünftig und menschenverachtend „marschiert“ werden kann – und ein mögliches Zertrümmern der ganzen Welt in Kauf genommen wird. Der seit fast einem Jahr geführte Krieg auf ukrainischem Boden könnte sich ausweiten. Im Unterschied zu den circa 240 Kriegen seit 1945 sowie zu den ungezählten gewaltvollen Massenkriegen in aller Welt hat der als „militärische Spezialoperation“ verharmloste

russische Krieg gegen die Ukraine das Potenzial, ungebrems auszuufern und in einen neuen Weltkrieg zu führen, der ein atomarer sein wird.

Aber den will natürlich keiner.

Unzählige Beispiele belegen, dass in Kriegen eine stetig eskalierende Dynamik wirkt, ebenso dass im Laufe der Geschichte neu entwickelte und produzierte Waffen schließlich auch stets angewandt wurden. Albert Einstein urteilte zutreffend, die Rüstungsindustrie sei „eine der größten Gefährdungen der Menschheit“. Hoffnungen auf ein Verbleiben ausgerechnet der Atombomben in Bunkern halte ich für lebensgefährlich. Besser wäre es, sie würden überall unbrauchbar gemacht.

Ansätze dazu gab es, darunter Verträge zwischen den Supermächten zu Zeiten des Kalten Krieges, die dann einseitig, durch die USA, aufgekündigt worden sind.

Während des Kalten Krieges stand die Welt eigentlich nur 1962 unmittelbar vor einem Atomkrieg, als US-Raketen in der Türkei stationiert wurden und sowjetische Raketen auf Kuba stationiert werden sollten. Damals wurde ein Ausweg gesucht und gefunden. John F. Kennedy und Nikita S. Chruschtschow ließen Vernunft walten und dachten in Kategorien diplomatischen Handelns. Zu dem in wenigen Tagen erreichten Kompromiss erklärte der US-Präsident: „Man sollte nicht versuchen, sich als Sieger und den anderen als Besiegten hinzustellen. Gewonnen haben wir beide. Gewonnen hat die ganze Welt.“ Demgegenüber wird heute nur noch und nahezu ausschließlich in Kategorien eines militärischen Eingreifens sowie des ständigen Fortsetzens von Kriegen geurteilt. Die Diplomatie hat leider ohnmächtig zu sein. Schlimm, wie sich auch deutsche Medien in Kriegsrhetorik üben.

Sie haben sich in jüngerer Zeit verstärkt mit der in der deutschen Geschichte oftmals wabernden Russophobie und deren verheerenden Wirkungen befasst. Nehmen Sie davon seit dem 24. Februar 2022 Abstand?

Nein. Warum sollte ich nicht mehr über Russophobie sprechen? Es hat sie gegeben, zuhauf sogar. Sie half, die Köpfe eines großen Teils der Deutschen zu vernebeln. Sie diente sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg als rechtfertigendes Argument für das Streben nach „Land im Osten“, den von Slawen bewohnten Gebieten – fast bis zum Ural. Ich wäre ein schlechter deutscher Historiker, erst recht kein marxistischer, würde ich historische Schuldumkehrung betreiben und der leider sehr zielorientiert verbreiteten These auf den Leim gehen, der zufolge zwei Diktatoren den Zweiten Weltkrieg verantworteten, gern ergänzt mit dem Diktum von den beiden Diktaturen auf deutschem Boden.

Großrussische Ambitionen und Ansprüche – ja, sie liegen der Politik der Kreml-Herren zugrunde. Es gab sie auch früher. Horst Schützler hat kürzlich in dieser Zeitung auf diese und deren Folgen für die sowjetische Nationalitätenpolitik verwiesen. Politik auf dieser Grundlage zu betreiben und auch militärisch durchsetzen zu wollen, ist nachdrücklich zu verurteilen. Vergessen werden darf dabei allerdings nicht, dass es keine der deutschen Russophobie auch nur irgendwie vergleichbare Position von Russen gegenüber den Deutschen gegeben hat und gibt. Im Gegenteil.

Seit der Ausstellung „Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht“ in den Neunzigerjahren wird in der Bundesrepublik nicht mehr bestritten, dass es sich beim Überfall auf die Sowjetunion um einen solchen gehandelt hat, zumindest kann das kein Mensch ernsthaft leugnen.

Klar, landauf, landab wird von einem „nationalsozialistischen Vernichtungskrieg“ gesprochen. Ein solcher wurde geführt. Daran gibt es nichts zu deuteln. Selten wird übrigens daran erinnert, dass bereits 1935 Palmiro Togliatti vor einem solchen gewarnt hat. Er war ja Kommunist, und das reicht vielen Politikern, leider auch Historikern, um dies nicht zur Kenntnis zu nehmen oder es sogar a priori für falsch zu erklären. Ich meine allerdings, dass der Begriff „Vernichtungskrieg“ einer Erläuterung bedarf, sonst wird kaum die Gesamtheit seiner Ursachen und Ziele erfasst. Charakterisiert werden eher die Art und Weise, die verwendeten Mittel der Kriegsführung. Dabei sehen sich ausgeblendet andere wesentliche Ursachenkomplexe.

Und die wären?

Na ja, gesprochen wird in der Regel vom Rassenwahn der Nazis, deren moralischer Enthemmung. Es gab hingegen ein eigentlich eindeutig erkennbares Beziehungsgeflecht zwischen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen einerseits und faschistischer Ideologie, faschistischen Bewegungen und Parteien andererseits. Das Verdrängen dieser Ursachen nenne ich „Entökonomisierung“ und „Entkapitalisierung“. Ganz zu schweigen davon, dass jede Einordnung in die Kontinuität ostpolitisch-kolonialistischer Bemühungen vermieden wird, obgleich diese ja bereits beim Griff nach der Weltmacht im Ersten Weltkrieg erkennbar waren. Da scheinen Nebelwände entfacht, hinter denen gesellschaftlich bedingte Antriebe zu Krieg und Eroberung verborgen bleiben. Auch in den meisten Medien wird suggeriert, es habe sich bei dem Krieg ab 1941 nur um ein Ergebnis von – zugegeben wahnhaften – Ideen gehandelt.

Nicht so in der Faschismus- und Weltkriegsforschung der DDR.

Ja, sie hat gerade in dieser Hinsicht viel geleistet und sollte wieder mehr Berücksichtigung finden. Sie war eingebunden in die Kapitalismus- beziehungsweise Imperialismusforschung und ging über pure Schlachtenbeschreibung hinaus. Sie suchte nach kausalen Zusammenhängen auf allen Ebenen sowie in allen Bereichen der Gesellschaft. Sie hatte nichts im Sinne mit dem anderenorts für lange Zeit dominierenden Motto „Der Hitler war’s“. Natürlich spielte der eine große Rolle. Kurt Pätzold und ich behandelten diese in unserer Biografie des Nazi-Führers. Aber generell dürfte doch gelten, dass eine Geschichtsdarstellung, die alles Geschehen lediglich einzelnen Personen zuschreibt, an der Realität vorbeigeht. Übrigens gilt das gegenwärtig auch für Aussagen wie „Putins Krieg“. Wie auch immer man zu diesem Krieg Haltung bezieht – ich verurteile ihn ganz entschieden –, ist doch unübersehbar: Die russische Führung repräsentiert wirtschaftliche, politische und ideologische Interessen neuer und aufstrebender Eliten in einem kapitalistisch gewordenen Land.

Ganz sicher muss dieser Krieg möglichst rasch beendet werden. Könnte dazu beitragen, mehr nach den Ursachen, also nach seiner Vorgeschichte zu fragen?

Oh, ein sehr brisantes Thema, über das ja viel gestritten wird, selbst in einer Partei, die sich programmatisch als Friedenspartei versteht. Eine Antwort habe ich nicht parat. Vielleicht wäre es aber hilfreich, sich in der Geschichte umzuschauen. Da zeigt sich zum Beispiel, dass es nach den beiden Weltkriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer Bemühungen gab zu erforschen, weshalb sie ausbrachen und wofür sie geführt worden sind.

Schon in den Jahren der Weimarer Republik gab es umfangreiche Bände, betitelt „Deutsche Dokumente zum Kriegausbruch“ und „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914“, herausgegeben von einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung beziehungsweise des Reichstags sowie vom Potsdamer Reichsarchiv. Statt einer Klärung der Kriegsschuld-Frage wurde allerdings eher versucht, die sogenannte Kriegsschuld-Lüge zu widerlegen, also sich selbst reinzuwaschen und die Verantwortungslosigkeit der anderen anzuklagen. Wohin dies führte, ist bekannt.

Eine etwas andere, aber großartige Arbeit leistete 1946/47 das Nürnberger Tribunal der Alliierten in seinem Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Danach wirkten in beiden deutschen Staaten gut ausgestattete wissenschaftliche Einrichtungen. Inzwischen sind viele Regale in den Bibliotheken reich gefüllt. Auch mit Werken, die belegen, wie bereits vor den Kriegen über die Entwicklung zu ihnen hin klar geurteilt worden ist. Gelesen wird dies alles anscheinend nicht.

Hingegen hört und liest man immer wieder, es seien die Massen gewesen, die Hitler gewählt, also gewollt hätten.

Ja, es bleibt festzustellen, dass völkisch-rassistisches Denken tief in die Köpfe vieler Deutscher eingedrungen war. Um die damalige Wirkungsmächtigkeit nazistischen Denkens ergründen zu können, müsste wohl auf viele Aspekte verwiesen werden. Einer davon berührt die Vielgestaltigkeit der Erscheinungsformen von Feindbildern in unterschiedlichen Bereichen des alltäglichen Lebens. Da bündeln sich allgemeine rassistisch-biologistische Behauptungen und pseudowissenschaftliche Untersuchungen durchaus auch mit Gefühlen des Bedrohtseins und friedensdemagogischen Politikbegrün-

dungen. Da wirkt nationalistisch-überheblicher Stolz mit blinder Wut, Vorurteilen, Klischees, Stereotypen. Im Verbund ruft alles Hass hervor.

Das muss man leider auch für heute konstatieren. Was wäre dagegen zu tun?

Sehr viel mehr, als getan wird. Aus meiner Sicht ist nicht nur Wissen über historisches Geschehen verlangt, sondern zugleich ein Wissen um unübersehbare Grundelemente zeitgeistiger und zunehmend rechtslastiger Deutungen der Geschichte. Zu diesen gehören nicht zuletzt Auffassungen, denen zufolge die Welt und damit auch ihre Vergangenheit prinzipiell undurchschaubar sei, dass die Menschen schicksalhaft gebunden wären an die „Natürlichkeit“ von Ungleichheit und von triebhafter Gier, frei nach dem Motto, alles sei nun einmal so, seit Kain seinen Bruder Abel erschlug. Auf solche Weise lassen sich dem Unwissenden auch die größten Absurditäten der Kapitalgesellschaft als Konstanten menschlicher Existenz erklären und als alternativlos deuten.

Und dazu passt – es sei hier bewusst wiederholt – eine zunehmende „Entökonomisierung“ in der Erklärung von Geschichtsverläufen, erst recht in der Darstellung und Erörterung aller gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge. Gleichzeitig erfolgt eine zunehmende Mystifizierung des Geldes, der „Märkte“ und so weiter. „Entkapitalisierung“ findet statt, genauer: Es handelt sich um Entlastungskampagnen zugunsten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das vom bekannten Soziologen Jean Ziegler mit Recht als ein „Imperium der Schande“ charakterisiert wurde. Wenn gegenwärtig – sehr erfreulich – gefragt wird, ob es noch eine Existenzberechtigung für den Kapitalismus gibt – wobei sicher nur daran gedacht ist, ihn „grün“ unzuwandeln –, dann bedauere ich, dass dies kaum von linken Politikern kommt, die zudem ihre Partei im Streit selbst zu zerlegen scheinen.

Was erwarten Sie beim kritischen Blick zurück auf den 30. Januar 1933 nicht nur von den Linken, sondern von Antifaschisten und Kriegsgegnern unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Position?

Antifaschisten dürfen mit Recht stolz sein, vor 1933 mit all ihrer Kraft versucht zu haben, dass ein Hitler nicht an die Macht gelangt. Unser Erinnern an Faschismus und Krieg darf jedoch auch eigenes geschichtliches Versagen nicht verschweigen. Wir wissen um den Parteien-Egoismus, der Kräfte unnötig und unsinnig zersplitterte. Sozialdemokratische und kommunistische Organisationen brachten keine gemeinsame Gegenbewegung zustande, während alle konservativen, völkischen und faschistischen Bemühungen sich vorrangig unter dem Schlagwort „Ausrottung des Marxismus“ sowohl gegen die KPD als auch gegen die SPD richteten.

Zwischen den Arbeiterparteien gab es zeitweilig ein relatives Gleichgewicht, das deren Vorstände jedoch zu euphorischer Überschätzung der jeweils eigenen Kraft führte und sich mit einer folgenreichen Unterschätzung des Potenzials der NSDAP verknüpfte. Und wie sehr pazifistisch, antifaschistisch und liberal Gesinnte von diesem Gegeneinander der Arbeiterparteien abgestoßen wurden, zeigte sich beispielsweise sehr deutlich im mahnenden Ruf des Carl von Ossietzky: „Ein runder Tisch wartet.“ Der Ruf blieb unbeantwortet. Den Gedanken an ein sinnvolles, das heißt beide stärkendes Zusammengehen wiesen die Arbeiterparteien bekanntlich nicht nur wegen unterschiedlicher Zukunftsvorstellungen weit von sich.

Was sagt uns das für heute?

Die Frage ist, ob eine linke Partei bei ihrer Suche nach Auswegen aus den bestehenden Verhältnissen ihren Blick nicht auch auf ein alternatives Selbstverständnis sowie auf Veränderungen des gesamten Parteien- und Organisationswesens richten müsste. Denn die Tatsache, dass in Deutschland fast alle politischen Parteien auf dem Boden kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse agieren sowie in bestehende gesetzliche Regelungen eingebunden sind, macht sie zumindest in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher, als die Gegensätzlichkeiten ihrer Interessen und Programme vermuten lassen.

Und wie können wir gegenwärtig wachsendem rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gedankengut, das bis in die Mitte der Gesellschaft vordringt, zurückdrängen und besser noch vorbeugen?

Indem wir uns dafür interessieren, wie früher Faschismus ermöglicht worden ist, wie sich die Nazi-Ideologie schon lange vor 1933 entfalten durfte, wie und weshalb antidemokratische und terroristische Organisationen in parlamentarischen Regimen folgenreich geduldet worden sind, wie weggeschaut und verharmlost wurde. Wer könnte in unserer Gegenwart auffällige, strukturell bedingte Duplizitäten historischer und aktueller Erscheinungen übersehen!

Haben wir es heute aber nicht mit anderen Faschismen zu tun? Rechtsaußen traut man sich natürlich nicht, sich offen zum Hitlerfaschismus zu bekennen.

Faschismus als Ideologie und Bewegung sollte abgehoben von einem Faschismus an der Macht betrachtet werden. Seine Ideologie und seine Organisationen waren bereits bekämpfenswert, als sie im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg auftauchten und bevor er an die Macht gelangen konnte. Es passierte damals jedoch anderes: In Deutschland wurde die NSDAP zunächst von nationalkonservativen Kreisen als willkommener Juniorpartner gegen die organisierte Arbeiterbewegung und im Ringen um eine deutsche Machtstellung in der Welt gehätschelt. Man machte sie zunächst hoffähig und behinderte den Kampf gegen sie.

Vor dem 30. Januar 1933 war es nicht möglich, dem Verderben Einhalt zu gebieten. Den zahlreichen Gebrechen der heutigen Gesellschaft und der Gefahr, dass alles „in Scherben“ fällt, widersetzt sich eine Vielzahl einzelner Organisationen, Gruppen, Zirkel, Strömungen usw. Vielleicht, nein hoffentlich kommt statt des leidigen Gegeneinanders doch ein Miteinander zustande, ganz im Sinne der damaligen Forderung Ossietzkys. Es wartet wieder ein „runder Tisch“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. Januar 2023, S. 11.

Wie das grüne Herz Deutschlands braun wurde

Vor hundert Jahren wurde in Thüringen schon einmal eine linke Regierung von Rechten gestürzt.

Wer die „Klassikerstraße“ durch Thüringen bereist, stößt auf viele Spuren bedeutender Kultur und Geschichte. An zahlreichen Gebäuden verkünden Tafeln: Hier lebten und wirkten Goethe oder Schiller, aber auch Bach, Cranach, Fichte, Hegel und viele andere Meister ihres Faches. Ebenso liest man: Hier tagte 1919 die Deutsche Nationalversammlung im Weimarer Theater.

Indessen: Thüringen war auch das Land, in dem erstmals ein Faschist mitregierte. Wilhelm Frick, ein führender Politiker der NSDAP, der 1923 in München zusammen mit Hitler erfolglos gegen die Weimarer Republik geputscht hatte, wurde hier bereits im Januar 1930 zum Staatsminister für Inneres und Volksbildung ernannt. Das Land diente den Nazis als ein breites Rekrutierungsfeld von Antidemokraten aller Art. Hier konnten sie ihre rassistischen und menschenfeindlichen Diktaturmethoden erproben, hier begann ihre Herrschaft nicht erst am 30. Januar 1933, sondern bereits im August 1932. Damals trat an die Spitze der Landesregierung Fritz Sauckel, der als Prototyp eines faschistischen Emporkömmlings und rüden Machthabers gelten darf und 1946 im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher wegen seiner Untaten als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ zum Tode verurteilt wurde.

Ein Land der Gegensätze

Dass sich der Niedergang der Weimarer Republik in Thüringen schneller abspielte als im Rest Deutschlands, hängt zusammen mit der ungleichmäßigen Entwicklung des Landes. In seiner langen Geschichte hatte Thüringen nur selten als politische Einheit existiert, sondern war zumeist auf mehrere Kleinstaaten verteilt gewesen. Daher gab es große Unterschiede in den Lebensbedingungen seiner Bevölkerung, was das Land für soziale Verwerfungen und politische Polarisierung besonders anfällig machte.

Mehrere kleine Residenzstädtchen mit ihren reichhaltigen kulturhistorischen Traditionen prägten das Erscheinungsbild. Nur ein Viertel der Bevölkerung lebte in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die heutige Landeshauptstadt Erfurt, Teile Süd- und Ostthüringens sowie das Eichsfeld gehörten in der Weimarer Republik noch nicht zu Thüringen, sondern zu Preußen. Nirgendwo existierte ein Industriegebiet vergleichbar mit dem Ruhrgebiet, den Wirtschaftszentren Berlin und Hamburg oder dem während des Ersten Weltkriegs entstandenen mitteldeutschen Chemie-Komplex um Leuna und Bitterfeld. Thüringens Großbetriebe von nationalem Rang konnte man an einer Hand abzählen: die Jenaer Zeiss- und Schottbetriebe, die Eisenacher Autowerke und die Sühler Simon-Werke.

In den Städten dominierten das Handwerk sowie kleinere und mittlere Betriebe. Dennoch hoben sie sich damit weit von den ländlichen Regionen ab. Insbesondere im Thüringer Wald, im Eichsfeld und in der Rhön litten Landwirtschaft und Heimindustrie extrem unter den Folgen des Ersten Weltkriegs und der Hyperinflation von 1922/23. Die seit 1927 anhaltende Agrarkrise und die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise wirkten sich hier besonders verheerend aus.

Dem Wirtschaftsgefälle entsprachen auch sozialstrukturelle und politische Unterschiede, ablesbar nicht zuletzt an den Wahlergebnissen. In den größeren Städten machte nicht allein das Bildungsbürgertum von sich reden, hier gab es auch traditionelle Hochburgen der Sozialdemokratie und der Kommunisten, während in den ländlichen Gegenden eher konservative und nationalliberale Kräfte dominierten, repräsentiert vom Thüringer Landbund, einem agrarischen Berufsverband, der zugleich als politische Partei auftrat. Das Bildungsbürgertum geriet mehr und mehr unter den Einfluss nationalistischer sowie völkisch-rassistischer Literaten und Publizisten, die in Thüringen teilweise bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine ihnen sehr wohlgesonnene Heimstätte gefunden hatten. Es bildete sich ein breites völkisches Netzwerk, das auch die thüringische NSDAP förderte. Diese durfte das Land bald – neben Bayern, wo sie entstanden war – als eine ihrer Hochburgen betrachten und in den beabsichtigten „Marsch auf Berlin“ einbeziehen.

Die Eliten des Landes lehnten überwiegend die demokratische Verfassung der Weimarer Republik ab. Darauf konnten immer mehr Rechte und Rechtsextreme ihre politischen Karrieren aufbauen. Ihre Parolen stießen auf Resonanz bei vielen Thüringerinnen und Thüringern, die nach Auswegen aus ihrer Lage suchten und eine unzureichende Unterstützung durch den Staat beklagten. Diese fürchteten sich vor neuen Krisen und verglichen ihre Situation oft mit der in anderen Ländern, wo es den Menschen besser zu gehen schien. Zudem färbte sich im Blick auf die Vergangenheit diese zu einer angeblich guten alten Zeit.

Helfer der Faschisten

Verhängnisvoll wirkte sich für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten die von der Reichsregierung gegen Thüringen verhängte militärische Exekutive aus: Am 8. November 1923 marschierten Truppen der Reichswehr vor dem Landtag in Weimar auf und erzwangen den Rücktritt der Kommunisten aus einer erst einen Monat zuvor demokratisch zustande gekommenen, verfassungsgemäß legitimierten Koalition von SPD und KPD, die als Arbeiterregierung bezeichnet wurde. Sie betrieb linkssozialdemokratische Sozial- und Bildungspolitik und stemmte sich gegen das Erstarken völkischer Kräfte.

Die Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 gewann mit dem Thüringer Ordnungsbund eine Allianz mehrerer konservativer Parteien und Landverbände. Vieles von dem, was die sozialdemokratisch geführten Regierungen seit 1921 hatten realisieren können, wurde abgeschwächt oder völlig zurückgenommen. Dem „roten Thüringen“ der frühen 1920er Jahre wurde unterstellt, nichts als allgemeine Rechtsunsicherheit und eine gestörte öffentliche Ordnung bewirkt zu haben. Zerrüttet seien die Finanzen, das Wirtschaftsleben, das Beamtentum und die Schule. Die Deutschnationale Volkspartei behauptete, dass der „Marxismus“ nur fähig sei zu zerstören und „unfähig zu staatserhaltender Arbeit“.

Ihre Politik richtete sich keineswegs allein gegen KPD und SPD. Wie generell und wie weitläufig damals der Begriff „Marxismus“ gefasst worden ist, geht auch aus den kulturpolitischen Aktivitäten konservativer Politiker hervor. Sie vertrieben das der Moderne verpflichtete Bauhaus aus Weimar. Und sie entließen den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank, weil sie keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden wollten. Dabei ließ ihr Vorgehen bereits alle rechtsextremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen.

In Thüringen standen zwei Lager einander gegenüber: Auf der einen Seite das der beiden Arbeiterparteien, die jedoch kaum noch zusammen agierten. Auf der anderen Seite das der bürgerlich-agrarischen Parteien und Bünde, deren fremdenfeindliches, autoritäres und elitäres Handeln durchaus als Extremismus der Mitte bezeichnet werden kann. Sie schreckten auch nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen und nationalsozialistischen Kräfte für ihre Interessen zu nutzen. Was die Deutschnationale Volkspartei auf Reichsebene erst 1931 im Rahmen der „Harzburger Front“ praktizierte, wurde in Thüringen bereits Jahre zuvor erprobt: 1924 stützte sich die neue Landesregierung auf das Bündnis mit dem im Land für die Zwecke der verbotenen NSDAP wirkenden Völkisch-Sozialen Block. Es gab für die damaligen Rechten keine „Mauer“ gegen die noch weiter rechts stehenden Faschisten.

Man kam der NSDAP weit entgegen. So wurde Anfang März 1924 deren Verbot aufgehoben, ebenso das Redeverbot für Hitler. Auch gestattete man, dass hier der erste Parteitag der NSDAP nach ihrer Wiedergründung stattfinden konnte – das wäre zu diesem Zeitpunkt in keinem anderen Teil Deutschlands möglich gewesen. Die Landtagsfraktion der SDAP legte 1926 Gesetzentwürfe vor, die den Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärztinnen, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studentinnen und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ zum Gegenstand hatten. Zwar fanden die Anträge nicht die Zustimmung des Parlaments, doch es gab auch so gut wie keine politische oder geistige Auseinandersetzung mit den rassistisch-antisemitischen Vorstößen der NSDAP. Daher klingen die nach dem Zweiten Weltkrieg vorgebrachten Erklärungen konservativer Politiker, man hätte ja nicht wissen können, was Hitler im Sinne gehabt habe, wenig glaubhaft.

Ein Vorgeschmack auf Hitler

Bei den Landtagswahlen vom 8. Dezember 1929 konnte die SDAP ihren Stimmenanteil von 3,5 auf 11,3 Prozent erhöhen. In den Ortschaften mit mehr als tausend Einwohnern erreichte sie dabei kaum 9 Prozent. Die bürgerlichen Parteien hatten Verluste von bis zu 16 Prozent hinzunehmen. Sie verfügten im neuen Landesparlament über 23 Mandate, die beiden Arbeiterparteien zusammen über 24. In dieser Pattsituation erhoben die Nazis, sich ihrer „Unentbehrlichkeit“ bewusst, einen Führungsanspruch. Und ihre Forderungen wurden erfüllt: Mit Frick trat erstmals in Deutschland ein Nazi an die Spitze einer Landesregierung. Den bürgerlichen Parteien lagen die Ideen und Konzepte der Rechtsextremen eben näher als der Gedanke, die Weimarer Demokratie zu verteidigen.

Ein „Modell der Machtergreifung“ war geschaffen. Frick verfolgte das Ziel, möglichst viele Stellen der thüringischen Polizei mit Mitgliedern seiner Partei zu besetzen. Ebenso nahm er Einfluss auf den Bildungsbereich, wo er unter anderem neue „Schulgebete“ einführte, weil – wie es hieß – „art- und volksfremde Kräfte am Werk“ seien, das „deutsche Volkstum zu zersetzen und zu zerstören“. Zu beten sei „auf deutsche Art!“, zum Beispiel mit den Worten „Deutschland erwache! Herr mach’ uns frei!“. Frick ließ auch das Buch *Im Westen nichts Neues* von Erich Maria Remarque sowie seine Verfilmung zensieren, als „dekadent“ bezeichnete Gemälde aus den Weimarer Museen entfernen und einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie für den Rasseforscher Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität einrichten. Er versuchte zudem, Hitler im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und so aus dem Staatenlosen einen deutschen Staatsbürger zu machen.

Als am 1. April 1931 der von KPD und SPD gestellte und von der Deutschen Volkspartei unterstützte Misstrauensantrag gegen Frick zum Sturz der Regierung führte, stellte der Minister und Chef des Thüringer Landbundes Erwin Baum fest, man habe leider im Kampf der SDAP gegen die „jüdische Bankwelt“ nur erreicht, dass das Geld ins Ausland abgeflossen sei. „Die Juden haben wir aber hier behalten“, bedauerte er. Von Distanziertheit zum rassistischen Antisemitismus der Faschisten keine Spur.

Dass sich die SDAP in Thüringen schon vor 1933 mit der Regierungsgewalt vertraut machen konnte, hatte sie konservativen Politikern zu verdanken. Daran ist besonders heute zu erinnern, da bei anstehenden Wahlen wieder Faschisten gewinnen und sich dem bürgerlichen Lager als Mehrheitsbeschaffer anbieten könnten.

Jacobin. Nr. 12/Frühjahr 2023, S. 31-33.

Putsch aus „vaterländischem Geist“

Vor 100 Jahren putschten in München Nazis, Militärs und Reaktionäre.

Der Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8. und 9. November 1923 sei aus „rein vaterländischem Geist und von edelstem selbstlosen Willen geleitet“, hieß es im Urteil des Volksgerichtshofes München im April 1924 zur Begründung der geringen und rechtswidrigen Strafen gegen Akteure des Putsches. Die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und Weimarer Republik hatte ganz offenbar die Feder der Richter geführt.

Den Boden für den geplanten „Marsch auf Berlin“ hatten jene Kräfte bereitet, die in den frühen Jahren der Weimarer Republik den bayerischen Freistaat zu einer „Ordnungszelle“ für Deutschland machten und zu einer Hochburg monarchistisch-partikularistischer und rechtsradikal-terroristischer Kräfte werden ließen. Ermöglicht wurde durch sie das Entstehen einer Brutstätte völkisch-faschistischer Organisationen und nicht zuletzt das Erstarken der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Obwohl in deren Veranstaltungen nationalistische Stimmungen geschürt und rassistisch-antisemitische Hetze betrieben wurden, obwohl sie gewalttätig auftrat und regelmäßig Krawalle organisierte, schritten die Behörden kaum ein. Die Landesregierung – zeitweilig geleitet vom rechtskonservativen Monarchisten und im September 1923 zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Befugnissen erhobenen Gustav Ritter von Kahr – sowie die Befehlshaber von bayerischer Reichswehr und Polizei schätzten das wachsende Potenzial dieser Partei als Unterstützung der eigenen Politik gegenüber der Sozialdemokratie, den Kommunist:innen und Gewerkschaften als nützlich für unablässig geführte, zum Teil auch separatistische Attacken gegen die Reichsregierung ein. Die politischen Verhältnisse im Norden Deutschlands wurden von ihnen als „bereits halb bolschewistisch“ und die Berliner Regierung als eine „verschleierte Sowjetregierung“ bezeichnet. Kahr empfing sogar eine Delegation der NSDAP mit der Begründung, alle „nationalen Kräfte“ müssten gemeinsam gegen die Reichsregierung vorgehen.

Probelauf zum Bürgerkrieg

So ermuntert und gefördert blickte die Naziartei rasch über München und über die bayerischen Landesgrenzen hinaus. Sie trachtete danach rechtsradikale Organisationen unter ihrer Regie zusammenzuschließen, und entwickelte sich zu einer diktatorisch geleiteten Partei, in der über Gewalt und Terror als Mittel der Politik keinesfalls nur theoretisiert wurde. Fast bei jeder sich bietenden Gelegenheit probte ihre im August 1921 entstandene und 1923 unter dem Befehl von Hermann Göring stehende „Sturm-Abteilung“ (SA) den Bürgerkrieg. Mit Gummiknüppeln, Totschlägern, Reitpeitschen und Pistolen ging sie, aufgeputscht durch antisozialistische und antisemitische Parolen, äußerst brutal vor. Für ihre Umsturzpläne nutzte die NSDAP die anhaltenden Spannungen zwischen Bayern und dem Reich. Für den Freistaat schien alles recht und nützlich zu sein, was sich für den Kampf gegen Republik und parlamentarisch-demokratische Verhältnisse mobilisieren ließ. Die Landesregierung begrüßte daher selbst provokatorische Zwischenfälle, als Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) München besuchte. Sie hielt die NSDAP für notwendig, weil sie ein „ausgleichendes Moment gegenüber den Anmaßungen der freien Gewerkschaften“ darstelle, wie es in einem Bericht der Münchener Polizei hieß. Eine Überwachung der Partei erfolge nur, um ein „Überschäumen des jugendlichen Kraftgefühls rechtzeitig verhindern zu können.“

Vorbild Mussolini

Pläne und Einsatzbefehle – durchaus orientiert am Beispiel des erfolgreichen Marsches des italienischen Faschisten Benito Mussolini 1922 auf Rom – nahmen bald konkrete Gestalt an. Die SA gebärdete sich zunehmend als ein Wehrverband und veranstaltete in Bayern eine militärische Übung nach der anderen. Wie immer, wenn sich rechtsradikale Verbände formierten und zum Losschlagen bereithielten, wurde das Gerücht ausgestreut, es stehe ein „Linksputsch“ bevor. Bereits am 1. Mai warteten in München 1300 SA-Leute und etwa 4000 Mitglieder der „Vaterländischen Verbände“ – also unter anderem des „Bundes Oberland“, der „Reichsflagge“ und des „Blücher-Bundes“ – auf das Zeichen zum Losschlagen. Hauptmann Ernst Röhm, damals noch Leiter des „Waffenreferats“ in der bayeri-

schen Reichswehrführung, hatte dafür gesorgt, dass zu den vorhandenen Gewehren, Handgranaten und Pistolen zusätzlich Maschinengewehre und ein Geschütz zur Verfügung standen.

Gemeinsame Ziele

Zwar blieb im Mai der Befehl zum Putsch aus, doch nach den Gesetzen der Weimarer Republik und des Freistaates Bayern hätte Hitler längst wegen staatsgefährdender Betätigung zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden müssen. Doch das rechte Auge der Justiz erwies sich in Bayern mehr als nur blind. Selbst die Verabschiedung Röhrs aus der Truppe, von der Berliner Reichswehrführung verfügt, scheiterte am Einspruch des bayerischen Landeskommandanten Otto Hermann von Lossow. Und dieser verhinderte auch ein von Berlin gefordertes Verbot der Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter“. Gegen die NSDAP gerichtete Untersuchungen eines Münchner Staatsanwalts wurden rasch abgeschlossen, denn Hitler hatte gedroht mit „landesverräterischen Enthüllungen“ aufzuwarten. Stoff dafür gab es offensichtlich zuhauf, denn in den Reihen derer, die konkrete Diktaturpläne verfolgten, wurde lebhaft gestritten. Gewünscht wurde nicht allein, das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive zu verschieben, ohne erstere direkt zu beseitigen. Nahezu alle nationalkonservativen Kräfte traten mehr oder weniger offen für die Schaffung einer Militärdiktatur ein. Das von Hugo Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des berüchtigten „Alldeutschen Verbandes“ und die Absichten vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch der NSDAP, stimmten weitgehend überein. Als Ziel galt: Unterdrückung ihrer politischen Gegner:innen mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit und Verbot der Gewerkschaften.

Die bayerischen Demokratie- und Republikfeinde – an ihrer Spitze Kahr, der Chef der Reichswehr in Bayern, Otto von Lossow, und der Chef des Landespolizeiamtes, Hans von Seißer – bereiteten lange Zeit Hand in Hand mit der faschistischen Partei den Putsch gegen die Reichsregierung und den parlamentarisch-demokratischen Staat von Weimar vor. Doch die NSDAP trat mehr und mehr mit eigenen Forderungen hervor und begann, aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen. Das zeigte sich auch, als sie am 2. September 1923 einen „Deutschen Tag“ in Nürnberg organisierte, an dem rund 100.000 Menschen teilnahmen. Unter den „Ehrengästen“ befanden sich Erich Ludendorff, Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer sowie zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. Am gleichen Tag entstand unter aktiver Mitwirkung der NSDAP der „Deutsche Kampfbund“, der die organisatorische Grundlage für die weiteren Putschvorbereitungen bieten sollte. Die Nürnberger Generalprobe für den geplanten Umsturz verlief verheißungsvoll, zumal sich SPD und KPD nicht auf eine gemeinsame Gegenwehr zu einigen vermochten.

Unterschiedliche Wege

Im Herbst traf sich Lossow mehrere Male mit dem Führer der NSDAP und versicherte, er sei mit Hitlers Auffassungen „in neun von zehn Punkten völlig einig“. Dennoch kam es bald zwischen dem konservativen weiß-blauen Flügel und der Nazi-Partei zu offener Rivalität. Der gemeinsam propagierte und zugleich intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin“, für den Lossow am 24. Oktober 1923 die Parole „Sonnenaufgang“ ausgab, entsprach bald nicht mehr in allem den Plänen der Weiß-Blauen. Für diese wurden zwar alle Aktivitäten der NSDAP als nützlich einkalkuliert, jedoch galten ihnen deren Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf Realisierung eigener Ziele als überflüssig und ihrer eigenen Sache zunehmend als abträglich. Sie ruderten etwas zurück, als sich in Deutschland die Verhältnisse zu stabilisieren begannen und der Reichstag am 13. Oktober 1923 ein Ermächtigungsgesetz beschloss, das erlaubte, von den verfassungsmäßig garantierten demokratischen Grundrechten abzugehen. Sie begrüßten ebenso den vom Reichspräsidenten veranlassten Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen zum Rücktritt gezwungen wurden, und nahmen gern das Scheitern des Hamburger Aufstandsversuches der KPD zur Kenntnis.

Für Kahr und seine Anhänger schien sich, als sich die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an den obersten Chef der Reichswehr abzeichnete, die Aufgabe erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Mit Gespür für die veränderte Situation begriff ein Teil der bayerischen Rechten, dass unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die vorläufig graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielt. Kahr, Lossow und Seißer eröffneten am 6. November 1923 den Führern der „Vaterländischen Verbände“, dass einzig und allein sie das Kommandorecht beanspruchen und jede Eigenmächtigkeit brechen würden. Dies kam bereits einer gewissen Distanzierung vom nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfront gleich.

„Nationale Revolution“ im Bürgerbräukeller

Demgegenüber versuchte die Führung der NSDAP vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie befürchtete, ihre aufgeputschten Anhänger:innen nicht mehr bei der Fahne halten zu können und sorgte sich um den drohenden Zerfall des unter ihrem Kommando formierten „Kampfbundes“. Hitler drang am Abend des 8. November 1923 an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo Kahr anlässlich des fünften Jahrestages des Beginns der Novemberrevolution eine programmatische Rede halten wollte. Mit ausgesprochenem Sinn für theatralische Effekte verkündete der Nazi-Chef nach einer kurzen Beratung im Nebenzimmer und einer Versammlungspause, die Göring nutzte, um die erregten Teilnehmer:innen zu beruhigen, den Beginn einer „nationalen Revolution“ und die Bildung einer neuen Reichsregierung. Dieser würden außer ihm auch Ludendorff und die führenden bayerischen Persönlichkeiten angehören. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 wurden als „Novemberverbrecher“ beschimpft, sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. Danach gellten Beifall und ekstatisches Geschrei durch den Saal, begeistert wurde das Deutschlandlied angestimmt.

Nach dem Schluss der Veranstaltung zogen sich Kahr, Lossow und Seißer allerdings rasch von ihren Zusagen zu dem Putsch zurück. Die Verbrüderungsszene mit den Faschisten und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers waren rasch vergessen. Kahr erklärte die NSDAP und den „Kampfbund“ für aufgelöst. Zugleich verbot er ohne jede Begründung auch die KPD. Aus bayerischen Garnisonen wurden Reichswehreinheiten nach München beordert. So war für das Scheitern des Putsches gesorgt. Dies jedoch keineswegs in der Absicht, Demokratie und Republik zu verteidigen, zu retten und zu sichern. Eher ging es um andere Methoden und Mittel in deren Beseitigung sowie um ein durchaus als zeitweilig betrachtetes Ausschalten der unlieb gewordenen und die eigenen Machtinteressen bedrohenden Konkurrenz im Kampf gegen Demokratie und Republik. Ihre generelle Feindschaft gegen diese blieb bestehen, was alles in deutscher Geschichtsschreibung üblich gewordenes Gerede über den an diesem Tag erreichten Sieg der Demokratie zur Rettung der Republik als geschichtspolitisches Anliegen hinfällig erscheinen lässt.

Niederlage auf Zeit

In der Nacht zum 9. November 1923 und an diesem Tag gaben die Putschisten eine Probe ihres terroristischen Könnens. Aus der Kasse einer Buchdruckerei besorgten sie Sold für die SA-Leute. Der „Stoßtrupp Hitler“ stürmte und verwüstete das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Unter der Leitung Röhms besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando und Rudolf Heß, der spätere Stellvertreter Hitlers, organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchner Stadtrates. Wahllos wurden auch jüdische Bürger innen verhaftet. In blinder Hoffnung glaubte Hitler und darin von Ludendorff immer noch unterstützt, eine Wende erzwingen zu können. Er befahl seinen Anhängern, für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationsmarsch“ durch die Münchner Innenstadt zu kommen. Als dabei das Regierungsviertel erreicht wurde, fiel ein Schuss, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle – einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude – stoppten einige Salven der aufmarschierten Landespolizei die vordringenden Putschisten endgültig.

Ausgezogen nach Berlin zu marschieren und die Macht zu erobern, kamen die deutschen Faschisten nicht weit. Eilig zerstreuten sich die etwa 3000 am Marsch Beteiligten, mancher stob in wilder Flucht davon. Auch hier sollte sich der um seine eigene Rettung bemühte Hitler als Führer erweisen: Zunächst konnte er sich in einem Landhaus der befreundeten Familie Hanfstaengl verbergen, bevor er am 11. November 1923 verhaftet wurde. Göring und andere flüchteten ins Ausland. Sie hatten eine Niederlage erlitten, wirksam jedoch nur für kurze Zeit.

der rechte rand. Das Antifaschistische Magazin, Ausgabe 203, Juli/August 2023, 34. Jahrgang, S. 49-49.

Buhlen und Blenden

Gedanken zur Parteienverdrossenheit gestern und heute. Was auf dem Festakt von Herrenchiemsee nicht zur Sprache kam

Nein danke, ich bin parteilos glücklich“ – diese Worte legte vor einiger Zeit ein thüringischer Karikaturist einem Mann in den Mund, der offensichtlich keiner Partei vertraut und sich deren Werbung verweigert. Die Parteien bieten ihm kleine Geschenke an: Fähnchen, Luftballons und Kugelschreiber, jedoch kein Konzept. Sie wollen ihn lediglich ködern. Sie buhlen um die Gunst des Mannes, dem jedoch ein Spaziergang mit seinem Hund wichtiger zu sein scheint.

Parteien und deren Adressaten stehen gleichermaßen in der Kritik. Dass der vom Zeichner gewählte Titel „Buhrende Parteienlandschaft“ die Wortähnlichkeit zu den „blühenden Landschaften“ nutzt, die der ostdeutschen Bevölkerung 1990 vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen wurden, sei lediglich am Rande vermerkt.

Selbstverständlich existieren Aversionen gegenüber den politischen Parteien in allen Teilen Deutschlands. Die Palette ist breit und reicht vom totalen Bannfluch bis zu Forderungen nach Überparteilichkeit; von Parteienprüderie bis zu Parteienverdrossenheit und grantigen Unmutsäußerungen; vom Wunsch nach einer Reform des Parteienwesens bis zur besorgten Frage, ob denn politische Parteien überhaupt noch eine Zukunft haben. Alle fußen indessen auf einem antidemokratischen, zumeist auch nationalistischen Politik- und Parteienverständnis, dessen Ursachen und vielgestaltige Erscheinungsformen bis ins 19. Jahrhundert der deutschen Geschichte zurückzuverfolgen sind.

Die gegen Existenz und Wirken politischer Parteien gerichteten Ideen tauchten nahezu zeitgleich mit deren Entstehung auf. Wer den möglichen Wirkungen heutiger Parteienverdrossenheit präventiv begegnen will, der sollte auch Erscheinungsformen, Strukturen und Merkmale aller Anti-Parteien-Affekte analysieren und historische Erfahrungen beachten. Blickt man in diesem Sinne auf das 20. Jahrhundert, so wird dieses nicht nur als das politischer Extreme, terroristischer Diktaturen und mörderischer Weltkriege zu bezeichnen sein. Zu reden ist ebenso von einem Jahrhundert größter Dynamik des Parteienwesens und breitester Vielfalt der Parteiensysteme. Alle Ereignisse und auch die Entwicklung des vergangenen Säkulums sind ohne sie nicht zu erhellen. Das gilt insbesondere für die Vorgeschichte des 1933 errichteten faschistischen Regimes. Die Bedeutung der Parteien, die sich auf der Grundlage divergierender Interessen und des Konkurrenzgeschehens der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts formiert hatten, nahm mit dem sich durchsetzenden Prinzip der Volkssouveränität und mit dem Übergang ins Zeitalter der Massen außerordentlich zu. Ihr Erfolg hing mehr und mehr davon ab, sich aus Klientel- und Wahlvereinen zu großen Mitgliederparteien zu entfalten. Um dies erreichen zu können, sahen sich alle veranlasst, ihre jeweiligen partikularen Interessen Schritt für Schritt hintanzustellen.

Nach dem Urteil Hannah Arendts begann das Unglück der Parteien, als diese anfangen, sich des „Materialismus“ ihrer Interessen zu „schämen“, und den Beweis antreten wollten, dass „die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der gesamten Menschheit übereinstimmen“. Deutlich sprach sie von „verlogenen Kombinationen engster Interessen und allgemeiner Weltanschauungen“, die nur scheinbar paradox seien, „weil mit der Reflexion des Klassensystems in den Parteien diese dringend des Nationalismus, des volkstümlichen Ausdrucks gesamtnationaler Interessen“ bedurft hätten. Die Aufgabe, Kandidaten für die Wahlen zu nominieren, betrachtete sie als „den Generalnenner aller Parteien in gleich welchen Systemen“.

Die Philosophin berührte damit bereits den Zusammenhang zwischen dem parlamentarischen Parteiensystem, das sie niedergehen sah, und der Tatsache, dass die Parteien „in der Volksmeinung mehr und mehr als eine kostspielige und eigentlich unnötige Institution“ gelten würden. Allen Gruppen, die „jenseits von Parteien- und Klasseninteressen“ auftreten, biete sich nach ihrer Meinung eine „Chance echter Popularität“. Klarsichtig erkannte sie zugleich die Begrenztheit „überparteilicher“ Ansprüche und anderer Parteienaversionen: „Dass diese Gruppen dem Allgemeinwohl dienten und

zur Führung der Staatsgeschäfte geeigneter sein würden als das parlamentarische Parteiensystem, war freilich nur ein Schein; sie alle verfolgten in Wahrheit nur das Ziel, ihr eigenes partikulares Interesse an die Stelle der vielen, widersprechenden Interessen der Klassengesellschaft zu setzen und in Form der Parteidiktatur die Macht, also den Staatsapparat zu ergreifen.“ Um diese Ziele zu erreichen, würden diese Gruppen unter anderem den Begriff der „Bewegung“ usurpieren, um Massen für sich zu gewinnen.

Vor allem die Geschichte der NSDAP belegt diese Feststellungen. Bekanntlich betrieb deren Führung einen enormen Aufwand, die eigene Organisation als „Bewegung“, als „Partei über den Parteien“ sowie als „Überwinderin“ des Parteienwesens darzustellen. Um sich von den anderen Parteien abzuheben, diskreditierte sie diese mit allen Mitteln – doch darüber hinaus zielte sie auch auf das Existenzrecht des gesamten Parteienwesens. Dessen negative Erscheinungsformen (Machterhaltung um jeden Preis, Parteiegoismus, Selbsterhaltungstrieb, Beharrungsvermögen, Korruption und Futterkripenwirtschaft) erschienen in der NS-Ideologie zudem als „undeutsche“ Übernahme westlicher Demokratie Modelle sowie als Ergebnis jüdischer Aktivitäten. Wie wir wissen, trug die Anti-Parteien-Propaganda der NSDAP wesentlich zum Zustandekommen der Millionengefolgschaft bei, seit 1930 auch zur Mobilisierung bisheriger Nichtwählerscharen. Doch weshalb konnte diese Delegitimierung des Parteienwesens so erfolgreich sein?

Wesentlich war wohl vor allem, dass die NSDAP in ihrer Kritik am Parteiensystem, gebündelt im Begriff der „System“-Parteien, nicht allein stand. In der nationalistischen Ideenwelt der Völkischen und vieler Konservativer hatte das Thema stets Vorrang besessen. Obgleich die NSDAP selbst als Partei auftrat, traf sie mit ihrer Parteienaversion einen empfindlichen Nerv vieler Menschen, fand sie Resonanz und Bestätigung. Das Thema besaß Alltagsattraktivität. Die Auswirkungen der real existierenden Schwächen des Parteienwesens und die Krise des Weimarer Parteiensystems waren überall und für alle unverkennbar.

Die NS-Ideologen hatten in den frühen 20er Jahren zunächst die anderen Parteien mehr als Gegner oder als Konkurrenten betrachtet, die es zu diskreditieren galt. An eine Überwindung des Parteienwesens dachten sie auch deshalb nicht, weil sie in der existenziellen Auseinandersetzung mit den völkischen Gruppen den Charakter ihrer Organisation als Partei zu verteidigen gezwungen waren. Viele Völkische, die sich selbst in Wehrverbänden, Bünden usw. organisiert hatten, beklagten die Aufnahme des Wortes „Partei“ in den Namen der NSDAP.

Bis in die Mitte der 20er Jahre bemühte sich die NSDAP hauptsächlich darum, einen eigenständigen Platz innerhalb des bestehenden Parteiensystems zu gewinnen. Erst später wurde von ihr behauptet, dies sei lediglich Taktik gewesen, doch das belegen die Quellen nicht. Die Hinwendung zu grundsätzlicher Kritik am gesamten Parteienwesen sowie zu einer visionären Zielsetzung erfolgte tatsächlich erst, als sie selbst Machtpositionen anzustreben begann.

Im Ringen um die Gewinnung eines größeren Massenanhangs konnte die NSDAP nicht nur die völkischen, sondern auch alle konservativ-nationalen, monarchischen und antidemokratischen Denktraditionen nutzen. Die Parteien seien überholt, modrig wie faulendes Aas, verträten sie doch lediglich jeweils spezielle Interessen – so hatte es bereits geheißsen, als an die Nazis noch nicht zu denken war.

Lange vor ihrem Erscheinen auf der politischen Bühne war auch die Idee einer neuartigen „überparteilichen“ Organisation verbreitet worden. Stark und umfassend drang alles in ihre Gedankenwelt ein, was in dieser Hinsicht konservative Kreise bereits zuvor verlautbart hatten. Wenn also von „Vordenkern“ und „Wegbereitern“ zu sprechen ist, lässt sich das eindeutig belegen, mitunter sehr detailliert bis in einzelne Formulierungen hinein, wie einige Beispiele verdeutlichen. So äußerte selbst der Eiserne Kanzler Otto von Bismarck 1884 im Deutschen Reichstag: „Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.“ Oswald Spengler schrieb in „Der Untergang des Abendlandes“ 1922: „Die deutsche Verfassung von 1919 ... enthält in aller Naivität eine Diktatur der Parteimaschinen, die sich selbst alle Rechte übertragen haben und niemandem ernsthaft verantwortlich sind.“ Und 1925 Ernst Jünger: „Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter

unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein.“

Wer sich hier an ähnliche Parolen heute erinnert fühlt, empfindet richtig. Die Parteien stehen gegenwärtig erneut in arger Kritik. Viele Menschen empören sich über die von den Parteien praktizierte Verschleierung ihrer Ziele, häufig auch wegen des Missbrauchs errungener Macht, finanzieller Anmaßungen und Skandale. Man hält Politiker für unehrlich, bezweifelt deren Problemlösungskompetenz. An Wahltagen findet all das Bestätigung durch erschreckend hohe Zahlen von Nichtwählern – oder eben in Stimmen für eine in Teilen rechtsextremistische Partei, die gleichfalls von „System-Parteien“ spricht wie deren ideologischer Vorläufer und suggeriert, das Parteienwesen zerschlagen zu wollen; freilich ohne sich selbst zur Disposition zu stellen.

Das Buhlen der AfD um die Gunst der Wähler ist mit aggressivem Blöken gegen andere Parteien verbunden. Daraus erwachsen generell Gefahren für demokratische Willensbildungsprozesse, an denen mitzuwirken in Deutschland das Grundgesetz die Parteien verpflichtet. Während der Mahnungen vor den Gefahren für die Demokratie am vergangenen Donnerstag beim Festakt in Herrenchiemsee, wo vor 75 Jahren der Konvent zur Ausarbeitung der Verfassung für die zu gründende Bundesrepublik Deutschland getagt hatte, war davon aus keinem honorigen Munde ein Wort zu vernehmen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. August 2023, S. 13.

Skandalprozess zum Hitlerputsch

Der 1924 in München geführte Prozess gegen die Anführer des Hitler-Ludendorff-Putsches von 1923 war ein folgenreicher Justizskandal.

Niemand wollte es in München am Ende gewesen sein. Alle aus Bayerns politischer und militärischer Führung, die intensiv und fast bis zum letzten Moment den Putsch vom 8. und 9. November 1923 gegen die Weimarer Republik vorbereitet hatten, begannen nach dessen Scheitern, die Verantwortung von sich abzuweisen. Schon damals hieß es, wie später in der Bundesrepublik: Der Hitler war's! Aber sie irrten sich, denn es ließ sich kein Deckel auf die Ereignisse legen. Zu groß war der Schaden, den sie angerichtet hatten, zu groß das Interesse demokratischer Kräfte an Aufklärung. Viele wollten wissen, wie tief das „Triumvirat“ aus dem Generalstaatskommissar Gustav von Kahr, dem Chef der Reichswehr in Bayern Otto Hermann und dem Polizeichef Hans Ritter von Seißer in die Vorbereitung des Putsches verstrickt gewesen war. Natürlich kam auch keiner um die Frage herum, ob die Umsturzpläne aufgegeben oder in veränderter Weise fortgeführt werden sollten. Denn vom Ziel der Beseitigung der „Weimarer Verhältnisse“ wollte keiner Abstand nehmen. Es ging nun darum, den Schaden zu begrenzen und nach einem neuen Miteinander aller Republikfeinde zu suchen. Zu ersetzen galt es die bisherige Losung „Auf nach Berlin“ durch „im Bunde mit Berlin“. Man orientierte sich nun an den Plänen des Reichswehrchefs Hans von Seeckt zur Schaffung eines über Parlament und Regierung stehenden „Direktoriums“.

Schützenhilfe der Justiz

Der am 26. Februar 1924 eröffnete Prozess gegen Adolf Hitler und weitere neun Angeklagte – darunter Erich Ludendorff, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel, Ernst Röhm und Ernst Pöhner – fand nicht vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig statt, wo er hingehört hätte, sondern vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München I. Die bayerische Regierung hatte sich erfolgreich dem zögerlichen Handeln des Reichs widersetzt, unter anderem mit dem Argument, der Leipziger Gerichtshof sei ja „zum Teil mit Sozialdemokraten besetzt“. Dort wäre es ihr kaum so leicht gefallen, die eigenen Pläne vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Zweifellos schien es günstiger, alle Verantwortung auf die Nationalsozialisten zu schieben, diese aber als achtbare, weil national gesinnte Leute zu behandeln und sie mit geringen Strafen davonkommen zu lassen.

Wer erwartet haben sollte, die Hochverräter würden gemäß Artikel 13 des Reichsgesetzes zum Schutz der Republik bestraft, sah sich eines Besseren belehrt, als am 1. April 1924 das Urteil verkündet wurde: Ludendorff wurde freigesprochen, Hitler und die anderen Angeklagten mit lächerlich geringen Haftstrafen bedacht, die sie „ehrenhaft“ unter günstigen Bedingungen auf einer Festung absitzen sollten. Der Prozess verlief in einer republikfeindlichen Atmosphäre und entsprechend den Vorstellungen der bayerischen „Ordnungszellen“-Politiker. Den Angeklagten wurde zwar ein hochverräterisches Unternehmen vorgeworfen, doch über die Ursachen des Putsches und seine konservativ-nationalistischen Hintergründe fiel kaum ein Wort. Bewusst sollte das Mitwirken von Kahr, Lossow und Seißer aus den Verhandlungen herausgehalten werden. Lediglich in jenen Sitzungen, von denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, kam zur Sprache, welche Vereinbarungen vor dem 8. und 9. November 1923 zwischen den Regierenden, Reichswehr, Polizei und „Kampfbund“ getroffen worden waren. Selbst die Anklageschrift vermied alle Aussagen, die Aufschluss über die umfassende und langfristige Vorbereitung des Putsches hätte geben können. Im Prozess verband Staatsanwalt Ludwig Stenglein die Anklage mit einer regelrechten Laudatio auf den Putschistenführer und mit beschönigenden Aussagen zu den Vorgängen im Münchner Bürgerbräukeller.

Propaganda im Gericht

Die Angeklagten erhielten reichlich das Wort zu ihrer Rechtfertigung. Ein Journalist beschrieb die Atmosphäre des Verfahrens, dessen Verlauf und Abschluss so gänzlich anders aussahen als das gegen die Revolutionäre vom Mai 1919, mit Worten, die Erstaunen und Entsetzen spüren lassen: „Ein Gerichtshof, der den ‚Herren Angeklagten‘ immer wieder Gelegenheit gibt, stundenlange Propagandareden ‚zum Fenster hinaus‘ zu halten; ein Beisitzer, der nach Hitlers erster Rede (ich hab's mit eigenen

Ohren gehört!) erklärt: ‚Doch ein kolossaler Kerl, dieser Hitler!‘; ein Vorsitzender, der duldet, dass von der höchsten Spitze des Reiches als von ‚Seiner Hoheit, Herrn Fritz Ebert‘ gesprochen wird (Hitler! und dass man die Reichsregierung eine ‚Verbrecherbande‘ nennt (Kriebel); ein Generalstaatsanwalt, der in einer Sitzungspause einem der Angeklagten vertraulich auf die Schulter schlägt: ‚Na, mein lieber Pöhner‘ ... – gehört all das nicht in den makabren Münchener Bilderbogen vom großen politischen Karneval, der mit einem fürchterlichen Erwachen am Aschermittwoch endet?!‘ Das Urteil vom 1. April 1924 erschien vielen Zeitgenoss:innen als unglaublich und verfassungswidrig. Kritiker:innen verwiesen darauf, dass das Gericht in den Jahren zuvor 20 Todesurteile gefällt hatte gegen Linke. In Bestrafung einerseits und Milde des Urteils andererseits spiegelte sich die machtpolitische Konsequenz der angeblich unpolitischen Justiz: Die Richter kamen nicht umhin, deutlich zu machen, dass der Putsch zur falschen Zeit, mit falschen Mitteln und mit falschen Verbündeten versucht worden war. ‚Straferschwerend‘, so hieß es in der Urteilsbegründung, sei die Tatsache, dass durch das Unternehmen ‚die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschworen, schwere Störungen des wirtschaftlichen Lebens des gesamten Volkes und vermutlich auch außenpolitische Verwicklungen‘ herbeigeführt worden wären.

Die Sprache der Urteile war eindeutig: Distanzierung von der erfolglosen Tat, nicht jedoch von den Tätern und erst recht nicht von deren Gesinnung und Zielen. Die ‚Hochverräter‘ sollten offensichtlich nicht völlig verprellt werden. Alles unterblieb, was der NSDAP entscheidend hätte schaden können, so auch die formalrechtlich erforderliche Ausweisung des aus Österreich stammenden und als staatenlos geltenden Hitlers, der an der Spitze des Putsches gestanden hatte. So unterschiedlich die Faschistenpartei, ihr Putsch und ihre Führer bewertet wurden – es bestand eine Art stillschweigende Übereinkunft: Die NSDAP hatte mit ihren gescheiterten Plänen einer zu errichtenden Diktatur und beschleunigter Kriegsvorbereitungen in den Hintergrund zu treten. Jedoch sollte sie keinem Verbot, keiner Auflösung und strikter Bekämpfung unterliegen. Jeder erfolgreiche Schlag gegen rechts wäre den ungeliebten demokratisch-republikanischen Kräften zugutegekommen. Daher ging das Interesse an den bestehenden rechtsradikalen Organisationen nicht verloren. Wer unter den Bedingungen der zeitweiligen und brüchigen Hochkonjunktur die politische Entwicklung nach rechts treiben wollte, dem schien jedes Mittel recht zu sein, auch jede antiparlamentarisch-terroristische Partei.

All dies personifizierte sich in Georg Neithardt, der den Vorsitz im Gerichtshof einnahm und eine absonderliche Rolle spielte. Dass ihm Unfähigkeit vorzuwerfen war, erscheint als das Geringste unter den negativen Urteilen seiner Zeitgenoss:innen. Er war keineswegs zufällig damit betraut worden, diesen Prozess zu leiten, hatte er doch schon im Prozess um den Mord an Kurt Eisner den angeklagten Anton Graf Arco-Valley als ‚ehrenwert‘ bezeichnet. Der rechten Szene eng verbunden erwies er sich als regelrecht hörig gegenüber den Putschisten, wie der Historiker Otto Gritschneder in seiner Aufzählung aller Neithardt anzulastenden Rechtsbeugungen und Rechtswidrigkeiten urteilt. Sorgfältig bemühte er sich, Kahr und seinesgleichen aus dem Prozess herauszuhalten, da es sonst eine ‚Unerquickliche und das Staatsansehen schädigende Szene‘ hätte geben können. Den langen Tiraden Hitlers härte er offensichtlich gern zu. Kein Wunder, dass er 1933 zum Präsidenten des Münchner Oberlandesgerichtes befördert wurde.

Demokratiefeinde im Aufwind

Wie günstig sich Prozess und Urteil für die Rechtsradikalen auswirkten, zeigte sich am 6. April 1924, als in Bayern ein neuer Landtag gewählt wurde. Ihr ‚Völkischer Block‘ nahm nach der Bayerischen Volkspartei und der SPD den dritten Rang ein und erhielt mehr als eine halbe Million Stimmen (17,1%) und 23 der 129 Sitze. In München erhielt er sogar von allen Parteien die meisten Stimmen. Das galt auch in anderen Teilen Deutschlands: Bei den Wahlen in Mecklenburg-Schwerin gewannen die ‚Völkischen‘ 13 und in Lübeck sechs Mandate. In Thüringen errangen sie mit einer ‚Liste der Vereinigten Völkischen‘ sieben Mandate, was sie Zünglein an der Waage werden ließ, als sich die bürgerlichen Parteien und die linken Parteien in nahezu gleicher Stärke gegenüberstanden. Hier schreckte der ‚Thüringer Ordnungsbund‘ nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen Kräfte in seine Machtambitionen zu integrieren.

Als sich ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags mit den Ereignissen befasste und 1928 einen Bericht vorlegte, war zu beobachten, dass alles, was die Herrschenden in Bayern hätte belasten können, beschönigt wurde. Der Bericht fiel äußerst knapp aus und enthielt nicht einmal die kritischen Positionen des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner. Daraufhin veröffentlichte die SPD Teile von Hoegners Material unter dem Titel „Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal“. Das Buch wertete auch jene Gerichtsakten zum Hitlerputsch aus, die damals noch vorhanden waren und nach 1933 vernichtet wurden. Sie belegten jenes antidemokratische und die NSDAP fördernde Verhalten, das nur als Kollaboration von Repräsentanten Bayerns mit der NSDAP bezeichnet werden kann. Es bot die Grundlage für eine Prozessfarce, die neben vielen anderen Verfahren zu den schlimmsten und folgenreichsten Erscheinungen deutscher Justiz gehört.

der rechte rand. Das Antifaschistische Magazin. Ausgabe 204, September/Okttober 2023, 34. Jahrgang, S. 36-37.

Im Bund mit den Nazis

Auch wenn der faschistische Novemberputsch scheiterte, war das Jahr 1923 ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg zur Nazidiktatur

Das Jahr 1923 wird von heutigen Historikern und Publizisten überwiegend als ein Jahr der Bewährungsproben für „Demokratie“ und „Republik“ bezeichnet. Am Ende überlebte die Republik, obgleich sie sich existenziell bedroht sah, und das nicht allein infolge einer überbordenden Inflation und der Besetzung des Ruhrgebietes. Sie hing wie an einem seidenen Faden, der am Ende hielt. Doch darf auch gesagt werden, es seien „die Demokraten“ gewesen, die in den Auseinandersetzungen mit ihren inneren Feinden, insbesondere mit denen von rechts und den in München schließlich putschenden Nazis, einen Sieg errangen?

Das mit einer solchen Aussage verbundene Geschichtsbild erweist sich als geschönt. Korrekturen sind erforderlich. Die Fakten sprechen gegen leicht erkennbare geschichtspolitische Wünsche in unseren Zeiten, die einmal von Krisen aller Art geprägt ist. So wird im Vergleich mit 1923 gern behauptet, heute sei „die Demokratie“ gefestigt. Sie müsse, so wird getönt, nur noch etwas „wehrhafter“ gemacht werden. Mit anderen Worten: Ihre Beschränkung soll sie retten. Dabei zeigt die Weimarer Republik, wie eine parlamentarische Demokratie zunächst in ein autoritäres und vor allem gegen links gerichtetes Präsidialregime und dann 1933 in die faschistische Diktatur überging.

Antirepublikanische Kräfte

Grundlagen dieser Entwicklung wurden auch 1923 gelegt. Damals wandte sich das Lager der rechten Feinde der Republik vehement gegen Entscheidungen, die im Jahr zuvor von einer Mehrheit des Reichstages gegen deutschvölkische, konservativ-nationalistische und frühfaschistische Organisationen getroffen wurden. Nach der Ermordung Walther Rathenaus hatte ein Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft treten können, das trotz aller inkonsequenten Anwendung Wirkung zeigte. Auch auf den Straßen hatte sich zunehmend Protest erhoben. Gefordert wurde – eingedenk der Losung des Reichskanzlers Joseph Wirth vom Feind, der rechts stehe – nicht allein eine Bestrafung von Attentätern und Terroristen, sondern zugleich eine demokratische Umgestaltung in Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei.

Gerade auch den Bemühungen dieser Art stellten sich seit Herbst 1922 und erst recht im Verlauf des Jahres 1923 antirepublikanische Kräfte verstärkt entgegen. Für verbotene Organisationen entstanden zahlreiche Ersatz- und Nachfolgeorganisationen. Absprachen über eine zweckmäßige Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen rechten Strömungen häuften sich. Deutschvölkische und „vaterländische“ Bündnisse wurden geschmiedet. Vor allem in Bayern, seit 1919/20 ein geschützter Rückzugsraum für alle rechten Zusammenschlüsse, gab es keinerlei nennenswerte Schwierigkeiten für sie. Hier sah sich die NSDAP kaum behindert, eher noch gehätschelt als willkommener Partner eigener Pläne zur Beseitigung der Republik. Auch Überlegungen zu einer Ausweisung des staatenlosen Hitler verliefen im Sande. Gern hörte das Münchner Bürgertum ihm zu, etwa als er am 16. August 1922 bei einer großen Kundgebung der sogenannten Vaterländischen Verbände auf dem Münchner Königsplatz erklärte, Bayern sei „zur Zeit das deutscheste Land im Deutschen Reich“, weil es nicht dem „östlichen Judentum verfall(e)n“ wolle.

Als Ende 1922 überall in Deutschland monarchistische, ultrakonservative und faschistische Kräfte ihre Aktivitäten verstärkten und größeren Masseneinfluss gewannen, flossen auch für die NSDAP reichlich finanzielle Mittel aus den Kassen großer und kleiner Unternehmer. Sie erlaubten es etwa, den Völkischen Beobachter von Dezember 1922 an als Tageszeitung erscheinen zu lassen. Adolf Hitler trat anstelle anderer, damals sogar bekannterer „Führer-Anwärter“ wie Hermann Ehrhardt, Albrecht von Gräfe, Richard Kunze oder Reinhold Wulle mehr und mehr in den Vordergrund.

Für das Erstarken des Faschismus im Jahr 1923 spielte die „Ordnungszelle“ Bayern eine besondere Rolle. Alles, was hier vor dem 8./9. November nicht nur von den Nazis, sondern im Bunde mit ihnen unternommen worden ist, stand im Zeichen der Vorbereitung eines Putsches, einer erneuten Aktion à la Kapp. Nach italienischem Vorbild wurde ein „Marsch auf Berlin“ sowie die Einsetzung einer

neuen Reichsregierung angestrebt. Pläne und Einsatzbefehle nahmen immer konkretere Gestalt an. Ein erster, gescheiterter Anlauf fand bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Mai statt, als in München 1300 SA-Leute und etwa 4000 Mitglieder paramilitärischer Organisationen, zum Beispiel des Bundes Oberland, der Reichsflagge, des Blücher-Bundes, der Zellergruppe zusammen aufmarschieren wollten. Das militärische Kommando führte Hermann Kriebel, ein Vertreter der „Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns“. Doch die politische Leitung wurde bald danach in die Hände Hitlers gelegt. Die damals von Hermann Göring geführte SA hielt eine militärische Übung nach der anderen ab. Grundsätzlich wurde, wenn sich rechte Verbände zum Losschlagen formierten, das Gerücht ausgestreut, ein „Linksputsch“ stehe bevor.

1923 vollzog sich auch auf der Reichsebene ein Rechtsruck. Konkrete Diktaturpläne wurden vorbereitet. Vieles lief auf einen rechtsgewendeten Parlamentarismus hinaus. Während allerdings die Reichsregierung und die Parteien der sogenannten Mitte das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive verschieben wollten, ohne das Parlament zu beseitigen, traten nahezu alle „konservativ-nationalen“ Kräfte mehr oder weniger offen für eine Militärdiktatur ein. Das von Hugo Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des Alldeutschen Verbandes und vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch jene der NSDAP und der bayerischen Wehrverbände, stimmten weitgehend überein.

Diktatur-Kandidaten

Als Ziel galt: Unterdrückung der politischen Gegner und vor allem der Arbeiterorganisationen mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Frage, ob sich das angestrebte Regime vorrangig auf die Reichswehr oder auf rechte Bürgerkriegsorganisationen stützen sollte. Der Einsatz der Reichswehr erschien vielen als aussichtsreicher, war diese doch viel disziplinierter und militärisch schlagkräftiger als die Wehrverbände. Und eine Generalherrschaft ließ sich in gewisser Hinsicht immer noch mit einer „legalen“ Fassade drapieren. Die Diktatur-Kandidaten der Wehrverbände vertrauten hingegen auf ihre Resonanz unter breiten Teilen der Bevölkerung, insbesondere im Kleinbürgertum.

Dass der Hitlerputsch scheiterte, lag vor allem am weiß-blauen Flügel der bayerischen Putschistenfronde. Im letzten Moment hatte der von der Bayerischen Volkspartei ins Amt gehievte Generalstaatskommissar Gustav Kahr die Reißleine gezogen. Nun teilweise im Hintergrund wirkend, erzwangen diese Kräfte, dass der Prozess gegen Hitler & Co. nicht vor dem zuständigen Leipziger Reichsgericht, sondern vor einem Münchener Gericht stattfand. Eines der Argumente lautete, es sei doch das Reichsgericht „zum Teil mit Sozialdemokraten besetzt“. Und die, die diesen Verstoß gegen Recht und Verfassung zuließen, obgleich sie gegenteilige Möglichkeiten durchaus besaßen, wie die Reichsexekutive gegen die sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen bewiesen hatte, handelten hier auffallend inkonsequent – das war letztlich nicht nur für die Republik, sondern oft auch für die eigene Zukunft fatal.

Wie überaus günstig sich der sogenannte Hitler-Prozess auswirkte, zeigte sich bereits am 6. April 1924, als in Bayern ein neuer Landtag gewählt wurde. Der faschistische Völkische Block nahm nach Bayerischer Volkspartei und SPD den dritten Platz ein und erhielt mehr als eine halbe Million Stimmen (17,1 Prozent). Ihm fielen 23 der 129 Sitze des Landtages zu. In München erhielt er sogar die meisten Stimmen – ein Erfolg, der den Faschisten erst wieder im Juli 1932 gelang. Ähnliches ereignete sich auch in anderen Teilen Deutschlands: Bei den Wahlen in Mecklenburg-Schwerin gewannen die Völkischen 13 und in Lübeck sechs Mandate. In Thüringen errangen sie mit einer Liste der Vereinigten Völkischen sieben Mandate, was sie zum Zünglein an der Waage machte, als sich die restlichen bürgerlichen Parteien und die Arbeiterparteien in nahezu gleicher Stärke gegenüber standen. Hier schreckte, um regieren zu können, der sogenannte Thüringer Ordnungsbund schließlich nicht davor zurück, die völkisch-rassistischen Kräfte in den eigenen Machtblock zu integrieren.

Festzustellen bleibt, dass 1923 und danach eine nachgiebige, auf politische Kompromisse bedachte und von zeitweiligen Nützlichkeitsabwägungen bestimmte Haltung gegenüber völkisch-rassistischen Gruppierungen zu katastrophalen Folgen geführt hat, und das nicht nur für Deutschland.

junge Welt, Mittwoch, 11.10.2023.

Linkes Sachsen 1923: Ein Probierland

Karl Heinrich Pohl über ein linksrepublikanisches Projekt: Sachsen 1923

Wer zunächst lediglich den Titel „Sachsen 1923“ zur Kenntnis nimmt und vielleicht nicht bereit ist, es zu lesen, weil desinteressiert an Lokal- und Regionalgeschichte, unterliegt einem großen Irrtum. Nein, das Buch des Kieler Historikers Karl Heinrich Pohl lohnt intensive Lektüre. Nachdenklichkeit sieht sich gefordert und dies durchaus auch in politisch-aktueller Hinsicht. Der Autor korrigiert nachdrücklich jene großen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik, die kaum Notiz nehmen von den Bemühungen deutscher Sozialisten um eine sozial gerechte, in jeder Hinsicht demokratische und friedensorientierte Gesellschaft. Er blickt sorgsam und eingehend auf ein in Sachsen während der frühen 1920er Jahre unternommenes „linksrepublikanisches Projekt“, das Chancen zu einer Verwirklichung in sich barg, dem jedoch Ende 1923 von seinen Gegnern in Sachsen ein einschneidendes Ende bereitet worden ist. Ihm gelingt eine eindrucksvolle, überzeugende und zugleich anregend-lehrreiche Darstellung der damals für und gegen neue Verhältnisse geführten Klassenkämpfe.

Zudem lässt sich Pohls Buch auch anders und als Gegensatz zur Vielzahl jener Publikationen lesen, die eher den Eindruck erwecken, dass geschichtswissenschaftliches Forschen und Schreiben hauptsächlich passgerecht zu jeweiligen Jahrestagen erfolgt, zumal zu den „runden“ unter ihnen. Lang geratenen Listen über sogenannte Jahreszahlen-Bücher, die eher facettenreich nacherzählen, statt tiefgründig zu analysieren. Offensichtlich liegt dem ein zweckorientiertes und politisiertes Wissenschaftsverständnis zugrunde – verstehbar, wenn bedacht wird, dass der Büchermarkt wie jeder andere auch in der jetzigen Gesellschaft kapitalorientierten Interessen unterliegt. Vielfach geht es weniger um den wissenschaftlichen Neuwert, eher um Verkaufs- und Gewinninteressen, letztlich sogar um Arbeitsstellen und Karrieren.

Dies gilt nicht zuletzt für die über den Büchermarkt sich ergießenden Neuerscheinungen zum Geschehen, das jeweils 100 Jahre zurückliegt. erinnert sei an die Fülle von Publikationen zum Kriegsausbruch 1914, zur russischen Oktoberrevolution 1917 und zur deutschen Novemberrevolution 1918, zur Entstehung der Weimarer Verfassung und zum Friedensvertrag von Versailles im Jahr 1919. Vieles erschien in durchaus notwendiger kritischer Sicht auf tatsächliche oder auch angedichtete Folgen des Versailler Vertrages. Natürlich war viel Lesenswertes dabei, doch erstaunt es schon, wie in Relation dazu weniger über andere und ebenfalls hochinteressante Themen publiziert worden ist. So hätte sicher mehr und sinnvoll zur Beendigung des Ersten Weltkrieges erscheinen können, vor allem zur damals vorhandenen Bereitschaft deutscher Militärs und Politiker, für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einzutreten, statt weiter auf dem sogenannten Siegfrieden zu beharren.

Wie kann erklärt werden, dass unter anderem der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 kaum eine Rolle spielte; die letzten größeren Darstellungen von Johannes Erger, Heinz Hürten, Erwin Könnemann und Gerhard Schulze erschienen 1967, 1989 und 2002. Demgegenüber könnten sich Leserinnen und Leser sehr lange mit Literatur über den Hitler-Ludendorff-Putsch vom November 1923 befassen. Ausführlich wurden zwar die Morde an Matthias Erzberger und Walther Rathenau behandelt, hingegen ist beispielsweise keine neue Biografie zu Joseph Wirth vorgelegt worden; die letzte, von Ulrike Hörster-Philipps verfasste, kam 1998 heraus. Auch darin spiegelt sich der vorherrschende und politisch gewollte Trend, entgegen seiner Feststellung „Der Feind steht rechts!“ alle Probleme jener Zeit nur mit totalitaristischer Gleichstellung von „linken“ und „rechten“ Feinden der Weimarer Republik zu erklären beziehungsweise regelrecht zu verklären.

Manches davon scheint auch in anderen jüngst erschienenen Büchern zum Jahr 1923 auf. Nicht so bei Pohl. Gestützt auf zum Teil neu erschlossene Quellen, auch auf von DDR-Historikern vorgelegten Forschungsergebnissen und orientiert an bislang kaum gestellten Fragen, distanziert er sich entschieden von dominierenden Thesen – neudeutsch Narrative genannt – über die Ende 1923 durchaus gewaltsam von Militärs und Politikern erzwungene Bewahrung der Weimarer Republik vor Chaos und Kommunismus, was zugleich als siegreiche Demokratie gefeiert wird. Bei manchen Autoren erscheint 1923 sogar als ein „geglücktes Jahr in der deutschen Demokratiegeschichte“. Pohl hingegen

will erklärtermaßen die gängigen Deutungen kritisch überprüfen und nicht zuletzt mit dem Blick auf das Scheitern der Weimarer Republik fragen: „War die Entwicklung in Sachsen wirklich so republikgefährdend, wie allgemein angenommen wird? Versuchte nicht vielmehr ... die demokratisch legitimierte Regierung in Sachsen, die 1923 gefährdete Republik zu stabilisieren, ja, zu retten? Wollte sie, im Gegensatz zur Reichspolitik, zu großen Teilen des Bürgertums und der Konservativen, zu Militär und Wirtschaft, nicht die soziale und demokratische Republik festigen, so wie es die Revolutionäre 1918/19 ursprünglich gewollt hatten? War ihre Absetzung daher nicht ein Glück, sondern eher ein Unglück?“

Ausführlich werden alle Faktoren analysiert, die für die sächsische Geschichte in den frühen 1920er Jahren ausschlaggebend waren: wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie das jeweilige, aber immer aufeinander bezogene Wirken von Parteien (darunter vor allen SPD, KPD und die des „bürgerlichen Spektrums“), Gewerkschaften, Unternehmern und der Reichswehr. Eine zentrale Rolle spielt für den Autor auch das Verhältnis zwischen Sachsen und dem Reich sowie zwischen Sachsen und dem sich als „Ordnungszelle“ gestaltende Bayern. Detailliert wird über die realen Gefahren „von rechts“ und ebenso über die nachweislich nicht allein von der KPD organisierten „proletarischen Hundertschaften“ berichtet. Hervorgehoben wird: Sachsen sei der einzige bedeutsame Flächenstaat des Reiches gewesen, in dem seit der Novemberrevolution „die Arbeiterbewegung hätte durchregieren können“.

Im Einzelnen kann nicht erwähnt und bewertet werden, was dem Leser alles zur Geschichte Sachsens und insbesondere zur Politik sozialdemokratisch geführter Landesregierungen geboten wird. Es sei nur gesagt: Das Buch wird für künftige Debatten zum Thema unentbehrlich sein, auch wenn es bislang im offiziellen Diskurs wenig Beachtung fand und dem Verfasser den Vorwurf einbrachte, seine Aussagen über die Kommunisten seien problematisch. Hier soll es vor allem um das „linksrepublikanische Projekt“ gehen, um ein Reformprojekt, mit dem nachgeholt werden sollte, was in der Revolution von 1918/19 nicht durchgesetzt worden war. Seine Verfechter betrachteten es im „Probierland einer sozialistisch ausgerichteten Politik“ als ein Zukunftsmodell für die Verwirklichung sozialer und demokratischer Politik. Man verstand es nicht als Alternative zur Weimarer Republik, sondern als eine politische Alternative in deren Rahmen.

Nach Pohls Urteil habe es zwar mit dem Erweitern der Rechte für Betriebsräte und Arbeitnehmervertretungen durchaus Fortschritte gegeben, es sei aber der Versuch gescheitert, eine „Wirtschaftsdemokratie“ zu erreichen. Hingegen seien größere Erfolge erzielt worden im Ringen um eine Demokratisierung von Justiz (was nicht dargestellt wird) und Polizei, die allmählich zu einer republikanischen und friedlich handelnden Schutztruppe umgebaut werden sollte. Fortschritte habe es auch mit der Schaffung einer neuen Gemeindeordnung, die dem Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung auch auf der untersten politischen Ebene entsprach, sowie mit einer veränderten Gewerbeaufsicht gegeben, die verstärkt Interessen von Arbeitern zu berücksichtigen hatte.

Ein eigenes Kapitel widmet Pohl dem Bemühen um eine Schulpolitik, die zugleich eine Bildungsrevolution hätte sein können. Er bewertet sie als eines der erfolgreichsten Projekte innerhalb der linksrepublikanischen Reformbemühungen. Es habe zudem „die Möglichkeiten einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Sozialisten und Kommunisten“ bezeugt, was wohl auch ein Grund dafür gewesen sei, dass nach 1924 die „Schulreformen alsbald zurückgedreht wurden“. Leider scheint dem Autor nicht wichtig gewesen zu sein, auch auf die auf gleicher Ebene stattfindenden Bemühungen in Thüringen zu schauen, auf Parallelen und Unterschiede, deren Analyse zu weiterführenden Schlussfolgerungen führen könnte. Daher nicht nur nebenbei: Die thüringische Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt ein Buch von Mario Hesselbarth heraus, das sich mit der Arbeiterregierung im sächsischen Nachbarland befasst und deren Scheitern als „Abbruch der demokratischen Entwicklung in Thüringen“ bezeichnet. Vorstellbar sind Veranstaltungen, in denen zum Sinn von geschichtlichen Vergleichen sowie über antifaschistische Demokratietheorie zu debattieren wäre.

Folgerichtig betrachtet Pohl das mit dem Einmarsch von 60.000 Angehörigen der Reichswehr sowie mit der Absetzung der demokratisch gewählten und von Erich Zeigner geführten Landesregierung

erzwungene Ende des in Sachsen initiierten linksrepublikanischen Projektes als ein Schlüsselereignis, das in seiner Bedeutung für die kurze Geschichte der Weimarer Republik kaum überschätzt werden könne. Trotz aller Mängel, oft entstanden im Streit zwischen den Akteuren des Projektes, wäre dessen Weiterführung eine Chance für Demokratie und Weimarer Republik gewesen – doch sie wurde vertan.

Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie. Vandenhoeck & Ruprecht, 307 S., geb., 45,00 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 16.10.2023, S. 17.

Hitlerputsch 1923: Nebelkerzen und Legenden

Der Hitlerputsch war keineswegs nur Hitlers Putsch. Vor 100 Jahren vereinten sich Demokratie- und Republikgegner diverser konservativer Couleur

In den Abendstunden des 8. November 1923 stürmten Nazitrupps in den Münchener Bürgerbräukeller, mitten in eine Veranstaltung, die der bayerische Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr zum Jahrestag der Novemberrevolution nutzen wollte, um eine programmatische Rede gegen die Weimarer Republik und deren demokratische Verfassung zu halten. Hitler suchte eine Verständigung mit dem anwesenden Machtzentrum Bayerns, das hauptsächlich aus dem von der Bayerischen Volkspartei in sein diktatorisches Amt gehobenen Kahr, dem Chef der Reichswehr in Bayern Otto von Lossow und dem Polizeichef Johann [Hans] Ritter von Seißer bestand. Verkündete wurde der Beginn einer „nationalen Revolution“ und die Bildung einer neuen Reichsregierung. Dieser würden außer ihm, Hitler, als Kanzler auch Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff und die Männer jenes Triumvirats angehören. Die Revolutionäre von 1918/19 – wüst als „Novemberverbrecher“ beschimpft – sollten vor ein Gericht gestellt und hingerichtet werden.

Es zeichnete sich allerdings rasch das Scheitern des Putsches ab. Einigen derer, die eine gewaltsame Aktion vorbereitet hatten und mit den an den Grenzen Thüringens und Sachsens stationierten Verbänden nach Berlin marschieren wollten, erschien der Termin ungünstig gewählt. Doch Hitler glaubte dessen ungeachtet, den Putsch fortsetzen zu können und befahl seine Anhänger für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchener Innenstadt. Als dieser das Regierungsviertel erreichte, fiel ein Schuss, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle – einem zum Ruhm Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude – stoppten wenige Salven der aufmarschierten Landespolizei den Aufmarsch. Drei Polizisten und 16 Mitglieder der NSDAP lagen tot oder sterbend auf der Straße. Hitler floh, andere ließen sich an Ort und Stelle verhaften.

Für das Scheitern des Putsches sorgten also jene bayerischen Reaktionäre, die über mehrere Monate hinweg einen gewaltsamen Schlag gegen Reichsregierung und Weimarer Verfassung vorbereitet hatten, Hand in Hand mit der NSDAP. Allein Lossow hatte sich mehrmals mit Hitler getroffen und nachdrücklich versichert, er sei mit dessen Auffassungen „in neun von zehn Punkten völlig einig“. Er gab für die gemeinsam vorbereitete Aktion die Parole „Sonnenaufgang“ aus. Dann aber entflammte zwischen den rechtskonservativen weiß-blauen und dem „nationalsozialistischen“ Flügel der Putschistenfronde offene Rivalität, als sich im Reich Veränderungen der Machtverhältnisse abzeichneten.

Der Reichstag hatte am 13. Oktober 1923 ein Ermächtigungsgesetz beschlossen und zugleich gab es in Berlin konkrete, sich vor allem auf die Reichswehr stützende Diktaturpläne. Mit der Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans von Seeckt schien sich für den Kreis um Kahr die Aufgabe erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Man begrüßte den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen verfassungswidrig zum Rücktritt gezwungen wurden und ebenso das Scheitern des Hamburger Aufstandsversuches der KPD (s. „nd“ vom 14./15.10. und 21./22.10.). Ein Teil der bayerischen Rechten begriff, dass unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die eine parlamentarische Staatsform für unentbehrlich und vorläufig lediglich graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielten. So sah sich die bisherige Losung „Auf nach Berlin“ ersetzt durch „Im Bunde mit Berlin“. Man orientierte sich an den Plänen Seeckts zur Schaffung eines über Parlament und Regierung stehenden „Direktoriums“.

Kaum war der Putsch gescheitert, legten sich zunehmend Schleierwolken über das Geschehen. Zutreffend verhöhnte der Schriftsteller Lion Feuchtwanger das Stimmungsbild der Münchner: „Die Isar fließt grün und rasch wie immer, [...] die Stadt will das letzte Jahrzehnt einfach nicht wahrhaben, sie hat es vergessen, sie gibt sich treuherzig, hält sich die Augen zu und will es nicht gewesen sein. Sie

glaubt, dann vergessen es auch die anderen.“ Doch mit solchem Vergessenwollen verknüpften sich zugleich und zunehmend intensive Bemühungen um täuschende Schuldzuweisungen.

Unverantwortlich handelnde Politiker, Juristen, Beamte und oftmals auch Historiker entzündeten jede Menge an Nebelkerzen. Die erste Variante der später in der BRD gern gepflegten Behauptung kam zum Vorschein: „Der Hitler war’s“, selbstverständlich kein anderer. Im Begriff „Hitlerputsch“ entstand die Legende vom Alleintäter. Mit ihr wurde versucht, den auch für die konservativ-nationalistischen Kräfte entstandenen Schaden zu begrenzen. Ein unvermeidbarer Gerichtsprozess gegen Hitler & Co sollte dem dienen und helfen, vieles zu verdecken: dass monarchistisch-partikularistische Kräfte den Freistaat in den frühen 1920er Jahren zu einer antidemokratischen und republikfeindlichen „Ordnungszelle“ gestaltet hatten; dass von Bayern aus gegen das angeblich von einer „halb bolschewistischen“ und einer „verschleierte Sowjetregierung“ beherrschte Deutschland mit Gewalt vorgegangen werden sollte; dass Bayern zu einer Brutstätte wirkungsmächtig werdender völkisch-faschistischer Organisationen geworden war.

Der am 26. Februar 1924 eröffnete Prozess gegen Hitler und weitere neun Angeklagte – darunter Erich Ludendorff, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel und Ernst Röhm, erwies sich als regelrechtes Schmientheater und ging als einer der schlimmsten und folgenreichsten Justizskandale in die Geschichte ein. Er fand nicht vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig statt, wo er hingehört hätte, sondern lediglich vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München I. Bayern hatte sich erfolgreich den ohnehin zögerlichen Handelnden des Reiches widersetzt, u.a. mit dem Argument, der Gerichtshof sei ja „zum Teil mit Sozialdemokraten besetzt“. Zweifellos schien es für Bayerns Regierende günstiger zu sein, in selbstständiger Regie alle Verantwortung auf die Nationalsozialisten zu schieben, diese indessen als achtbare, weil national gesinnte Leute zu behandeln und sie mit geringen Strafen davonkommen zu lassen. Dem entsprachen schließlich sowohl die Art und Weise, wie Hitler großer Raum zu öffentlicher Selbstdarstellung geboten wurde, als auch die am 1. April 1924 verkündeten empörend geringen Strafen.

Gleichzeitig begannen die Nazis, eigene Legenden zu verbreiten. Bald war die Rede von einer „Bluttaufe“ und von „Blutzeugen“. Sogenannte Blutfahnen sahen sich bald zu Reliquien der Partei erheben. Alle Ortsgruppen wurden angewiesen, alljährlich am 9. November Gedenkfeiern abzuhalten und dabei auch die Toten des Ersten Weltkrieges einzubeziehen. Das gab ihren November-Veranstaltungen von Anfang an eine doppelte Stoßrichtung: Die Opfer des Putsches mit denen des Krieges identifizierend hieß es, wie die Soldaten des Krieges seien auch die der Partei für das „Vaterland gefallen“. Im Grunde ging es um die Kontinuität des Krieges, wofür der Putsch von 1923 zum Symbol einer „das Letzte gebenden Einsatzbereitschaft“ erklärt wurde. Als die NSDAP 1933 dann an die Macht gebracht worden war, boten sich neue Möglichkeiten der Propaganda. Der Parteimythos sollte nun für alle Deutschen verbindlich gemacht werden. In München wurde der Marsch zur Feldherrnhalle zelebriert. Festlich gestaltete Zeremonien wiederholten sich nun Jahr für Jahr, parallel übrigens zu den Veranstaltungen, die regelmäßig an die Schlacht um den flandrischen Ort Langemarck erinnerten, bei der militärisch unerfahrene Studenten und Soldaten Anfang November 1914 sinnlos in einen aussichtslosen Kampf geschickt wurden.

Alles Gedenken sah sich zu einem Sinnbild bedenkenloser Opferbereitschaft der Jugend erhoben und in den folgenden Jahren mit jeweils aktuellen Aspekten versehen. In den Veranstaltungen kamen religiöse Dimensionen zum Vorschein, wobei die heilsgeschichtliche Überhöhung des Putsches geschickt die Gläubigkeit vieler Menschen nutzte. Der „Blutorden“ mit der Aufschrift „Und ihr habt doch gesiegt“ galt fortan als höchste Auszeichnung der Nazi-Partei. Jahr für Jahr und bei wachsendem Anteil der Wehrmacht klang in den wehevoll gehaltenen Reden an: Wenn man nur wolle, könne sich jede Katastrophe in einen Sieg verwandeln. Nur Feiglinge würden sich selbst aufgeben, erforderlich seien „innere Härte und Widerstandsfähigkeit“.

Seit 1939 galt der 9. November sogar als staatlicher Feiertag. Die fällige Veranstaltung – „gestört“ allerdings durch das mutige Attentat von Georg Elser – wurde genutzt, um die „Vorsehung“ zu preisen, die ihre Hände schützend über Hitler gehalten habe. In den Kriegsjahren wechselten dann die

Stimmungen von Siegesrausch und demonstrativ betonter Kompromisslosigkeit gegenüber den Kriegsgegnern hin zu dröhnenden Bekundungen unbeirrbarer Siegeszuversicht. Als sich ein Kriegserfolg nicht mehr erreichen ließ, konnten auch zweckdienliche Rückgriffe auf die Geschichte nicht mehr helfen ...

In der DDR-Geschichtsschreibung spielte das die NSDAP fördernde Zusammengehen bayerischer Politiker und Militärs mit dieser stets eine Rolle. Ausführlich und sehr konkret benannte dies Kurt Gossweiler in seinem 1982 erschienenen Buch „Kapital, Reichswehr und die NSDAP“. Oft wurde von einem Hitler-Ludendorff-Putsch gesprochen, der zwar scheiterte und dennoch eine wichtige Zäsur auf dem Weg Deutschlands in die faschistische Diktatur bezeugte. Das offiziöse Geschichtsbild der BRD hob eher den Alleintäter Hitler hervor. Ganz im Sinne totalitaristischer Deutungen wurde der Putsch mit dem kommunistischen Versuch eines Aufstandes in Hamburg im gleichen Jahr nicht nur verglichen, sondern regelrecht gleichgesetzt. Demokratie und Weimarer Republik seien 1923 von „links und rechts“ bedroht und schließlich 1933 gemeinsam beseitigt worden. Manches davon scheint auch in aktuellen Büchern auf. Geredet wird von einem Schicksalsjahr, vom Horrorjahr, von schier unglaublicher Widerstandsfähigkeit der Demokratie usw. Da kann es auch kaum verwundern, dass selbst Antidemokraten wie Kahr, Lossow, Seißer und nicht zuletzt auch Seeckt als Retter von Demokratie und Republik erscheinen.

Eines der neueren Bücher hebt sich davon allerdings ab. Geschrieben hat es Wolfgang Niess, ein Historiker, der lange Jahre als Redakteur und Moderator süddeutscher Rundfunkanstalten tätig war. Werbetreibend nutzt auch er den Begriff „Hitlerputsch“ als Titel, den er aber im Text hinterfragt und ablehnt. Gestützt auf Quellen und bislang vorliegende Publikationen (DDR-Autoren bleiben aber auch hier unerwähnt, die zwielichtige Rolle der Bayerischen Volkspartei vernachlässigt) zeichnet er ein weitgehend zutreffendes Bild des Geschehens in Bayern in den frühen 1920er Jahre. Ausführlich behandelt er das „Making of Hitler“, den Traum vom „Marsch auf Berlin“ und vom „Aufmarsch für die Diktatur“ usw. Sein Fazit: Der Hitlerputsch war keineswegs nur Hitlers Putsch. Mit Hitler und seiner NSDAP habe die damalige existenzielle Bedrohung der Demokratie wenig zu tun. Sie seien viel zu schwach gewesen und hätten ebenso wie die Kommunisten keine ernsthafte Gefahr dargestellt. Ein genauer Blick auf alle unverhohlenen betriebenen Staatstreich- und Diktaturbestrebungen des Herbstes 1923 würde exemplarisch zeigen, wie wenig die gängige Formel, die Extremisten von links und von rechts hätten die Republik zerstört, der Wirklichkeit gerecht wird. Das würde auch der Mitverantwortung konservativ-nationaler und nationalistischer Kreise für deren Zerstörung nicht gerecht werden. Wohl wahr und wie aktuell!

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. November 2023, S. 13.

Verfahren der Schuldabwehr

„Stets korrekt und human“. Wie die bundesdeutsche Justiz auf den nazistischen Völkermord an Sinti und Roma blickte

Zu den Schattenseiten der BRD-Geschichte gehört zweifellos, wie über viele Jahrzehnte hinweg mit der Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma während der zwölf Jahre des Hitlerfaschismus umgegangen worden ist. Es ist dies eine Geschichte des Schweigens und der verweigten Anerkennung, vielfacher Stigmatisierung und erneuter Traumatisierung der Überlebenden. Von einem Bereich der Gesellschaft, in dem das besonders in Erscheinung trat, handelt das hier vorzustellende neue Buch des Historikers Ulrich Friedrich Opfermann. Es bietet erstmals einen systematischen, akribisch erarbeiteten und ernüchternden Überblick über jenen unglaublich anmutenden und dennoch verhängnisvoll wirksamen Beitrag, den dazu bundesdeutsche Juristen vor allem in den ersten vier Jahrzehnten nach 1945 geleistet haben. Ein schreckliches Stück BRD-Geschichte wird erhellt, in Erinnerung wird gerufen, was mit aller offiziellen Selbstbeweihräucherung von angeblich gelungener und als weltweit vorbildlich behaupteter Vergangenheitsbewältigung nicht in Einklang zu bringen ist.

„Es geht nicht mehr an ...“

Nach 1945 wurde der deutschvölkisch-rassistische Blick auf die Roma-Minderheit weder tabuisiert noch revidiert, im Gegenteil: Er wirkte fort. Für lange Zeit war selbst der nazistische Völkermord an Sinti und Roma in Abrede gestellt worden. Mit Recht ist von einer Deutungsmacht der Täter gesprochen worden.¹ Dabei handelte es sich keineswegs allein um pseudowissenschaftlich verbrämte Ansichten und stereotypisch verbreitete rassistische Auffassungen. Ein Beispiel beschrieb 1980 Romani Rose (er leitet seit 1982 den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) mit den Worten: „Es geht nicht mehr an, dass heute noch Sinti und Roma von der Polizei mit vorgehaltenen Maschinenpistolen und Hunden unter fadenscheinigen Gründen nach den alten, unter der NS-Ideologie entstandenen Anweisungen aus dem Bayerischen Landeskriminalamt sonderbehandelt und erkennungsdienstlich familienweise erfasst werden.“² Das Unrecht wurde nicht länger stillschweigend hingenommen. Es regte sich – unterstützt von deutschen Antifaschisten – nicht nur unter den Betroffenen Widerstand, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene. Opfermann verweist nachdrücklich auf den notwendigen Druck, der von unten ausgeübt worden ist, und zwar von „Menschen vor allem außerhalb der staatlichen Justiz, die als Verfolgte und als entschiedene Gegner sowohl des NS-Systems als auch einer restaurativen Politik in Westdeutschland“ tätig waren.³ Dies sorgte dafür, dass sich auch die Justiz „in einem langen Prozess schließlich ein Stück in Richtung vermehrter vergangenheitspolitischer und strafrechtlicher Glaubwürdigkeit“ bewegt habe.

Allerdings erfolgte in Deutschland erst 1997 eine offizielle Anerkennung der Sinti und Roma als nationale Minderheit, der 2012 die Einweihung eines Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin folgte. Im Frühjahr 2019 begann eine von Bundesregierung und Bundestag eingesetzte „Unabhängige Kommission Antiziganismus“ mit ihrer Tätigkeit.⁴

¹ Siehe Frank Reuter: Die Deutungsmacht der Täter. Zur Rezeption des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Norddeutschland. In: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, H. 14. Siehe dazu auch Romani Rose: Bürgerrechte für Sinti und Rom. Das Buch zum Rassismus in Deutschland. Heidelberg 1987.

² Zit. nach Karola Frings: Perspektiven auf den Völkermord. Einführung. In: Karola Frings und Sybille Steinbacher (Hrsg.): Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive. Göttingen 2021, S. 7

³ Es beeindruckt den Rezensenten, wie kenntnisreich, in betonter Sachlichkeit und fern allen leider oft auch von einigen linken Politikern für unabdingbar erklärten Anti-DDR-Brimboriums über die indirekte Wirksamkeit berichtet wird, die auch von den in der DDR erschienenen Publikationen ausging. Verwiesen wird auf z. B. auf „SS im Einsatz“, das „Braunbuch“ und Schriften von Siegfried Wölffling und Heinz Mode.

⁴ Siehe dazu u. a. Yvonne Robel: Auf der Suche nach Brüchen. Überlegungen zu einer Geschichte des bundesdeutschen Antiziganismus nach 1945. In: Frings/Steinbacher: Sinti und Roma, a. a. O., S. 167-189. Der 827 Seiten umfassende Bericht „Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation“ kann als Drucksache des Deutschen Bundestages 19/30310 im Netz abgerufen werden.

Da hatte indessen die 2007 gegründete Agentur der Europäischen Union für Grundrechte festgestellt, dass Sinti und Roma die am meisten stigmatisierte, diskriminierte und verfolgte Bevölkerungsgruppe in Europa sind. Vielfach würden sie in sozial benachteiligten Verhältnissen leben sowie verminderte Chancen auf einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeit, medizinischer Versorgung und Wohnraum haben, was eine nur schwer zu überwindende Hürde insbesondere für Frauen und Mädchen sei. Häufig stünden die realen Lebensbedingungen vieler Roma im Widerspruch zu den europäischen Werten, wie beispielsweise Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität. Von der EU-Kommission war im Sommer 2011 ein Papier verabschiedet worden, das den Mitgliedsländern eine „besondere Verantwortung“ für die Sinti und Roma auftrug. In ihrer sogenannten Roma-Strategie werden der aktive Schutz der Grundrechte von Sinti und Roma sowie eine soziale und wirtschaftliche Integration der bislang ausgegrenzten Gruppe gefordert. Zugleich wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis 2020 Reformprogramme vorzulegen, die den Sinti und Roma Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum gewähren. Verlangt wurde damit die Anerkennung des Antiziganismus als eine Erscheinungsform des Rassismus sowie ein „grundlegender Perspektivwechsel“ in Politik und Gesellschaft, natürlich auch in der Rechtsprechung.

Antiziganistische Einstellungen

Trotz zahlenmäßiger Größe und Bedeutung der Sinti und Roma sind deren Geschichte, Kultur und Sprache in weiten Teilen Europas noch immer wenig bekannt. Vorurteile und fehlendes Wissen über die Minderheiten fördern häufig ein Umfeld der Intoleranz, Ignoranz und Ausgrenzung. Dies zu untersuchen wird erschwert durch das Fehlen entsprechender bevölkerungsstatistischer und sozioökonomischer Daten. Sie werden in Deutschland nicht erhoben. Lediglich grobe Schätzungen besagen, dass gegenwärtig in der BRD ca. 70.000 bis 150.000 Angehörige der nationalen Minderheit der deutschen Sinti und Roma leben. Gerechnet wird darüber hinaus mit einer Zuwanderung von mehr als 100.000 Roma, die in den 1990er Jahren aus Jugoslawien einreisten. Im folgenden Jahrzehnt kamen weitere Zehntausende Roma vor allem aus Bulgarien, Rumänien und Moldawien.

Eine 2022 von Susanne Pickel und Toralf Stark für das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung erarbeitete Studie belegt, dass in der deutschen Mehrheitsgesellschaft⁵ nach wie vor antiziganistische Einstellungen vorhanden sind. Sie tragen erheblich zu einer rassistischen Diskriminierung der Sinti und Roma bei. So seien bei rund 30 Prozent der Befragten die bekannten negativen Vorurteile festzustellen. Etwa zwölf Prozent würden diese Bevölkerungsgruppe nicht einmal als Teil der Gesellschaft ansehen, eher hingegen als Osteuropäer und Geflüchtete, obwohl sie in Deutschland teils seit Jahrhunderten leben. Zwar werde der Antiziganismus mehr und mehr als eine eigenständige Form des Rassismus gesehen, doch habe nur jeder vierte Befragte ein Bewusstsein für diese Diskriminierung gezeigt, übrigens sowohl für die Verfolgung in den Jahren zwischen 1933 und 1945 als auch für die „aktuelle Ausgrenzung und Benachteiligung“. Was aber wohl im Umkehrschluss bedeutet, dass eine solche positive Aussage für 75 Prozent der Deutschen nicht gelten kann. Erklärt sich so die Tatsache, dass die nazistischen Verbrechen an Sinti und Roma mitunter immer noch verharmlost oder gar gelehnet werden?⁶

Gerechte Justiz?

⁵ An diesem in der Literatur oft verwendeten Begriff übt Opfermann heftige Kritik. Es handele sich dabei um eine Suggestion ähnlich der der „Volksgemeinschaft“. Die reale gesellschaftliche Struktur werde durch eine Homogenität ersetzt, die es nicht gibt. „In Anwendung auf die hier thematisierten Jahrzehnte nach 1945 würde ‚Mehrheitsgesellschaft‘ das mehrheitspolitische Defizit an vergangenheitspolitischer Aufarbeitungsbereitschaft oberflächlich auf eine diffuse Breite der Gesamtbevölkerung verschieben und verteilen und dabei all jene Kräfte aus dem gesellschaftlichen Geschehen eskamotieren, die für eine nichtdefizitäre Vergangenheits- und eine konsequent nicht-minderheitenfeindliche Gesellschaftspolitik eintraten.“ (S. 448)

⁶ Zu beklagen wäre in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass sich deutsche Historiker relativ wenig für die Geschichte der Sinti und Roma nach dem nazistischen Völkermord an ihnen interessiert haben. Dieses Urteil fällt Wolfgang Wippermann auf S. 226 seines 2015 erschienenen Buch „Niemand ist ein Zigeuner. Zur Ächtung eines europäischen Vorurteils“.

All das kann, nein, das muss in erheblichem Maße auch auf das Wirken der westdeutschen Justiz zurückgeführt werden. Sie ging nach 1945 über mehrere Jahrzehnte hinweg letztlich verantwortungslos und weder „human“ noch „korrekt“ mit dem Thema um, wie es vor Gericht z. B. von der im faschistischen Reichsgesundheitsamt als Schreibtischtäterin wirkenden Eva Justin behauptet worden ist. Wie das Thema tatsächlich behandelt worden ist, wird im Buch von Opfermann akribisch und erhellend dargestellt. Der Autor hat aktiv in einer Reihe von NS-Gedenkstätten des Landes Nordrhein-Westfalen mitgewirkt. Zahlreiche Publikationen sowie Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden bezeugen sein großes Interesse an diesem Thema sowie ein umfangreiches, stets aus den Quellen geschöpftes Wissen.

Als Mitglied der Gesellschaft für Antiziganismusforschung erarbeitete Opfermann ein Gutachten für die 2019 im Bundesministerium des Innern und für Heimat eingerichtete „Unabhängige Kommission Antiziganismus“. Er untersuchte den unzulänglichen Umgang westdeutscher Gerichte mit den an Sinti und Roma begangenen nazistischen Verbrechen im sogenannten Zigeunerkomplex, ein seit 1958 sich über zwölf Jahre erstreckendes Sammelverfahren westdeutscher Gerichte, das jedoch anders als der in Frankfurt am Main zwischen 1963 und 1965 stattfindende Auschwitz-Prozess öffentlich kaum wahrgenommen worden ist.

Das Gutachten „Zum Umgang der deutschen Justiz mit an der Roma-Minderheit begangenen NS-Verbrechen nach 1945“ geriet zum Ausgangspunkt und Bestandteil des vorliegenden Buches. Darin werden von ungefähr 300 Verfahren, die sich zwischen 1946 und 2014 anteilig oder direkt mit Verfolgung und Ermordung von Angehörigen der Roma-Minderheit zu beschäftigen hatten, etwas mehr als 150 untersucht. Eine außerordentlich aufschlussreiche Tabelle erstreckt sich über rund 50 Seiten des Buches. Sie enthält detaillierte Angaben zu Beschuldigten und Angeklagten, zu Gerichtsort und Zeit, zu den ermittelten Taten und – wenn überhaupt vorhanden – zu den jeweiligen Urteilsbegründungen. Bemerkenswert sind dabei jene Teile, die von den Verfahrensergebnissen berichten: Von den ursprünglich 66 Beschuldigten wurden nur 16 mit einem Verfahren überzogen. Am Ende blieb es bei einem einzigen Angeklagten, dem führenden Offizier im Reichskriminalpolizeiamt, Hans Maly. Ihm wurde „Freiheitsberaubung mit Todesfolge“ vorgeworfen. Sein Verteidiger politisierte das Verfahren im Sinne der antikommunistischen Grundorientierung der BRD und erklärte, „ostzonale Agenten“ hätten nicht davor zurückgeschreckt, „ein schmutzig und raffiniert angelegtes Machwerk“ zu schaffen. Das Verfahren wurde im Mai 1970 wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ des Beschuldigten ohne ein Urteil eingestellt. Dies ermöglichte die Behauptung, das Sammelverfahren sei nicht aus rechtlichen, sondern aus „natürlichen Gründen“ beendet worden. Treffend urteilt Opfermann: „Das Sammelverfahren zum ‚Zigeunerkomplex‘ begann dramatisch, es endete auf der juristischen Bühne als eine Farce.“ Angesichts der hohen Opferzahlen – geschätzt wird, dass etwa 200.000 bis 500.000 Sinti und Roma in Deutschland und in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten ermordet worden sind – sowie angesichts der großen Zahl der an den Morden Beteiligten spricht der Autor von einem kaum zu begreifenden, aber angesichts der rechtlichen Voraussetzungen doch folgerichtigem Ergebnis. Bestätigt sieht sich, wer an Ingo Müllers 1987 erschienenes Buch erinnert: „Furchtbare Juristen“.

Opfermann behandelt über diesen Teil seines Buches hinaus eine ganze Reihe weiterer Prozesse, beginnend mit einigen Nürnberger Nachfolgeprozessen und danach folgenden westdeutschen Verfahren. Letztere sieht er eingeordnet in einen westdeutschen Sonderweg gegenüber den Bestimmungen des alliierten Kontrollratsgesetzes vom 20. November 1945, die in anderen Ländern jedoch Anwendung fanden. Politisch wurde in der BRD ein Strafrecht durchgesetzt, als habe es die Nürnberger Prozesse nicht gegeben. Es blockierte den Zugang zu jenen „überindividuellen, strukturellen Erklärungsansätzen für die NS-Verbrechen, wie das alliierte Strafrecht sie in den Blick genommen hatte“. Bezogen auf alle Bemühungen um eine justizielle Aufarbeitung des Komplexes nazistische Gewalt gab es bis 1998 Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 106.496 Personen. Rechtskräftig wurden 6598 verurteilt, also etwa 2,5 Prozent der ermittelten Straftäter. Die sogenannte Freisetzungsquote liegt bei 93,6 Prozent.

Fehlendes Unrechtsbewusstsein

Das Bild, das die Verfahren zu den Verbrechen gegen Roma-Angehörige boten, unterscheidet sich nicht vom scheußlichen Gesamtbild. Eher im Gegenteil. Es sei erlaubt, dazu ausführlich aus dem Buchabschnitt „Die Verfolgten und die Verfahrensbilanz“ zu zitieren: „Die Staatsanwälte und Richter attestierten den Aussagen von Roma-Zeugen immer wieder eine grundsätzliche Unglaubwürdigkeit und stellten dem eine Glaubwürdigkeit der Beschuldigten und ihrer vormaligen Kollegen und Vorgesetzten gegenüber. Während es, wenn es um Verbrechen an der jüdischen Minderheit ging, bei einer derartigen Verkehrung der rechtlichen Rollen Hemmungen gegeben haben mag, so gab es sie in diesem Fall nicht. (...) Ob es um die justizielle Aufarbeitung der Verbrechen oder in anderen Verfahren um die Frage der ‚Wiedergutmachung‘ ging, die Angehörigen der Minderheiten mussten die Ergebnisse der Rechtsprechung immer wieder als eine sich an die NS-Jahre anschließende erneute Ohnmachtserfahrung erleben. Statt ernst genommen zu werden, stießen sie auf Ignoranz und Missachtung bis hin zu der Unterstellung, die Kriminellen seien sie. Sie erlebten die Bedeutungslosigkeit ihrer Gewalterfahrungen und die juristische Nichtigkeit ihrer Tatvorwürfe. Verweigerung von Schuldanerkennung und Entschädigung bekräftigten die Nichtzugehörigkeit der Opfer zum volksgemeinschaftlichen ‚wir‘, in das Staatsanwälte, Richter und Beschuldigte sich mit aller Selbstverständlichkeit einbezogen.“

Bedauern und Schuldanerkennung gab es bei den Tätern nicht, von Unrechtsbewusstsein keine Spur. Immer ging es lediglich um „Einzeltäter“ und Handeln „auf Befehl“ oder „Unkenntnis“ und mangelndes Erinnerungsvermögen. Schuldabwehr erfolgte im Prinzip durch Schuldumkehr. Zumeist boten die Beklagten rassistische Zerrbilder von „heimatlosen Fremden“, von „asoziale Außenseitern“, von „Parasitenexistenz“ oder von den aus ihren Genen erwachsenden „Gewohnheitsverbrechen“. Allgegenwärtige Ressentiments in „Zigeuner“-Stereotypen dominierten. Was sicher nicht allein an einer mangelnden sozialen Affinität zu den Opfern lag.

Nicht alles, was dieses umfangreiche, mitunter in Detailbeschreibungen ausufernde Buch behandelt, kann hier dargestellt oder auch nur erwähnt werden. Jedoch sei als ein besonderer Vorzug die Tatsache benannt, dass der Leser zu allen Personen zumeist ausführliche biographische Angaben finden kann, die zugleich sozialgeschichtliche, zum Teil auch sozialpsychologischer Verallgemeinerungen erlauben. Die Geschichte der Institutionen wird als eine der in ihnen und für sie handelnden Akteure gesehen, gleich ob es sich um Verfechter einer letztlich tödlich wirkenden (Pseudo-)Wissenschaft gehandelt hat, um aktiv Beteiligte in der Genozidbürokratie oder als Täter eines „wissenschaftlich-polizeiliches Komplexes“, wobei er sich bei diesem inzwischen gängigen und durchaus zutreffenden Begriff auf den 1996 erschienenen Band „Rassenutopie und Genozid – die nationalsozialistische ‚Lösung der Zigeunerfrage‘“ von Michael Zimmermann beruft.

Sichtbare Kontinuitäten

Mit Bedacht wählte Opfermann daher für den Band ein 1942 aufgenommenes Foto als Titelbild. Es zeigt im Treppenhaus des Reichskriminalpolizeiamts 24 Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“. Bereits die Kleidung weise alle als Angehörige eines gemeinsamen Sozialmilieus aus. Kein Blaumann, kein Kittel, sondern Krawatte, weißes Hemd und leichtes Schuhwerk seien zu sehen. Das Foto gibt einen ins Bild gesetzten Arbeitszusammenhang wieder. Es hätte, so schreibt Opfermann, auch in den 1950er Jahren entstanden sein können und vermittele eine Statik der Sozialverhältnisse über die Einschnitte 1933 und 1945 hinweg. Allein das Hakenkreuzgeländer eröffne dem Betrachter die Möglichkeit einer zeitlichen Einordnung – sichtbare Kontinuität einer Gesellschaft also, in der sich die gesellschaftlichen Konflikte kaum zwischen Ethnien, sondern stets zwischen oben und unten vollziehen.

Festzustellen bleibt: Alle künftigen Arbeiten zur Justizgeschichte der BRD, jedoch auch zur weiterhin dringend notwendigen Aufklärung über den Antiziganismus als einer Erscheinungsform des wieder an Umfang und Wirksamkeit entfaltenden Rassismus, werden dieses Buch zu berücksichtigen haben. Des Autors Untersuchungsergebnisse sind dank ihrer humanistischen Eindeutigkeit kaum zu überschätzen.

Ulrich Friedrich Opfermann: „Stets korrekt und human“. Der Umgang der westdeutschen Justiz mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma (Antiziganismusforschung interdisziplinär, Bd. 4). Heidelberg University Publishing 2023, 574 Seiten, 45,00 Euro.

junge Welt, Montag, 06.11.2023, S. 12.

Endstation Feldherrenhalle

Faschistische Generalprobe

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Gepöppelt mit Geldern der Industrie unternahm die NSDAP vor 100 Jahren in München einen Staatsstreich. Zum Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923

Als Ende 1922 in Deutschland überall rechtsextreme Kräfte ihre Aktivitäten verstärkten und größere Anhängerscharen gewannen, flossen auch für die NSDAP reichlicher finanzielle Mittel aus den Kassen großbürgerlicher Kreise und mittelständischer Unternehmer. Sie erlaubten, den *Völkischen Beobachter* seit Dezember 1922 als Tageszeitung erscheinen zu lassen. Die Spendenbeträge wurden größer, der gesellschaftliche Rang der Spender immer gewichtiger. Zu ihnen gehörte u. a. Ernst von Borsig, der spätere Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Leiter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Die von ihm bereitgestellten Mittel gelangten über Valentin Litz, den Direktor der Borsig-Werke in Tegel, an Ernst Pöhner, den aktiven Nationalsozialisten ohne Mitgliedsbuch im Münchener Polizeipräsidium. Zu den Großindustriellen, die früh als Finanziers der Partei in Erscheinung traten, zählte auch Hugo Stinnes, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, Emil Kirdorf, Gründer des deutschen Kohlensyndikats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, und Fritz Thyssen, der nach dem Tode seines Vaters 1926 an die Spitze der Vereinigten Stahlwerke AG rückte und einer der mächtigsten Männer des Ruhrgebietes war. Sie interessierten sich ebenfalls bereits seit 1922 für die NSDAP, wobei letzterer im Herbst 1923 mehrere Versammlungen der NSDAP besuchte sowie an Erich Ludendorff und Adolf Hitler 100.000 Goldmark überwies.

Während der Inflationszeit erhielt die NSDAP Zuwendungen in Goldmark, was von erheblichem Vorteil war, da sie ihre Schulden in wertlosem Inflationsgeld zurückzahlen konnte. Auch einige SA-Führer bekamen ihren Sold teilweise in Devisen ausgezahlt. Eine Reihe adliger Damen und Herren spendeten für die Partei, darunter Prinz Arenberg, Gertrud von Seydlitz und der Herzog von Coburg. Auslandsdeutsche Gönner rührten sich in Amerika, in der Tschechoslowakei, in Schweden, Finnland und anderen Ländern. Noch nach dem Putsch vom 8./9. November 1923 besaß die NSDAP ein beachtliches Vermögen von rund 170.000 Goldmark.

Nach italienischem Vorbild

Im Januar 1923 – als sich die Auseinandersetzung im Reich um die Erfüllungs- bzw. die Katastrophenpolitik aufs äußerste zuspitzte und die französische Regierung Sanktionen ankündigte – führte die NSDAP ihren ersten „Reichsparteitag“ durch, ein Spektakel mit zwölf Massenkundgebungen, einer „Fahnenweihe“ und einer Parade der zum Teil schon völlig uniformierten SA auf dem Münchener Marsfeld. Angesichts der allgemeinen Empörung in Deutschland gegen die am 11. Januar 1923 erfolgte militärische Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen wagte sie sogar eine Machtprobe mit der bayerischen Regierung, in deren Konzept Propaganda für einen aktiven Widerstand an Rhein und Ruhr und für den sofortigen Sturz der Reichsregierung nicht passte. Ministerpräsident Eugen von Knilling unterstützte die Taktik des „passiven Widerstandes“, mit der die Reichsregierung auf die Ruhrbesetzung reagierte.

Hitler versprach, nichts gegen die bayerische Regierung zu unternehmen, und das genügte, um ihn und seine Anhänger doch gewähren zu lassen. Prompt wurden die Bestimmungen des Ausnahmezustandes – obwohl die Reichsregierung den NSDAP-Parteitag zum formellen Anlass für seine Verhängung genommen hatte – nicht gegen diese Partei angewandt. Alle auf ihm beruhenden Maßnahmen richteten sich lediglich gegen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung. Gerade dieses regierungs-offizielle Entgegenkommen steigerte den Zustrom neuer Mitglieder und ermunterte die NSDAP nun zur unmittelbaren Vorbereitung einer größeren Aktion.

Alles, was die Nationalsozialisten während des Jahres 1923 unternahmen, stand im Zeichen ihrer Vorbereitung auf einen Putsch, auf eine erneute Aktion à la Kapp. Nach italienischem Vorbild streb-

ten sie einen „Marsch auf Berlin“ und die Einsetzung einer neuen Reichsregierung an. Pläne und Einsatzbefehle nahmen eine immer konkretere Gestalt an. Die seit März 1923 von Hermann Göring geführte SA gebärdete sich offen als Wehrverband und veranstaltete in Bayern eine militärische Übung nach der anderen. Im Frühjahr 1923 wurde – wie immer, wenn sich rechtsradikale Verbände formierten und zum Losschlagen bereit hielten – das Gerücht ausgestreut, ein „Linksputsch“ stünde bevor. Den Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern drohte Hitler, ihre für den 1. Mai vorgesehenen Demonstrationen würden nur stattfinden, wenn sie über seine „Leiche marschieren“ könnten. In den frühen Morgenstunden des 1. Mai rotteten sich in München 1.300 SA-Leute und etwa 4.000 Mitglieder der vaterländischen Verbände – des „Bundes Oberland“, der „Reichsflagge“, des Blücher-Bundes, der Zellergruppe u. a. m. – aus ganz Bayern zusammen. Das militärische Kommando führte Hermann Kriebel, ein Vertreter der vaterländischen Verbände. Die politische Führung lag in den Händen Hitlers. Ernst Röhm sorgte dafür, dass sie zusätzlich zu ihren Gewehren, Handgranaten und Pistolen aus den Beständen der Reichswehr Maschinengewehre und ein Geschütz erhielten.

Die Trupps der NSDAP standen Gewehr bei Fuß. Sie warteten jedoch vergebens auf das Zeichen ihrer Führer, die friedliche Demonstration der Münchener Arbeiter zu überfallen. Die bayerische Reichswehrführung unterband jede größere Aktion und verlangte die Rückgabe ihrer Waffen, was wiederum von Röhm organisiert wurde. Nach den Gesetzen der Republik und Bayerns hätte Hitler bereits in dieser Situation wegen staatsgefährdender Betätigung und der Aktion vom 1. Mai 1923 zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden können. Doch Justitias rechtes Auge erwies sich wieder einmal als blind. Selbst die Verabschiedung Röhrs aus der Truppe, die der Reichswehrminister Otto Geßler persönlich verfügt hatte, scheiterte am Einspruch des Generals Otto Hermann von Lossow, der die Reichswehr in Bayern kommandierte. Gegen die NSDAP gerichtete Untersuchungen eines Münchener Staatsanwalts wurden rasch abgeschlossen, als Hitler drohte, mit „landesverräterischen Enthüllungen“ aufzuwarten.

Ungeachtet des am 11. Mai verhängten Ausnahmezustandes traten die paramilitärischen Wehrverbände weiter auf; sie hielten Übung auf Übung ab und formierten sich zu einer „Kampfgemeinschaft nationaler Verbände“ unter Ludendorffs und Hitlers Führung. Ohne Einschränkungen konnten die Nationalsozialisten ihren „Helden“ Albert Leo Schlageter feiern, der am 26. Mai 1923 von den französischen Besatzungsorganen im Ruhrgebiet wegen Sabotageaktionen hingerichtet worden war. Zu einem einwöchigen Verbot des *Völkischen Beobachters* kam es im Juli 1923 nur, weil in seiner Ausgabe vom 14. Juli allzu selbstbewusst erklärt worden war, im Falle von Behinderungen durch die Polizei werde sich die NSDAP der bayerischen Regierung nicht mehr als „Notpolizei“ zur Verfügung stellen.

Varianten der Diktatur

Als im August 1923 Reichskanzler Wilhelm Cuno durch einen von der KPD initiierten Generalstreik aus dem Amt gezwungen und einen Monat später die Taktik des „passiven Widerstands“ gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben wurde, verkündete der neue Reichskanzler und DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann: „Die beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern.“ Die Beilegung des Ruhrkonflikts und der Kurs auf die Stabilisierung der Währung wurden von einer erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes flankiert. Im Grunde handelte es sich dabei um einen Bruch der Weimarer Verfassung, in der kein Wort über ihn stand. Sollte er verfassungsmäßig gedeckt sein, wäre ein im Artikel 48 angekündigtes Gesetz erforderlich gewesen. Ein solches Gesetz war noch nicht ergangen. Auch auf diese Weise organisierte die neue Regierung selbst einen Rechtsruck, der die politische Macht in Deutschland mit militärischen Mitteln absichern sollte und auf einen rechtsgewendeten Parlamentarismus hinauslief.

Darüber entbrannten in den Reihen derer, die konkrete Diktaturpläne verfolgten, neue Auseinandersetzungen. Während die Reichsregierung und die Parteien der sogenannten Mitte das Schwergewicht der politischen Entscheidungen von der Legislative zur Exekutive verschieben wollten, ohne erstere zu beseitigen, traten nahezu alle konservativ-nationalen Kräfte mehr oder weniger offen für eine Mili-

tärdiktatur ein. Das von Stinnes propagierte Programm einer „Zerschmetterung des Kommunismus“, der Notverfassungsentwurf des Aldeutschen Verbandes und vieler extrem reaktionärer Kräfte, darunter auch jene der NSDAP und der bayerischen Wehrverbände, stimmten weitgehend überein. Als Ziel galt: Unterdrückung ihrer Gegner mit rücksichtsloser Gewalt, Auflösung der Parlamente, Verhängung des Standrechts, Todesstrafe für Streikende, Aufhebung der Pressefreiheit, Verbot der Gewerkschaften. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Frage, ob sich das angestrebte Regime vorrangig auf die Reichswehr oder auf rechtsextreme Bürgerkriegsorganisationen stützen sollte. Der Einsatz der Reichswehr erschien vielen als aussichtsreicher, war diese doch zweifellos viel disziplinierter und militärisch schlagkräftiger als die Wehrverbände. Letztlich stellte ihr Einsatz auch das kleinere Risiko dar; eine Generalherrschaft ließ sich in gewisser Hinsicht immer noch mit der Fassade „legaler“ Mittel drapieren. Die Diktaturkandidaten der Wehrverbände vertrauten hingegen auf ihre Resonanz unter breiten Teilen der deutschen Bevölkerung, insbesondere unter den Mittelschichten.

In Bayern gingen die monarchistisch-partikularistischen Gruppen unter dem Triumvirat von Gustav von Kahr, Otto von Lossow und Oberst Hans Ritter von Seißer, dem Chef des Landespolizeiamtes, und die NSDAP lange Zeit Hand in Hand bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Putsches gegen die Reichsregierung und den parlamentarisch-demokratischen Staat von Weimar. Für einen solchen Zweck wurde die Partei der Faschisten weiter gepöppelt, obwohl sie mehr und mehr mit eigenen Forderungen hervortrat und aus der Rolle eines nur regional wirksamen und beliebig zu dirigierenden Juniorpartners herauszuwachsen begann. Sie organisierte am 2. September einen „Deutschen Tag“ in Nürnberg. An dieser provokatorischen Machtdemonstration nahmen rund 100.000 Menschen teil. Unter den „Ehrengästen“ befanden sich Erich Ludendorff, der sich offen zum Nationalsozialismus bekannte, Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der Herzog von Coburg, Admiral Reinhard Scheer und zahlreiche bayerische Generäle und Offiziere. Am gleichen Tag entstand unter aktiver Mitwirkung der NSDAP der „Deutsche Kampfbund“, der die organisatorische Grundlage für die weiteren Putschvorbereitungen bot. Die Nürnberger Generalprobe für den geplanten Umsturz verlief verheißungsvoll, zumal sich SPD und KPD nicht auf eine gemeinsame Gegenwehr zu einigen vermochten. Drei Wochen später gelang es Röhm, die Wahl Hitlers zum politischen Leiter des „Kampfbundes“ durchzusetzen.

Streit in der Fronde

Die NSDAP, die während des Jahres 1923 in ihren Mitgliederlisten mehr als 35.000 Neuaufnahmen verzeichnen konnte, profitierte vor allem von den gegen Berlin gerichteten Maßnahmen der bayerischen Regierung. Diese ernannte am 26. September Kahr zum Generalstaatskommissar, stattete ihn mit diktatorischen Vollmachten aus und kam Forderungen der Reichsregierung nach einem Verbot des *Völkischen Beobachters* nicht bzw. nur mit erheblicher Verzögerung nach. Kahr stellte nicht nur die Ausnahmegesetze des Landes über die des Reiches, er ließ sogar die Reichswehrtruppen des Münchener Wehrkreises auf die bayerische Landesregierung vereidigen. Lossow traf sich im Herbst mehrere Male mit dem Führer der NSDAP und versicherte, er sei mit Hitlers Auffassungen „in neun von zehn Punkten völlig einig“.

Trotz ihrer Gemeinsamkeiten entflammte im Herbst 1923 zwischen dem rechtskonservativen „weiß-blauen“ und dem nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfronde dennoch offene Rivalität. Der gemeinsam propagierte und intensiv vorbereitete „Marsch auf Berlin“, für den Lossow am 24. Oktober vor Vertretern der Reichswehr, der Landespolizei, der vaterländischen Verbände und des „Kampfbundes“ die Parole „Sonnenaufgang“ ausgab, entsprach nicht in allem den Plänen der „Weiß-Blauen“. Deren hauptsächliches Ziel bestand in einem weitgehend eigenständigen, von revolutionären Einflüssen aus den übrigen Teilen Deutschlands abgeschirmten Bayern. Dafür wurden zwar alle Aktivitäten der NSDAP als nützlich einkalkuliert, die Ansprüche auf eine Führungsrolle und auf Realisierung ihrer Ziele aber als überflüssig und ihrer eigenen Sache abträglich betrachtet, gingen sie doch weit über die von Kahr und Lossow hinaus. So erklärte Hitler am 30. Oktober im Zirkus Krone, für ihn sei „die deutsche Frage erst gelöst, wenn die schwarz-weiß-rote Hakenkreuzfahne vom Berliner Schloss“ wehe. Keineswegs wollte er sich mit einer starken „nationalen“ Regierung oder einer

Militärdiktatur zufriedengeben, sondern erreichen, dass eine nationalsozialistische Herrschaft in den Sattel gehoben werde.

Für Kahr und die von ihm repräsentierten Kreise war diese Alternative zu ihren eigenen Plänen jedoch erledigt, als sich im Reich die Verhältnisse zu stabilisieren begannen. Am 13. Oktober beschloß der Reichstag ein Ermächtigungsgesetz, das erlaubte, von den verfassungsmäßig garantierten demokratischen Grundrechten abzugehen. Ende Oktober marschierte die Reichswehr auf Veranlassung des Reichspräsidenten und der Regierung in Sachsen und Thüringen ein, wo die legalen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen abgesetzt wurden. Ein Aufstandsversuch der KPD, der in Hamburg begann, wurde niedergeschlagen. Die Übergabe der gesamten vollziehenden Gewalt an Reichswehrchef General Hans von Seeckt zeichnete sich ab.

Für Kahr schien sich nunmehr die Aufgabe der bayerischen „Ordnungszelle“ erübrigt zu haben, mit dem „Saustall in Berlin“ aufzuräumen. Nicht zuletzt bröckelte die sogenannte nationale Opposition gegen den Kurs der Machthaber in Berlin, weil sich die Zeichen einer Wende der inneren Verhältnisse Deutschlands mehrten. Sie waren mit der beginnenden Stabilisierung der Mark und stützenden finanzpolitischen Maßnahmen der USA verbunden. Mit Gespür für die veränderte Situation begriff ein Teil der bayerischen Rechten, dass unter Deutschlands ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden sich jene Richtung durchgesetzt hatte, die eine parlamentarische Staatsform für unentbehrlich und vorläufig lediglich graduelle Veränderungen am politischen Herrschaftssystem für erreichbar hielt. Kahr, Lossow und Seißer eröffneten am 6. November den Führern der vaterländischen Verbände, dass einzig und allein sie das Kommandorecht beanspruchen und jede Eigenmächtigkeit brechen würden. Dies kam einer Distanzierung vom nationalsozialistischen Flügel der Putschistenfront gleich.

Terroristische Generalprobe

Die Führung der NSDAP versuchte dennoch am 8. November 1923 vollendete Tatsachen zu schaffen. Angesichts der für sie ungünstigen Entwicklung wollte sie wenigstens retten, was zu retten war. Sie befürchtete auch, ihre aufgeputschten Anhänger nicht mehr bei der Fahne halten zu können, und sorgte sich um den drohenden Zerfall der so mühsam unter ihrem Kommando formierten „Kampfbund“-Einheiten. Hitler drang an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller ein, wo Kahr gerade eine programmatische Rede halten wollte. Mit ausgesprochenem Sinn für theatralische Effekte verkündete der NSDAP-Führer nach einer kurzen Beratung im Nebenzimmer (und einer Versammlungspause, in der Göring die erregten Teilnehmer unter anderem mit dem Argument beruhigte, die Bayern würden auch künftig ihr Bier bekommen!) den Beginn einer „nationalen Revolution“ und die Bildung einer neuen Reichsregierung. Dieser würden außer ihm auch Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Feder angehören. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 – wüst als „Novemberverbrecher“ beschimpft – sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. „Tumultuarisches begeistertes Geschrei“ und das Deutschlandlied gellten danach durch den Saal. Nach anfänglicher und erzwungener Zustimmung zogen sich Kahr, Lossow und Seißer jedoch in der Nacht von diesem Unternehmen zurück und wandten sich gegen den Putsch. Die Verbrüderungsszene mit den Nationalsozialisten und die Anerkennung einer Reichskanzlerschaft Hitlers vergaßen sie rasch. Kahr wechselte die Front und erklärte die NSDAP und den „Kampfbund“ für aufgelöst; zugleich verbot er – ohne jede Begründung – ebenfalls die KPD. Aus anderen bayerischen Garnisonen wurden Reichswehreinheiten nach München beordert.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gaben die Putschisten eine Probe ihres propagandistischen und terroristischen „Könnens“. Aus der Kasse einer Buchdruckerei „besorgten“ sie sich Sold für die SA-Leute. Der „Stoßtrupp Hitler“ stürmte und verwüstete auf Görings Befehl das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen *Münchener Post*. Unter Leitung Röhms besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando. Rudolf Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Wahllos wurden vor allem jüdische Bürger verhaftet. In blinder Hoffnung glaubte Hitler – darin von Ludendorff nachhaltig unterstützt – noch immer, durch den ohne Erfolgsaussicht begonnenen Putsch eine Wende erzwingen zu können. Er

befahl seine Anhänger für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchener Innenstadt. Eine Polizeisperre konnte den Zug zunächst nicht aufhalten; beim ersten Schuss, so drohte Göring, werde man die inhaftierten Geiseln erschießen. Als die SA-Leute und Mitglieder des „Bundes Oberland“ das Regierungsviertel erreichten, fiel ein Schuss, dem für etwa eine Minute ein heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle – einem zum Ruhme Wittelsbacher Heerführer erbauten klassizistischen Gebäude – stoppten einige Salven der hier aufmarschierten Landespolizei die vordringenden Putschisten endgültig. 16 Mitglieder der NSDAP und drei Polizisten lagen tot oder sterbend auf der Straße. Ludendorff, Drexler, Frick und einige wenige ließen sich an Ort und Stelle verhaften. Eilig zerstreuten sich die etwa 3.000 Faschisten, die sich am Marsch beteiligt hatten. Mancher stob in wilder Flucht davon. Auch hierin sollte sich der um seine eigene Rettung bemühte Hitler als „Führer“ erweisen. Zunächst konnte er sich in einem Landhaus der befreundeten Familie Hanfstaengl verbergen, bevor er am 11. November verhaftet wurde. Göring, Esser, Feder, Berchthold und andere flüchteten ins Ausland.

Die Parteigeschichtsschreibung, die dem fehlgeschlagenen Staatsstreich stets einen zentralen Platz in ihrer heroisierenden Selbstdarstellung einräumte, konstruierte so manche Legende und fälschte viele Details des Geschehens, um Abenteuerlichkeit und Dilettantismus vergessen zu machen. Das braune Regime feierte später die Toten als „Blutopfer“ und „Helden der Bewegung“. Ihrer wurde regelmäßig und in düsterem Pomp gedacht. Ausgezogen, nach Berlin zu marschieren und die Macht zu erobern, kamen die Putschisten am 5. Jahrestag der Novemberrevolution nicht weit. Die Endstation hieß: Feldherrnhalle. Vorläufig.

Der obenstehende Text ist ein Nachdruck aus Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1929 bis 1945, Köln: PapyRossa-Verlag 2009, 3., verb. u. erg. Aufl., S. 79-86.

junge Welt, Donnerstag, 09.11.2023, S. 12.

Spurensuche und Bleibendes

Es heißt, die Geschichte werde von Menschen gemacht - zwar nicht immer aus freien Stücken, da sie in jeweilige gesellschaftliche Umstände eingebunden leben. Aber in ihrer Hand liegt Historisches und Weltveränderndes, gleich ob Erfolgreiches oder Belastendes für sie in ihrem eigenen Leben. Landläufig sieht sich diese Aussage menschengemachter Geschichte vorrangig auf herausragende Persönlichkeiten bezogen. Allein sie würden führen, könnten Weichen stellen und den Lauf der Ereignisse bestimmen. So geraten jedoch lediglich einzelne Menschen als Gestalter und Herrscher in den Blick. Weniger wird an sogenannte kleine Leute gedacht, an Beherrschte und Benutzte, kaum jedoch an jene, die – modern gesprochen – keinem Mainstream folgten und während der zwölf Jahre nazifaschistischer Diktatur im besten Sinne des Wortes Widerstand leisteten. Ihr Handeln scheint angesichts eines furchtbaren Regimes, seines Raub- und Vernichtungskrieges und seines rassistischen Völkermordes vergeblich zu sein – weder konnte die Herrschaft der NSDAP gebrochen noch der Zweite Weltkrieg verhindert werden.

Doch es ist ein ehrenvoller und zu würdigender Platz, den alle Widerständigen in Bild von der realen Geschichte einnehmen. Dazu trägt der Autor des vorliegenden Materials bei. Er schaut auf das Denken und Handeln jener Menschen, die oftmals ohne Namen geblieben sind, aber im Ringen um das Bewahren von Menschlichkeit der nazifaschistischen Herrschaft widerstanden und selbst ihr Leben einsetzten, um Kriege zu verhindern bzw. sie zu beenden. Ihnen setzt Peter Franz ein Denkmal der besonderen Art, ein notwendiges und ansprechendes sowie gelungenes.

Ausgehend von unhinterfragten Behauptungen – aufgestellt in politischen Zusammenhängen – über den Anteil bestimmter Personengruppen am antifaschistischen und antimilitaristischen Widerstand, begab sich der Vf. auf die Suche nach Zahlen der Widerständigen sowie nach deren Herkunft, Motiven und Taten – weltweit und nicht in den früher oft gewählten Begrenzungen auf die deutsche Geschichte. Bei seiner Spurensuche geriet er in Bereiche, die in der Widerstandsliteratur oftmals nur angedeutet oder sogar unbeachtet geblieben sind.

Der Leser kann erfahren, dass und wie unterschiedlich Menschen auf demokratiefeindliche, terroristische und kriegssüchtige Herausforderungen durch den deutschen Faschismus reagiert haben, um vor sich selbst bestehen zu können. Sie setzten so bemerkenswerte Zeichen nichtfaschistischen Denkens und Handelns. Sie hinterließen Spuren in der Geschichte, deren Bedeutsamkeit deutlich in den zahlreichen Übersichten und Tabellen aufscheint.

Im Blick auf die Geschichte geht nichts verloren, es sei denn, es würde bewusst verloren gegeben. Hier wird Bemerkenswertes und Bedeutendes aus der Geschichte des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg dank sorgsam statistischer Erhebungen ans Licht fördert, damit es nicht leichtfertig in den Hintergrund gedrängt oder gar verloren geht, das verlangt große Anerkennung für das vom Autor Geleistete. Seine umsichtig, sorgfältig und penibel erarbeiteten Aussagen bereichern ein humanistisches Weltbild.

Vielen Dank, lieber Peter Franz!

Vorwort, in: Peter Franz: Menschen im weltweiten Widerstand gegen das deutsche Naziregime. Eine soziologische Untersuchung, Norderstedt 2024, S. 7 f.

Thüringen vor 100 Jahren

Tummelplatz völkischer und faschistischer Organisationen und der nationalsozialistische Organisator Fritz Sauckel

Als das Land Thüringen in den frühen 1920er-Jahren ein demokratisch-sozialistisches Reformzentrum, ein demokratisch-republikanischer Hoffnungsträger sowie ein mögliches Bollwerk gegen den Ansturm von Faschisten aus Bayern darstellte,¹ sahen konservative und liberale Gegner der Weimarer Republik darin nichts Anderes als ein revolutionäres, die Macht der Herrschenden erschütterndes „Schreckgespenst“.² Es drohe Gefahr. Der Untergang nahe. So hieß es vielfach in ihren Medien. Schließlich verhängte die Reichsregierung eine militärische Exekutive gegen Thüringen und ließ am 8. November 1923 Truppen der Reichswehr vor dem Landtag in Weimar aufmarschieren. Die demokratisch zustande gekommene und verfassungsmäßig legitimierte Koalition beider Arbeiterparteien wurde gezwungen, sich Schritt für Schritt aufzulösen. Rasch änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten antisozialistischer und antikommunistischer Kräfte. Davon profitierten auch völkische und nationalsozialistische Organisationen, in deren Reihen es allerdings nach dem misslungenen Münchener Putsch und unter dem Druck des Verbotes der NSDAP erheblich kriselte. Innere Auseinandersetzungen aller Art dominierten, und es schien, als könnte es gelingen, dem Faschismus Einhalt zu gebieten. Doch dem verweigerten sich in Thüringen die regierenden Parteien. Ihr Bemühen galt einer „konservativen Restauration in Politik und Kultur“, in der es keinen Raum gab für eine dem damaligen Rechtsextremismus entschieden entgegentretende Regierungs- und Parlamentsarbeit.³

In einer politisch außerordentlich aufgeheizten Atmosphäre bereiteten die bürgerlichen Parteien die für den 10. Februar 1924 angesetzte Wahl eines neuen Thüringischen Landtages vor. Zu deren Unterstützung rief der *Verband der Mitteldeutschen Industrie* seine Mitglieder auf, pro Kopf der Belegschaften ihrer Firmen fünf Goldmark für den Wahlkampf zu spenden, um das Bürgertum und damit die Industrie zu retten, den bürgerlichen Parteien zum Erfolg zu verhelfen, „koste es, was es koste ...“ und sei es selbst „der letzte Hosenknopf“.⁴ Von Abgrenzung zu Völkischen und Faschisten fiel dabei kein Wort; sogenannte Brandmauern – um hier einen aktuellen Begriff zu verwenden – richteten sich allein gegen die Linke.

Gegen diese wurde – und auch das erlaubt einen kritischen Blick auf gegenwärtige Erscheinungen in Thüringen – kaum rational argumentiert. Es wurde eher behauptet, beschuldigt, angeklagt, entstellt, diskreditiert und maßlos übertrieben. In eindeutig rechtspopulistischer Manier erklärte der *Thüringer Ordnungsbund*, ein am 30. Dezember 1923 entstandener Zusammenschluss mehrerer bürgerlicher Parteien, der auch für geraume Zeit von der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) unterstützt worden ist, in Thüringen würde „allgemeine Rechtsunsicherheit“ herrschen und die öffentliche Sicherheit sei erheblich gestört. Alles sei furchtbar zerrüttet, darunter besonders die Finanzen und das Wirtschaftsleben, das Beamtentum und die Schule. Auch habe das „rote Thüringen“ das Reich im Ausland bloßgestellt.

Durchaus bemerkenswert: Solche „Argumente“ über die sogenannte Einseitigkeit und Unfähigkeit sozialistischer Regierungstätigkeit hatte es bereits 1921 vor dem Amtsantritt der Regierung des Sozialdemokraten August Frölich gegeben.⁵ Noch hatte diese keine Reformen einleiten können. Noch

¹ Siehe dazu in jüngster Zeit Karl Heinrich Pohl: *Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie?* Göttingen 2022; Mario Hesselbarth: *Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923.* Hrsg. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Erfurt 2023.

² Quellen zur Geschichte Thüringens 1918-1945. Hrsg. von Jürgen John, Erfurt 1996, S. 29.

³ Burkhard Stenzel: „Krach im Landtag“. Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Parlament in der Zeit der Weimarer Republik. In: *Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933.* Hrsg. von Burkhard Stenzel und Klaus Jürgen Winkler, Weimar 1999, S. 25.

⁴ Rundschreiben des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie vom 21.12.1924. In: *Quellen zur Geschichte Thüringens 1918-1945.* Hrsg. von Jürgen John, (Hrsg.): Erfurt 1996, S. 116 f.

⁵ Siehe Manfred Weißbecker: *Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921-1923).* In: *Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute.* Hrsg. Von Manfred Weißbecker, Jena 2004, S. 29-46.

war überhaupt nichts geschehen, was über Maßnahmen zum Schutz der Weimarer Republik und zu einer wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der Lebenslage hinaus gereicht hätte. Noch hatte sich nicht einmal das durchsetzen lassen, was einst die Bourgeoisie in der großen französischen Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatte.⁶ Da wurde von den konservativen und liberalen Gegnern der neuen Landesregierung bereits von einer „Brandfackel“ gesprochen, die gegen das Bürgertum geworfen worden sei. Man sah sogar die Lebensfähigkeit Thüringens „ernstlich in Frage gestellt“.⁷ Aus dieser damals (und auch später!) betriebenen antisozialistischen Bedrohungs- und Hasspropaganda erwuchs ein politisches Konzept, das sich sowohl gegen Demokratie und Republik richtete als auch eigener Politik erlauben sollte, sich gegen die „linke Gefahr“ selbst der noch weiter rechts stehenden völkisch-rassistischen und faschistischen Kräfte bedienen zu dürfen bzw. zu müssen. Zumal man ja ohnehin mit denen in manchen Punkten auf gleicher Wellenlänge lag.

Im Wahlkampf trat der Thüringer Ordnungsbund seit Ende 1923 mit der Parole auf: „Das ganze Land kam auf den Hund, uns rettet nur der Ordnungsbund!“⁸ Eine allgemein bekannte Redewendung nutzend, sollte in durchaus klangvoller Lautmalerei suggeriert werden: Sozialisten – gleich ob Sozialdemokraten oder Kommunisten – hätten eine einseitige Klassenherrschaft errichten wollen und eine „rote Parteidiktatur“ ausgeübt. Sie könnten weder vernünftig wirtschaften noch gescheit regieren. Sie würden die Bevölkerung lediglich von einem Desaster in das nächste führen. Man nahm Vernunft und Machtfähigkeit allein für sich in Anspruch. Wo die Ursachen für Inflation, Wirtschaftskrise und andere Beschränkungen des Alltags zu suchen gewesen wären, herrschte hingegen Stillschweigen.

Gewonnen wurden die Landtagswahlen am 10. Februar 1924 vom Thüringer Ordnungsbund. Das Versprechen, mit früherer „Vaterlands- und Religionslosigkeit“ entschieden abrechnen zu wollen,⁹ traf vor allem in den ländlichen Regionen auf Zustimmung. Ebenso hatte sich die völlig überzogene Behauptung, der „Marxismus“ – gemeint waren alle proletarischen Parteien und die Gewerkschaften – sei generell nur „fähig zu zerstören, unfähig zu staatserhaltender Arbeit“¹⁰, als wirksam erwiesen. Alles sah sich zudem gekoppelt mit dem gerade in Thüringen weit verbreiteten Gedankengut rassistisch-antisemitischer Prägung. Nach den Wahlen konnte dieses in Politik umgesetzt werden. Selbst eindeutig antisemitischen Aktionen stimmten die thüringischen Konservativen zu, wie die um den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb gewobene Affäre zeigte; dieser wurde entlassen, weil nicht nur die Völkischen der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden.¹¹ Dabei handelte es sich um einen Skandal, der bereits alle späteren rechtsextremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen ließ: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen und Ähnliches mehr. Im Urteil der Nachwelt: Gespenstisch sei der Schatten von Buchenwald bereits vorweggenommen worden.¹²

Der Thüringische Ordnungsbund stand zwar als Sieger der Landtagswahlen da, hatte aber nicht die absolute Mehrheit der Mandate erringen können. In dieser einem Patt zwischen den Lagern gleichenden Situation griff seine Führung gern (und nicht blindlings, wie nach 1945 oft gesagt werden sollte) nach der Hand von sieben neuen Abgeordneten. Den ersten Faschisten, die überhaupt in ein deutsches

⁶ Angesichts dieser frühen bürgerlichen Attacken auf die Sozialdemokratie erscheint die Aussage von Steffen Raßloff in der Thüringischen Landeszeitung vom 10.02.1924, S. 3, mehr als nur merkwürdig, dass sich die thüringische Regierung 1924 von radikalen Antisemiten abhängig gemacht habe, weil zwischen 1921 und 1924 „eine rigide sozialistische Reformpolitik“ betrieben worden sei.

⁷ Zit. nach Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 70.

⁸ Zit. nach Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997, S. 104.

⁹ Siehe Guido Dressel: Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919-1933, Weimar 1998, S. 39.

¹⁰ Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen. Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion (als Manuskript gedruckt, nur an Vertrauensmännern der Deutschnationalen Volkspartei auszuliefern), Weimar o. J., S. 5. Ähnlich auch: Der III. Landtag von Thüringen (nach dem Stande 01.01.1927). Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion, Erfurt 1927.

¹¹ Siehe Volker Mauersberger: Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt, Berlin 1999, S. 175 ff.

¹² Hier sei gespenstisch bereits der Schatten von Buchenwald vorweggenommen worden, urteilt Mauersberger. Ebenda.

Landesparlament gelangen konnten. Ihre Namen hatten auf der Liste des *Völkisch-Sozialen Blocks* (VSB) gestanden, einer Wahlgemeinschaft, zu der sich einige, darunter auch miteinander konkurrierende Gruppen der Völkischen und der Nationalsozialisten zusammengefunden hatten, um die im Herbst 1923 erlassenen Verbote von *Deutschvölkischen Freiheitspartei* und von NSDAP ungehindert umgehen zu können. Die neue Landesregierung, an deren Spitze mit Richard Leutheuser ein Vertreter der *Deutschen Volkspartei* (DVP) stand, zahlte bedenkenlos den Preis, den die neue Fraktion gefordert hatte: Da wurden vom III. Thüringer Landtag und von der neuen Regierung nicht nur beinahe alle Reformen ihrer Vorgänger rückgängig gemacht. Da wurden nicht nur die proletarischen Hundertschaften aufgelöst und verboten, sondern erfolgte bereits am 3. März 1924 (übrigens ohne abzuwarten, wie der in München stattfindende Prozess gegen Hitler und andere Putschisten ausgehen und wie dies im Reich gehandhabt wird) eine Aufhebung des Verbotes der völkischen und nationalsozialistischen Partei. Das galt nicht als ein braves Dankeschön für die von den VSB-Abgeordneten gewährte Unterstützung, sondern es bedeutete das Akzeptieren der von Dinter gewünschten „völkischen Hand an der Gurgel des Parlaments“¹³. Es handelte sich um einen folgenreichen Verzicht auf eigentlich erforderliche politische und geistige Auseinandersetzung mit krudem nationalistisch-rassistischen Gedankengut. Denn ohne jede Debatte sowie ohne jedes Anzeichen von Skrupeln fügte man sich bei der Regierungsbildung der völkischen Forderung, es dürfen in die neue Regierung nur „rein arische Männer“ aufgenommen werden,¹⁴ was nicht zuletzt die Deutsche Demokratische Partei (DDP) – obwohl dem Thüringer Ordnungsbund zugehörig – ausschloss und ein sogenanntes Kabinett der Fachleute erzwang.

Gegen „Fremdherrschaft“, „Marxismus“ und „Judentum“

In welchem Geist die thüringischen Konservativen sich nach ihrem Wahlerfolg ans Werk machten, verriet auch ein Wahlauftritt der DNVP für die Wahlen zum neuen Reichstag, die für den 4. Mai 1924 angesetzt worden waren. In ihm hieß es, man wolle endlich frei sein von „äußerer Fremdherrschaft“, frei vom Marxismus und „frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!“. Der Aufruf betonte, „Deutschnationalein heißt deutschvölkisch sein“, und schloss mit der Parole „ein Volk, ein Reich, ein Kaiser“.¹⁵ Auf solcher Grundlage und in weitgehender Übereinstimmung mit den auf diese Weise geförderten faschistischen Kräften gelang ein erheblicher Kurswechsel in der Landespolitik. Konservative und antirepublikanische Kräfte setzten „eine massive Gegenreaktion“¹⁶ zu den demokratischen Entwicklungen in den ersten Nachkriegsjahren durch.¹⁷

Dies bot vor allem den in Thüringen wirkenden nationalistischen, deutsch-völkischen und faschistischen Kräften einen außerordentlich günstigen Nährboden. Während im Reich nur 6,5 Prozent der Wähler für sie votierten, gaben ihnen hier 9,9 Prozent ihre Stimme. Ungefährdet blieb der Spielraum für einen generellen Neubeginn – inhaltlich, taktisch, organisatorisch sowie personell. Was für sie nach dem Scheitern des Münchener Putsches erforderlich zu sein schien, war dank der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen auch möglich: Gesucht wurde nach zeitgemäßen, an den Parlamenta-

¹³ Dinter hatte am 16.02.1924 in der Zeitung Mecklenburger Warte erklärt, dass der Völkische Block „die Hand an der Gurgel des Parlaments habe und dass jede Koalition und Konstellation nach seiner Pfeife tanzen müsse.“ Zit. nach der von Walther Graef (Anklam) verfassten DNVP-Flugschrift Nr. 150 „Völkische Mittelpartei oder deutschnationale Rechtspartei?“, S. 11.

¹⁴ Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar u. a. 1995, S. 53.

¹⁵ Führer durch den Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg vom 30. März bis 2. April 1924, Berlin 1924, S. 13 f.

¹⁶ Jürgen John: Einleitung zu Quellen zur Geschichte Thüringens. 75 Jahre Freistaat Thüringen. Verfassungen und Gesetze 1920-1995. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Erfurt 1995, S. 11.

¹⁷ Die Rechtfertigung und das auch in der Literatur anzutreffende Argument, diese „Gegenreaktion“ sei eine verständliche Antwort auf Novemberrevolution und die Gefahr einer „Bolschewisierung“ des Landes gewesen, vermag nicht zu überzeugen. In Thüringen hatte es keine der Bayerischen Räterepublik vom Frühjahr 1919 vergleichbare Erscheinung gegeben und auch keine militärischen Auseinandersetzungen wie in Berlin und im Ruhrgebiet, wenn man von der historisch völlig gerechtfertigten Abwehr des Kapp-Putsches absieht. Der Antikommunismus diente in erster Linie als Vehikel im Kampf gegen die Weimarer Republik, die demokratische Verfassung und die mehrheitlich von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterbewegung.

rismus angepassten, diesen aber zugleich aushebelnden Auswegen¹⁸ aus eigenen politisch-taktischen Wirren sowie aus den lebhaft betriebenen Streitereien um begehrte Führungspositionen. Zugleich wollte man heraus aus der diversen Vielfalt der von Verboten betroffenen Organisationen und zahlreich neu geschaffener Ersatzformationen. Da wurde gegen „Mischmaschparteien“ gewettert, ebenso gegen „kindisches Splitterrichtertum“, gegen das „Streiten um die Frage, wer denn den einzig echten Ring völkischer Gesinnung im Besitz habe“. Und bemängelt wurde das „Überhandnehmen persönlichen Gezänkes“, der „Mangel an Unterordnungsvermögen“ sowie „die Sucht jedes dritten Gerne groß, selbst Führer sein zu wollen“. Damit hätten sich leider in den völkischen Kreisen „demokratisierende Tendenzen“ verbreitet, die dadurch auf ein „unfruchtbares Geleise“ „geschoben“ worden seien.¹⁹

Alles kulminierte in der Frage nach Notwendigkeit und Charakter einer neuen Rechtspartei, unter deren Hut eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern besonders aus den Reihen der Arbeiterschaft versammelt werden könnte. Sollte es eine neue „deutschnationale Rechtspartei“, eine „völkische Mittelpartei“, eine „überparteiliche Bewegung“ oder eine „nationalsozialistische“ sein?

Thüringen erwies sich als ein Gebiet, das für die letztere Variante gute Voraussetzungen bot. Die hier agierenden politischen Parteien standen einander in zwei „Lagern“ gegenüber – auf der einen Seite die beiden Arbeiterparteien, die indessen kaum noch zu gemeinsamen Aktionen fähig waren, und auf der anderen Seite sowohl die Parteien der sogenannten Mitte als auch die ausgesprochen rechts orientierten Parteien. Völkische Kreise und die NSDAP konnten sich hier – anders als z. B. in Sachsen²⁰ – auf das antisemitische und antisozialistische Ressentiment größerer Teile des Bürgertums und der Agrarverbände stützen. Zudem übte ein völkisches Netzwerk von Literaten wie Adolf Bartels u. a. m. starken Einfluss aus. Bei vielen Intellektuellen dominierte ein ausgeprägt nationalistisches Klassik-Verständnis, als Teil einer radikal betriebenen Kulturrevolution von rechts. Sie präsentierte sich zwar nicht direkt als faschistisch, trug jedoch erheblich dazu bei, dass faschistischer Ungeist sich ständig ausbreitete und dass sich nazistische Organisationen stabilisieren konnten.²¹ Deren Schwächen, erkennbar in drastisch ausgetragenen Streitereien, wurden mehr oder weniger bewusst übersehen, kaum erkannt und erst recht nicht für eine Stärkung demokratisch-republikanischer Positionen genutzt. Im Gegenteil: Mitte der 1920er-Jahre spielten Antisozialismus und Antikommunismus, zusammengefasst als Anti-„Marxismus“ sowie der völkische Antisemitismus eine hilfreiche Rolle als Förderer und Wegbereiter für den deutschen Faschismus.

Was die seit 1928 von Alfred Hugenberg geführte *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) erst im Ringen gegen die Annahme des Young-Planes sowie um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und was mit dem Siegel „Harzburger Front“ in die Geschichte einging, wurde in Thüringen bereits in der Mitte der Zwanzigerjahre erprobt. Das Land entwickelte sich neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus. Hitler durfte keineswegs ohne Grund hoffen, dass Thüringen, „wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands“ werden könne.²²

„Schwing dich empor, mein deutscher Aar ...“

An der Spitze des Völkisch-Sozialen Blocks und seiner Fraktion im Thüringischen Landtag stand 1924 Artur Dinter, weithin bekannt als Verfasser des 1917 erschienenen, viele Auflagen erfahrenden und oft als sexualantisemitisch bewerteten Buches „Die Sünde wider das Blut“. Politisch kam er aus

¹⁸ Die in Frankfurt am Main existierende NSDAP-Ersatzorganisation Deutsche Partei erklärte am 01.01.1924 in ihrem Gründungsaufwurf: „Der Weg, den wir zu gehen haben, ist hart und schwer. Putsche, Gewalt usw. sind zu verwerfen. Wer den Gegner erkannt hat, muss ihn mit seiner eigenen Kraft schlagen. Diese Waffe ist heute das Parlament. Tod dem Parlament – durch das Parlament!“. Zit. Nach Walther Graef, a. a. O., S. 14.

¹⁹ Walther Graef, a. a. O. S. 9.

²⁰ Karsten Rudolph: Nationalsozialisten in Ministersesseln. Die Machtübernahme der NSDAP und die Länder 1929-1933. In: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Hrsg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 251.

²¹ Siehe Justus H. Ulbricht: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900-1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen, a. a. O., S. 49-72.

²² Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

dem *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund* sowie aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich 1922 aus dem rechten Rand der Deutschnationalen Volkspartei herausgelöst hatte. Er stand auch der *Nationalsozialistischen Freiheitspartei* nahe und damit zwischen den Frontlinien, die sich aufgetan hatten unter süd- und norddeutschen Gruppen, unter den an Erich von Ludendorff bzw. an Adolf Hitler orientierten Kreisen sowie unter Personen, die eher deutschvölkische Akzente setzen wollte als eindeutig nationalsozialistische. Allen verschaffte er – Anfang Juli 1924 von Hitler offiziell als Gauleiter der NSDAP in Thüringen ernannt – mehrfach Gelegenheiten, sich in Thüringen zu Parteitag und ähnlichen Veranstaltungen zu treffen und hier zu agieren.²³ Manches gelang ihm beim Versuch, konzeptionelle Differenzen auszuräumen. Doch er selbst geriet mit seinen vorwiegend religiös geprägten Vorstellungen bald in Konflikt mit der Münchener Führung und wurde 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen. Auch an seiner Person schieden sich bald jene Geister, die um eigener Vorteile willen nach Belieben jeweils als stärker eingeschätzte Führer hofierten, die um Machtpositionen und Karrieren rangen.

Zunächst stand eng an Dinters Seite auch einer, der aus den deutschvölkischen Reihen kam, am 1. Januar 1923 der NSDAP beitrug und rasch zum Gesicht des Faschismus in Thüringen werden sollte: Fritz Sauckel. Für ihn war Dinter ein fördernder Mentor und Vorgesetzter, bald aber auch ein erbitterter Rivale und Gegner. Seine Entwicklung von einem deutschvölkisch orientierten und lediglich in lokalen Bereichen auftretenden Mann hin zum führenden Faschisten in Thüringen, sein weiterer Weg als Leiter des „NSDAP-Trutzgaues Thüringen“ und als „Generalkommissar für den Arbeitseinsatz“ im Zweiten Weltkrieg (wofür ihn 1946 das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilte) sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur²⁴ oft beschrieben worden.²⁵

Hier soll im Folgenden eher die Radikalisierung im Übergang von völkischer zu faschistischer Politik dargestellt werden, erkennbar in Texten, Behauptungen und „Argumenten“, gedacht als Orientierung für die notwendige Auseinandersetzung von Antifaschisten mit nationalistisch-rassistischem Gedankengut aller Art. Grundlage dafür bildet der *Deutsche Aar*, eine Zeitung mit dem Motto vom sich emporschwingenden deutschen Adler, 1924/25 herausgegeben von Fritz Sauckel. Bislang ist diese Quelle in der Literatur kaum bzw. nicht analysiert worden. Dieses Blatt darf als sein Sprachrohr gelten und spiegelt sowohl seine Sicht auf das Geschehen in Deutschland als auch seine Bemühungen um eine Karriere innerhalb der sich gegenseitig bekämpfenden völkischen und faschistischen Gruppen.

Der aus dem unterfränkischen Hassfurt stammende Sauckel hatte zunächst in Schweinfurt und im thüringischen Ilmenau eine Abteilung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes aufgebaut. Als Hitler in München putschte, war er am 10. November 1923 mit 22 Mann nach Coburg gezogen – vergeblich, denn sein Trupp wurde von der Polizei entwaffnet und verhaftet. Am 15. November

²³ Siehe dazu Donald R. Tracy, a. a. O.

²⁴ Siehe u. a. Steffen Raßloff: Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“. Erfurt 2007; Manfred Weißbecker: Fritz Sauckel. „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen.“ In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 297-331; ders., Fritz Sauckel: Die frühen Stationen seines Weges zur Macht. In: Funktionsträger in Staat und Parteien im Entscheidungsjahr 1933. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien. Konferenzbeiträge, Teil 1 (Pankower Vorträge, Heft 114), Berlin 2008, S. 29-38; ders., Epilog: Sauckel in Nürnberg. Ein Charakterbild. In: Willy Schilling: Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich. Beiträge – Bilder – Dokumente, B. II, Jena 2008, S. 161-178.

²⁵ Hier seien nur wenige Zitate angeführt, die Sauckels rassistisch-faschistisches Weltbild erhellen. Die Belege enthält der in der vorhergehenden Fußnote genannte Artikel „Epilog“. Unter anderem hieß es am 01.09.1939: „Es geht jetzt um die Vernichtung des britischen Imperiums. Das ist der größte politische Wurf, der je in den letzten Jahrhunderten unternommen worden ist.“; Nach dem Sieg über Polen formulierte er: Es dürfe in der Welt „keine andere Autorität mehr geben [...] Die deutsche Autorität muss für Jahrtausende Gültigkeit haben.“; Am 31.12.1943 äußerte er: „Wir bekennen uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa [...] Das müssen wir nun endlich unserem Volke sagen, rückhaltlos und offen. Erbarmen ist falsch.“ Als Fazit bleibt nur zu sagen, dass Sauckel mit seinen Auffassungen und Taten das verkörperte, was als Normaltyp eines von ausgeprägt nationalistisch-rassistischen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen geleiteten, alle Grenzen von Humanismus und Völkerrecht missachtenden Faschisten zu bezeichnen ist.

tauchte er wieder in Ilmenau auf und gründete hier eine neue Organisation, die keinerlei Bedeutung erlangte. Ihr Name *Bund Teja* erwuchs aus der Vorstellung, dass es trotz der Niederlage in München und Coburg gelte, nun den „Führern“, vor allem Ludendorff und Hitler die Treue zu halten, ähnlich wie diese einst dem letzten „König der edlen Goten“ gehalten worden sei. Offensichtlich hatte er den Kampf-um-Rom-Roman von Felix Dahn gelesen, wohl auch verinnerlicht. Er kannte wohl auch den Zukunftsroman „Der Abgrund. Bilder aus der deutschen Dämmerung“, den Thomas Westerich 1914 unter dem Pseudonym Graf Teja veröffentlicht hatte. Darin war gewarnt worden, es werde sich bis zum Jahr 2106 ein schlimmer Zustand eingestellt haben. Dann aber werde „endlich“ ein neuer Herrscher auferstehen. Dieser werde Schluss machen mit dem „Materialismus einer fremdstämmigen Goldherrschaft“, mit dem „beängstigten Zerfall des Deutschtums“, mit „Entartung und Rassen-schande, Rassenentartung und Verblödung“ sowie mit der Absicht eines slawischen Herrschers, „ganz West-Europa niederzurennen“.²⁶

Für Sauckel stand wahrscheinlich von Anfang an fest, dass etwas getan werden müsse, um nicht den befürchteten Abgrund zu erleben. Es gelte, „unwahre und ehrgeizige Kreaturen“ zu meiden und „pfäffische Ränke“ zu verachten.²⁷ Daher folgte der Versuch, in Ilmenau noch eine andere SA-Ersatzorganisation mit dem Namen *Deutscher Wanderverein* zu schaffen. Es gelang ihm auch bald, eine relativ große Ortsgruppe der NSDAP aufzubauen, die 80 Mitglieder umfasst haben soll.²⁸ Rechter Zeitgeist bestimmte sein Weltbild. Alle Probleme sah er entstanden aus Kriegsniederlage und Untergang der Monarchie, aus dem Wirken von Parlamentarismus und Demokratie. Zu kämpfen sei gegen „Novemberverbrecher“ und die „Judenrepublik“.²⁹ Nie wollte er über die (allem Rechtsextremismus eigenen) vereinfachenden und fraglos-behauptenden Schemata hinausgehen. Immer war er jedoch bereit, gewaltbereit und heldenhaft dem erwünschtem „nationalen Messias“³⁰ zu dienen.

Für Sauckel begann im Frühjahr 1924, gescheitert als Student am Thüringischen Technikum für Maschinenbau und Elektro, der Weg in ein eigenständiges politisches Wirken. Politik geriet ihm zum Lebensinhalt. Dabei stützte er sich auch auf jene alldeutsch-antisemitischen und völkisch-rassistischen Kräfte, die in Thüringen über starke Traditionen und Bastionen verfügten. Er versuchte, sich in das Netzwerk von Deutschtümelei, völkischer Radikalität, christlich-germanischer Religiosität und vehementem Antisemitismus einzuordnen und es für sich zu nutzen. Er, der nach eigenem Bekunden weder Matrose noch Arbeiter hatte sein wollen, strebte nach einer quasi hauptamtlichen Tätigkeit in seinem Umfeld. Früh hatte er sich geistig für die Ideen und die Politik völkisch-rassistischer und nationalsozialistisch geprägter Verbände entschieden, früh seine weltanschaulichen Auffassungen denen angeglichen, die mit Gewalt alle Ergebnisse sowohl des Ersten Weltkrieges als auch der Novemberrevolution revidieren wollten. Nachdem in Deutschland die Zeit revolutionärer Auseinandersetzungen und ebenso die katastrophale Hyperinflation überwunden, nachdem konservative „Herzensmonarchisten“ als „Vernunftrepublikaner“ erneut zu politischer Mächtigkeit gelangt waren, schienen die gewandelten Verhältnisse ihm persönlichen Erfolg zu verheißen. Sich den jeweils dominierenden Führungspersonen andienend, griff er energiegeladen nach allen Chancen. Fintenreich nutzte er jene Möglichkeiten, die ihm und seinesgleichen vor allem das Land Thüringen in Hülle und Fülle bot. Was sich hier auch für die weitere Entwicklung in Deutschland äußerst verhängnisvoll auswirken sollte, erwies sich von großem Nutzen sowohl für Leute seines Schlages, als auch für die Entfaltung des deutschen Faschismus.

Publizist wider „dunkle Mächte“, für „Hass, Hass und wieder Hass“

Den ersten größeren Schritt auf dem Weg in die Führungskreise der NSDAP ging Sauckel mit einem publizistischen Projekt. Unter seiner Geschäftsführung erschien am 15. März 1924 in Ilmenau die erste Ausgabe des *Deutschen Aar*. Der Untertitel las sich etwas bescheidener und lehnte sich an das verbotene Zentralorgan der NSDAP an: *Thüringerwald-Beobachter*. Zusätzlich trug die Zeitung die

²⁶ Siehe dazu Claus Ritter: Start nach Utopolis. Eine Zukunftsnostalgie, Berlin (Ost) 1979, S. 289-304.

²⁷ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 27 f.

²⁸ Siehe Donald R. Tracy, a. a. O., S. 51.

²⁹ Raßloff, a. a. O. S. 19.

³⁰ Ebenda, S. 31.

Bezeichnung „Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit“. Bewusst wählte er für den Monatsnamen die altdeutsche, schon im 19. Jahrhundert aus der Mode gekommene Bezeichnung „Lenzing“, die nicht mehr von allen Völkischen verwendet wurde. Triumphierend kündete die erste Seite von den Aktivitäten der völkischen Abgeordneten im neuen Landtag, verbunden mit einer Attacke gegen die „Unzulänglichkeiten des Parlaments“. Dieses würde nicht genug unternehmen, um „Hass und Totschlag infolge der marxistischen Hetze“ zu bekämpfen. Im Vordergrund stand die Forderung, alle Beamten zu entlassen, die seit dem 9. November 1918 „lediglich auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit“ zu Amt und Würden gekommen wären.

Am Ende seines von allerlei Verkündigungen strotzenden Artikels „Aus Nacht zum Licht“ formulierte Sauckel in der ersten Ausgabe seines Blattes: „Nun schwing dich empor, mein [sic!] deutscher Aar und künde, dass deutsches Blut über den Mammon zu künden vermag, der Held über den Händler. Siegreich bricht die Sonne durchs winterliche Gewölk, die düsteren schweren Schwaden über der deutschen Erde sinken. Strahlend verkündet die aufgehende Sonne das Nahen eines neuen Lenzes. Das Hakenkreuz, das Symbol aufgehender Sonne, ist unser Feldzeichen. Alldeutschland ist erwacht! Es lebe das nationale, soziale Groß-Deutschland!“. Salbungsvoll und pathetisch in Ausdruck und Stil zielte jede Formulierung einerseits auf das Verstärken vorhandener Aversionen und andererseits auf eine Verherrlichung des Ringens um imaginäre Ziele.

Viele seiner Artikel richteten sich gegen „dunkle Mächte“. Gemeint waren damit „in allererster Linie die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurer und der Marxisten“. Alle seien geschworene Feinde deutscher Kultur und Freiheit. An der Spitze des Freimaurertums stünde „das machtgerigste und rücksichtsloseste Volk der Erde, das Judentum“. Zu diesen völlig im Völkischen verhafteten Gedanken passte die theatralische Lobpreisung des Feldherrn Ludendorff. Ohne Hitler zu erwähnen hieß es, Männer wie der General müssten in Deutschland gewählt werden, weil sie „frei sind von den Wahnideen des Weltbürgertums und unabhängig von den dunklen Machtbestrebungen romanischen Geistes“³¹. Erst sein nächster Artikel, betitelt „Volk und Arbeit im Lichte des völkischen Gedankens“, endete mit einem Heilgruß sowohl für Ludendorff als auch für Hitler, galt in der Hauptsache aber einer relativ allgemein gehaltenen Aussage, dass das deutsche Volk sich nach einem „Führer“ sehne. Aus solcher Sehnsucht werde die „große deutsche Volksgemeinschaft geboren“, die indessen nicht ohne die Volksmassen, nicht ohne „die Schichten der arbeitenden werktätigen Bevölkerung“ zustande komme.

Sich deutlich an Dinter anlehndend schrieb Sauckel auch zum Thema „Karfreitag. Christen an die Juden“. Seine religiös verkleideten Ausfälle galten dem Judentum und der Bekundung eines fernen Sieges über dieses: Der Karfreitag bedeute eine „Kampfansage gegen die Mächte des Niedersinns, des Eigennutzes, der brutalen Vergewaltigung“. Es sei bestimmt zu glauben, „dass nach dem göttlichen Willen der Weg des arischen Menschen aufwärts geht dem ewigen Licht entgegen, dass der deutsche Geist und mit ihm der deutsche Mensch auferstehen wird zu neuem lichtvollerem Geistesleben, siegreich auferstehen soll wie Christus nach Überwindung allen Leidens“³².

Der Artikel „Die Schuld“, erschienen in der 14. Folge, richtete sich gegen jene deutschen Politiker, die dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt hätten und nun auch den die Reparationsfragen betreffenden Dawes-Plan akzeptieren würden. In ähnlicher Weise polemisierte er in der 18. Folge unter dem Titel „Sklaven“ gegen die Verräter an den „elementarsten Lebensnotwendigkeiten“ des deutschen Volkes. Daher hätte deren Mehrheit „in leichtfertiger und träumerischer Weise den törichten und wohlfeilen Versprechungen seiner inneren und äußeren Feinde mehr Glauben geschenkt“ als den nationalsozialistischen und völkischen Warnungen. Verwirrung und Unwahrhaftigkeit würden im Volk vorherrschen, was „im Prinzip des Parlamentarismus zu liegen scheint“³³.

Die 28. Folge vom 28. Juni 1924 nutzte Sauckel für einen persönlichen Appell „An alle Deutschen!“. Dieser liest sich wie eine Zusammenfassung aller nationalistisch-völkischen Erzählungen, neu-

³¹ Deutscher Aar, 2. Folge vom 22. Lenzing (März) 1924, S. 2.

³² Deutscher Aar, 8./9. Folge vom 18. Ostermond (April) 1924, S. 2.

³³ Deutscher Aar, 18. Folge vom 21. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

deutsch: aller rechtsextremen Narrative: „Unwürdig unserem Volk lastet das Schuldbekenntnis feiger Selbstbezeichnung auf uns. Schmachvoll brennt die Scham erbärmlicher Selbstverleugnung. Wie ein entfesseltes Heer von Dämonen quält die Schuldflut die Seele unseres Volkes. Ein grausames Schicksal macht die Ungeborenen, die deutscher Art sein werden, zu Sklaven einer verbastardeten Menschheitsfurie, zwingt die Lebenden zu entehrender Fron, setzt uns immer neue Sklaventreiber und Spione auf den Hals, entehrt uns, raubt uns Stolz und Kraft, stürzt Altäre und Heiligtümer deutschen Volkstums. Darum Männer und Frauen, die ihr Euch noch Deutsche nennt, gleich welcher Richtung, wenn ihr nur ein deutsches Sehnen eures Blutes spürt, seid einmal Deutsch! Vergesst das Kleinliche, Partei und Bund! Lasst einmal Eure Herzen zusammenschlagen, lasst einmal zu gewaltiger Flamme Eure gemeinsame Begeisterung emporlodern, dann Sturmbanner weht und Sturmbanner braust, dann Heil zur deutschen Tat!“³⁴

Den hier zitierten Passagen aus Sauckels Auslassungen kann entnommen werden, wie er sich unbändig aller Floskeln und Gemeinplätze bediente, die seit vielen Jahrzehnten im Lager der Völkischen verwendet worden sind (und immer wieder verwendet werden!). Da ist kaum ein eigener Stil erkennbar. In seinen Formulierungen steckte keinerlei Schliff, verbale Entgleisungen tauchten massenhaft auf, ebenso orthografische Fehler. Schwulstige Überhöhungen, hohle Phrasen und begrenzter Wortschatz kennzeichnen seine Äußerungen ebenso wie die häufige Verwendung unerläuterter Schlagwörter. Immer wieder tönten seine Artikel von den Schandtaten, die Juden, Freimaurer, Marxisten und Bolschewiki sowie Mammonisten des In- und Auslands vollbracht haben sollen. Immer wieder applaudierte er „heldenhaften Führern“ und beschwor die „Volksgemeinschaft“ der arischen Deutschen. Als der Leitspruch für seine Autoren sollte gelten: „Stolz, Wille, Trotz, Hass, Hass und wieder Hass!“³⁵

Zudem machte sich auch im Sprachlichen bemerkbar, wie Sauckel zwischen den unterschiedlichen Strömungen des damaligen Rechtsextremismus zu taktieren versuchte, je nach Situation und persönlichem Interesse. Insgesamt überwog noch der Duktus des Völkischen, in das sich jedoch zugleich recht deutliche Sympathiebekundungen für die verbotene NSDAP und für den zur Festungshaft verurteilten Hitler mischten. Er ließ daher in seiner Zeitung viele Autoren unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen, bekannte und unbekannte völkische Schreiberlinge. Nur wenige stammten aus Thüringen oder hatten hier ihre politische Heimat gefunden. Dinters Reden erschienen regelmäßig in Berichten aus dem Thüringer Landtag oder in Artikeln anderer Abgeordneter, so von Franz Stöhr und Julius Pölkow. Immer wieder durften sich August Abel, Otto Friedrich Beck, Erich Limpach, Alfred Seeliger und Wilhelm Wedell äußern. Unter dem Pseudonym Roderich-Stoltenheim publizierte Theodor Fritsch, der Verfasser des bekannten und in vielen Auflagen erschienenen Handbuches zur Judenfrage. In Fortsetzungsserien erschienen „Der Feind im Land. Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach“, verfasst von Adolf Viktor von Körber, „[Gedenke,] ... dass du ein Deutscher bist!“ von Otto Eicke und „Der Erlöser-Kaiser. Eine Erzählung von Deutschlands Zukunft und von seiner Wiedergeburt“ von Adolf Reinecke.

Insgesamt schrieben in dem einen Jahr des Bestehens des Blattes rund 50 Autoren. Darunter war allerdings kaum einer, der zu der von Alfred Rosenberg im Auftrag Hitlers geleiteten NSDAP-Ersatzorganisation *Großdeutsche Volksgemeinschaft* gehörte. Zwar gab es den Nachdruck von Artikeln aus deren Blatt *Großdeutsche Zeitung*, aber weder Hermann Esser noch Rudolf Buttmann und selbst Rosenberg kamen zu Wort. Selbst als später im Jahr der *Deutsche Aar* Kommentare von Rosenberg zu einzelnen Punkten des 1920 verkündeten Parteiprogramms der NSDAP veröffentlichte, fehlte dessen Name.

Programmatisches und Pragmatisches

Der ab April 1924 zweimal in der Woche erscheinende *Deutsche Aar* bot vor allem jenen völkischen Organisationen aus Nord- und aus Süddeutschland Schützenhilfe, die sich an den für den 4. Mai 1924 angesetzten Neuwahlen des Reichstages beteiligen wollten und sich auf Reichsebene am 30. März

³⁴ Deutscher Aar, Thüringerwald-Beobachter. Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit, Folge 28 v. 28. Brachet (Juni) 1924, S. 1.

³⁵ Deutscher Aar, Folge 29 vom 2. Heumond (Juli) 1924.

für die Bildung des Völkisch-Sozialen Blocks entschlossen. Obgleich es in der NSDAP ebenso wie in der Großdeutschen Volksgemeinschaft erhebliche Auseinandersetzungen um die Frage gab, ob man sich überhaupt an Wahlen beteiligen solle oder nicht, scheint sich Sauckel eindeutig für den Schritt in die Parlamente entschieden zu haben; nicht in einer der von ihm verfassten Zeilen tauchen Bedenken und Zweifel auf.

Sauckel veröffentlichte im Streit um neue Ziele – ohne die Verfasser zu benennen – ein „Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“. Es umfasste 39 Punkte, gegliedert in sieben jeweils „Grundsätze“ verkündende Abschnitte. Als Ziel wies es sehr allgemein „Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit“ aus. Zahlreiche Formulierungen entstammten dem bekannten 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920, mitunter deutlich und nicht nur in sprachlicher Hinsicht variierend. So enthielten die einleitenden staatspolitischen Grundsätze nicht die Forderung nach einem „Großdeutschland aller Deutschen“, auch nicht die nach Landerwerb und Kolonien, womit – gleichsam als Paukenschlag – das 1920er-Programm eingeleitet worden war. Man sprach etwas gemäßigter vom Deutschen Reich als der „Heimat der Deutschen“ und davon, dass im Ausland die deutschen Interessen „kraftvoll“ zu vertreten seien. Indessen klangen die rassistisch-antisemitischen Forderungen recht drastisch und fassten zusammen, was in den Punkten vier und fünf sowie sieben und acht des ursprünglichen Programms fixiert worden war. Stets war nun in engem Zusammenhang von Juden und Nichtdeutschen die Rede, die aus allen öffentlichen Ämtern auszuschieden wären. Neu war die Formulierung, dass nicht nur alle Zuwanderung von „Ostjuden“, sondern auch die von anderen „parasitären Ausländern“ zu unterbinden sei.

Die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums sah sich verknüpft mit dem wirtschaftspolitischen Grundsatz der „Bedarfsdeckung“, was dem Prinzip einer „möglichst hohen Rentabilität für das Leihkapital“ gegenübergestellt wurde. Alle Deutschen sollten eine „Werkgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur“ bilden. Wucherer und Schieber seien mit dem Tode zu bestrafen. Im Punkt 13 hieß es: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft“, was die ursprüngliche Forderung nach deren Verstaatlichung erheblich abmilderte. In den finanz- und sozialpolitischen Grundsätzen dominierten die Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ sowie die Erklärung, das Allgemeinwohl sei „das oberste Gesetz“. Gefordert wurden jedoch neben einer Währungsreform auch eine Steuerreform sowie die „Verstaatlichung der Reichsbank AG und der Notenbanken“. Das Wort „Bodenreform“, 1920 im 25-Punkte-Programm der Partei sehr nachdrücklich verwendet, tauchte hier nicht auf.³⁶ Gefordert wurde nur eine Reform des Bodenrechts; vielleicht das deutlichste Zeichen nationalsozialistischer Zugeständnisse an die Völkischen. Im Gegensatz zu der recht allgemeinen Formulierung von 1920 nach einer „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben“ war 1924 als Punkt 13 zu lesen: „Beteiligung aller an produktiven Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.“

Im Teil, der sich den kulturpolitischen Grundsätzen widmete, standen sehr unverbindliche und bei fast allen anderen Parteien anzutreffende auf Wohlklang zielende Sätze; lediglich in Punkt 30 klangen rassistische Momente an, dass „alle schädlichen Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel“ unterdrückt werden sollten. In den militärpolitischen Punkten ließ sich kein Unterschied zum Parteiprogramm von 1920 erkennen, wohl aber in der Forderung nach einer „Justizreform“ und einer „Reform des Wahlrechtes“, durch die die „jetzt korrumpierenden Formen des Wahlkampfes“ auszuschalten seien. Ohne konkret zu werden, sollte schließlich auch der Staat reformiert werden. Die künftige Staatsform solle dem „deutschen Wesen“ gemäß sein, also eine „oberste Spitze“ ausweisen, ob diese „durch einen vom Volk zu wählenden Monarchen besetzt wird oder durch zwei oder drei verantwortliche höchste Reichsbeamte, muss späterer Volksabstimmung überlassen bleiben“.

In den Erläuterungen zu den 39 Punkten des „Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ wurde im *Deutschen Aar* prononciert von drei Gegnern gespro-

³⁶ Das Fehlen blieb offenbar nicht unbemerkt: In der 41. Folge vom 10. September 1924 fanden die Leser dann eine eigenständige Beilage unter dem Titel „Völkische Bodenreform“.

chen: Als erstes wurde der Marxismus genannt, als zweites der Parlamentarismus und „beiden übergeordnet das Großleihkapital“. Hinsichtlich der Differenzen zwischen der NSDAP und den Völkischen hieß es: „Der Nationalsozialismus erblickt wie der Antisemitismus im jüdisch-materialistischen Geist die Haupt-Wurzel des Übels, er weiß aber auch, dass dieser gewaltige Kampf nicht bei rein negativen antisemitischen Forderungen stehen bleiben darf, deshalb erhebt sich das gesamte Staats- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus weit über den zwar grundlegenden, aber negativen antisemitischen Kampf, indem er positiv ein schöpferisch aufbauendes Bild davon gibt, wie der nationalsozialistische Staat der Arbeit und Leistung aussehen soll.“³⁷

Für das Ankommen der Völkischen im deutschen Faschismus

Wie sehr sich die politischen Verhältnisse im Land Thüringen zugunsten der rechtesten Kräfte im Spektrum politischer Parteien auswirkten, wiesen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 aus. Nahezu zwei Millionen Wähler entschieden sich für die Liste des Völkisch-Sozialen Blocks. Für ihn zogen 32 Abgeordnete in den Reichstag ein, darunter zehn Nationalsozialisten; als Vertreter der Thüringer galt Franz Stöhr, ein Völkischer, mit dem der Nationalsozialist Dinter zuvor vergeblich um die Aufnahme in die Kandidatenliste gerungen hatte. Mit dem Wahlergebnis konnten die Völkischen und ihre konkurrierenden Partner der NSDAP durchaus zufrieden sein: Für sie hatten in Mecklenburg 20,8 Prozent, in Franken 20,7 Prozent, in Oberbayern-Schwaben 17 Prozent der Wähler votiert. Im Reichsdurchschnitt waren nur 6,5 Prozent erreicht worden.

Die Ergebnisse im Land Thüringen übertrafen diese jedoch. Hier hatten sich 84.893 Wähler (10,5 %), in den preußischen Gebieten Thüringens 8,4 Prozent für den VSB entschieden. Entsprechend groß geriet der Jubel in Sauckels Zeitung, die sich in den nächsten Folgen regelrecht als ein Verlautbarungsorgan der VSB-Fraktionen in Reichs- und Landtag erwies. Zudem häuften sich Beiträge zum internationalen Geschehen, wobei vor allem die französische Politik attackiert wurde. Berichte über Aktivitäten der völkischen Gruppen vor Ort spielten eine untergeordnete Rolle. Von Freude und mit Genugtuung erfüllte Kommentare galten der Entstehung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die für Thüringen als Vereinigung von NSDAP und Deutschvölkischer Freiheitspartei innerhalb der Landtagsfraktion dargestellt wurde.³⁸ Das Gesicht des Blattes zeigte in dieser Zeit ein völlig anderes, als es jene Selbstdarstellung angekündigt hatte: Nach der Wahl, so war vorausgesagt worden, habe der *Deutsche Aar* eine seiner Aufgaben erfüllt und solle nunmehr das „Bindeglied zwischen den Führern und Anhängern der Völkischen Bewegung in hiesiger Gegend sein“³⁹.

Sauckel sah sich direkt in den Streit eingebunden, der 1924 mit großer Heftigkeit zwischen den Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP und den völkischen Gruppen um die Deutschvölkische Freiheitspartei entbrannt war und sich auch nach der Reichstagswahl vom 4. Mai fortsetzte. Er taktierte nicht ungeschickt, gab stets seine pro-nationalsozialistische Haltung zu erkennen, bot aber in seiner Zeitung oftmals den anderen außerordentlich breiten, ja sogar größeren Raum. Darüber täuschte auch nicht hinweg, dass jede Gelegenheit genutzt wurde, um Hitler ins Spiel zu bringen. So entbot das Blatt diesem zum Geburtstag einen „tausendfältigen Heilgruß“, schwor aber zugleich Treue auch für Ludendorff. Ähnlich klang ein Wahlaufuf, der sich zwar hauptsächlich gegen den Parlamentarismus und das Parteienwesen der Weimarer Republik richtete, den „Talmi der Parteien von rechts bis links“ verurteilte und nachdrücklich forderte: „Weg mit den Parteien“, aber ansonsten die „deutsche Treue“ personifizierte: Hoch leben sollten Adolf Hitler, General Ludendorff und ebenso Albrecht von Graefe, der die Deutschvölkische Freiheitspartei repräsentierte. Rechtfertigend hieß es: „Nicht, weil wir die Personen verherrlichen, nicht damit der Personenkult neue Blüten treibt. Nein, sondern deshalb, weil sie als deutsche Männer, rein, untadelhaft und von grenzenloser Liebe beseelt zum deutschen Volk, Hass, Verleumdung und Verfolgung auf sich genommen haben.“⁴⁰

³⁷ Deutscher Aar, Folge 5 vom 5. Ostermond (April) 1924, S. 1 f.

³⁸ Deutscher Aar, Folge 18 vom 21. Wonnemond (Mai) 1924.

³⁹ Deutscher Aar, Folge 14 vom 7. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

⁴⁰ Deutscher Aar, Folge 8/9 vom 18. Ostermond (April) 1924.

Die Gemeinsamkeit der Völkischen hielt indessen nicht lange vor. Sauckel wagte einen Vorstoß zu Gunsten der NSDAP, als er am 2. Juli 1924 zusammen mit Willy Marschler – auch er gehörte zur Ortsgruppe der Partei in Ilmenau – in großer Aufmachung bekannt gab, dass der Untertitel des Blattes künftig „Kampfblatt der Nationalsozialisten Deutschlands“ lauten werde. Der *Deutsche Aar* verstehe sich „als Organ der Anhängerschaft Adolf Hitlers“ und sei von nun an über das gesamte Reichsgebiet verbreitet. In aller Stille und unter schwierigsten Verhältnissen, so hieß es in der folgenden Ausgabe, habe die Zeitung im Thüringer Wald seinen Horst gebaut: „Heute endlich ist es ihm möglich, als Kampfblatt der Nationalsozialisten seinen Flug ins weite deutsche Reich anzuheben.“ Noch einmal wurde versichert, man vertrete „auf das strengste die Politik Adolf Hitlers“⁴¹ Eifrig erläuterte das Blatt in Appellen, Aufrufen und Artikeln, was es heißen würde, ein Nationalsozialist zu sein. Dieser habe „mit fanatischer Liebe und unermüdlichem Eifer nur dieses eine Ziel im Auge zu haben, hinweg mit dem Klassenhass! Hinweg mit dem volkstötenden Ausbeutungssystem der Trusts und Wucherbörsen!“. Notwendig sei der Zusammenschluss zur „deutschen Volksgemeinschaft“.⁴²

Großspurig hatten Sauckel und Marschler auch angekündigt, jede Folge des *Deutschen Aar* würde im Kopf das Bild Hitlers zeigen. Darauf warteten die Leser jedoch vergeblich. Stattdessen gab es relativ kleinformatige Annoncen „Heraus mit Hitler!“. Doch als Hitler am 7. Juli 1924 bekannt gab, er lege die Führung der NSDAP nieder, geriet Sauckel in Erklärungsnot. Den Rücktritt als geschickten Schachzug zu erkennen, mit dem Hitler sich aus dem Streit der einander befehdenden Gruppen heraushielt und die Rolle eines über den Kombattanten stehenden „Schiedsrichters“ vortäuschte, war Sauckel nicht möglich. Der Führer habe sich „zur großen Andacht begeben“, hieß es daher recht lakonisch.⁴³ Erst nach mehreren Wochen setzte er im Zusammenhang mit dem Deutschen Tag der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Weimar, der vom 15. bis 17. August 1924 stattfand, ein Bild von Hitler auf die erste Seite. Jedoch: Neben dem des „Führers“ prangte auch das des „Schutzherrn“ Ludendorff. Die Zeitung wolle „unseren guten Führern ein Sprachrohr“ sein, was mit der abschließenden Beschwörung einherging: „Seid einig! Einig! Einig!“

In derselben Ausgabe füllte Sauckel die achte Seite erneut mit einer weiteren Erklärung zu den Zielen seines Blattes, und war dabei auf die Wahrung gemeinsamer Positionen von Nationalsozialisten und Völkischen bedacht: Es gelte, „dem deutschen Volke die Grundlagen des nationalen Sozialismus zu übermitteln, ihm die erhabenen [sic!] Ziele der völkischen Bewegung zu zeigen, deutscher Sitte und deutschem Wesen wieder Geltung zu verschaffen“. Und wieder einmal hieß es: „Sein Kampf gilt vor allem dem schwarz-rot-goldenen Marxismus, dem Materialismus, die sich wie ein ekles Gewürm in unser Volk eingeschlichen haben. Sein Kampf gilt dem jüdischen internationalen Freimaurertum und all den finsternen Mächten, die unser Volksleben vergiften.“⁴⁴ Dass es am 20. Juli ein Treffen von etwa 80 Nationalsozialisten in Weimar gegeben hatte und dort, initiiert von Rosenberg, gegen eine Fusion von NSDAP und DVFP entschieden worden war, ist Sauckel keine Mitteilung wert gewesen; möglicherweise war er als Ilmenauer Bezirksleiter bzw. als Verfechter der Idee eines Zusammenschlusses der beiden Parteien zu dieser Zusammenkunft nicht eingeladen worden.

Auch in den folgenden Ausgaben des *Deutschen Aar* dominierte das Streben nach einem politischen Zusammenwirken von Völkischen und Nationalsozialisten. Berichtet wurde regelmäßig in der Rubrik „Aus dem politischen Hexenkessel“ über innen- und außenpolitische Aktionen sowie über die Schandtaten der „Schwarzen“ und der Deutschnationalen. Nachrichten aus Thüringen rückten eher in den Hintergrund. Öfter erschienen solche über Aktivitäten völkischer Verbände in Franken und anderen Teilen Bayerns. Es überwogen Selbstbeweihräucherung und deftige antiparlamentarische Parteienschele: „Wir vertreten nicht wie der Hauptteil der Deutschnationalen den Großgrundbesitz, nicht wie die Volkspartei, Demokraten und Zentrum das Industrie- und Leihkapital, oder den päpstlichen Glaubenskapitalismus und geistliche Weltherrschaft; wir sind nicht wie die Marxisten getreue Schattenbilder der herrschenden Form, sondern wir Völkischen haben uns auf die deutsche Seele

⁴¹ Deutscher Aar, Folge 30 vom 5. Heumond (Juli) 1924.

⁴² Deutscher Aar, Folge 31 vom 9. Heumond (Juli), S. 4.

⁴³ Deutscher Aar, Folge 32 vom 12. Heumond (Juli), S. 1.

⁴⁴ Deutscher Aar, Folge 37/38 vom 5. August 1924, S. 1.

besonnen [...].“⁴⁵ In mehreren Ausgaben wurden einzelne Punkte des Parteiprogramms in der Fassung von 1924 ausführlich kommentiert. Die Texte waren einer Broschüre Alfred Rosenbergs entnommen, jedoch wieder, ohne den Verfasser beim Namen zu nennen.⁴⁶

Sowohl die Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 als auch das für die Nationalsozialistische Freiheitspartei niederschmetternde Ergebnis spielten im *Deutschen Aar* kaum eine Rolle, wohl aber für den Herausgeber. Offensichtlich scheiterte der Versuch, einen eigenen Sauckel-Verlag ins Leben zu rufen; nur ein einziges Mal tauchte dieser als Herausgeber auf. Finanzielle Schwierigkeiten veranlassten schließlich den stillschweigenden Übergang zu einer einzigen Ausgabe in der Woche, nachdem noch am 5. Oktober vollmundig angekündigt worden war, in Kürze könne der *Deutsche Aar* zu einer Tageszeitung umgestaltet werden. Im November erschien drei Wochen lang sogar keine Ausgabe, was sich zwischen Weihnachten 1924 und Mitte Januar 1925 wiederholte. Auch die Verwendung eigener, vielleicht sogar familiärer Ersparnisse konnte das Blatt nicht retten.⁴⁷ Unklar bleibt ohnehin, wie dieses Unternehmen finanziert worden ist, aber auch, wovon Sauckel damals überhaupt seinen Lebensunterhalt bestritt. Doch neben fehlenden Geldern machte es dem Herausgeber im Herbst 1924 sicher auch die mehrfach geforderte und angekündigte Freilassung Hitlers schwer, weiterhin so vorrangig auf das Thema „Gemeinsamkeit“ zwischen Völkischen und Nationalsozialisten zu setzen. Seine Zeitung erschien zwar am 6. November als besonderes Blatt zur Reichstagswahl, benannte aber weder Kandidaten noch Vorgaben für das Wahlverhalten der Leser. Stattdessen wurde ausführlich der „Toten vom 9. November 1923“ gedacht und die „Sendung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers“ herausgestellt.

Nach der Wahl klang es wie das bekannte Pfeifen ängstlicher Wanderer im dunklen Wald, als Sauckel den anmaßend-prahlerischen Satz formulierte: „Deutschland hat den Weg der Zukunft bereits festen Fußes beschritten.“⁴⁸ Das musste nicht unbedingt als Bekenntnis zu einem eigenständigen Vorgehen der NSDAP verstanden werden, denn er sprach sich erneut – vermutlich in Unkenntnis des von Hitler geplanten weiteren Vorgehens – für den bisherigen Weg aus. Das war deutlich, wenngleich er eine für ihn neue Vokabel verwendete: In Hitler sei zwar der „berufene Führer der deutschen Bewegung überhaupt“ zu sehen. Jedoch sei es aber auch notwendig, „den ehrlichen vaterländischen Gedanken, wo und in welcher Form er nur immer auftreten wird, zu fördern“. Es gehe um den Gegensatz von „national und international“, um Marxismus oder Anti-Marxismus. Aus diesem Grunde lehne er „jeglichen Meinungsstreit innerhalb der vaterländischen Front ab“.⁴⁹ Ende Januar 1925 ließ er einen groß aufgemachten Appell drucken, Ludendorff die Treue zu halten, da ihm zu verdanken sei, dass es „überhaupt noch eine völkische Bewegung gibt“.⁵⁰

Die letzten Folgen des Sauckel'schen Blattes erschienen am 21. und 27. Februar sowie am 15. März 1925, nachdem mit der am 16. Februar in Bayern erfolgten Aufhebung des Ausnahmezustandes auch das Verbot der NSDAP und ihres zentralen Kampfblattes zu den Akten gelegt worden war. Ihr Motto: „Hitler treu ergeben“. Ihr Inhalt beschränkte sich auf Berichte über die „Neuaufstellung“ der Partei aus dem am 26. Februar erstmals wieder erschienenen *Völkischen Beobachter*. Der letzten Ausgabe des *Deutschen Aar* verlieh Sauckel noch einmal einen neuen, relativ allgemein und auch etwas ungewöhnlich klingenden Untertitel „Nationalsozialistisches Kampfblatt für deutschen Idealismus und deutsche Weltanschauung“. Das Bemühen, seine Zeitung zu retten, war unverkennbar zwiespältig. Einerseits empfahl er seinen Lesern, nunmehr auch den wiedererscheinenden *Völkischen Beobachter* zu lesen, zugleich forderte er aber – den ersten Jahrestag des Erscheinens seiner Zeitung bejubelnd – dazu auf, dass die „kleine nationalsozialistische Provinzpresse“ erhalten bleiben und gefördert werden müsse.⁵¹

⁴⁵ Deutscher Aar, 42. Folge vom 13. September 1924, S. 1 f.

⁴⁶ Siehe Alfred Rosenberg: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, München 1922.

⁴⁷ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.

⁴⁸ Deutscher Aar, 60. Folge vom 12. Dezember 1924, S. 2.

⁴⁹ Deutscher Aar, 1. Folge vom 14. Januar 1925, S. 1. Hervorhebung durch den Verfasser.

⁵⁰ Deutscher Aar, 4. Folge vom 31. Januar 1925, S. 1–2.

⁵¹ Deutscher Aar, 9. Folge vom 15. März 1925, S. 1.

Nichts deutete in der letzten Ausgabe auf rasch eintretende Veränderungen hin. Offensichtlich wurde Sauckel von den Ereignissen überrollt, als in München Hitler am 25. Februar 1925 die NSDAP wiedergründete und am Tag darauf der *Völkische Beobachter* erneut erschien. Das Ende seines Blattes und damit auch seiner publizistischen Tätigkeit stand bevor. Am 21. März erschien in Weimar *Der Nationalsozialist*, angekündigt als Ersatzblatt für *Der Streiter* – der bislang in Weimar erschienen war – sowie für den *Deutschen Aar*. Als dessen Herausgeber fungierte Arthur Dinter, als Hauptschriftleiter Hans Severus Ziegler. Von Sauckel war keine Rede. Ilmenau fand sich nicht einmal in der Liste jener Städte, in denen es Zweiggeschäftsstellen für *Der Nationalsozialist* gab.⁵² Sein Weg zum Geschäftsführer des thüringischen NSDAP-Gaues und zu seiner Ernennung als Gauleiter war noch weit, doch dieser beruhte nun ausschließlich auf Denkstrukturen und Handlungsorientierungen des deutschen Faschismus.

Überlegungen für ein Fazit

„Wir sind doch keine Nazis“ – ein Satz, oft zu hören in aktuellen Auseinandersetzungen mit denen, die sich selbst als „besorgte Bürger“ verstehen und im Kern aber jene hasserfüllten Argumente verbreiten, die es in der nahezu zwei Jahrhunderte umfassenden Geschichte völkischer Ideologen und Bewegungen bereits gegeben hat. Mit dem Blick in die Vergangenheit lässt sich nicht bezweifeln, dass deutschvölkisch-rassistisch orientierte Denk- und Verhaltensstrukturen sowohl zu den Fundgruben als auch zu den grundlegenden Bestandteilen der sich selbst als „nationalsozialistisch“ bezeichnenden Ideologie gehörten. Die Deutschvölkischen gehörten zu den Wegbereitern hitlerfaschistischer Diktatur und verheerender Kriege. Wer sich näher anschaut, was vor 1933, ja schon vor 1914 von den Völkischen gedacht und gefordert worden ist, dem erschließt sich nahezu zwangsläufig deren Charakterisierung als Geburtshelfer, Nährmutter und Verfechter faschistischen Ungeistes und faschistischer Politik.

Völkisches Denken und Verhalten war, ist und bleibt nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch, antiparlamentarisch, friedensfeindlich. Es entwickelte sich in der Weimarer Republik – getrieben auch von zunehmendem Hass auf Andersdenkende, Andersgläubige und anders leben wollende Menschen – hin zum radikaleren, gewaltbereiten und schließlich mörderischen deutschen Faschismus. Dieser Wandel vollzog sich damals in Thüringen zwar nicht zwangsläufig, doch boten völkische Auffassungen dafür eine ihrem Wesen entsprechende Grundlage. Dies zeigte sich auch in den damals weithin üblichen Worten und Begriffen sowie im Ausdrucksstil. Alles äußerte sich in einer Sprache, die kaum Raum für rationale Momente ließ. Wortwahl und Darstellungsweise mögen bei den Rechtsextremen heutiger Zeiten eine andere sein, doch nach wie vor dominieren die Inhalte.

An solche Erscheinungen muss heute wieder erinnert werden, gleichsam in Verwendung einer historischen Messlatte für jegliches wissenschaftliche Urteil über Nationalisten, Rassisten und Faschisten und deren Platz in den wechselnden Zeiten deutscher Geschichte. Sicher verbieten sich direkte Vergleiche mit heutigen Ideologen und Politikern am (leider ausufernden, mehr und mehr auch aus der sogenannten Mitte kommenden) rechten Rand der Gesellschaft. Doch das Fragen nach deren Ahnherren und nach ihrem heute erneut angenommenen Erbe ist leider allzu berechtigt. Wer Nationalismus und Rassismus rechtfertigt, der unterschätzt letztlich selbst die existenziellen Gefahren für Demokratie und Recht, für Frieden und menschliche Existenz auf der Erde. Zuzustimmen ist dem Literaturhistoriker Günter Hartung: „Aber da es [das Völkische, M. W.] einmal in der Welt war, sollten die Nachgeborenen nicht die kleinste der Quellen missachten, aus denen solche Phänomene [wie der Nationalsozialismus, M. W.] sich speisen. Denn auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie kann zur Weltgefahr werden, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt.“⁵³

Geschichte wiederholt sich nicht, allenfalls variiert sie. Parallelen lassen sich jedoch nicht übersehen. Daher sind Vergleiche sinnvoll, welche oberflächliches Zusammenführen vermeiden, hingegen den

⁵² Genannt wurden Breslau, Elberfeld, Leipzig, Mittweida und Plauen.

⁵³ Günter Hartung: Völkische Ideologie. In: Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871-1918. Hrsg. von Uwe Puschner u. a., 1996.

Grundlagen und Strukturen jeder auf kapitalistischen Grundlagen beruhenden Gesellschaft gelten. Historische Faschismusforschung – gestützt auf Quellen – kann und sollte dazu beitragen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 2024.

<https://th.rosalux.de/publikation/id/51657/die-thueringer-landtagswahl-am-10-februar-1924-und-ihre-konsequenzen-fuer-die-weitere-entwicklung-des-landes>

Stark gekürzte Fassung abgedruckt in junge Welt, 10.04.2024, Seite 12, mit dem Titel und Untertitel: „Hass, Hass und wieder Hass!“ Thüringen war vor 100 Jahren ein Tummelplatz völkischer und faschistischer Organisationen. Dabei stachen Fritz Sauckel und sein Kampfblatt Der Deutsche Aar hervor.

Kein Hitler ohne Versailles?

„Die“ Nazis und „die“ Deutschen.

Das neue Buch des Historikers Gerd Krumeich bietet eine vereinfachte Geschichtsschreibung

Jedes Herangehen an geschichtliche Problemfelder setzt Kenntnisse des tatsächlichen Geschehens voraus, jedoch zugleich notwendiges Wissen über das Denken und Verhalten jener Menschen, die nicht zu den vordergründig handelnden Kreisen von Eliten in Politik, Wirtschaft und Kultur gehört haben, also um die Mehrheit der Bevölkerung. Jeder Versuch jeweils Herrschender, diese für ihre Politik zu gewinnen bzw. gefügig zu machen, hängt auch davon ab, wie es gelingt, die Lebens- und Gedankenwelt der sogenannten kleinen Leute zu berücksichtigen. Geschichtswissenschaftliches Arbeiten verlangt daher auch, nach der Wirkungsmächtigkeit von Gefühlen und Stimmungen zu suchen. Nachzudenken ist über Ideelles, über Emotionen, Apathien, Ängste, Gewohnheiten, auch über Dummheiten und folgenreiche individuelle Entscheidungen.

Wer sich für solche Fragen interessiert, wird gern zu einem neuen Buch greifen, das der vor allem durch Publikationen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs bekannt gewordene und bis 2010 an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität lehrende Historiker Gerd Krumeich soeben veröffentlicht hat. Es gilt einem zweifellos gewichtigen Aspekt innerhalb eines komplexen Ursachenfeldes für den erfolgreichen und zugleich folgenreichen Aufstieg der faschistischen NSDAP und damit auch für deren Weg hin zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Wohl unvermeidbar – denn „Hitler sells“ – wird dabei der Name ihres Spitzenpolitikers in den Vordergrund gerückt, hier sogar im doch recht weit hergeholten und gequält wirkenden Titel dieses Bandes. Einschränkend spricht der Autor aber von einer absichtlichen Provokation. Der Leser wird sich am Ende fragen, ob dies in gewisser Weise nicht sogar für das gesamte Werk gilt.

Die Schau über drei Jahrzehnte deutscher Geschichte erfolgt in acht zum Teil sehr detailliert gegliederten und viele interessante Aussagen enthaltenden Kapiteln. Das erste befasst sich mit dem „Trauma des verlorenen Krieges“, in dem mentalitätsgeschichtlich nach den Folgen des beginnenden Diskurses über Schuld oder Unschuld Deutschlands am Kriege für die Entwicklung der Weimarer Republik gefragt wird. Ihm folgt eines, in dem recht ausführlich zitiert wird, was Hitler in Reden und Artikeln zum Krieg von 1914 bis 1918 weitschweifig von sich gegeben hat. Gezählt wird nicht zuletzt, wie häufig bei Hitler solche „Hauptstichworte“ auftreten wie August (1914), Dolchstoß, Frontenerlebnis, Frontgeist, Heer, Kriegsschuld, Volksgemeinschaft. Eingehend befasst sich Krumeich danach mit dem Geschehen in den Jahren 1929/30, als es neue Erscheinungen im Umgang mit dem Thema Kriegsschuld gab, als mehr und mehr, nicht zuletzt auch in den Reihen studentischer Bünde, der Begriff „Kriegsschuldlüge“ Verwendung fand und als – begünstigt durch die Kampagnen gegen den Young-Plan – die Naziartei erheblich an Einfluss gewinnen konnte. Die folgenden drei Kapitel gelten eher inhaltlichen Aspekten im sich verstärkenden Umgang „der“ Deutschen mit der Kriegsniederlage und ihren politischen Folgen, wobei sowohl besonders Unterschiede zwischen nationalkonservativen und faschistischen Kräften gesucht werden als auch überlegt wird, ob es nicht eine „Nazifizierung“ ersterer durch letztere gegeben habe. Die Titel dieser Teile des Buches lauten: „Die Nazis als Sachwalter der Ehre der Frontsoldaten“, „Nationale Kriegserzählung im Übergang zum NS“ und „Kriegsgedenken vor und nach 1933“. Das letzte Kapitel befasst sich mit dem Jubel der Deutschen über „Hitlers Revision von Versailles“. Der knappe Epilog schließt sowohl mit der Aussage, dass Hitler mit dem Sieg über Frankreich im Mai und Juni 1940 den Ersten Weltkrieg gewonnen habe, als auch mit einer eigentümlich klingenden und problembeladenen Behauptung: Erst jetzt „fühlte sich die NS-Bewegung ganz mit Deutschland identisch“.

Seltsame Abkehr vom Totalitarismus

Vorangestellt ist allem bereits im Vorwort das Ergebnis der Untersuchungen. Krumeich spricht von seiner „Hauptthese“, die da heißt und hier ausführlich zitiert wird: „Ohne das Versprechen, die Niederlage von 1918, den ‚schandhaften‘ Friedensvertrag von Versailles 1919, zu tilgen, Deutschland wieder zu alter und neuer Größe zu führen, die zwei Millionen Gefallenen des Kriegs zu ehren und ihrem Tod für das Vaterland einen neuen Sinn zu verleihen, hätte Hitler niemals die Unterstützung

gefunden, die dazu führte, dass er 1933 die Macht übertragen bekam. Mit diesen Themen, die für die Deutschen jener Jahre zentrale Bedeutung hatten, gelang es ihm, in Politik und Gesellschaft den Einfluss zu gewinnen, den er als Anführer einer nur extrem nationalistischen, antisemitischen und mit Blut-und-Boden-Spinnereien auffallenden Extremistenpartei niemals erhalten hätte.“ Zusammenfassend meint Krumeich, es gehe ihm also um die „strukturelle“ Bedeutung des Ersten Weltkriegs für den 30. Januar 1933 und für die danach folgende Stabilisierung der Nazi Herrschaft.

Das liest sich anspruchsvoll und lässt geistigen Gewinn erwarten. Zugleich ruft jedoch fast jedes Wort weitere Fragen hervor und bedarf Erörterung wie auch Vervollständigung, selbst wenn dies anscheinend über das unmittelbare Anliegen Krumeichs hinausgeht.

Der Autor beruft sich mehrfach auf Friedrich Meinecke und damit auf jenen Historiker, der bis heute für viele Gelehrte als Erfinder von „Ideengeschichte“ gilt und unmittelbar nach 1945 mit seinem Buch „Die deutsche Katastrophe“ Furore machte. Allein mit Namen von zwei außerhalb Deutschlands liegenden Orten hatte der die Ursachen der faschistischen Diktatur zu erklären versucht: Versailles und Moskau. Krumeich erinnert an Meineckes Schrift „Verhältnis von Nationalsozialismus und Bürgertum“ sowie an dessen Aussage, der Erfolg der Nazis sei das Echo eines „elementaren Aufschreis aus schwerster innerer Not und äußerer Not des Vaterlandes“ gewesen. Und er bekräftigt die Behauptung, im Versailler Friedensvertrag hätte die „letzte und stärkste Ursache des Nationalsozialismus“ bestanden. Nicht nur nebenbei: Es fällt auf, dass Krumeich nahezu vollständig alles ausklammert, was von Meinecke mit dem Namen des zweiten Ortes gemeint war. Eine Abkehr von dem nach wie vor üblicherweise verwendeten Totalitarismuskonzept wäre ja zu begrüßen, scheint jedoch eher der Tatsache geschuldet zu sein, dass mit dem Untergang des realsozialistischen Weltlagers der Antikommunismus für die Sieger von 1989/1992 an Feindbildwirkungskraft verloren hat. Vielleicht passt es auch besser in heutige Zeiten, in denen neue Nationalismen aller Art auf dem Vormarsch sind?

Dem Autor geht es, wie der Untertitel des Bandes ausweist, um „die“ Nazis und „die“ Deutschen. Damit unmittelbar verbundene Fragen werden nicht behandelt, ja nicht einmal gestellt. Waren nicht die Nazis auch Deutsche, trotz ihres aus Österreich stammenden „Führers“? Waren alle Deutschen wirklich für die Nazis? Sind möglicherweise bei letzteren nur deren Obere gemeint, die eine „Nazifizierung“ von Anhängern, Wählern und selbst von nationalkonservativen Wegbereitern und Partnern erreichten? Brachten „die“ Deutschen, von denen er spricht, sich mit ihren nationalistisch-antidemokratischen und rassistischen Auffassungen nur in eine geistige und politische Nähe zu den Nazis? Und: Gab es keine erheblichen Unterschiede zu anderen Deutschen, beispielsweise den Mitgliedern der damaligen Arbeiterorganisationen und demokratisch-republikanischen Teilen des Bürgertums, die ihr nationales Anliegen mit anderen politischen Zielen verknüpften?

Nie wieder Krieg

Wie dem auch sei: Wenn für die Zeit der Weimarer Republik von „den“ Deutschen gesprochen wird, darf eigentlich niemand die Tatsache übersehen, dass unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg vielen Menschen in Deutschland das Wort „Nie wieder Krieg!“ als Lebensmaxime galt, dass sie in den neuen parlamentarisch-demokratischen Strukturen an die Möglichkeit entweder einer Überwindung des Kapitalismus oder zumindest an die seiner Begrenzung glaubten, um so die Kriegsfolgen hinter sich lassen und generell friedliche Verhältnisse schaffen zu können. Bei vielen Deutschen dominierte eine Stimmung des Aufbruchs. Lautstark, nachdrücklich und unüberhörbar erscholl der Ruf nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie und damit nach einer weitgehenden Entmachtung von Großindustriellen und Großagariern, die als Verantwortliche für Krieg und Kriegsfolgen gesehen wurden. Selbst bürgerlich-demokratische Kreise erklärten: „Die bisherige Gesellschaftsordnung hat uns in den Abgrund geführt (...). Nur die sozialistische Gesellschaft kann die Völker vor dem Verfall in die Barbarei retten.“¹

Tatsächlich hatte sich in und für Deutschland zunächst ein neuer Geist bemerkbar gemacht; spürbar vor allem im geistig-kulturellen Leben, das mannigfaltig die von Revolution und Weimarer Verfas-

¹ Mitteilungen des Bundes Neues Vaterland. Neue Folge, Nr. 1. Revolutionsnummer, November 1918, S. 7.

sung gebotenen Möglichkeiten nutzte, widerspiegelte und verteidigte, so den kritischen Vorkriegs- und Antikriegsgeist fortführend. Aufbruchsideen regten sich und erfassten Menschen aller Lebensbereiche – Künstler, Frauen, Jugendliche, Intellektuelle. In zahlreichen Werken von Schriftstellern, Malern, Baumeistern usw. fand die historische Dimension des Wandels bemerkenswerten Niederschlag. Strikte Ablehnung von Monarchie, Krieg, Militarismus, Deutschtümelei und imperialem Großmachtstreben verband sich mit vehement vorgetragenen Gedanken an eine Zeit notwendiger Veränderungen der Gesellschaft. Nachdrücklich wurde Menschheitserneuerung verlangt, Neues gesucht und erkundet.

Davon geht bei Krumeich keine Rede. Sein Wortkomplex „die Deutschen“ erfasst zumeist jene ausgesprochen rechten Teile des Bürgertums, von denen Meinecke sprach, also jene rechten Kräfte, die von Anfang an die parlamentarisch-demokratische Verfassung der Weimarer Republik ablehnten und eine Revision des Kriegsergebnisses anstrebten. Erfasst sind damit auch jene Teile der Deutschen, die ihren Blick auf alle sozialen, wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Probleme der deutschen Gesellschaft richteten, auch den auf die Folgen des Ersten Weltkriegs einschlossen, die mit Recht den Diktatfrieden von Versailles kritisierten und ihn ohne neue Kriege überwunden sehen wollten.

Zweifelloos spielte das auf die Nation bezogene Denken jenen antirepublikanisch-nationalistischen Kräften in die Hand, die mit allen Mitteln, auch mit militärischen, eine Revision der Kriegsniederlage sowie der Novemberrevolution anstrebten. Diesen Zusammenhang nicht erkannt zu haben ermöglichte in Verbindung mit allen anderen Schwierigkeiten des alltäglichen Lebens einen verhängnisvollen Weg hin zur hitlerfaschistischen Diktatur und schließlich auch zu einer großen „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz“.² Deren Geschichtswirksamkeit war aber auch erreicht durch eine bewusst betriebene und umfangreich organisierte Erinnerungs- und Gedenkpolitik. Dass sie wirksam sein konnten, ist einzuordnen in ein Bedingungssystem, in dem nicht zuletzt auch sozialpsychologische Faktoren Aufstieg und Erfolg der NSDAP erklären helfen.³ Wenn es um das Erfassen von Entwicklungslinien sowie um die kausale Erklärung geschichtlicher Prozesse geht, dann sollte jener notwendige Blick nicht vermieden werden, der zu richten ist auf die geschichtspolitisch und propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg – also auf die „Brandstifter“ in Friedenszeiten – und weniger ausschließlich auf die, welche dazu einen empfängsbereiten Resonanzboden abgaben.

Notwendig: Zusätzliche Rückschau

Es wäre in diesem Sinne zu erinnern an entsprechende Absichten und Pläne sowie an Maßnahmen zur Beeinflussung von „öffentlicher Meinung“. So wurde beispielsweise am 3. Juni des letzten Kriegsjahres niedergeschrieben: „Worte sind heute Schlachten: Richtige Worte gewonnene Schlachten, falsche Worte verlorene Schlachten.“⁴ Der Satz entstammt einer Denkschrift, die auszuarbeiten Erich Ludendorff von Major Hans von Haften, Chef eines Kriegspresseamtes, verlangt hatte.⁵ Der Major, später leitend im Reichsarchiv tätig und Spiritus rector des amtlichen Weltkriegswerks, traf durchaus ins Schwarze! Seine Aussage, so bedeutungslos sie für das letzte Kriegsjahr gewesen sein mag – sie erwuchs aus der bis dahin betriebenen Kriegspropaganda⁶ und erreichte ein brisantes Gewicht in jenen Jahren, die gleichermaßen eine Nachkriegs- und eine neue Vorkriegszeit darstellten.

² Das 2017 erschienene Buch des DDR-Historikers Kurt Pätzold „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz“ findet nicht einmal Aufnahme in das umfangreiche Literaturverzeichnis. Auch andere DDR- bzw. ostdeutsche Historiker scheinen für Krumeich nicht zu existieren. Insofern könnte sein Buch als ein weiterer Beleg für die von Dirk Oschmann festgestellten Probleme im „westdeutschen“ Denken betrachtet werden.

³ Siehe Dieter Frey, Helmut Rez und Melissa Hehnen: Weimar, Hitler und „die Deutschen“ – ein sozialpsychologisches Bedingungssystem. Aufstieg und Akklamation der nationalsozialistischen Bewegung im Lichte der kognitiven Kontrolle. In: Psychologische Rundschau 73 (2022), Heft 2, S. 99-119.

⁴ Zit. n. Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft; Hamburg 2000, S. 327.

⁵ Vgl. Manfred Nebeling: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 426 ff.

⁶ Siehe dazu u. a. Klaus-Jürgen Bremm: Propaganda im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2013 sowie die Rezension dieses Bandes durch Gerhard Engel in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2014), Heft 2, S. 245 ff.

Es sei ferner erlaubt und in Ergänzung zu dem insgesamt durchaus lesenswerten Buch von Krumeich, auch auf jene führenden Militärs zu verweisen, die es bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik als empörend empfanden, wie weit verbreitet die Vorstellung von einer Zukunft ohne Krieg unter der Bevölkerung war. Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung, bezeichnete ein solches „Friedensbedürfnis“ und den Ruf „Nie wieder Krieg!“ schlicht als „töricht“.⁷ Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus,⁸ worauf hinzuweisen in der heutigen Berliner Republik sehr sinnvoll ist. Hatte jedoch bis 1918 der Krieg vor allem als Fortsetzung von Politik gegolten, so wurde dieser nun direkt in die Vorstellungswelt nationalkonservativer Kräfte hineingezogen. Jeglichen Ansätzen einer Friedenspolitik, selbst jenen Bemühungen, die mit den Stichworten Rapallo, Locarno, Völkerbund und Abrüstung angedeutet sein sollen, wurden Steine in den Weg gelegt: innen- und außenpolitische, rüstungswirtschaftliche, parteipolitische und viele geistig-kulturelle.

Um im Bild zu bleiben: Wahrscheinlich bestand einer der dicksten Brocken in der zielorientierten Nutzung von menschlicher Trauer um die Opfer des Krieges und deren Verklärung als „Helden“ der Nation. Sowohl direkt als auch unterschwellig sah sich das mit der Frage verknüpft, wie in der Zukunft alles wettgemacht werden könnte und was dafür in der gesamten Gesellschaft speziell auf den Gebieten Aufrüstung, Kriegführung und Kriegpsychologie zu unternehmen als wichtig erachtet worden ist.⁹ Auf dem damaligen „Schlachtfeld Erinnerung“¹⁰ verschoben sich die Kennzeichen von Mut, Kühnheit und Tapferkeit hin zu Ausdauer, Beharrlichkeit, Treue und Gehorsam gegenüber den Befehlshabern sowie einer erhofften unerschütterlichen Bereitschaft zu künftiger Pflichterfüllung. Obgleich alle Verantwortlichen, auch die Rechten, in den Jahren der Weimarer Republik wussten, dass Deutschland keinen Krieg führen kann, sollte zumindest der „kriegerische Geist im Volke aufrechterhalten oder, soweit er nicht mehr existiert, wieder wachgerufen werden“. Gepredigt wurden „Hass und Hoffnung auf Revanche“.¹¹

Hitler war's

Gerät nationalstaatliches Empfinden, Denken und Handeln zu stark in den Vordergrund von Ursachensuche und Deutung der Geschichte des Hitlerfaschismus, wird wohl zudem bereits Erforschtes und Dargestelltes in den Hintergrund gedrängt. Die Folge kann eine eklatante Wiederbelebung der überwunden geglaubten Dominanz personengeschichtlicher Sicht- und Schreibweisen sein, so als hätte es in den Jahrzehnten seit dem großen Historikerstreit in der Mitte der 1980er Jahre keinerlei Veränderungen im Blick renommierter Historikerinnen und Historiker auf den gesamten Bereich gesellschaftlich-struktureller Ursachen des 30. Januar 1933 gegeben. Auferstanden scheint auch bei Krumeich wieder die alles vereinfachende und von allen anderen Verantwortlichkeiten ablenkende Devise „Der Hitler war's“, dem alles gelang, weil er mit seiner Friedensrhetorik zu täuschen verstand.¹² Versuche einer komplexen Kausalitätsforschung treten in den Hintergrund. Natürlich, es muss Detailforschung geben. Und selbstverständlich kann ein umfassender Blick auf den Gang der Geschichte erst auf der Grundlage konkreten Wissens über alles Geschehen gewonnen werden. Erforderlich bleibt aber, soll aus der Geschichte Vernünftiges abgeleitet werden, die alles erklärende Gesamtschau.

Schließlich sind die Folgen einseitigen Denkens zu beachten. Kurt Tucholsky fragte 1931, weshalb in Deutschland beispielsweise der Segelflug – an sich ja, wie man denken sollte, ein harmloser Sport

⁷ Zit. n. Otto-Ernst Schüdekopf: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover 1955, S. 160.

⁸ Wolfgang Ruge: Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, Jena 1988, S. 11-20.

⁹ Siehe u. a. Rüdiger Bergien: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918-1933, München 2012, der die Auffassung vertritt, dass auf dem Felde der Landesverteidigungspolitik der Zäsurcharakter des 30. Januar 1933 zu relativieren sei.

¹⁰ Peter Kümmel: Sarajevo, später. Wann begann der Erste Weltkrieg? Und ist er überhaupt vorbei? Der Theaterregisseur Hans-Werner Kroezinger recherchiert in der bosnischen Hauptstadt für sein neues Stück „Schlachtfeld Erinnerung“, Die Zeit, 8. Mai 2014, S. 53.

¹¹ Bergien (Anm.), S. 179.

¹² Siehe dazu u. a. Reinhard Kühnl und Karen Schönwälder (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart, Köln 1968.

– als „ein stolzes Zeugnis deutschen Geistes“ gepriesen werde? Wozu müsse eigentlich selbst in eine solche Betätigung das „Gift des Nationalismus hineingetragen“ werden? Seine Antwort: „Weil in Deutschland keine Verdauungsstörung vor sich geht, ohne dass nicht einer dazu brüllt: ‚Im Felde unbesiegt! Trotz allem!‘“ Seine warnende und wohl zeitlos gültige Schlussfolgerung lautete: „Es ist übelste Wichtigmacherei, Nationalismus, geistige Aufrüstung an allen Ecken und Enden und Reklame für den nächsten Krieg.“¹³

Gerd Krumeich: Als Hitler den Ersten Weltkrieg gewann. Die Nazis und die Deutschen 1921-1940. Herder-Verlag: Freiburg im Breisgau 2024, 347 S., 26,00 Euro.

junge Welt, 29.04.2024, S. 12.

¹³ Die Weltbühne 27/1931.

Historische Faschismusforschung tut not

Doch ein ihr verpflichteter Verein streicht die Segel

Überall wird diskutiert, mitunter auch nur gerätselt, wie dem Aufschwung von Rechtsextremisten, darunter auch den eindeutig als neofaschistisch zu bezeichnenden Kräften, erfolgreich widerstanden werden kann. Oft wird dabei in die Geschichte geschaut, vor allem in die der Weimarer Republik, ebenso in die der hitlerfaschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges. Gesucht werden insbesondere sogenannte autoritäre Kipppunkte, die folgenreiche bzw. auch entscheidende Veränderungen im Kräfteverhältnis gesellschaftlicher Akteure erkennen lassen. Dem dienen zumeist Vergleiche aller Art, manche in sinnvoller Weise, viele hingegen überzogen oder direkt falsch. Zum Ziel führt jedoch nur eine genaue Kenntnis des historischen Geschehens. Sich allein auf irgendeine der zahlreich vorhandenen Deutungen zu stützen, kann in die Irre führen. Gegenüber zunehmender Unkenntnis und einseitiger Interpretation hilft historische Faschismusforschung.

Dem diene bislang auch die *Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung* (nachfolgend: BG). Doch dieser am 24. März 1992 gegründete Verein wird sich am 31. Dezember 2024 selbst auflösen. Vermutlich wird dies in der Öffentlichkeit kaum beachtet werden. Niemand wird von einem Flurschaden sprechen oder gar protestieren, wie das im Zusammenhang mit der für 2028 geplanten Schließung des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* der Fall ist.¹ Dennoch lohnt ein Blick auf ihre Geschichte.

Die BG war hauptsächlich von Mitgliedern des aufgelösten Instituts für Geschichte an der Wissenschaftsakademie der DDR geschaffen worden und über Jahrzehnte hinweg erfolgreich tätig. Viele Faktoren sprechen jetzt für ihr Ende – äußere ebenso wie interne, dazu auch generationenbezogene sowie politik- und wissenschaftsgeschichtliche. Eine bilanzierende Rückschau verlangt zu fragen: Woran ist zu erinnern und welchen Platz wird sie in der Geschichte deutscher Geschichtsschreibungen einnehmen? Zu schauen ist auch auf Unterlassenes und Unerreichbares, eventuell sogar auch auf das in ihrem Sinne anzustrebende Zukünftige. Zudem: Was wurde aus DDR-Zeiten berechtigt mitgenommen oder vielleicht nur mitgeschleppt? Worin bestand das Charakteristische der seit der „Wende“ vollzogenen Veränderungen in den bis dahin genutzten dialektisch-materialistischen Denkgrundlagen?

Selbstbefragung, Selbstvergewisserung, Selbstbehauptung

Anerkennung ist möglich für eine wohl als gelungen zu bezeichnende Selbstvergewisserung nach dem unmittelbar erlebten totalen Umbruch. Radikale Selbstbefragung führte zu Selbstbehauptung. Die BG verlangte von sich eine „gemeinsame Streitkultur, die den Respekt vor der Person und der wissenschaftlichen Leistung voraussetzt, doch die vorgestellten Auffassungen unter der Verpflichtung auf Wahrheit der Kritik unterwirft“. Sie wollte ein Forum der Kommunikation und der Urteilsbildung sein. So las man es in ihrem allerersten *Bulletin*, das 1993 erschien. Doch Entstehung und Wirken unterlagen einer Vielzahl rigide beschränkender und hemmender Bedingungen. Dazu liegt bis heute keine Gesamtschau und erst recht keine Gesamtbewertung vor. In eine solche muss jedoch ihre Geschichte eingeordnet werden.

Die BG entstand nicht in einem luftleeren Raum, sie arbeitete unter bestimmten politischen Verhältnissen, die immer noch kritischer Aufarbeitung bedürfen – nach über drei Jahrzehnten sogar in besonderem Maße. Dazu wird allerdings von den damaligen Akteuren der „Abwicklungs-“ und Verdrängungsprozesse nichts Erhellendes zu erwarten sein. Für sie zählt wohl immer noch als ein zu feiernder Erfolg, eine Mehrheit der Historikerinnen und Historiker der DDR im „vereinigten“ Deutschland entlassen, in die Arbeitslosigkeit gedrängt und aus dem staatlich geförderten Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossen zu haben. Mit Recht ist als ein bemerkenswertes Charakteristikum festgestellt worden: Die BRD-Verantwortlichen gingen mit Sozialisten – vornehm formuliert – energischer um als nach 1945 mit den Nationalsozialisten. Sie wollten auch siegen über eine marxistische

¹ Siehe Der Spiegel, Nr. 13 vom 23.03.2024, S. 104-109.

Grundorientierung in unserem Denkgebäude, was nicht zuletzt am deutlichsten in fortgesetzten Diskreditierungen der Auffassungen über den deutschen Faschismus zum Ausdruck kam.

An solche Ausgangspunkte ist auch deshalb zu erinnern, weil mit dem Ende der BG möglicherweise eine zweite „Abwicklung“ erfolgen kann, eine Ausschließung aus historiografisch, medial und digital betriebener Geschichtsdeutung. Ohne ein wertend-bilanzierendes Erinnern kann dem Trend zum Vergessen nichts entgegengesetzt werden. Auch aus solcher Befürchtung heraus sind für eine Geschichte der BG die konkreten Umstände ihrer Entstehung zu untersuchen und ist nach jenen möglichen Alternativen zu fragen, die wie alle Versuche eines demokratisch-sozialistischen Neubeginns scheiterten. Denn immer gilt, was der US-amerikanische Historiker Howard Zinn in seiner 1980 erschienenen *Geschichte des amerikanischen Volkes* schrieb: „Solange die Hasen keinen Historiker haben, wird die Geschichte von den Jägern erzählt.“

Es gab nach der „Wende“ keinerlei Möglichkeiten einer Fortsetzung von Faschismusforschung in den personell „bereinigten“ und schließlich aufgelösten Akademie- und Hochschulinstituten. Neues hätte sich auch nicht mit der an sich selbst gescheiterten Historiker-Gesellschaft der DDR angeboten. Vor allem durfte selbst eine kritisch-konstruktive Weiterführung bisheriger Faschismusforschung nach dem Willen des Wissenschaftsrates der BRD-Regierung² und des westdeutschen Historikerverbandes nicht sein. Strikt wurde jede organisatorische Zusammenführung abgelehnt. Auch die Idee Wolfgang Wippermanns, ein neues eigenständiges Institut zu schaffen, fand keine Zustimmung.

Die schlichte „Abwicklung“ bedeutete in den meisten Fällen nicht nur Arbeitslosigkeit und äußerst begrenzte Finanzierung von Archiv- und Bibliotheksarbeit, sondern auch ein erzwungenes einzelntes Dasein – *homeoffice* sozusagen, heraus aus bislang normalen Kontakten und brüsk an den Rand gedrängt. Wer dies zu akzeptieren nicht bereit war, musste neue und von den Vorteilen einer staatlich geförderten Einrichtung weit entfernte Möglichkeiten geschichtswissenschaftlichen Arbeitens suchen: An die Stelle von nahezu fast tagtäglichem Gedankenaustausch und Beratung traten gelegentliche Zusammenkünfte, einzelne Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, mitunter auch Werkstattgespräche sowie Tagungen und mühsam zustande gebrachte Publikationen mit begrenzter Leserschaft.

Alles sah sich nicht zuletzt auch beeinflusst durch das Fehlen größerer gemeinschaftlicher Bemühungen der von „Abwicklung“ betroffenen Geisteswissenschaftler der DDR. Zumeist wurde – nach einer kurzen Phase illusionärer Erwartungen – in relativ kleinen Kreisen versucht, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden und den alltäglich-schmählichen Diskreditierungen zu trotzen. Entstanden ist – bevor sich später mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein gewisses, wenngleich ganz anders orientiertes Zentrum formieren konnte – zunächst ein bunter Flickenteppich einzelner Grüppchen und Vereine. Eine solche Aussage mag verstörend sein, doch tatsächlich sortierte sich alles, was in diesem Rahmen aus dem bis 1989/90 vorhandenen Wissenschaftsbetrieb erwachsen durfte bzw. konnte, nach sehr unterschiedlichen Aspekten: Grenzen sahen sich gezogen nach Wissenschaftsdisziplinen und selbst darin sogar nach jeweiligen Fachgebieten, nach regionalen und lokalen Bedingungsfeldern, nach (partiell)politischen Interessen, nicht zuletzt auch nach generationsbedingten Aspekten sowie nach zumeist individuell gesuchten Bewältigungsstrategien.

Vielzahl kreativer Bemühungen

In zumeist voneinander isolierten Versuchen, das Vereinsrecht zu nutzen, entstanden mehrere vielgestaltig tätige Vereine oder Gruppierungen. Allein im Bereich der Geschichtswissenschaft wären zu nennen die Kreise um die *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, die sozialwissenschaftlich und historisch orientierte Zeitschrift *Berliner Debatte Initial*, der *Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, die *Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Politik*, die *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde* [GBM], nicht zuletzt auch die *Alternative Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte* u. a. m. Zumeist waren Neu-

² Siehe dazu auch Hinweise auf die zum Thema vorhandene Literatur in meinem Artikel: Problembeladen. „Wissenschaftsumbau Ost“. In: Forum Wissenschaft, Nr. 2, Juni 2020, S. 21 ff.

formierungen mit einzelnen Personen verknüpft: Dietrich Eichholtz, Werner Röhr, Siegfried Prokop, Günter Benser, Ulla Plener, Herbert Bertsch, Jörg Schüttrumpf u. a. m. Vieles kann dazu den Erinnerungs- und Bekenntnisbüchern u.a. von Günter Benser, Eckhard Müller-Mertens, Wolfgang Jakobeit, Fritz Klein, Kurt Pätzold, Walter Schmidt, Ludwig Elm entnommen werden.³ Zugleich fanden einige, vor allem jüngere Historikerinnen und Historiker eine die Existenz und weiteres Forschen sichernde Einbindung in neue ostdeutsche Einrichtungen, die von westdeutschen Historikern spiegelbildlich zu ihren eigenen Gegensätzen und Auseinandersetzungen ins Leben gerufen worden sind. Was dennoch geschaffen und geleistet worden ist, war – einem jüngst ausgesprochenen Urteil Stefan Bollingers folgend – „zumeist das Produkt von enthusiastischen, aber doch recht einsam agierenden Wissenschaftlern mit mühsam gestrickten Netzwerken, die nicht wollen, dass der Mainstream mit seinem herrschaftsnahen, personalisierten Geschichtsbild, seinem Verzicht auf die Frage nach den sozialökonomischen Grundlagen von Geschichte ereignissen und seiner Ausblendung wissenschaftlicher Parteinahme in den Klassenkämpfen das letzte Wort behält“.⁴

Um vor diesem Hintergrund Ort und Wirksamkeit der BG bestimmen zu können, wäre ihr Wirken auch mit den Leistungen anderer Vereine zu vergleichen. Sie scheint eine der größten Gruppen mit eigener wissenschaftlicher Tätigkeit gewesen zu sein, zudem eine, die früher relativ stark getrennt tätige Forschungsbereiche in sich vereinte: Faschismusforschung, Weltkriegsforschung, Widerstandsgeschichte und Erinnerungspolitik. Von Anfang an wirkten fordernd und fördernd auch Historiker aus den alten Bundesländern mit, darunter vor allem Karl Heinz Roth. Zugleich bot die BG rasch Platz für jüngere Mitglieder. Insgesamt trat sie mit deutschlandweit beachteten Publikationen und Tagungen in Erscheinung. Stets bemühte sie sich, neue Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie die Zusammenhänge von Expansion, Faschismus, Widerstand, Weltkrieg, Völkermorden und Okkupation aufzuzeigen.

Ohne Anspruch auf Rang und Vollständigkeit sind hier Brigitte Berlekamp, Klaus Drobisch, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Heinz Harms, Kurt Pätzold, Margarete Piesche, Martin Seckendorf, Günter Wieland u. a. zu nennen, die als „Abgewickelte“ die Initiative ergriffen hatten und das Leben der BG prägten. Vor allem aber wohl und auch übergreifend ist Werner Röhr zu nennen und zu würdigen, der sich insbesondere der Ideologie des Faschismus, aber auch der deutschen Okkupationspolitik widmete. Er gehörte zu den treibenden Initiatoren der BG-Gründung und wirkte als ein geschäftsführender Vorstand. Ihm ist viel und wohl auch Entscheidendes zu verdanken. Umso mehr war zu bedauern, dass er 1999 sein Amt aufgab und 2008 die Herausgabe des *Bulletins für Faschismus- und Weltkriegsforschung* beendete. Dennoch fanden in jedem Jahr bis zu zehn kleinere Veranstaltungen statt, ab und zu auch größere Tagungen.⁵ Beiträge der Referenten und Berichte über die Debatten wurden im Internet veröffentlicht. Dort sind sie nicht mehr zu finden – die Seite ist vakant.

Beträchtliche und zugleich begrenzte Leistungen

Zu den großen Leistungen der BG gehören zahlreiche Publikationen, so z.B. die verdienstvoll fortgesetzte Reihe der Dokumentenbände *Europa unterm Hakenkreuz* sowie die zwei Bände von Werner Röhr zu Darstellung und Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, andere Bücher von Werner Röhr, Dietrich Eichholtz, Fritz Petrick, Erika Schwarz, Günter Wieland u. a. m. Gemeinsam mit Röhr und Berlekamp wirkte auch Roth mit seiner *Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* als Initiator, Berater und Herausgeber.⁶

³ Siehe dazu auch Ulrich van der Heyden: Geschichtswissenschaft und Historiker in der DDR in (Selbst)-Zeugnissen. In: Monatshefte, Vol. 107, No. 2/2015.

⁴ Stefan Bollinger: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung: Der Mut, Legenden zu zerstören. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 136, Dezember 2023, S. 171.

⁵ Nach Aussage von Werner Fischer, der von 2002 bis 2012 im Vorstand für die Organisation der Veranstaltungen zuständig war, fanden in jedem Jahr zehn Veranstaltungen statt. Es sei jedoch schwierig gewesen, Referenten aus den alten Bundesländern zu gewinnen.

⁶ Siehe z.B. den aufschlussreichen Band: Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/1939. Hrsg. Von Werner Röhr, Brigitte Berlekamp und Karl Heinz Roth, Hamburg 2001.

Die Schriftenreihe *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung* setzte die Reihe fort, die in der DDR als *Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg* erschien. Die neue Reihe nahm bis zur letzten Ausgabe (Nr. 31/32, 2008) nahezu den Charakter einer Zeitschrift mit thematischen Schwerpunkten⁷ und mehreren Rubriken an. Veröffentlicht wurden ausführliche Berichte über einzelne Veranstaltungen und Tagungen, zumeist von Brigitte Berlekamp geschrieben. Zugleich enthielten einige Hefte bibliografische Informationen, angefertigt von Margarete Piesche.

Vieles ließ erkennen, dass an die Stelle der gewohnten kollektiven und mitunter auch genutzten interdisziplinär angelegten Arbeitsweisen verstärktes Einzelgängertum trat, das dadurch auch die Basis für eine weiterführende Faschismustheorie einschränkte. So warnte ein Grußwort aus Anlass des zehnjährigen Bestehens, es würde eine „Vereinzelung des Interesses und damit einhergehend die Vernachlässigung der Klärung übergreifender Fragen“ geben, worunter die Arbeit der BG „zunehmend zu leiden scheint“. Zudem hieß es weiter: „Zwischen Geschichtsschreibung, Geschichtstheorie und Geschichtsphilosophie scheinen sich immer tiefere Gräben aufzutun.“⁸

Im Vordergrund stand das Faktische und Dokumentarische, was eine unersetzbare Grundlage für alle Darstellungen bot und letztlich auch als Ausgangspunkt für eine tragfähige, d.h. möglichst komplexe Faschismustheorie zu gelten hatte. In einem Rückblick auf die historische Faschismusforschung in der DDR hatte Werner Röhr vergleichende Untersuchungsansätze sowie theoretische Erörterungen vermisst: „Offenkundig hielten theoretisch-methodologische Überlegungen mit den empirischen Arbeiten nicht Schritt, was sich auch als Argumentationsschwäche in der Empirie darstellte.“⁹ Doch diese Kritik gilt indessen auch für Forschungsergebnisse, die im Rahmen der BG entstanden, zumal sich im Laufe der Zeit die Relation zwischen umfassenden Darstellungen einerseits und kleineren, wenn auch in keiner Weise klein zu redenden Publikationen andererseits zu Gunsten letzterer merklich veränderte.

Dennoch wird die BG einen zwar kleinen, aber bedeutsamen Platz in der Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung und überhaupt in der Wissenschaftsgeschichte einnehmen. Militärisch gesprochen: Die BG entstand unter feindlichem Beschuss und schuf dennoch Beachtenswertes. Im Rückblick lässt sich von ertragreicher geschichtswissenschaftlicher Arbeit sprechen, die direkt einen großen Teil der in der DDR erfolgten Forschungen fortsetzte, diese inhaltlich sinnvoll ausweitete, manche notwendige Korrektur vornahm durch Akzeptanz neuer Fragestellungen und Blickrichtungen. Bis heute ist indessen die Geschichte der in der DDR betriebenen Weltkriegs- und Faschismusforschung und ihre teilweise Fortführung im neuen Bundesdeutschland noch nicht geschrieben. Zwar liegen einzelne Urteile vor, doch zu messen bleibt noch ihr Gewicht in der Fortführung unter den total veränderten Bedingungen.

In der BG wurde der Blick zunehmend auf die rassistische Ideologie des deutschen Faschismus und deren Wirkungsmöglichkeiten sowie auf Formen und Strukturen faschistischer Organisiertheit gerichtet. Dabei galt es, neue Einseitigkeiten zu vermeiden und nach Komplexität, Wechselwirkungen

⁷ Die Themen der Ausgaben 3 bis 25/26 in den Jahren 1924-2005 lauteten: Der Warschauer Aufstand 1944, Die Deutsche Arbeitsfront in den okkupierten Ländern, Erzählen oder Analysieren. Die Vernichtungspolitik als Gegenstand unterschiedlicher Disziplinen, Wirtschaftsbilanz der deutschen Kriegsniederlage, Daniel J. Goldhagens Buch und seine Kritiker, Deutsche Widerstandsforschung – Fragen, Probleme, Kritiken, Der Streit um die Wehrmacht, Albert Speers Neugestaltung der Reichshauptstadt auf Kosten der Berliner Juden, Der deutsche Film unter Staatskuratel, „Rundfunkverbrechen“ vor Sondergerichten 1939-1945, Die Wehrmacht und die Massenverbrechen an griechischen Zivilisten 1941-1944, Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen“ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39, Perspektiven auf den Völkermord an den Sinti und Roma, Faschismusforschung in der DDR, Entschädigungsverweigerung. Die Haltung der BRD gegenüber den Opfern des Naziregimes, „Reichsgau Wartheland“ 1939-1945. Vom „Exerzierplatz“ zum „Mustergau des Nationalsozialismus“?, Naziverbrechen vor DDR-Gerichten. Eine Edition, Außenlager von Ravensbrück, Die Kommunistische Internationale und Polen, Die Makkabäer von Warschau, Zur Dynamik des Faschismus, Der verdrängte Völkermord an den Armeniern im ersten Weltkrieg, Endlösung der Faschismusfrage 60 Jahre nach der Befreiung?

⁸ Vermutlich geschrieben von Kurt Pätzold.

⁹ Werner Röhr: Faschismus und Weltkrieg. Problemskizze zur historischen Faschismusforschung in der DDR. Supplement der Zeitschrift Sozialismus H. 10/2001, S. 16.

und Kräfteverschiebungen als geschichtswirksamen Faktoren zu suchen. Gedacht war sowohl an Vervollständigung als auch an Präzisierung und Erweiterung einer marxistischen Deutung des Faschismus. Insofern bedurfte es keines Widerrufes, denn nach den Wechselwirkungen unterschiedlicher geschichtswirksamer Faktoren ist auch in der DDR-Faschismusforschung gesucht worden. Dies hatte sich nicht zuletzt im großen Interesse an den Altersbriefen von Friedrich Engels gezeigt. Darin war von einer „Resultante“ gesprochen worden, die aus unzähligen einander durchkreuzenden Kräften, aus einer unendlichen Gruppe von Kräfteparallelogrammen hervorgehen würde.¹⁰

Zu erinnern wäre ebenso an die Debatten zu Basis-Überbau- bzw. Ökonomie-Politik-Beziehungsgeflechten, oft gestützt auf das 1977 erschienene Buch des Wirtschaftstheoretikers Günter Söder *Ökonomie – Politik – Wirtschaftspolitik. Weltanschaulich-Philosophische Aspekte des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft im Sozialismus*. Der Autor hatte nachdrücklich auf die Notwendigkeit verwiesen, über die Feststellung der Existenz zahlreicher geschichtswirksamer Faktoren hinaus auch zur Frage vorzudringen, ob es in jener Mannigfaltigkeit von Verhältnissen nicht ganz bestimmte Relationen gibt, ob diese Verhältnisse nicht ein System darstellen, ob es nicht „Primäres und Sekundäres, Determinierendes und Abgeleitetes gibt“. Zudem wurde stets vom Primat der Politik im Klassenkampf geredet. Mit dem Blick auf Erfahrungen der in Jena betriebenen Parteiengeschichtsforschung sowie in Auseinandersetzung mit dem Diktum „Dimitroff-Formel“ – der Rückgriff auf Persönliches sei erlaubt – schrieb ich 1987, dass die Zurückführung von Politischem auf Ökonomisches „nicht mechanisch und linear, weder unvermittelt-direkt noch in einem alles umfassenden Sinne“ erfolge, dass Ökonomie und Politik „in gegenseitiger Bedingtheit und Verschränkung“ miteinander verbunden seien. Dies erlaube, rationale Erklärungen „auch für die kompliziertesten Erscheinungen in der Geschichte des deutschen Faschismus“ zu finden.¹¹

Wider neue Einseitigkeiten

Die Kritik an den dominierenden Einseitigkeiten der in DDR-Zeiten betriebenen Faschismusforschung lässt sich dennoch nicht entkräften. Aber es ist möglich, sie zu entpauschalisieren sowie differenzierter und anspruchsvoller auf die geschichtlichen Vorgänge zu schauen. Nahe liegt jedoch die Schlussfolgerung, dass Einseitigkeiten im Denken prinzipiell nicht dadurch aufgehoben werden können, wenn gegen sie lediglich mit anderen Einseitigkeiten argumentiert wird. Erscheinungen solcher Art gibt es gegenwärtig hinreichend: Eine Deutung im Sinne von „Kalkül und Wahn“ (womit ein Zusammenwirken von Machtinteressen gesellschaftlicher Eliten mit zumeist weit verbreiteter nationalistisch-rassistischer Ideologie begrifflich gefasst werden kann) wird oft schlicht ersetzt durch „Wahn statt Kalkül“ oder durch „Masse statt Klasse“, „Führer statt Eliten“, „individuelle Freiheit statt gesellschaftlicher Pflichten“ u. ä. m.

Aufmerksame Beobachter des aktuellen Geschehens in Deutschland, Europa und weltweit werden sich der Feststellung nicht verschließen können, dass wirtschaftliche Faktoren für erneute Machtkämpfe und barbarische Kriege kaum erwähnt, geschweige denn beachtet werden. Es findet nicht allein entökonomisiertes Denken statt, sondern ein neues einseitig ideologiefixiertes Deuten, das sich zudem oft lediglich auf Nationalismus, Feminismus, Rassismus oder speziell auf Antisemitismus bezieht. Dass auch linke Politiker und Wissenschaftler dem zu folgen scheinen und kaum sorgfältig die Grundfesten und Erscheinungsformen des heutigen Kapitalismus analysiert werden, müssen alle bedauern, die für neue gerechte und friedliche Verhältnisse eintreten.

Faschismusforschung tut heute in besonderem Maße not! Sie ist konkreter, intensiver und umfassender zu betreiben und hat sich in richtig verstandener Verantwortung von Wissenschaft für die Gesellschaft um Wirksamkeit zu bemühen. Allen faschistischen und den Faschismus befördernden Kräften ist im Wissen um bekannte und neue Gefahren Einhalt zu gebieten. Solche drohen, wenn faschistische

¹⁰ Friedrich Engels: Briefe über den historischen Materialismus (1890-1895), Berlin 1979.

¹¹ Manfred Weißbecker: Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen. In: Wolfgang Keim (Hrsg.): Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft, Frankfurt am Main u.a. 1988, S. 191-206, insbesondere S. 194 f.

Ideologie aufgegriffen, wenn ihre Verfechter Massenzulauf gewinnen und alles sich paart mit aufrüstungswilliger und kriegssüchtiger Machtpolitik. Die Welt würde in neue und alles Leben bedrohende Untiefen geführt! Die Barbarei im Umgang von Menschen mit anderen Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – sie könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 138, Juni 2024, S. 173-180.

30. Juni 1934:

Nazis ermordeten andere Nazis sowie konservative Konkurrenten

Das Datum geriet sofort zum Begriff: 30. Juni 1934, und es fand irrtümlich die Bezeichnung „Röhm-Putsch“. Hingegen stehen seither die Ereignisse zwischen diesem Tag und dem 2. Juli 1934 für einen brutalen, generalstabsmäßig vorbereiteten Enthauptungsschlag, geführt gegen die SA, gegen die paramilitärischen *Sturm-Abteilungen*, die sich die NSDAP geschaffen hatte und denen fast 4,5 Millionen Männer angehörten. Ihre Führung, allen voran ihr Chef Ernst Röhm, hatte es gewagt, eigene Interessen lautstark zu artikulieren und nachdrücklich jene Versprechungen einzufordern, welche gemacht worden sind, als ihre randalierenden Truppen – einer Prätorianergarde gleich – auf dem Wege an die Macht unentbehrlich gewesen sind. Das Datum steht auch für die Ausschaltung einer konkurrierenden Gruppe aus dem Kampf um die weitere Ausgestaltung des faschistischen Regimes. Und es markiert zugleich eine makabre Zäsur in der Geschichte der deutschen Eliten: Militärs paktierten mit den Faschisten und verzichteten sogar auf jeglichen Protest gegen den Mord an zwei ihrer Ranghöchsten. Juristen sahen keinen Anlass, wegen der zahllosen „unnatürlichen“ Todesumstände Ermittlungen einzuleiten. Mehrheitlich priesen ihre Angehörigen aus vollem Munde den faschistischen Diktator.

Nach durchzechter Nacht überrascht

In jenen Tagen sind entsprechend offizieller Angaben mindestens 83 Männer aus der Führung der SA umgebracht worden; nach anderen Quellen sollen es mehr als 200 oder sogar über 1000 gewesen sein. Unabhängig von der sicher nicht mehr exakt bestimmbar Zahl bleibt es eine Tatsache: Nazis brachten andere Nazis sowie eine Reihe konservativer Politiker rechtswidrig und barbarisch um. Nach Monaten härtester Auseinandersetzungen innerhalb der am 30. Januar 1933 zur Macht gekommenen Nazi-Partei bereinigte eine ihrer Gruppierungen ein ganzes Bündel bestehender Konflikte auf Kosten einer anderen, und zwar in einer Art und Weise, wie bis zu diesem Zeitpunkt nur mit Antifaschisten umgegangen worden war.

In München, von den Nazis „Hauptstadt der Bewegung“ benannt, agierte Hitler persönlich. In Berlin organisierten Göring, Himmler, Heß, Frick und Heydrich das Massaker. Vorher hatte man sich des Einverständnisses der Reichswehrführung versichert, die ihrerseits Röhm am 25. Juni wegen „standeswidrigen Verhaltens“ aus dem *Deutschen Offiziersbund* hatte ausschließen lassen, d. h. faktisch für vogelfrei erklärte. Zudem wurden der 88 für diesen speziellen Feldzug Waffen und Transportgerät überlassen. Am Abend des 28. Juni, als Hitler in Essen an der Hochzeit des NSDAP-Gauleiters Terboven teilnahm und hier auch mit einigen Großindustriellen zusammentraf, bestellte der Nazichef die SA-Führung für den 30. Juni um 11 Uhr zu einer Tagung in das bayerische Bad Wiessee, wo sich Röhm zu einer Kur aufhielt. Nachts um zwei Uhr kletterte dann Hitler in ein Flugzeug und eilte selbst dorthin, um in den frühen Morgenstunden seinen Duzfreund Röhm und andere SA-Führer in der Pension Hanselbauer zu verhaften. Im Schlafzimmer des Stabschefs der SA stieß er gegen 6:30 Uhr zweimal die Worte aus „Röhm, du bist verhaftet!“, die dieser nicht begreifen wollte. Widerstand leistete als einziger der schlesische SA-Führer Heines.

Die Verhaftungen erfolgten, bevor die Betroffenen nach einer durchzechten Nacht überhaupt Gelegenheit hatten zu merken, was geschieht. Auf dem Münchener Bahnhof fingen SS-Trupps jene SA-Führer ab, die erst an diesem Tage anreisen. Auch sie wurden ins Gefängnis München-Stadelheim oder in das KZ Dachau gebracht. Einige erschoss man sofort. In den Mittagsstunden erklärte Hitler einer im „Braunen Haus“ versammelten Naziprominenz, weshalb die Aktion gegen den „größten Treuebruch der ganzen Weltgeschichte“ notwendig geworden sei und dass er Viktor Lutze zum neuen Stabschef der SA ernannt habe. Gegen 18 Uhr flog Hitler nach Berlin zurück, wo er und Goebbels mit militärischen Ehren empfangen wurden. Am nächsten Tag ordnete Hitler die Liquidierung Röhm an. Auch in Berlin waren seit dem Vormittag des 30. Juni auf das von Goebbels übermittelte Stichwort „Kolibri“ hin zahlreiche Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen worden. Göring und Heydrich nutzten die Gunst der Stunde auch dazu, die seit dem Frühjahr vorbereiteten Verhaftungslisten noch zu erweitern.

Der Eskalation des Mordens fiel auch eine Reihe konservativer Kräfte zum Opfer, die sich u. a. gegen die Aggressivität der SA ausgesprochen und vor einer weiteren Duldung wirrer SA-Aktivitäten gewarnt hatten, weil sie dadurch sowohl die wehrpolitischen als auch die sozialen Dimensionen der Regimekrise verstärkt sahen. Vizekanzler Franz von Papen, der am 17. Juni in Marburg eine aufseherregende Rede („Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden ...“) gehalten und gemeint hatte, die Autorität des „Führers“ müsse sich daran messen lassen, ob endlich die „Revolution“ ein Ende finde, wurde nur unter Hausarrest gestellt. Zwei seiner Mitarbeiter, Edgar Jung und Herbert von Böse, fanden hingegen den Tod. Zu den Opfern zählte ferner Ministerialdirigent Erich Klausener, Leiter der „Katholischen Aktion“, der sich früher u. a. kritisch zur NS-Rassenideologie geäußert hatte. Auch wurden alte Rechnungen beglichen: Gustav Ritter von Kahr, der 1923 mit Hitler hatte putschen wollen, dann aber abgesprungen war, sowie Gregor Strasser, Hitlers langjähriger Stellvertreter in der NSDAP, überlebten die Aktion nicht. In ihrem Neubabelsberger Haus wurden der letzte Weimarer Reichskanzler, Kurt von Schleicher, und seine Frau erschossen. Auch Schleichers Mitarbeiter, Generalmajor Kurt von Bredow, wurde in seiner Wohnung umgebracht. Am Morgen des 2. Juli erklärte Hitler die Aktion offiziell für beendet.

Schließlich sollte ein Ermächtigungsgesetz am 3. Juli 1934 das Massaker nachträglich legalisieren. Gegen landes- und hochverräterische Angriffe sei ein Akt der „Staatsnotwehr“ notwendig und rechtmäßig gewesen. Angeblich habe die Gefahr eines Putsches bestanden – die Partei, in deren Vergangenheit der Putschgedanke stets eine gravierende Rolle gespielt hatte, suchte jetzt gerade hierin die ausschlaggebende argumentative Schützenhilfe. Aber auch anderes wurde hierfür ausgegraben, so das Thema Homosexualität. Alle Versuche zur Rechtfertigung des Geschehenen erinnern an jenen Ausspruch, den einst E. T. A. Hoffmann in seiner Erzählung „Der Floh“ einem Polizeipräsidenten in den Mund gelegt hatte: „den Täter haben wir, die Tat werden wir auch noch finden.“

Die eigentlichen Ursachen des Blutbades wurden nicht angesprochen. So fiel kein Wort darüber, dass sich große Teile der SA und des ihr unterstellten *Stahlhelm-Bundes* zu Sprechern jener Enttäuschten gemacht hatten, die auch für sich mehr von der Errichtung der Diktatur erwartet hatten. Die Aktion richtete sich gegen die lautstark erhobene Forderung der frustrierten SA-Basis nach einer „zweiten Revolution“. Vielfach sahen sich Nazis von erhofften Pfründen ferngehalten. Andere wiederum hielten die bis dahin geübte Rache an den Gegnern der „Kampfzeit“ immer noch für unzureichend. Missstimmung begann sich auch gegen Hitler zu richten. Hinter vorgehaltener Hand war vom „treulosen Führer“ die Rede, der „mindestens auf Urlaub“ geschickt werden müsse. Keineswegs zufällig verdrängte die SA-Presse im ersten Halbjahr 1934 den Personenkult um Hitler durch den um Röhm. Mit keinem Wort wurde bei der Rechtfertigung des Massakers der wohl wichtigste Konflikt angesprochen, der lange zwischen der SA und der Reichswehrführung geschwelt hatte: Die Leiter der braunen Terrorbanden verfolgten das Konzept eines aus ihren Reihen zu formierenden milizähnlichen Massenheeres, was den Oberen der Reichswehr, die schließlich auch Hitlers Ohr fanden, widersprach. Bereits im Dezember 1933 – er war gerade zum Minister ernannt worden – hatte Röhm in einem groß aufgemachten Artikel seinen weitreichenden Anspruch angemeldet: „Wenn der Soldat um einer guten oder schlechten Politik willen kämpfen und sterben soll, will er über diese Politik auch zu bestimmen haben!“ Im Februar 1934 hatte er eine konkretisierende Denkschrift vorgelegt, die als regelrechte Kampfansage an die bisherige Militärelite zu verstehen war; und er ließ den vielsagenden Slogan verbreiten, der graue Fels der Reichswehr müsse in den braunen Fluten der SA untergehen. Die gesamte Landesverteidigung, wie es hieß, sollte eine Domäne der SA sein, die Reichswehr habe sich auf Ausbildungsfunktionen zu beschränken. Keine Rede war auch von den Kontakten der SA-Führung zu einigen an verstärktem Außenhandel interessierten Industriellen, sowie von Röhm's Versuchen, selbständige Kontakte zum Ausland anzuknüpfen. Manchem wurde erst nach dem Tode des Reichspräsidenten Hindenburg am 2. August 1934 deutlich, dass die Zustimmung der Generäle zu Hitlers Nachfolge und Ämterkonzentration als „Führer und Reichskanzler“ ihren Preis haben würde.

Diktatur nach innen und außen gestärkt

Nachdem sich die Reichswehr-Generäle vom unliebsamen Konkurrenten befreit sahen, wurde der bereits 1933 eingeleitete Prozess der Wiederaufrüstung, der Schaffung einer schlagkräftigen Armee

auf der Grundlage einer allgemeinen Wehrpflicht und der zielgerichtet-aggressiven Vorbereitung auf einen neuen Krieg fortgeführt. Nicht zuletzt dank der Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit. In ihr war die SA wenig angesehen, wenngleich aus ganz anderen Gründen als sie Hitler hatte. Am Ende konnte sich das hitlerfaschistische Regime in seiner innen- und außenpolitischen Macht enorm gestärkt fühlen und sich gleichsam selbst weiter faschisieren. Die SA wurde „reorganisiert“. Es begann der Aufstieg der nunmehr aus der SA herausgelösten SS. Immer stärker konnte nicht nur in der SA, sondern unter den Deutschen jenes Maß an Disziplin durchgesetzt werden, das den NS-Führern angesichts ihres Expansions- und Kriegsprogramms unabdingbar erschien. Die deutsche „Bartholomäusnacht“ war ein Schritt hin zum Zweiten Weltkrieg und zu noch viel umfangreicheren Massenmorden.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 6/2024, Nr. 412, 34. Jahrgang, Berlin 2024, S. 1-4.

Die Wirtschaftsbosse gratulierten

Vor 90 Jahren gab es einen Machtkampf unter Faschisten, bei dem die SA-Führung umgebracht wurde

Am frühen Morgen des 30. Juni 1934 steigt Adolf Hitler aus seinem schweren Mercedes und eilt zum Kurheim Hanselbauer in Bad Wiessee am Tegernsee. In seinem Gefolge: Propaganda-Minister Joseph Goebbels und der hannoversche SA-Führer Viktor Lutze sowie ein paar SS-Männer. Als Erster wird der noch im Bett liegende Ernst Röhm, Stabschef der SA, verhaftet. Danach trifft es auch andere SA-Führer, die alle von Hitler zu einer Tagung dorthin befohlen worden waren und sich nun völlig überrascht des Hochverrats beschuldigt sehen. Transportiert werden etwa 20 hochrangige Braunhemden in die Münchner Zentrale der NSDAP. Das sogenannte Braune Haus ist von einer Kompanie der Reichswehr abgesperrt, eines der vielen Beispiele für die logistische und inhaltliche Unterstützung der Aktion gegen die SA-Führung.

Am Ende dieses und des nächsten Tages werden – nach später offiziell verkündeten, vielfach jedoch bezweifelten Angaben – 90 Menschen ermordet, teils standrechtlich, teils hinterrücks oder angeblich auf der Flucht erschossen. Alles geschieht ohne begründete Anklagen, ohne rechtliche Grundlagen, ohne Möglichkeit einer Verteidigung vor ordentlichen Gerichten. Selbst auf gewisse Normen früherer Femegerichtbarkeit wird verzichtet. Faschistischer Terror pur!

Den hatten viele Deutsche bereits in Weimarer Zeiten erlebt. Und erst recht seit dem 30. Januar 1933 zu ertragen. Nun aber erreichte dieser Terror einen neuen Höhepunkt; zudem einen besonderen, denn er richtete sich nicht wie sonst gegen den antifaschistischen Widerstand. Zum Opfer fielen ihm Nazis aus den eigenen Reihen. Faschisten killten Faschisten. Darüber hinaus traf es auch deutschnational-konservative Verbündete im Konkurrenzstreit um die weitere Ausgestaltung des neuen Herrschaftssystems sowie im Ringen um weitere Schritte zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Wie dies im Einzelnen vor sich ging, wer wann und wie umgebracht wurde, ist oft beschrieben worden. Keine der in riesengroßer Zahl vorliegenden Hitler-Biografien, keine der vielen Lebensbeschreibungen einzelner Personen, kein Buch zur Geschichte der SA kommt ohne ein entsprechendes Kapitel aus. In militärgeschichtlichen Publikationen sieht es mitunter etwas anders aus. Spezielle Arbeiten wurden kaum vorgelegt, worauf Peter Longerich und Sven Felix Kellerhoff in ihren jüngst erschienenen Überblicksdarstellungen nachdrücklich verweisen. Longerichs „Abrechnung. Hitler, Röhm und die Morde vom 30. Juni 1934“ eher analytisch und deutend, während Kellerhoff in „Röhm-Putsch“ 1934. Hitlers erste Mordaktion“ einen journalistischen Erzählstil bevorzugt. In der Sache stimmen beide überein: Eigentlicher Täter ist Hitler.

Erste Untersuchungen zum Themastellten Hitlers Zögern in der Auseinandersetzung mit Röhm in den Vordergrund und sahen in Göring, Himmler, Heydrich sowie in den Reichswehrführern Blomberg und Reichenau die treibenden Kräfte des blutigen Unternehmens. Darauf verwies vor allem der DDR-Historiker Kurt Gossweiler, der die seit Mitte der 50er Jahre erfolgende Überbetonung der Rolle Hitlers in die bundesdeutsche Remilitarisierungszeit einzuordnen versuchte. Er stützte sich unter anderem auf eine nach dem 30. Juni 1934 erfolgte Aussage Reichenaus, „es sei wirklich nicht so leicht gewesen, die Dinge zum 30. Juni derart ‚hinzukriegen‘, dass sich dieser Tag als eine ‚reine Parteiangelegenheit‘“ dargestellt habe.

In den neueren Publikationen ist davon nichts zu lesen, ebensowenig von DDR-Autoren. Es fällt auf, dass jeder Hinweis auf Hitlers Treffen mit den höchsten Befehlshabern von Reichswehr und Reichsmarine am 3. Februar 1933 fehlt, bei dem in strategischer Hinsicht ein kriegsvorbereitender Kurs abgesteckt wurde: Zunächst seien die Demokratie zu beseitigen sowie der Marxismus und Pazifismus „mit Stumpf und Stiel“ auszurotten, ferner gelte es, eine auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Streitmacht aufzubauen und das Volk, insbesondere die Jugend, auf neue Kriege einzustellen. In diesen würde es dann um die Eroberung von „Lebensraum“, vor allem von Gebieten in Osteuropa, sowie um deren „Germanisierung“ gehen. Hitler hielt es auch für angebracht, den Generälen die zukünftige Funktion der SA darzustellen und hervorzuheben, dass „keine Verquickung von Heer und SA beabsichtigt sei.“

Seit Ende 1933 und vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1934 stellte sich allerdings heraus, dass dieses Versprechen nicht leicht eingelöst werden konnte. Hatte die SA bis zum 30. Januar 1933 mit terroristischen Mitteln zu einer Zerstörung der Weimarer Republik beizutragen, so sollte sie nun, wie andere Teilorganisationen der NSDAP auch, zu einer der tragenden „Säulen“ des Staates umgestaltet werden. Ihre erste Aufgabe bestand jetzt darin, gemeinsam mit dem bisher bekämpften Staatsapparat dessen „Säuberung“ von unliebsamen Kräften vorzunehmen. Dabei liefen rasch die Interessen der Nazi-Führer und die der von ihnen geführten Anhänger auseinander. Erstere waren an der Staatsspitze angekommen. Und auch für einen relativ kleinen Kreis begann die Zeit neuer Karrieren, wachsenden Prestiges und gut bezahlter Posten. Doch massenhaft blieb solches für andere aus. Das neue Verhältnis von Partei und Staatsmacht brachte für viele keine Vorteile, kaum einen gesicherten Arbeitsplatz oder einträgliche Funktionen.

Zugleich nahm die Zahl der SA-Mitglieder rasant zu. Hatte diese zu Beginn des Jahres 1933 rund 400.000 betragen, so verzehnfachte sie sich binnen kurzer Zeit. In die als SA abgekürzte, truppenartig organisierte „Sturmabteilung“ der Nazis wurden der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ und ähnliche paramilitärische Verbände eingegliedert, die in Weimarer Zeiten mehrheitlich hinter der konservativen Deutschnationalen Volkspartei oder der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei gestanden hatten. Zugleich wuchs in ihren Reihen die Missstimmung über nicht eingelöste soziale und politische Versprechen. Hunderttausende unzufriedene Gefolgsleute sahen sich zurückgesetzt und folgten gern der Forderung von SA-Führern, es müsse die sogenannte nationalsozialistische Revolution fortgesetzt werden. Parallel dazu nahmen Pläne konkrete Gestalt an, die SA als eine Art Volksmiliz auszubauen. Im Rahmen der allgemeinen Aufrüstungspolitik rüstete auch die SA ihre Truppen militärisch auf. Die Reichswehr befürchtete immer mehr, von ihrer militärpolitischen Monopolposition verdrängt zu werden.

Wirtschaftliche Probleme und der als zu gering empfundene Rückgang der Arbeitslosigkeit führten zu sozialen Problemen und sinkendem Vertrauen in die neue Staatsführung. Zunehmend stand das Regime auch vor der Frage, wie die Macht nach innen und nach außen zusichern sei, zumal sich in konservativen, aristokratischen und katholischen Kreisen Bedenken gegen bisherige Regierungspraktiken und Pläne einer fortzusetzenden „Revolution“ regten. Mit der am 17. Juni 1934 in Marburg gehaltenen Rede des Vizekanzlers Franz von Papen gerieten Vorbehalte gegen das Regime eines Einparteiensystems an die Öffentlichkeit. Gefährdet sahen die Nazi-Faschisten ihr Ziel, für den weiteren Weg eine stabile, verlässliche und auch in schwierigen Zeiten mobilisierbare Massengefolgschaft zu sichern.

Vor allem übte die Reichswehrrführung wachsenden Druck aus, so bald wie möglich das Verhältnis zwischen ihr und der aufstrebenden SA endgültig zu klären. Zwischenfälle vor Ort führten zu gegenseitigen Vorwürfen sowie einer Vielzahl interner Gespräche und Verabredungen, von denen jedoch kaum eine eingehalten wurde.

Schließlich bereiteten Hitler, Göring, Himmler, Heydrich den entscheidenden Schlag vor: Die SA sollte gleichsam enthauptet, also ihrer Führung beraubt werden. Sorgfältig und gründlich wurden geheime Befehle für den Einsatz von SS-Truppen und Angehörigen des von Heydrich geleiteten Geheimdienstes vorbereitet. Hitler agierte persönlich in Bayern, Göring im Berliner Raum, Heydrich in Schlesien und Sachsen. Zig geheime Befehle lagen den Handelnden bereits vor und wurden zu angegebenen Zeiten geöffnet und erfüllt. Festzustellen bleibt, dass das mörderische Räderwerk nahezu fehlerlos funktionierte. Was jeweils befohlen wurde, stieß auf eine willige Bereitschaft zu töten.

So hatten sich de facto über Nacht in angeblicher „Staatsnotwehr“ – davon sprach Hitler am 13. Juli 1934 vor dem Reichstag, in dem sich keine fragende, geschweige denn protestierende Stimme erhob – wesentliche strukturelle und auch personelle Änderungen im Machtgefüge der deutschen Faschisten vollzogen. Rasche Anerkennung spiegelte sich in zahllosen Danksagungen. Die Spitzen der Reichswehr, allen voran Reichswehrminister Werner von Blomberg, lobten Hitlers Vorgehen und schwiegen sogar zu den Ermordeten aus ihren eigenen Reihen.

Auch aus Kreisen der Wirtschaft erhielt Hitler Glückwünsche zum Erfolg seines „schnellen Zupackens“, wodurch – wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schrieb – die Wirtschaft gerettet worden

sei. Aus dem Kreis der deutschen Intellektuellen rührte sich kaum einer. Hingegen zeigte sich der bekannte Rechtsprofessor Carl Schmitt sogar bereit, dem „Führer“ die oberste richterliche Gewalt zuzusprechen. Hitler konnte auf dem Nürnberger Parteitag prophezeien: „In den nächsten tausend Jahren findet in Deutschland keine Revolution mehr statt.“

Die unmittelbaren Folgen der blutigen Mordaktion traten rasch in Erscheinung. Hitler gewann neue Machtfülle, zumal nach Hindenburgs Tod das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten zusammengelegt wurde und er zum obersten Befehlshaber der Wehrmacht aufstieg. Auch in seiner nächsten Umgebung, in der Schar der Nazi-Größen, sah er sich stärker herausgehoben. Von nun an stand er über der zweiten Führerreihe, in der es auch in den folgenden Jahren an Macht-, Kompetenz- und Rivalitätskämpfen nicht mangelte.

Zu den längerfristigen Folgen des Mordens vom 30. Juni 1934 gehörte die freie Bahn für verstärkte Aufrüstung. Dabei ging es auch um die Verwirklichung jener detaillierten Pläne, die in der Reichswehrführung bereits Mitte der 1920er Jahre unter dem Titel „WH 808“ ausgearbeitet worden waren und heute kaum Erwähnung finden. In diesen Papieren wurde erklärt, man brauche künftig ein Massenheer von 2,8 bis 3 Millionen Soldaten, organisiert in acht Armeen und 102 Divisionen. Anstelle der 42 Generäle in der Reichswehr sah man 252 für das „große“ Heer vor. Und: Genau diese Zahl an Etatstellen für Generäle wies 1939 das Feldheer auf. Die 1925 geplante „Kriegsstärke“ war 14 Jahre darauf erreicht, unmittelbar vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Mit anderen Worten: Dem 30. Juni 1934 folgte der 1. September 1939.

Peter Longerich: Abrechnung. Hitler, Röhm und die Morde vom 30. Juni 1934. Molden-Verlag, 208 S., geb., 28,00 Euro.

Sven Felix Kellerhoff: „Röhm-Putsch!“ 1934. Hitlers erste Mordaktion. Herder, 272 S., geb., 24,00 Euro.

Neues Deutschland, Donnerstag, 4. Juli 2024, S. 13.

Von Hasen, Jägern und Historikern

Aus für die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Wer treibt künftig marxistische Faschismusanalyse voran?

Der Blick zurück darf durchaus ein stolzer sein. Selbstverständlich muss er auch kritisch-prüfend geraten. Beides halte ich für berechtigt: Einerseits kann Freude und ein gewisses Maß an Zufriedenheit gezeigt werden, andererseits ist zu suchen nach Vergebenem und Vergeblichem. Anerkennung ist möglich für eine wohl als gelungen zu bezeichnende Selbstvergewisserung nach dem unmittelbar erlebten totalen Umbruch von 1989/90. Radikale Selbstbefragung führte zu Selbstbehauptung.

Wovon hier die Rede ist? Von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung (BG). Dieser im März 1992 gegründete Verein wird sich – ob kräftemäßiger Erschöpfung und mangelnder finanzieller Ressourcen – zum Jahresende auflösen. Vermutlich wird dies in der Öffentlichkeit kaum beachtet werden. Niemand wird von einem Flurschaden sprechen oder gar protestieren, wie das im Zusammenhang mit der für 2028 geplanten Schließung des Hamburger Instituts für Sozialforschung der Fall ist. Dennoch lohnt ein Blick auf ihre Geschichte.

Diese Berliner Gesellschaft war hauptsächlich von Mitgliedern des abgewickelten Instituts für Geschichte an der Wissenschaftsakademie der DDR geschaffen worden und über Jahrzehnte hinweg erfolgreich tätig. Dank auch hinzugekommener Mitglieder aus der westdeutschen Historikerkunft. Die BG verlangte von sich eine „gemeinsame Streitkultur, die den Respekt vor der Person und der wissenschaftlichen Leistung voraussetzt, doch die vorgestellten Auffassungen unter der Verpflichtung auf Wahrheit der Kritik unterwirft“. Sie wollte ein Forum der Kommunikation und der Urteilsbildung sein.

Sie entstand nicht in einem luftleeren Raum, sie arbeitete unter bestimmten politischen Verhältnissen, die immer noch kritischer Aufarbeitung bedürfen – vielleicht sogar mehr denn je. Dazu wird allerdings nach wie vor von den einstigen Akteuren der „Abwicklungs-“ und Verdrängungsprozesse nichts Erhellendes zu erwarten sein. Für sie zählt immer noch als ein zu feiernder Erfolg, eine Mehrheit der Historikerinnen und Historiker der DDR im „vereinigten“ Deutschland entlassen, in die Arbeitslosigkeit gedrängt und aus dem staatlich geförderten Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossen zu haben. Energischer, als nach 1945 Institute von Nazis bereinigt wurden. Sie wollten auch siegen über marxistische Auffassungen zu Faschismus und Antifaschismus.

Daran ist nicht zuletzt deshalb zu erinnern, weil mit dem Ende der Berliner Gesellschaft möglicherweise eine zweite „Abwicklung“ erfolgt, eine Ausschließung des von ihr geförderten Denkens und Gedenkens historiografisch, medial und digital betriebener Geschichtsdeutung. Es gilt nach wie vor, was der US-amerikanische Historiker Howard Zinn in seiner 1980 erschienenen „Geschichte des amerikanischen Volkes“ schrieb: „Solange die Hasen keinen Historiker haben, wird die Geschichte von den Jägern erzählt.“

Es gab nach der „Vereinigung“ keinerlei Möglichkeiten einer Fortsetzung von Faschismusforschung in den personell „bereinigten“ und schließlich aufgelösten Akademie- und Hochschulinstituten in Ostdeutschland. Neues hätte sich auch nicht mit der an sich selbst gescheiterten Historiker-Gesellschaft der DDR angeboten. Vor allem durfte selbst eine kritisch-konstruktive Weiterführung bisheriger Faschismusforschung nach dem Willen des Wissenschaftsrates der Bundesregierung und des westdeutschen Historikerverbandes nicht sein. Strikt wurde jede organisatorische Zusammenführung abgelehnt. Auch die Idee des FU-Professors Wolfgang Wippermann, ein neues eigenständiges Institut zu schaffen, fand keine Zustimmung.

Zumeist wurde – nach einer kurzen Phase illusionärer Erwartungen – in relativ kleinen Kreisen versucht, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden und den alltäglich-schmählichen Diskreditierungen zu trotzen. Entstanden ist zunächst – bevor sich später mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein gewisses Zentrum formieren konnte – ein bunter Flickenteppich an einzelnen Vereinen, sortiert zumeist nach Wissenschaftsdisziplinen, regionalen und lokalen Bedingungsfeldern, (partei)politischen Interessen und nicht zuletzt auch nach generationsbedingten Aspekten. Allein im Bereich der Ge-

schichtwissenschaft wären zu nennen die Zeitschriften „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ und „Berliner Debatte Initial“, der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Politik und die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde (GBM) sowie die Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte u. a. m. Davon sind einige bereits nicht mehr existent.

Die Berliner Gesellschaft, von der hier die Rede sein soll, scheint eine der größten Gruppen mit eigener wissenschaftlicher Tätigkeit gewesen zu sein, zudem eine, die früher relativ stark getrennt tätige Forschungsbereiche nun in sich vereinte: Faschismusforschung, Weltkriegsforschung, Widerstandsgeschichte und Erinnerungspolitik. Von Anfang an wirkten fordernd und fördernd auch Historiker aus den alten Bundesländern mit, darunter Karl Heinz Roth. Zugleich bot die Berliner Gesellschaft Platz für jüngere Mitglieder. Sie trat mit deutschlandweit beachteten Publikationen und Tagungen in Erscheinung, stets bemüht, neue Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie die Zusammenhänge von Expansion, Faschismus, Widerstand, Weltkrieg, Völkermorden und Okkupation aufzuzeigen.

Zu den großen Leistungen der Berliner Gesellschaft gehörten die verdienstvoll aus DDR-Zeiten fortgesetzte Reihe der Dokumentenbände „Europa unterm Hakenkreuz“ und die zwei Bände zur Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft von Werner Röhr, einem der Initiatoren der BG und auch deren langjähriger geschäftsführender Vorstand. Unübersehbar ist aber auch, dass im Laufe der Jahre an die Stelle der gewohnten kollektiven und mitunter auch genutzten interdisziplinär angelegten Arbeitsweisen verstärktes Einzelgängertum trat, das letztlich die Basis für eine weiterführende Faschismustheorie einschränkte. So warnte ein Grußwort aus Anlass des zehnjährigen Bestehens, es würde eine „Vereinzelung des Interesses und damit einhergehend die Vernachlässigung der Klärung übergreifender Fragen“ geben, worunter die Arbeit der BG „zunehmend zu leiden scheint“. Zudem hieß es weiter: „Zwischen Geschichtsschreibung, Geschichtstheorie und Geschichtsphilosophie scheinen sich immer tiefere Gräben aufzutun.“ Im Vordergrund stand das Faktische und Dokumentarische, was eine unersetzbare Grundlage für alle Darstellungen war und bleibt, wie auch als Ausgangspunkt für eine tragfähige, möglichst komplexe Faschismustheorie. Im Laufe der Jahre veränderte sich merklich die Relation zwischen umfassenden Monographien einerseits und kleineren, wenn auch in keiner Weise klein zu redenden Publikationen andererseits zu Gunsten letzterer.

Dennoch dürfte die Berliner Gesellschaft einen nicht unerheblichen Platz in der Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung und überhaupt Wissenschaftsgeschichte einnehmen. Militärisch gesprochen: Sie entstand unter feindlichem Beschuss und schuf dennoch Beachtenswertes. Ein Verdienst beispielsweise ist, dass nicht nur mit dem Namen, sondern der konkreten Arbeit in der Berliner Gesellschaft Faschismus- und Weltkriegsforschung zusammengeführt worden sind. Sie richtete, stärker als es in der DDR getan wurde, den Blick auf die rassistische Ideologie des deutschen Faschismus und deren Wirkungsmöglichkeiten sowie auf Formen und Strukturen faschistischer Organisiertheit. Man bemühte sich um die Präzisierung und Erweiterung einer marxistischen Deutung des Faschismus. Wider dem heute wieder dominierenden entökonomisierten Denken und neuen einseitig ideologiefixierten Deuten, das sich zudem oft lediglich auf Nationalismus, Feminismus, Rassismus oder speziell auf Antisemitismus beschränkt, untersuchten die Mitglieder der Berliner Gesellschaft auch sozialökonomische Ursachen und Zusammenhänge für Weltkriege und Faschismus.

Anknüpfend an das Wort von Max Horkheimer, wer nicht vom Kapitalismus reden wolle, sollte vom Faschismus schweigen, wäre indes gewiss mehr und deutlicher zu beachten, dass mit dem Begriff Kapitalismus nicht allein die Wirtschaft oder die ökonomischen Interessen jeweils dominierender Großindustrieller und Bankiers gemeint sein dürfen. Zu reden ist über den Kapitalismus als ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dessen soziale, politische, rechtliche und kulturell-geistige Verhältnisse bedingt sind durch anhaltendes Streben nach Gewinnmaximierung und Konkurrenzfähigkeit sowie zugleich Krisenanfälligkeit. Dies zudem unter begrenzter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit unter kapitalistischen Bedingungen.

Zugleich gilt es, den Kapitalismus in seinen unterschiedlichen konkreten Erscheinungsformen sowie seine Entwicklungsprozesse zu analysieren. Nationalstaatlich organisierter Kapitalismus bot für den historischen Faschismus einen günstigen Nährboden. Heute dominiert Kapitalismus in einem globalisierten Geflecht weltweiter Beziehungen. Neuer Faschismus kann sich durchaus in einer von tiefen Widersprüchen und Krisen aller Art durchzogenen Gemengelage aus weltweit agierendem Kapitalismus, multipolarer Welt(un)ordnung sowie aus regionaler und nationaler Machtpolitik entfalten, könnte aber mit seinem nationalistisch-rassistischem Grundgehalt den globalen Interessen dysfunktional entgegenwirken. Zudem: Dem historischen Faschismus ging es in politischer Hinsicht hauptsächlich um den Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus. Für große Teile der Eliten galt er als notwendig für das Bewahren bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse vor möglichen revolutionären Veränderungen. Solchen Gefahren sieht sich das die bürgerlich-parlamentarische Demokratie bevorzugende Kapital nicht ausgesetzt. Jene Kräfte, die für linke Alternativen eintreten, scheinen auf ein erträgliches Maß gestutzt zu sein. Daher engen sich die Möglichkeiten eines neuen Faschismus als diktatorisch-terroristisches Machtsystem auf nationaler Ebene erheblich ein. Neue Bereiche tun sich ihm eher auf durch wachsende Gewalt- und Kriegsbereitschaft, stark zunehmende Aufrüstung sowie eine wirksame Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Es droht eine Fasisierung der Politik in den großen Machtzentren der Welt. Kapitalistisch fundiertes Gewinnstreben verstärkt die Konkurrenz im Streben nach einer zu erhaltenden oder zu erringenden Vormachtstellung.

In jeder Hinsicht trifft wohl ein Gedanke zu, mit dem vor nahezu drei Jahrzehnten Kurt Pätzold und ich das Buch „Geschichte der NSDAP“ beendeten: „... das zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird an anderer Stelle längst auf seine Verwendbarkeit schon durchgesehen und sortiert, und seine Teilstücke sind unter anderem Namen in der Erprobung.“ Feindbilder, Hass, Intoleranz und fanatische Gewaltbereitschaft bewirken eine abnehmende Distanz zum historischen Faschismus. Dessen Ideen sind hingegen, wie auch sich radikalisierende, militante Scharen und Gemeinschaften, auf dem Vormarsch.

Neues Deutschland, 09.08.2024.

Bis zum letzten Hosenknopf

Wahlen in Thüringen vor 100 Jahren: Menetekel für heute?

Die thüringische CDU verkündet: „Wir wollen Thüringen wieder zum Vorzeigeland machen!“ Und: „Wir haben Lust auf Zukunft, auf Aufbruch und Erneuerung.“ Wohlfeile Formulierungen, gewiss. Doch was besagen sie eigentlich?

Geschichte wiederholt sich nicht und weist doch oft Parallelen auf. In den frühen 1920er Jahren war Thüringen wie auch Sachsen ein demokratisch-republikanisches Land, von vielen Menschen als Hoffnungsträger geschätzt, der mit der Verwirklichung einer revolutionär erreichten Reichsverfassung demokratische Rechte und sozialpolitische Gerechtigkeit für alle Thüringerinnen und Thüringern anstrebte. Ein linkes Reformprojekt, dem es auch ernst damit war, den Ansturm von Reaktionären aller Art abzuwehren.

Demokratische Politik, soziale Gerechtigkeit und die Schaffung den Frieden fördernder Verhältnisse nach dem grauenvollen Ersten Weltkrieg, verknüpft mit dem humanistischen „Geist von Weimar“ wider den nicht überwundenen „Geist von Potsdam“, das waren die Leitprinzipien der Regierung unter dem Sozialdemokraten August Frölich. Er, mitunter auch als Linkssozialist bezeichnet, verkörperte wie kaum ein anderer das linke Reformprojekt. Oft wurde er charakterisiert als ein Typ von lauterem Charakter, als einer, der immer bestrebt gewesen sei, in Konfliktfällen zu friedlichen, gewaltfreien Lösungen zu kommen.

Gewählt worden war Frölichs Regierung im September 1921 von 339 275 Thüringerinnen und Thüringern. Die Wahl war knapp ausgegangen, die anderen Parteien hatten nur 1768 Stimmen weniger erhalten. Diese anderen waren vor allem der Thüringer Landbund (TLB), die Deutsche Volkspartei (DVP), die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP). Sie stellten mit ihren 26 Abgeordneten zwar eine Minderheit dar, doch eine, die von Anfang an und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden Versuch vorging, Neues durchzusetzen. Regelrecht gehasst wurden von ihnen beide Arbeiterparteien. Man lebte in Erinnerungen an die angeblich gute alte Zeit, von der man noch dazu meinte, ihr Ende sei durch einen feigen Dolchstoß der Linken in den Rücken des Heeres herbeigeführt worden.

Aus ihren Reihen ertönte wütende Kritik: Die Regierung ruiniere die Wirtschaft, es herrsche „Parlamentsabsolutismus“ und „Parteidiktatur“, und es würden „unnötige bürokratische Einrichtungen“ geschaffen. Letzteres richtete sich, um nur ein Beispiel zu nennen, gegen die für den 1. Januar 1922 geplante Einrichtung eines thüringischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

Kritisiert und auch gehemmt wurde der Versuch, größere Wirtschafts- und Verwaltungsgebiete zu schaffen, eine wesentliche Voraussetzung für ein zu modernisierendes und leistungsfähiges Land. Völlig abgelehnt wurden die bildungspolitischen Reformen, die das konservative Schulsystem abschaffen und durch eine Einheitsschule ersetzen sollten, um endlich tatsächlich „allen Kindern des Volkes“ gleiche Bildungschancen auf allen Ebenen zu bieten. Im Grunde wollten die bürgerlichen Parteien das alte Bildungsprivileg erneut durchsetzen.

Im Visier der Konservativen befand sich zudem jeder Versuch, jene sozialen Nachteile zu lindern, die es im Gefolge von Krieg und Inflation für Arbeiter, Bauern, Kriegsinvaliden, Witwen, Waisen sowie kleine Geschäftsleute, Handwerker und Angestellte gab. Aus ihrer Sicht sollte es, statt einer gesicherten sozialen Gerechtigkeit, bei der Gewährung einzelner sozialer Hilfen bleiben. Wenig Gefallen fand auch die Förderung von Kunst und Kultur, wobei es nicht allein um das bekannte Bauhaus ging, sondern auch um Thüringer Volkshochschulen.

Regierungschef Frölich war vor allem auch einer der ärgsten Feinde der aufstrebenden Faschisten. Am 9. November 1923 erklärte er in einer Landtagssitzung: „Wenn nun die Hitlergarden nach Thüringen kommen (...), um die Novemberlinge zu vernichten, denn das ist doch der Zweck der Hitlergarde, sollen wir da ohne weiteres stillhalten? Da bin ich mit den Kommunisten einig, dass wir Seite an Seite den Kampf führen müssen, um dieses Gesindel aus Thüringen herauszubekommen.“ Aus

solchem Geist kam es zu einer thüringischen Arbeiterregierung, gebildet aus SPD und KPD, im Grunde nach dem Beispiel der am 11. Oktober 1923 in Sachsen entstandenen. Beide werden gewaltsam durch den Einmarsch der Reichswehr beendet. (Näher Interessierten sei das neue Buch von Mario Hesselbarth empfohlen, „Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923“, herausgegeben von der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung.)

In den Wahlkampf 1924 in Thüringen gingen die linken Parteien arg geschwächt, unter anderem durch das von der Reichsregierung nach dem „Deutschen Oktober“ erlassene KPD-Verbot, vor allem aber erneut zerstritten und eher befasst mit gegenseitigen Vorwürfen, auch hinsichtlich der Schuld für das vorschnelle Ende der beiden Arbeiterregierungen. Die bürgerlichen Parteien hingegen agierten entschiedener und einheitlicher. Sie verstanden es, ihre Kräfte organisatorisch zu bündeln.

Ende 1923 entstand eine „antisozialistische Bürger- und Bauernallianz“, die bereit war, selbst ihren „letzten Hosenknopf“ gegen die Linke zu opfern. Wohl nicht zufällig wurde der Begriff „Ordnung“ für das Wahlbündnis gewählt. Der Thüringer Ordnungsbund (TOB) trat mit der Verleumdung von einem angeblich „auf den Hund gekommenen Land“ auf. Sollte heißen: Sozialisten können nicht regieren, erst recht nicht wirtschaften. Wo die Ursachen für Inflation, Wirtschaftskrise und andere Beschränkungen des Alltags wirklich zu suchen waren, darüber schwieg man. Die CDU plakatiert heute: „Thüringen wird links liegen gelassen.“ Auch das enthält wieder den Vorwurf, Linke seien unfähig zu regieren und zu wirtschaften. Und es müsse „Ordnung“ geschaffen werden.

Aus früh und ständig betriebener antisozialistischer Bedrohungs- und Hasspropaganda erwuchs das am Ende selbst für die Konservativen verhängnisvolle politische Konzept, das sich als „antimarxistisch“ bis dort hinaus gebärdete, sich aber auch gegen Demokratie und Republik wandte und sich dabei nicht scheute, sich völkisch-rassistischer und offen faschistischer Kräfte zu bedienen. Man könnte von einem Mixtum compositum sprechen, in dem sich Antimarxismus, also Antisozialismus und Antikommunismus, ferner auch Demokratie- und Republikfeindschaft, Deutschtümelei und ein stark antisemitisch geprägter Rassismus eng miteinander verknüpften.

Der Wahlkampf fand statt in einer Zeit des Umbruchs, dessen Ursachen für eine große Mehrheit der Wähler undurchschaubar waren. Selbst nach dem Ende der bis dahin noch nie erlebten Hyperinflation sahen sich viele unmittelbar von Existenzsorgen bedroht. Es gab einen Preisverfall für agrarische Produkte. Man forderte auf dem Lande mehr staatliche Förderung und kritisierte die der Industrie gewährten. Antiinflationäre Maßnahmen hatten nichts gebracht. Viele soziale Probleme hatten nicht gelöst werden können.

Umso bemerkenswerter war die hohe Wahlbeteiligung am 10. Februar 1924 von 89,6 Prozent gegenüber 72,4 bei der Landtagswahl im Jahr 1921. Die SPD gewann 23,1 Prozent der Stimmen und 17 Mandate. Die KPD erzielte 18,4 Prozent und 13 Mandate, die USPD mit 0,8 immerhin auch neun Mandate. SPD und KPD verfügten im neuen Landtag zusammen über 30 Abgeordnete.

Der TOB hatte über die Hälfte der Wählerstimmen für sich gewinnen können, was zu 35 Mandaten führte. Das war zwar eine Mehrheit, doch keine absolute wie erhofft. Für die Vereinigte Völkische Liste (VVL), in der auch miteinander konkurrierende Gruppen der Völkischen und der Nazis zusammengefounden hatten, um die im Herbst 1923 erlassenen Verbote von Deutschvölkischer Freiheitspartei und NSDAP umgehen zu können, stimmten 9,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Und erstmalig zogen sieben Rechtsextreme in einen deutschen Landtag ein.

Die neue Landesregierung wurde rasch gebildet. Ihr stand der DVP-Politiker Richard Leutheußer vor, von dem es übrigens heißt, er sei ein regelrechter Frauenfeind gewesen. Die neue Landesregierung agierte zumeist auf der Basis von Notgesetzen und Verordnungen, also am Parlament vorbei. Binnen kurzer Zeit wurden die Schulreformen aufgehoben und das Verbot der NSDAP rückgängig gemacht – ohne abzuwarten, wie der in München stattfindende Prozess gegen Hitler und andere Putschisten ausgehen wird. Selbst eindeutig antisemitischen Aktionen stimmten die thüringischen Konservativen zu, wie die um den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb gewobene Affäre zeigte

– dieser wurde entlassen, weil nicht nur die Völkischen der Meinung waren, man könne einen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts nicht dulden.

Hitler durfte keineswegs grundlos hoffen, dass Thüringen, „wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands“ werden könnte. Es verwundert nicht, dass es hier mit Wilhelm Frick einen ersten Nazi-Minister in einem deutschen Land gab. Dem folgte im August 1932 die fast reine Nazi-Regierung unter Fritz Sauckel.

Die Leutheußer-Regierung war nicht auf Völkische und Nazis angewiesen gewesen. Sie hatte in keiner Weise befürchten müssen, diese würden eventuell mit der Opposition stimmen; dagegen sprach deren oft und offen propagierter „Antimarxismus“. Dagegen sprach natürlich auch die völlig ablehnende Haltung von SPD und KPD zu den Völkischen und Faschisten. Im Vordergrund stand für die Konservativen damals jedoch das Agieren gegen links. Und da konnten und können sich rechte und rechtsextreme Kräfte wohl fast immer aufeinander verlassen.

Neues Deutschland, 29.08.2024.

Den Frieden im Mund

Deutschland wurde unter den Nazis wieder wirtschaftlich und militärisch kriegstüchtig, dann wurde „zurückgeschossen“. Vor 85 Jahren begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg

„Krieg wird nicht mehr erklärt, sondern fortgesetzt. / Das Unerhörte ist alltäglich geworden.“ (Beginn des Gedichts „Alle Tage“ von Ingeborg Bachmann, 1952)

Vor nunmehr 85 Jahren begann mit dem Zweiten Weltkrieg die abscheulichste „Zeitenwende“ des 20. Jahrhunderts. Ihre Vorgeschichte hatte jedoch bereits mit dem Ersten Weltkrieg und seinem Ende angefangen. Mit dem Blick zurück kann, nein, muss gefragt werden, ob wir nach der 2022 proklamierten „Zeitenwende“ wieder eine Vorgeschichte des dritten oder – ja nach Titulierung des Kalten Krieges – vierten Weltkrieges erleben. Die materiellen, politischen und geistigen Wege von Kriegstüchtigkeit zu Kriegswilligkeit können kurz sein. Mitunter wird sogar davon gesprochen, dass der neue Weltkrieg bereits ausgebrochen sei und möglicherweise als selbstmörderischer Weltenbrand enden werde. Über den Tag seiner Entfesselung würden Historiker, so noch am Leben, nachzudenken haben ...

Das Datum des Startschusses für den bisher größten Krieg der Menschheitsgeschichte gilt als ausgemacht: der 1. September 1939. Alles, was an diesem Tag und danach geschah, ist inzwischen vielfach erforscht und dargestellt worden. Erneut ist jedoch an die Ergebnisse von Geschichtswissenschaft und anderen Wissenschaftsdisziplinen einschließlich der Psychologie zu erinnern, auch wenn nach wie vor unterschiedliche Deutungen existieren. Zumeist wird Adolf Hitler – die Kriegsursachen strikt personifizierend – die entscheidende Rolle zugeschrieben. Das mag für das Datum zutreffen, jedoch nicht für den relativ kurzen Weg, den nationalistische, militaristische, völkisch-faschistische und rassistischen (Un)Geist verbreitende Teile der deutschen Eliten vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg gingen, hoffend auf neue Reichsgrenzen, neue Rohstoffquellen und enorme Profite. Die Ursachen der Kriegsentfesselung am ersten Septembertag des Jahres 1939 sind bereits in der 1918 beginnenden Nachkriegszeit zu erkennen, als sich führende Militärs, Politiker und sogenannte Denker die Köpfe darüber zerbrachen, wie ein neuer Krieg aussehen müsste und wie dafür am effektivsten aufzurüsten sei. Rasch stand die Idee im Vordergrund, dass ein Krieg nur gewonnen werden könne, wenn er sowohl nach innen als auch nach außen als ein „totaler“ geführt würde.

Bereits in der Mitte der 1920er Jahre sowie während der großen Weltwirtschaftskrise von 1929/32, erst recht nach dem 30. Januar 1933, wurden zahlreiche Denkschriften und Studien erarbeitet. Alle Warnungen vor neuem Völkermord und weltweiten Zerstörungen – ausgesprochen nicht allein von den Kommunisten – wurden zielbewusst bestritten. Wir wissen: Es gelang, sie ungehört verhallen zu lassen. Schließlich endete am 1. September 1939 abrupt eine Zeit, in der zwar viel vom Frieden geredet und in Weimarer Jahren auch einiges für ihn getan worden war, zugleich aber ein neuer Krieg ideell, konzeptionell und praktisch vorbereitet wurde.

Nur zur „Verteidigung“

Am Tag des Kriegsbeginns erschien Hitler in den Vormittagsstunden vor den eilig herbeigerufenen Abgeordneten des Deutschen Reichstages im feldgrauen Tuch der Wehrmacht, also anders gekleidet als sonst; man kannte ihn ja fast nur in seiner braunen Parteiuniform oder im zivilen Frack. Der Kleidungswechsel setzte mehr als nur ein symbolisches Zeichen, denn es hieß, er habe „wieder jenen Rock“ angezogen, der ihm seit 1914 immer „der heiligste und teuerste“ gewesen sei. Er wolle nichts anderes mehr sein als der „erste Soldat des Deutschen Reiches“. Mehrfach und nachdrücklich verwies Hitler auf den Weltkrieg von 1914/18. Damit war ein innerer Zusammenhang zwischen dessen Beginn und dem neuen Krieg hergestellt, was wohl weniger auf eine bloße Aufeinanderfolge oder einfache Wiederholung hinwies, sondern eher als ein selbstverständlich Fortzusetzendes verstanden werden sollte.

Hitler verkündete, dass seit 5:45 Uhr gegen Polen marschiert und „zurückgeschossen“ werde, und bezeichnete den – übrigens sehr sorgfältig als „Fall Weiß“ vorbereiteten – Überfall auf Polen als

schicksalhafte Notwendigkeit zur „Verteidigung“ Deutschlands. Der Krieg sei dem Vaterland aufgenötigt worden, und es gehe lediglich um einen „Abwehrschlag“ gegen Polen sowie um eine „Wiederherstellung der deutschen Souveränität“. Deutlich benannte er, bis zu welchem Ende selbst mit großen zu erbringenden Opfern gekämpft werden solle: Der neue Krieg werde „mit allen Mitteln“ bis zu einem Sieg geführt und keinesfalls wie im November 1918 mit einer „Kapitulation“ enden.

Da konnte sich gewiss der eine oder andere Zuhörer auch an Kaiser Wilhelms II. Rede vom 6. August 1914 erinnern. In der hieß es, der neiderfüllte Feind habe schon lange zum Krieg gerüstet und nun Deutschland „mitten im Frieden“ überfallen. Es gelte sich zu wehren, und das „bis zum letzten Hauch von Mann und Ross“, denn es gehe um „Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens“. Dem entsprach, dass die 1917 gegründete Deutsche Volkspartei, eine Vorläuferin der NSDAP, einen „Siegfrieden“ zur Unterwerfung großer Teile Europas forderte und hemmungslos alle bekämpfte, die für Verständigung und Frieden eintraten.

25 Jahre darauf wurden andere Wörter verwendet, doch ihr Sinn war offensichtlich der Gleiche. Allerdings hielt man sich noch zurück mit der vor 1914 gern benutzten Phrase, Deutschland sei „umzingelt“ von Feinden. Statt dessen hieß es in der Absicht, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden, dass der Frieden im Osten „kein anderer“ sein dürfe als der an den übrigen Grenzen Deutschlands, wobei der sogenannte Westwall „für alle Zeiten die Grenze des Reiches“ darstellen würde. Hitler wollte mit solchen und anderen Behauptungen glauben machen, es sei das von außen „aufgezwungene“ Kriegsinteresse Deutschlands territorial begrenzt und richte sich lediglich darauf, die sogenannten Unruhestifter in Warschau zu zwingen, endlich Frieden zu geben und zu halten. Die Beteuerung, es gäbe über die mit Polen zu regelnden Fragen hinaus keinerlei weitere deutsche Forderungen an irgend jemanden, richtete sich insbesondere an die Regierungen Großbritanniens und Frankreich. Deren Appeasement-Politik hatte das faschistische Regime in Deutschland bislang erheblich gestärkt; nun wurde auf ihre Fortsetzung spekuliert.

Verschweigen, lügen, täuschen

Verlogen war vor 85 Jahren in Hitlers Rede jedes Wort, selbst die Zeitangabe. Zweifelsfrei belegen das zahlreiche Dokumente, die aus den 1920er und 1930er Jahren stammen, wie – mit aktuellen Schlagworten formuliert – Kriegstüchtigkeit geschaffen und darauf beruhend ein Anlass zur Kriegseröffnung gesucht worden war. Natürlich verlor Hitler an jenem ersten Tag des so entfesselten Zweiten Weltkrieges kein Wort über die geheimen Einsätze deutscher Spezialkommandos gegen den Sender Gleiwitz und in anderen deutsch-polnischen Grenzzonen. Diese sollten Attentate polnischer Freischärler auf deutsche Einrichtungen vortäuschen, also einen Vorwand zum Losschlagen liefern. Den Befehl zur Vorbereitung solcher „Zwischenfälle“ hatte Reinhard Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, mit den Worten begründet: „Ein tatsächlicher Beweis für polnische Übergriffe ist für die Auslandspresse und für die deutsche Propaganda nötig.“ Und offenherzig hatte Hitler den am 22. August bei ihm versammelten Oberbefehlshabern der Wehrmacht versichert: „Die Auslösung des Konfliktes wird durch geeignete Propaganda erfolgen. Die Glaubwürdigkeit ist dabei gleichgültig, im Sieg liegt das Recht.“

Vor allem äußerte sich Hitler am 1. September 1939 nicht zu dem, was langfristig ins Visier von großen Teilen der deutschen Eliten in Wirtschaft, Politik und Ideologie genommen worden war und wofür mit dem blitzartigen Überfall auf den östlichen Nachbarstaat ein entscheidender Schritt getan wurde: Vorherrschaft Deutschlands in Europa und in der Welt, Ausweitung der Grenzen des Großdeutschen Reiches durch militärische Eroberung und Eingliederung fremder Gebiete im Osten, Errichtung brutaler Okkupationsregime zu hemmungsloser wirtschaftlicher Ausplünderung der besetzten Länder, Sicherung der Macht in einem „Großgermanischen Reich“ durch terroristische Unterdrückung jedweder Opposition und physische Vernichtung von Widerstandskämpfern, barbarischer Massenmord und Ausrottung anderer Völker, insbesondere der europäischen Juden. Und selbstverständlich „vergaß“ Hitler zu erläutern, dass ihm – und ebenso einem großen Teil der führenden deutschen Militärs – die Situation im Spätsommer 1939 für die Entfesselung eines Krieges so günstig wie nie zuvor und später nicht mehr möglich erschienen war.

Um so deutlicher konnte Hitlers Rede entnommen werden, dass Kriegs- und Siegeswille der deutschen Machthaber kaum mit dem Denken und Verhalten eines doch recht großen Teils der Bevölkerung übereinstimmten. Der Krieg ließ sich nicht ohne Propaganda führen. Schon zuvor, also auch in der Weimarer Republik, war nach irreführenden Argumenten zur Legitimation der Aufrüstung gesucht worden, nach Propagandathemen, die als besonders wirkungsmächtig galten und die sich in der Tat dann vor allem in den ersten, für die Nazis ja recht erfolgreichen Kriegsjahren als verhängnisvoll erweisen sollten: Völkisch-nationalistische Feindbilder, Schuldzuweisungen an die Gegner in Ost und West, Behauptungen über eine geistig-kulturelle und physische Minderwertigkeit von Juden, Slawen, Farbigen und Andersdenkenden, ein überheblich-deuschtümelndes Eigenbild, Szenarien eines drohenden Weltunterganges, In-Aussicht-Stellen von Anteilen an der Beute nach dem Gewinn neuen „Raumes“, Glorifizierung angeblicher Heldentaten usw.

Dennoch: Die Nazis durften 1939 keine Wiederkehr der euphorischen Begeisterungstürme von 1914 erwarten, obwohl sie sich gern darauf beriefen, und einige fanatische NSDAP-Mitglieder sich lautstark für einen Kriegseinsatz meldeten. Zu nachhaltig erinnerten sich viele Deutsche an die Entbehrungen und Schrecken des erst zwei Jahrzehnte zuvor beendeten Weltkrieges. Was sich an Opfern im Gedächtnis eingepägt hatte, konnte nicht einfach beiseite geschoben werden. Zudem war bei jenen, die seit 1918 „Nie wieder Krieg“ gefordert hatten, weitgehend die Illusion zerstört, dass Deutschland lediglich einen Verteidigungskrieg geführt habe. Und es lag auch nicht in unmittelbarem Interesse der Naziführung, allzu offen kriegerisch in Erscheinung zu treten, hatte sie doch selbst jahrelang offiziell und lautstark den Frieden als ihr großes Ziel ausgegeben.¹

Widersprüche der Demagogie

Einen entscheidenden Beweis für die unter den Deutschen vorherrschende Kriegsfurcht und eine fehlende Kriegswilligkeit hatte Hitler ein knappes Jahr zuvor selbst geliefert. Erhalten blieb der Text einer Rede, die er am 10. November 1938 vor rund 400 Pressevertretern gehalten hatte. Diese Rede darf als ein enthüllendes und die Nazis bloßstellendes Schlüsseldokument gelten. In ihrem Mittelpunkt stand „die Aufgabe einer langsame(n) Vorbereitung des deutschen Volkes“ auf einen Krieg. Offenherzig bekannte Hitler, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden“ geredet zu haben, weil „nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten“ eine Aufrüstung möglich gewesen sei. Weiter hieß es: „Es ist selbstverständlich, dass eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, dass sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, dass das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluss und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren.“

Deutlicher konnte wohl kaum jener große Gegensatz formuliert werden, der damals (und wohl auch zu allen Zeiten und überall) darin bestand, dass einerseits sich Menschen mehrheitlich friedliche Verhältnisse und diplomatische Lösungen von Konflikten wünschen und andererseits regierende Minderheiten – wirtschaftliche, politische, militärische und geistige Eliten – eigene Ziele selbst mit militärischer Gewalt durchzusetzen bereit sind. Hitler warnte davor, zu viel Gerede über den Frieden könne „nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen“. Nein, es würde, so in verquastem Stil formuliert, „vor allem auch dahin führen, dass die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müsste“.

Ein Denken in den Kategorien des Friedens statt in denen des Krieges wurde als Bedrohung der eigenen Macht beurteilt, das zudem sehr hart zu bestrafen sei. Das galt indessen für die NSDAP keineswegs erst ab 1938/39: Bereits im Jahr 1930 hatte ihre Reichstagsfraktion – um nur ein Beispiel ihrer militaristischen Grundorientierung zu benennen – dem deutschen Parlament einen Gesetzent-

¹ Dass dies als nützlich für die Kriegsvorbereitung betrachtet und demagogisch betrieben worden ist, kann zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Analysen entnommen werden, zum Beispiel dem von Reinhard Kühnl und Karin Schönwälder herausgegebenen Band „Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg“ (Köln 1986) oder Kurt Pätzolds Monographie „Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz“ (Berlin 2017).

wurf vorgelegt. Darin war zu lesen, wer „zur Kriegsdienstverweigerung oder zu sonstigen, die Landesverteidigung gefährdenden Maßnahmen auffordert, oder wer sich selbst der gesetzlichen Pflicht zur persönlichen Dienstleistung entzieht, wird wegen Wehrverrats mit dem Tod bestraft“.

Angst zu schaffen vor solch einer Verurteilung gehörte zu wesentlichen Bestandteilen der propagandistischen Kriegsvorbereitung. Auch dafür benannte Hitler in seiner Rede vom 10. November 1938 – zeitgleich übrigens zu den Feiern am 15. Jahrestag des Putsches in München und des großen Pogroms gegen deutsche Jüdinnen und Juden – die zu verwendenden Mittel: Es sei „notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen“. Das sah sich verknüpft mit Hinweisen zu den Methoden: Es gelte, „nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren“, sondern es sei „notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien beginnt“. Im „Gehirn der breiten Masse des Volkes“ sei ganz automatisch und allmählich die Überzeugung auszulösen: Wenn man etwas „nicht im Guten abstellen kann, dann muss man es mit Gewalt abstellen“.

Was hier so ausführlich zitiert wurde, veranlasst vielleicht auch zu einer Frage, die über die Vorgeschichte des 1. September 1939 hinausgeht und ebenso für das Tun und Lassen Regierender in anderen Zeiten und anderen Ländern zu stellen sinnvoll wäre: Handelte es sich bei Hitlers mehr als deutlichen Aussagen um eine als faschistisch zu bezeichnende Propagandamethode oder um eines der Herrschaftsmittel der deutschen Faschisten? Im Erinnern an den 1. September 1939 und für das allgemeine Interesse an politischen und geistigen Auseinandersetzungen zum großen Thema Krieg oder Frieden könnten gerade jetzt unter den Linken wie auch unter Faschismusforschern klärende Debatten sicher nützlich sein.

„Seelische Bereitschaft“ herstellen

Noch vor dem Abschluss der Kämpfe in Polen meinte Joseph Goebbels in seinen „Gedanken zum Kriegsbeginn 1939“, es dürfe die „Kampfentschlossenheit (...) kein Gefälle nach abwärts erfahren“. Notwendig sei deren „fortgesetzte Steigerung mit immer bewussterer und zäherer Erfassung des politischen Kampfzieles“. Gesteigerte Kampfbereitschaft sei herstellbar, wenn durch die Propaganda „die heutige Ausgangssituation immer mehr verdeutlicht, die negativen Einflüsse ausgeschaltet und das positive Kriegsziel klar herausgestellt werden“. Die „seelische Bereitschaft“ der Massen sei eine Bedingung für den Krieg, „wie lange er auch dauern sollte“. Im Grunde wurde bereits im September 1939 auf eine lange Dauer des Krieges und auf den Krieg als „Normalzustand“ orientiert. Faschismus, so lässt sich durchaus schlussfolgern, bedeutet also nicht allein, Kriege mit allen wirtschaftlichen, militärischen, politischen und propagandistischen Mitteln führen zu wollen, sondern nach alltäglicher Kriegsnormalität in der Gesellschaft zu streben.

Im Grunde war von deutschen Militärs und Politikern schon lange zuvor auf eine „totale Kriegführung“ orientiert worden, auch wenn Goebbels darüber in der Öffentlichkeit erst im Februar 1943 sprach und zugleich die schauerliche Mär verbreitete, ein „totaler Krieg“ sei der kürzeste Weg zum Frieden. Bereits seit den 1920er Jahren hatten die Auffassungen von Militärs und führenden Vertretern der NSDAP zum politischen und militärischen Charakter des angestrebten Krieges übereingestimmt. Für notwendig hielten sie eine unbegrenzte Unterstützung des Krieges durch die Bevölkerung, um ihre weitgespannten expansionistisch-rassistischen Kriegsziele erreichen zu können. Rasch verdichtete sich das Gerede von einem „totalen Krieg“ zu einer Theorie vom gesamtgesellschaftlichen Charakter kriegerischer Auseinandersetzungen. Alles zielte auf die Einheit von militärischem Krieg, Wirtschaftskrieg und Propagandakrieg.

Zwar ging von der Weimarer Republik kein Krieg aus, doch es wurde schon vor 1933 in Deutschland intensiv über dessen Notwendigkeit und seine neuen Erfordernisse nachgedacht. So wurde am 11. April 1923 in einem Schreiben der Zentralabteilung des Reichswehrministeriums an die Chefs verschiedener Ämter und Abteilungen gefordert, „das Volk durch planmäßige Propaganda auf die Anforderungen eines künftigen Krieges einzustellen“. Am 7. Dezember 1923 erklärte Kurt von Schleier-

cher als Chef der Politischen Abteilung im Truppenamt der Reichswehr: „Das Ziel ist 1. Stärkung der Staatsgewalt, 2. Sanierung der Wirtschaft, 3. Wiederaufbau der Wehrhaftigkeit; alles Vorbedingungen für eine Außenpolitik, die ein Großdeutschland zum Ziel hat.“ Im Mai 1924 beriet man im Reichswehrministerium über eine „Denkschrift über die geistige Kriegsvorbereitung des Volkes“, in der es hieß: „Denn ehe das Volk nicht geistig auf einen Krieg eingestellt ist, kann mit der Schaffung von Grundlagen für die personelle und materielle Rüstung nicht begonnen werden.“ Der Chef der Heeresabteilung im Allgemeinen Truppenamt, Joachim von Stülpnagel, hielt 1924 einen Vortrag zum Thema „Gedanken über den Krieg der Zukunft“. Er meinte, man dürfe nur ernsthaft an einen Krieg denken nach „Herstellung einer starken Reichsgewalt unter Ausschaltung der krankhaften parlamentarischen Zustände“.

Darüber hinaus schlummerten seit 1925 in den Safes der Reichswehrführung detaillierte Pläne mit dem Titel „WH 808“ für Aufbau und Struktur eines aus acht Armeen und 102 Divisionen bestehenden Massenheeres von 2,8 bis drei Millionen Soldaten. Die Reichswehr hatte 42 Generäle, für das „große“ Heer waren 252 vorgesehen. Genauso viele Etatstellen für Generäle wies das Feldheer 1939 auf. Die Pläne wurden also unmittelbar vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ziemlich genau umgesetzt. Die 1925 angedachte „Kriegsstärke“ war 14 Jahre später erreicht. Unter dem Druck der Militärs war auch mit dem Bau neuer Kriegsschiffe begonnen worden. Am lautesten wurde im Offizierskorps der Marine, die mit Schwarz-Weiß-Rot und „Kaiserhoch“ antirepublikanische Haltung demonstrierte, immer wieder gefordert, Deutschland müsse zu Lande bald so stark sein, dass es über See neuen Lebensraum erobern könne. Marine und Heer müssten das Tor zur Welt aufstoßen, weil Deutschland in der „muffigen Enge von Europa nur vegetieren“, aber nicht leben könne. Die großen Entscheidungen „im Range von Weltvölkern“ würden im wesentlichen auf den Weiten des Ozeans vorbereitet.

Vieles ließe sich schlicht fortsetzen bis hin zu jenem Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 20. April 1939, in dem Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, schrieb: „Was im Weltkriege sich angebahnt hatte, ist heute ausgereift: Wir befinden mit dem Begriff des ›totalen Krieges‹ die Erkenntnis, dass der große Krieg der Zukunft – sollte er einmal unvermeidbar werden – Kampf um Sein oder Nichtsein werden muss; denn es wird um nicht weniger gehen als um den Bestand der Nation schlechthin.“

Eine Mahnung

Gestattet sei hier ein zusätzliches Wort: Das Ende des Krieges von 1914/18 hatte keine Gewähr geboten für ein tatsächliches Ende von Kriegswilligkeit und Vorbereitung neuer Kriege. Das Kriegsende von 1945 wie auch das Ende des sogenannten Kalten Krieges boten offensichtlich ebenfalls kein Aus für materielles und psychologisches Aufrüsten. Diesen Nachkriegszeiten folgte unsere jetzige Vorkriegszeit, in der Militärs, Politiker und Intellektuelle erneut den Einsatz von Atomwaffen für möglich halten, künstliche Intelligenz zu nutzen bereit sind und Grundlagen für eine neurologische Kriegführung schaffen.

Die Warnung der KPD aus dem Jahr 1932, wer Hitler wählen würde, wähle den Krieg, hatte sich als völlig berechtigt erwiesen. Sie appellierte an die Deutschen, ihrer persönlichen Verantwortung gerecht zu werden. Jede Erinnerung an den 1. September 1939 mahnt und zwingt, im Sinne solcher Voraussagen zu denken und zu handeln.

junge Welt, 31.08.2024, Seite 12.

Ständig im Visier

Die Bourgeoisie und ihre Parteien: Erinnerungen an drei Jahrzehnte Parteiengeschichtsforschung in Jena

Am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena entstand während der 1960er Jahre ein zweibändiges Handbuch, danach von 1982 bis 1986 das vierbändige „Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland“. Es gab anerkennendes Lob – ausgesprochen auch von einigen Historikern der alten Bundesrepublik. Der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft wenig freundlich Gesinnte lehnten zwar unsere Grundpositionen ab, doch es überwog die sachbezogene Auseinandersetzung. Das änderte sich schlagartig mit der sogenannten Wende von 1989/90. Inzwischen werden, von Ausnahmen abgesehen, Handbuch und Lexikon kaum noch zur Kenntnis genommen.

Die Jenaer Parteiengeschichtsschreibung erfolgte nach epochenübergreifenden und gesamtgesellschaftlichen Kriterien. Parteien erschienen uns hauptsächlich geprägt zu sein durch klar bestimmbare Interessen, vor allem ökonomischer, sozialer, militärischer und politischer Natur. Immer waren sie einzuordnen in jeweilige Entwicklungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft. Den an unsere Adresse gern, zumeist jedoch leichtfertig erhobenen Vorwurf, marxistisches Geschichtsdenken sei ökonomistisch und reduktionistisch, hielten wir stets für unberechtigt. Uns ging es um den Versuch, Wechselbeziehungen und Zusammenhänge aller wesentlichen geschichtswirksamen Faktoren zu beleuchten. Vulgärmaterialismus war uns fremd.

Das zweibändige Handbuch enthielt 217 Artikel und besaß hohen Informationswert, auch wenn einzelne Charakterisierungen von Parteien, Verbänden, Bündnissen und Vereinen mitunter etwas grob gestrikt wirkten. Die jeweiligen sozialökonomischen Zuordnungen ließen dennoch Spielraum für das Wirken politisch-ideologischer und geistig-kultureller Kräfte. Nach der Rolle subjektiver Faktoren wurde an Beispielen von Parteiführern gefragt. Im Schritt zum vierbändigen Lexikon, das nahezu 350 Beiträge über bürgerliche und kleinbürgerliche Organisationen umfasste und weit über den Kreis hauptsächlich agierender politischer Parteien hinausging, spiegelten sich wesentliche Fortschritte sowohl in der Professionalisierung unseres Handwerks als auch in theoretisch-methodologischer Hinsicht.

Es beteiligten sich 70 Autoren aus vielen geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR. Gefordert war, nach unerschlossenen Quellen in Archiven und Bibliotheken zu suchen, in letzteren vor allem nach internen Informationsblättern von Partei- und Verbandsführungen. Nahezu alle Artikel lassen gediegene Kenntnis von Archivbeständen sowie der Publikationen aus beiden deutschen Staaten erkennen. Beim Schreiben orientierten wir auf ein hohes Maß an Sachlichkeit. Der Marburger Historiker Georg Fülberth analysierte 2007 die „Jenaer Schule der Parteienforschung“ und meinte, wir hätten „zu den besten Beispielen einer sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Quellen- und Literaturgelehrsamkeit“ gehört. Sein Urteil hingegen, wir hätten „einen wichtigen Beitrag zur gesamtdeutschen Wissenschaftskultur geleistet“, entspricht kaum der westdeutsch geprägten Realität.

In unserem Arbeitsprozess rankten sich nahezu endlose Debatten um den Nachweis, ob es sich jeweils bei den untersuchten Organisationen um Interessenvertreter von monopolistischen und nichtmonopolistischen Teilen der Bourgeoisie bzw. um Organisationen mittelständischen oder kleinbürgerlichen Charakters handelt. Eigengesetzlichkeiten und Eigendynamik des Forschungsgegenstandes waren zu berücksichtigen. Die Bezeichnung „bürgerlich“ erschien uns zwar als sehr summarisch, die jedoch berechtigt sei, weil ihr alle Parteien und Verbände zuzuordnen sind, die – eine Formulierung Lenins aufgreifend – „auf dem Standpunkt des Kapitalismus“ stehen. Als ausschlaggebendes Kriterium galt ihre Stellung zu Militarismus, Faschismus und Krieg. Deutlicher als zuvor verfolgten wir hauptsächlich Entwicklungslinien und -etappen bestimmter Parteitypen entsprechend der kontinuierlich wirkenden politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft. Großen Raum nahm ein, wie einzelne bürgerliche Parteien sich in der Weimarer Republik gegenüber der NSDAP verhielten, wie sie sich in der Zeit der Weltwirtschaftskrise selbst nach rechts entwickelten, wie sie antifaschistisches Wirken anderer Organisationen maßgeblich behinderten. Aus

Untersuchungen zu völkisch-rassistischen und faschistischen Organisationen ergab sich neben der Analyse von Parteien auch eine Faschismusforschung.

Generell verfolgten wir die mit empirischem Material belegte These, dass sich die „Massen“ ständig im Visier der Parteien befinden. Hatten wir anfänglich die Parteien als ein Bindeglied zwischen dem Staat und dem Apparat der ökonomisch Mächtigen zu fassen gesucht, geriet mehr und mehr in das Blickfeld, nach Möglichkeiten und Grenzen des Suchens bürgerlicher Parteien nach einem Massenanhang bzw. nach generellem Einfluss auf immer größere Teile der Bevölkerung zu fragen. Ich denke, es ist immer noch richtig, eine geschichtliche Aufgabe bürgerlicher Parteien u. a. darin zu sehen, dass sie in ihren Reihen und unter möglichst vielen Menschen alles das abschwächen wollen, was kapitalistischer Herrschaft entgegenzustehen scheint, und alles das zu stärken, was diese zu festigen vermag – so formuliert im 1987 erschienenen Heft 39 der „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“.

Eine große Rolle spielten Fragen nach dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel im Erscheinungsbild der Parteien sowie im gesamten Parteienwesen. Beständigkeit und Veränderbarkeit in den Erscheinungsformen bürgerlicher Parteien entsprechen ihren Funktionen innerhalb Herrschaftsmechanismen und können helfen, zu erklären, was den Parteien reale Machtausübung ermöglicht. Alle Parteien miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze, in seiner Wirkung auf alle einzelnen Bestandteile sowie in ihrer Entwicklung zu untersuchen, halte ich nach wie vor für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der für das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Darin lag gewiss auch einer der Gründe für den seit Mitte der 80er Jahre in Jena unternommenen Versuch, von einer überwiegend erfolgreich betriebenen Parteiengeschichte zur Erforschung eines Phänomens überzugehen, das wir als „politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft“ definierten und in der DDR-Geschichtswissenschaft zur Diskussion stellten.

Dieter Fricke, der das Herausgeberkollektiv leitete, verstand darunter eine über das Parteienwesen hinausreichende Gesamtheit von Institutionen und Organisationen, in denen sich das politische Leben der bürgerlichen Gesellschaft vollziehe. Es gelte, nicht nur die einzelnen Elemente politischer Macht zu untersuchen, sondern diese auch in ihrer gegenseitigen Bedingtheit und Wechselwirkung sowie mit ihren jeweiligen Veränderungen zu erfassen. Allerdings stellte sich heraus, dass sich dies nicht allein im Rahmen geschichtswissenschaftlicher Analysen erreichen lässt – es wäre eine interdisziplinäre Arbeit mit Soziologen, Staats- und Politikwissenschaftlern und auch mit Psychologen erforderlich gewesen. Wir sahen deren Notwendigkeit, ohne wahrscheinlich ihre Tragweite begriffen zu haben.

Hätte es 1989/90 nicht den Anschluss der DDR an die BRD sowie eine rigorose Vernichtung marxistisch orientierter Lehr- und Forschungsstätten gegeben, zu welchem Ende wäre wohl die Jenaer Parteiengeschichtsforschung gekommen? Diese Frage zu stellen heißt sogleich, müßig spekulieren zu wollen. Aber wie dem auch sei: Kritik ist zu üben an den Parteien, deren Streben und Wirken auf den Grundlagen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft beruhen und die der Erhaltung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse dienen. In diesem Sinne wäre von allen Kritikern eine Parteien- und Gesellschaftstheorie als Grundlage ihres antimilitaristischen und antifaschistischen, also letztlich antikapitalistischen Ringens zu suchen. Darin bestand insbesondere eine Aufgabe jener sich leider selbst zerstörenden Partei, die als PDS bzw. als Die Linke angetreten war, der deutschen Gesellschaft eine sozialistisch-demokratische Alternative zu bieten.

junge Welt, 02.10.2024, Beilage.

„Alles schon mal dagewesen?!“ – Fakten und Fragen zur Landtagswahl vor 100 Jahren in Thüringen¹

In den heutigen Wahlkampfzeiten behauptet die thüringische CDU von sich: „Wir lieben unsere Heimat!“, „Wir wollen Thüringen wieder zum Vorzeigeland machen!“, „Wir haben Lust auf Zukunft, auf Aufbruch und Erneuerung!“² Wohlfeile Formulierungen, gewiss. Doch sie besagen eigentlich: Wir, also nicht die anderen lieben die Heimat. Oder: Das Thüringen von heute ist kein Vorzeigeland. Oder: Wir müssen das Land erneuern, nur wir können die Zukunft sichern ...

Vor 100 Jahren klangen die Wahlparolen der konservativen Politiker drastischer: „Zwei Jahre lang hat das Thüringer Volk unter der einseitigen Klassenherrschaft der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien gestanden. [...] Es gilt die Rettung des Bürgertums und damit der Industrie. Dafür darf kein Opfer zu groß sein. Der letzte Hosenknopf muss geopfert werden...“³ Offensichtlich war das mehr als nur ein „bourgeoises Jammern“, von dem zu dieser Zeit der frühere KPD-Vorsitzende Paul Levi sprach⁴, und wohl eher eine effekthaschende Warnung vor angeblich drohendem Untergang.⁵

Auch vor drei Tagen wurde in Thüringens Kommunen gewählt. Es herrscht nach den Erfolgen der CDU und – wenn auch nicht in erwarteter Höhe – der AfD. Es herrscht aktueller Diskussionsbedarf. Dabei kann das Einzutauchen in die Geschichte durchaus nützlich sein. Schließlich spielten vor 100 Jahren die thüringischen Landtagswahlen eine besondere Rolle für das Land und auch für die Weimarer Republik.

Mein Vortrag gilt hauptsächlich sowohl den Fakten als auch einigen davon abgeleitete Fragen: Wie und wozu erinnern wir daran? Wo lagen die Ursachen und welche Probleme taten sich auf? Reicht davon etwas bis in unsere Gegenwart? Was könnte sich eventuell wiederholen? Was lässt sich miteinander vergleichen, ohne es natürlich gleichzusetzen. Bieten sich aus Ähnlichkeiten und Parallelen sogar Schlussfolgerungen an, und wenn ja wofür? Als Historiker, der ja eigentlich nur zurückblicken kann, will ich bemüht sein, das damalige Geschehen einzuordnen in ein heute besonders notwendiges Nachdenken über aktuelle Auseinandersetzungen mit den sich in Deutschland und weltweit verstärkenden autoritären und rechtsextremen Erscheinungen. Wobei ich hier sicher annehmen darf, dass bei meinen Aussagen zu 1924 auch alle für sich selbst Gegenwärtiges im Kopf haben.

Problemfelder gab und gibt es in großer Zahl. Nur zu wenigen will ich reden: Zunächst über den Weg, der hin zu den 1924er Wahlen geführt hat; denn generell lebt Geschichte nicht ohne Vorgeschichte – zu streiten wäre nur darüber, wie weit zurückzugehen ist. Ein zweiter Teil wird sich den Wahlergebnissen von 1924, ihren Ursachen und Folgen zuwenden. Und immer seien Fragen gestellt, aber auch

¹ Geringfügig überarbeiteter und ergänzter Vortrag, gehalten am 29.05.2024 im Jenaer Rosa-Luxemburg-Klub. Ein-
geladen war mit dem Titel: „Alles schon mal dagewesen?!“ In der Ankündigung hieß es: „Wir wollen ein Jahrhun-
dert zurück – und zugleich in die Zukunft schauen: Bei den Landtagswahlen 1924 kandidierten die bürgerlichen
Parteien auf einer gemeinsamen Liste ‚Thüringer Ordnungsbund‘, um die bis dahin in der Landespolitik dominie-
renden SPD und KPD zu entmachten. Ihr Motto: ‚Das ganze Land kam auf den Hund, uns hilft nur noch der
Ordnungsbund‘. Nachdem sie bei den Wahlen keine absolute Mehrheit erhielten, ließen sie sich bis 1927 von der
‚Vereinigten Völkischen Liste‘ tolerieren, einer Ersatzorganisation der zunächst noch verbotenen NSDAP. Erst-
mals machte sich damit in der Weimarer Republik eine Regierung von Nationalsozialisten abhängig. Vor der Land-
tagswahl in Thüringen am 1. September 1924 sollen anhand dieses Beispiels auch Chancen und Strategien erörtert
werden, wie ein Wiederaufleben dieser Logik durchbrochen werden kann.“

² Aus dem Wahlprogramm der thüringischen CDU. <https://www.cdu-thueringen.de>

³ Jürgen John: Quellen 1918-1945, Erfurt 1996, S. 116 f.

⁴ Gothaer Volksfreund vom 19.10.1923. Zit. Nach Judy Slivi: „Die unglückliche Zerrissenheit der Arbeiterbewe-
gung“ – Die Thüringer SPD und Gewerkschaften zwischen Euphorie und Frustration. In: Das Schicksalsjahr 1924
in Thüringen. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Erfurt 2024, S. 84.

⁵ Zu erinnern wäre an viele andere Untergangswarnungen, die z. B. erhoben wurden, als es um das Bismarck-Verbot
für die SPD ging, als der 10-Stunden-Arbeitstag abgeschafft wurde, als der 1. Mai zum Feiertag erhoben werden
sollte, als der Sonntagsabend arbeitsfrei wurde, als es jeweils in heftigen politischen Auseinandersetzungen gelang, im
Sinne sozialer Gerechtigkeit einige Vorteile für die „Arbeitnehmer“ zu erringen usw. Und immer ging es in Kri-
senzeiten um sozialpolitischen Rückbau, also – um im Bild zu bleiben – um den zitierten „Hosenknopf“, auf den
allerdings stets nur Werktätige, Kinder, Bürgergeldbezieher, Rentner usw. zu verzichten hatten.

Deutungen benannt, darunter die These, es sei das „braun“ werdende Thüringen einer angeblich miserablen „roten“ Politik zu verdanken. Eine These, die verschleiern soll, wie konservativ-nationalistische Kreise des Bürgertums mit ihrer antidemokratisch-antirepublikanische Politik den Aufstieg der NSDAP erleichtert und befördert haben. Was nicht zuletzt zu der Frage führt, ob und wie sich gewisse Kontinuitätslinien in kapitalistischen Interessen sowie in deren propagandistischer Begleitmusik erkennen lassen?

Was ist 1924 in Thüringen „dagewesen“?

Erstmalig trat Thüringen, das über viele Jahrhunderte hinweg nicht mehr als einen Namen oder eine Idee gespiegelt hat⁶, 1920 als ein staatliches Gebilde in Erscheinung. Geschaffen wurde es aus einem bunten Flickengebiet, bestehend aus einem Großherzogtum, drei Herzogtümern und vier Fürstentümern. Es blieb zudem noch ein unvollständiges Land Thüringen, denn nicht zu ihm gehörten vier unterschiedliche Preussische Regierungsbezirke. Und wer weiß, wie problematisch über Jahrhunderte hinweg die deutsche Kleinstaatenerei gewesen und auch heute noch – wie ich meine – von beträchtlichen Spuren geprägt ist, der ahnt sicher, wie das zusätzliche thüringische Kleinklein-Format alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme noch einmal vergrößern half. Schlicht, ja geradezu ideenlos blieb selbst das Wappen. Dem gegenüber gab es unbestreitbare kulturelle Leistungen in Architektur, im Theater- und Parkwesen, in Kunst und Literatur. Fraglich bleibt für mich, ob damit alles andere aufgewogen werden kann, was das heutige Thema berührt.

Hervorzuheben ist jedoch, dass hier in den frühen 1920er Jahren wie auch in Sachsen ein demokratisch-republikanisches Reformzentrum entstand. Es wurde von vielen Menschen als ein Hoffnungsträger geschätzt, der mit der Verwirklichung einer revolutionär erreichten Reichsverfassung demokratische Rechte und sozialpolitische Gerechtigkeit für alle Thüringerinnen und Thüringern anstrebte. Man könnte auch sagen, dass es dem linken Reformprojekt um eine Verfasstheit der Gesellschaft auf der Grundlage der Weimarer Verfassung gegangen ist, also um deren Umsetzung in Realität. Dies bedeutete auch, dass „nie wieder Krieg!“ sein sollte dank einer auf internationale Verständigung orientierenden Politik. Auch deshalb erwies es sich als dringend notwendig, Thüringen sowie Sachsen als Bollwerk gegen den Ansturm von Reaktionären aller Art aus Bayern zu gestalten. Dort hatten sich ja Konservative und Faschisten gemeinsam in einem Bund gefunden, der „Ordnung“ im Reich schaffen wollte und dazu einen Putsch sowie auf einen „Marsch nach Berlin“ vorbereitet.⁷

Sowohl Fortsetzung als auch Sicherung des in Novemberrevolution und Verfassung Erreichten – dies stellten die beiden leitenden Gedanken dar für Reformen im Interesse von demokratischer Politik, sozialer Gerechtigkeit und von Bemühungen, nach dem grauenvollen Ersten Weltkrieg den Frieden fördernde Verhältnisse zu schaffen. Alles sah sich verknüpft mit dem humanistischen „Geist von Weimar“, der die Nationalversammlung 1919 in die Klassiker-Stadt geführt hatte und der sich gegen den zwar eingeschränkten, jedoch nicht überwundenen „Geist von Potsdam“ richtete.

In dem am 11. September 1921 gewählten Landtag verfügten 28 Abgeordnete von SPD, USPD und KPD über eine Mehrheit. Es begann die Regierungszeit von August Frölich. Er, mitunter auch als Linkssozialist bezeichnet, verkörperte wie kaum ein anderer das linke Reformprojekt. Er galt als dessen Gesicht und wird oft charakterisiert als ein Typ von lauterem Charakter, als einer, der immer bestrebt gewesen sei, in Konfliktfällen zu friedlichen und gewaltfreien Lösungen zu kommen. Gewählt worden war seine Regierung von 339.275 Thüringerinnen und Thüringern. Es mag hier vielleicht verwundern, dass ich diese Zahl anführe. Bekanntlich wird ja in den meisten Wahlanalysen eher mit Prozentpunkten hantiert, die jedoch stets von einer sich verändernden Bevölkerungszahl sowie von der jeweiligen Wahlbeteiligung abhängig sind. Die Wahl war indessen knapp ausgegangen, denn die anderen Parteien hatten nur 1.768 Stimmen weniger erhalten.

⁶ Siehe Martin Debes: Was ist Thüringen? Das Land, das gefühlt viel älter ist, wird an diesem 1. Mai 100 Jahre alt. In: Thüringische Landeszeitung vom 30.04.2020, S. 23; Ders.: Deutschland der Extreme – Wie Thüringen die Demokratie herausfordert. Warum ist Thüringen so extrem? Berlin 1924.

⁷ Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, Köln 32009, S. 83 ff.

Diese anderen waren vor allem der *Thüringer Landbund* (TLB), die *Deutsche Volkspartei* (DVP), die *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) und die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP). Sie stellten mit ihren 26 Abgeordneten zwar eine Minderheit dar, doch eine, die von Anfang an und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden Versuch vorging, Neues durchzusetzen. In ihr dominierten, sieht man von der DDP ab, völlige Verachtung für Revolution und Republik. Regelrecht gehasst wurden beide Arbeiterparteien, immer zusammen als „Marxismus“ angefeindet. Man lebte in Erinnerungen an die angeblich gute alte Zeit, von der man noch dazu meinte, ihr Ende sei durch einen feigen Dolchstoß der Linken in den Rücken des Heeres herbeigeführt worden.

Aus ihren Reihen ertönte wütende Kritik: Die Regierung ruiniere die Wirtschaft, sie betreibe „Pygmäenpolitik“ (sic!) oder „Totengräberpolitik“, es herrsche „Parlamentsabsolutismus“ und „Parteidiktatur“ und es würden „unnötige bürokratische Einrichtungen“ geschaffen. Letzteres richtete sich, um nur ein Beispiel zu nennen, gegen die für den 1. Januar 1922 geplante Einrichtung eines Thüringischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.

Im Visier der Opposition

Alles richtete sich gegen eine Politik, die auf konsequente Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielte. Heute behauptet hingegen Steffen Raßloff, auf dessen Urteil ja in den großen Medien des Landes gern gehört wird, es habe sich um eine „rigide sozialistische Reformpolitik“ gehandelt.⁸ Diese sei verantwortlich zu machen für eine starke Polarisierung sowie für die Tatsache, dass die neue Regierung von radikalen Antisemiten abhängig wurde. Nein, die Reformpolitik entsprach eindeutig der deutschen Verfassung, auch wenn diese die gewährleistete politische Gleichheit auf den Kopf gestellt sah durch die ebenfalls verfassungsrechtlich garantierte Eigentumsordnung. Mehr noch: Muss man sie nicht sogar als ein Markenzeichen der später in der BRD so hochgelobten Demokratie bezeichnen? Mit Recht ist sie als eine leider vertane Chance für die Weimarer Republik und für die deutsche Geschichte zu bezeichnen.⁹

Im Grunde befanden sich alle Arbeitsfelder der Frölich-Regierung im Visier der damaligen Opposition. Kritisiert und auch gehemmt wurde der Versuch, größere Wirtschafts- und Verwaltungsgebiete zu schaffen. Unbestreitbar attackiert sah sich damit eine wesentliche Voraussetzung für ein zu modernisierendes und leistungsfähiges Land. Völlig abgelehnt wurden die bildungspolitischen Reformen, die das konservative Schulsystem abschaffen und durch eine Einheitsschule ersetzen sollten, um endlich tatsächlich „allen Kindern des Volkes“ gleiche Bildungschancen auf allen Ebenen bieten zu können. Im Grunde wollten die bürgerlichen Parteien das alte Bildungsprivileg erneut durchsetzen. Im Visier der Konservativen befand sich zudem jeder Versuch, jene sozialen Nachteile zu lindern, die es im Gefolge von Krieg und Inflation für Arbeiter, Bauern, Kriegsinvaliden, Witwen, Waisen und kleine Geschäftsleute, Handwerker und Angestellte gab. Es sollte bei den Möglichkeiten von Gewährung einzelner sozialer Hilfen bleiben statt einer gesicherten sozialen Gerechtigkeit. Wenig Gefallen fand auch die Förderung von Kunst und Kultur, wobei es nicht allein um das bekannte Bauhaus ging, auch um *Thüringer Volkshochschule* und die *Volkshochschule Gera-Tinz*, um den jugendbewegten Leuchtenburgkreis u. a. m.

Auf außerordentlich großes Missfallen stieß, dass sich die Frölich-Regierung sich für eine Existenzberechtigung proletarischer Schutzorganisationen einsetzte, so lange diese sich im Rahmen und zum Schutz der Verfassung bewegen würden. Deshalb wurde polemisiert gegen die Verbote von NSDAP und mehreren rassistisch-völkischen Verbänden, ausgesprochen am 27. Juni 1922 nach der Ermordung Walther Rathenaus. Z. B. protestierte z. B. Georg Witzmann, ein führender Mann der thüringischen DVP und wirksam in der sogenannten Deutschen Aufbauschule, im Namen der bürgerlichen Parteien. Er verstieg sich zu der Behauptung, die verbotenen Verbände würden den Staat nicht stören, sondern „unterstützen“. Und der *Thüringer Landbund* erklärte am 04. November 1923 sogar: „Mit

⁸ Steffen Raßloff: Thüringisches Schicksalswahl? Vor 100 Jahren ließ sich die Landesregierung von der extremen Rechten tolerieren. In: Thüringische Landeszeitung vom 10.02.2024, S. 3.

⁹ Karl Heinrich Pohl: Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Göttingen 2022.

Neid blickt das Thüringer Landvolk auf die geordneten Verhältnisse im Nachbarland Bayern, und erwartet, dass unter allen Umständen mit großer Schärfe auch in Thüringen für Ordnung gesorgt wird“ Wissen muss man auch, dass aus deren Reihen bereits im Oktober 1923 die Reichswehr aufgefordert worden ist, endlich gegen die Frölich-Regierung einzugreifen.¹⁰

Faschisten waren dem Regierungschef ein Dorn im Auge. Am 9. November 1923 erklärte er in einer Landtagssitzung: „Wenn nun die Hitlergardien nach Thüringen kommen [...] um die Novemberlinge zu vernichten, denn das ist doch der Zweck der Hitlergarde, – sollen wir da ohne weiteres stillhalten? Da bin ich mit den Kommunisten einig, dass wir Seite an Seite den Kampf führen müssen, um dieses Gesindel aus Thüringen herauszubekommen.“¹¹

Aus solchem Geist kam es zu einer thüringischen Arbeiterregierung, gebildet aus SPD und KPD, im Grunde nach dem Beispiel der am 11. Oktober 1923 in Sachsen entstandenen Regierung. Man mag zu diesem zeitgenössischen Begriff stehen wie man will, doch das Nachdenken über seinen Inhalt lohnt immer. Zumindest regt es an, jedes „Stillhalten“ im Ringen um soziale gesellschaftliche Veränderungen und im Schutz vor faschistischen Gefahren aufzugeben. Ich empfehle denjenigen, die sich näher mit dem Thema Arbeiterregierung sowie mit dem Denken und Verhalten der thüringischen Kommunisten befassen möchte, die Lektüre des neuen Buches von Mario Hesselbarth, herausgegeben von der thüringischen Rosa-Luxemburg-Stiftung.¹²

Wahlkampf vor dem 10. Februar 1924

In diesen gingen die linken Parteien arg geschwächt, u. a. durch das KPD-Verbot, vor allem aber erneut zerstritten und eher befasst mit gegenseitigen Vorwürfen, im Grunde dadurch das eigentlich zukunftssträchtige Modell einer Arbeiterregierung ernsthaft und wohl auch dauerhaft beschädigend. Generell befanden sich beide Parteien in einer politischen Defensive, was wohl zu allen Zeiten nachteilig zu wirken vermag, wenig befasst mit eigenen Fehlern, falschen Einschätzungen und Schuldverschieben. Dazu müsste viel gesagt werden, doch lassen Sie / lasst mich hier nur auf andere Darstellungen verweisen, u.a. auf die von Mario Hesselbarth.

Mir geht es hier um die bürgerlichen Parteien. Sie agierten anders, entschiedener und einheitlicher. Sie verstanden es, ihre Kräfte organisatorisch zu bündeln: Es entstand am Ende des Jahres 1923 eine „antisozialistische Bürger- und Bauernallianz“, die bereit war, selbst ihren „letzten Hosenknopf“ gegen die Linke zu opfern. Wohl nicht zufällig wurde der Begriff „Ordnung“ für das Wahlbündnis gewählt. Der *Thüringer Ordnungsbund* (TOB) trat – im Grunde verleumderisch – mit der bereits zitierten Parole von dem „auf den Hund gekommenen Land“ in Erscheinung. Deren eigentliche Aussage lautete: Sozialisten können nicht regieren, erst recht nicht wirtschaften. Man nahm also Macht- und Wirtschaftsfähigkeit sowie politische Vernunft allein für sich in Anspruch. Wo die Ursachen für Inflation, Wirtschaftskrise und andere Beschränkungen des Alltags wirklich zu suchen gewesen sind, darüber herrschte und herrscht hingegen Stillschweigen. Was heutzutage zu hören, mag im Stil vielleicht etwas vornehmer sein. „Thüringen wird links liegen gelassen“, plakatiert die CDU.¹³ Auch das enthält wieder den Vorwurf, Linke seien unfähig zu regieren und zu wirtschaften. Und es müsse „Ordnung“ geschaffen werden ...

¹⁰ Manfred Weißbecker: Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921-1923). In: Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute. Hrsg. von Manfred Weißbecker, Jena 2004, S. 29-46.

¹¹ Ebd.

¹² Mario Hesselbarth: Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923, Erfurt 2024. Verwiesen sei auch auf die Aussage von Hermann Brill (SPD) im November 1923, dass die Thüringer Kommunisten nicht Herr ihrer eigenen Entschlüsse gewesen seien, sondern einem Befehl ihrer Zentrale gefolgt seien. Zudem seien alle Hoffnungen enttäuscht worden, die in der Thüringer Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten seien Wendepunkt in der Geschichte des Parlamentarismus sahen. [...] Zur Reichsexekutive wäre es auch ohne Kommunisten gekommen: Das deutsche Bürgertum sei jederzeit bereit, zu illegalen Mitteln zu greifen, wenn es die durch Mehrheiten in den Parlamenten errungene Macht der Arbeiterklasse nicht mit legalen Mitteln überwinden könne. Siehe: Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Rosa Luxemburg Stiftung. Hrsg. Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker. Jena 2006, S. 156.

¹³ Thüringische Landeszeitung, 28.03.2024, S. 5.

Im TOB spielte der *Thüringer Landbund* (TLB) eine zentrale Rolle, also ein agrarischer Berufsverband, der zugleich als politische Partei agierte. Ähnliches gab es zwar in Bayern, sonst nicht im Reich. Er gehörte zu dem 1921 gegründeten *Reichslandbund*, einer deutschlandweit agierenden Organisation, die sich aus zwei früheren Verbänden formiert, also auch die Stärke von Einheitlichkeit gesucht hatte. Seine Führung wollte eindeutig die Weimarer Republik beseitigt sehen, allerdings in unterschiedlicher Weise. Zwei seiner Chefs formulierten einen über wahltaktische Aspekte weit hinaus reichenden Zwiespalt mit den Worten: „Herrgott, wenn doch Deutschland auch einen Mussolini hätte“ bzw. mit der Aussage: „Das parlamentarische System ist nun einmal da, es lässt sich im Augenblick (sic!, M. W.) nicht beseitigen [...] Aber ich sehe keinen anderen Weg als durch ihn hindurchzugehen, ihn zu erobern.“¹⁴

Übrigens: Das wurde formuliert, bevor Joseph Goebbels 1928 im *Völkischen Beobachter* kundtat, die NSDAP gehe in den Reichstag, um sich „aus dem Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen.“ Daran lässt sich trefflich Kritik üben. Müsste aber nicht zugleich gefragt werden, weshalb solcher Missbrauch von Demokratie von ihr selbst ermöglicht worden ist und heute wieder wird? Wo und wie setzt die Demokratie sich selbst aufhebende Grenzen? Zumindest klammert sie die soziale Teilhabe eines großen Teiles der Bevölkerung aus und darf in dieser Hinsicht allenfalls als ein „uneingelöstes Versprechen“ gewertet werden.¹⁵ Doch das eigentliche Problem steckt sicher in der Frage, ob im Namen von Toleranz verlangt werden kann, Intoleranz zu tolerieren?¹⁶ In welchem Maße bedeuten illiberale oder autoritäre Tendenzen bereits erheblichen Demokratieverlust? Was bedeutet die für sie geforderte Wehrhaftmachung? Kann heute bereits von einer „demolierten Demokratie“ gesprochen werden?¹⁷ Welches Ziel wird verfolgt, wenn Demokratie als „inflationär“ charakterisiert und behauptet wird, nur durch ihre „Begrenzung“ könne ein Schutz vor dem Extremismus werden?¹⁸

Doch genug an solchen Fragen und zurück zum Wahlkampf 1924. Wie bereits gesagt, es spielten in dem der bürgerlichen Parteien „Argumente“ über Diktatur, Einseitigkeit und Unfähigkeit eine übermäßig große Rolle, auch dank eines Heftes, das ausführlich alle angeblich begangenen Sünden unter dem Titel „Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen“ auflistete. Doch da muss ich noch einmal Vorgeschichte bieten, denn bereits 1921 hatte man solche „Argumente“ vorgebracht. Noch hatte die neue Frölich-Regierung keine Reformen einleiten können, noch war überhaupt nichts geschehen, was über Maßnahmen zum Schutz der Weimarer Republik und zu einer wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der Lebenslage hinausgeführt hätte. Noch hatte sich nicht einmal das durchsetzen lassen, was einst das Bürgertum in der großen französischen Revolution auf seine Fahnen geschrieben hatte und was heute als schlechthin als Demokratie und Sozialstaat bezeichnet wird. Da warnten konservative und rechtsliberale Gegner, die neue Landesregierung werfe eine „Brandfackel“ gegen das Bürgertum, welche die Lebensfähigkeit Thüringens „ernstlich in Frage“ stelle.¹⁹

Aus solcher früh und ständig betriebenen antisozialistischen Bedrohungs- und Hasspropaganda erwuchs das am Ende selbst für die Konservativen verhängnisvolle politische Konzept, das sich als „antimarxistisch“ bis dort hinaus gebärdete und sich gegen Demokratie und Republik richtete. Schließlich sollte auch das Prinzip rechtfertigt werden, sich gegen jede „linke Gefahr“ selbst der noch weiter rechtsstehenden völkisch-rassistischen und faschistischen Kräfte bedienen zu dürfen bzw. zu müssen.

¹⁴ Zit. nach Jochen Cerny und Lutz Fahlbusch: *Reichslandbund*. In: *Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945*. Bd. 3, Leipzig 1985, S. 690.

¹⁵ Urs Marti: *Demokratie. Das uneingelöste Versprechen*. Zürich o. J.

¹⁶ Auf das Toleranz-Paradoxon machte frühzeitig aufmerksam Karl Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 1, Tübingen 82003.

¹⁷ Raul Zelik: *Demolierte Demokratie*. In: *nd Die Woche* vom 03./04.02.2024, S. 4.

¹⁸ Rainer Hank: *Inflationäre Demokratie. Im Kampf gegen den Populismus gerät einiges durcheinander*. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 03.09.2023, S. 20.

¹⁹ Auch angesichts dieser frühen bürgerlichen Attacken auf die Sozialdemokratie erscheint die Aussage von Steffen Raßloff in der *Thüringischen Landeszeitung* vom 10.02.2024, S. 3, mehr als nur merkwürdig, dass sich die thüringische Regierung 1924 von radikalen Antisemiten abhängig gemacht habe, weil zwischen 1921 und 1924 „eine rigide sozialistische Reformpolitik“ betrieben worden ist.

Der Wahlkampf fand statt in einer Zeit des Umbruchs, dessen Ursachen für eine große Mehrheit der Wähler undurchschaubar waren. Viele Faktoren spielten eine Rolle. Zudem dominierte Kleinräumigkeit aller Art: 43,9 % der Bevölkerung lebte in ländlichen Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern. Im Reich waren das nur 35,6 %. Auf thüringischem Gebiet gab es keine Großstädte, abgesehen vom preußischen Erfurt. Klein- und Mittelstädte prägten die Aufteilung der Wohnbevölkerung. Die thüringische Industrie war kaum von größeren Betrieben gekennzeichnet, eher von Arbeitsprozessen in kleineren Firmen sowie in der Heimfertigung, woraus einige besondere Strukturmerkmale der Arbeiterklasse resultierten. In der Landwirtschaft herrschte bäuerlicher Klein- und Mittelbesitz vor, teils mit hoher Verschuldung belastet. Bedrückend wirkte auch, dass die bäuerlichen Betriebe für 15 unterschiedliche Steuerarten zahlen mussten.²⁰ Selbst nach dem Ende der bis dahin ja noch nie erlebten Hyperinflation sahen sich viele direkt unmittelbar von Existenzsorgen bedroht. Es gab einen Preisverfall für agrarische Produkte. Man forderte auf dem Lande mehr staatliche Förderung und kritisierte die der Industrie gewährten. Noch hatten antiinflationäre Maßnahmen nichts gebracht. Viele soziale Probleme hatten nicht gelöst werden können. Groß war zudem sowohl in den ländlichen Gebieten als auch in den geistig-kulturellen Zentren die Sehnsucht nach „geordneten“ Verhältnissen wie früher. Man könnte von einem *mixtum compositum* sprechen, in dem sich Antimarxismus, also Antisozialismus und Antikommunismus, ferner auch Demokratie- und Republikfeindschaft, Deutschtümelei und ein stark antisemitisch geprägter Rassismus eng miteinander verknüpft sahen.

Verwiesen sei vor allem auf das enge Neben- und Miteinander unterschiedlicher sozio-ökonomischer und eindeutiger geistig-kultureller Strukturen. Langfristig wirkende Faktoren und kurzzeitig auftretende Erscheinungen potenzierten sich im Miteinander. Manches davon mag die konkreten Ergebnisse der Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 erklären, gewiss nicht alles ...

Problembeladene Wahlergebnisse

Bemerkenswert war die hohe Wahlbeteiligung von 89,6 % gegenüber den 72,4 % bei der Landtagswahl im Jahr 1921 – ein stattliches Anwachsen um 17,2 Prozentpunkte. Der Anteil der SPD lag bei 23,1 % und 17 Mandaten (1921 = 24,4 % und 13 Mandate). Wenn in der Literatur oft von einem großen Absturz gesprochen wird, sehen sich die Stimmen für die USP eingeordnet, was zumindest zu Verwirrung sorgt. Die KPD erzielte 18,4 % und 13 Mandate (1921 = 11,1 % und 6 Mandate). Für die USPD stimmten 0,8 % der Wähler (1921 = 14,8 % und 9 Mandate).

SPD und KPD verfügten im neuen Landtag zusammen über 30 Abgeordnete. Die waren gewählt worden von 365.494 thüringischen Frauen und Männern. Ich nutze erneut und wieder bewusst diese Zahl der gültigen Stimmen. Hinzugefügt werden muss, dass es auch bei allen folgenden Wahlen – drei zum Landtag, fünf zum Reichstag – bei einer leicht schwankenden Zahl zwischen rund 325.000 und rund 390.000 geblieben ist, und dies selbst noch bei der vom 5. März 1933.

Welch eine Kontinuität! Aber auch: Welch eine Fülle von Fragen ergibt sich daraus! Allein weil diese Zahlen eindeutig belegen, dass in Thüringen das spätere Anwachsen von Stimmen für die NSDAP lediglich aus Veränderungen innerhalb des Lagers der bürgerlichen Parteien erklärt werden kann. Manch eine der heute offiziös gern verwendeten Behauptungen – neudeutsch Narrative genannt – lässt sich kritisch hinterfragen, ernsthaft bezweifeln oder gar widerlegen. Als falsch erweist sich die in Deutschland üblich verwendete These, die Weimarer Republik sei an den beiden extremen Parteien zugrunde gegangen. Nein, es gab keine Abwärtsbewegung in der organisierten Arbeiterbewegung. Zu verneinen wäre auch die Behauptung, ein Mangel an Demokraten habe hingeführt zum 30. Januar 1933. Nein, es waren eben viele aus den Reihen der Weimarer Demokraten, die selbst mit Duldung oder Förderung der Nazis diesen zum Erfolg verholfen haben. Bezweifeln lassen sich auch allerlei gängige Formulierungen über das „Ende“ von Weimar, über ihr „Scheitern“ oder ihren „Untergang“ usw. Nein, es muss ehrlicher Weise von einer Zerstörung der Weimarer Republik gesprochen werden.

Fragen ergeben sich natürlich auch zu beiden Arbeiterparteien. Weshalb blieben sie gleichsam in einer für sich geschlossenen Blase? Warum gelang es nicht, über die Stammwählerschaft hinaus zu

²⁰ Barbara Heinevetter: Sozialpolitik in Thüringen 1860 bis 1952. Ein Überblick, Erfurt 1996, S. 14.

wirken, und dies nicht einmal unter den Thüringerinnen und Thüringern, die gemessen an ihrer Tätigkeit zur Arbeiterklasse gehörten? Betrieb man vielleicht Politik nur für die Menschen, nicht mit ihnen und ohne deren Teilhabe? Fehlte es an dem, was oft als Bündnispolitik bezeichnet worden ist? Fehlten anziehungskräftige Zukunftsideen, wie z. B. Kommunisten sie in den 1930er Jahren mit dem Volksfront-Begriff oder in dem von einer „demokratischen Republik“ fanden? Überwogen möglicherweise Parteitaktik und Parteienegoismus? Vertraute man zu sehr der eigenen Stärke und unterschätzte die der Faschisten? Und nicht zuletzt: Fehlte es an theoretischer Arbeit, wobei es wohl immer ein relativ problematisches Verhältnis gibt, wenn sowohl manche Politiker als auch manche Theoretiker sich mitunter sogar einbilden, eh alles besser zu wissen?

Doch bevor darüber gestritten werden kann, kehre ich nach diesem Exkurs zurück zu den übrigen konkreten Ergebnissen vom 10. Februar 1924.

Rechte und rechtsextreme Erfolge

Von den 879.397 gültigen Stimmen hatte der TOB über die Hälfte für sich gewinnen können, was zu 35 Mandaten führte. Das war zwar eine Mehrheit, doch keine absolute wie erhofft. In allen neun Stadtkreisen (Gera, Jena, Gotha, Weimar, Eisenach, Altenburg, Greiz, Apolda, Arnstadt) gab es Ergebnisse zwischen 54,4 % und 35,7%. In einem der 16 Landkreise – gemeint ist der um Weimar – erreichte er sogar 65,0 %. Über 50 % lag er auch in den Landkreisen Eisenach, Hildburghausen, Camburg und Sondershausen.

Die im TOB vereinten Parteien hatten die Zahl ihrer Wähler vergrößern und auch bisherige Nichtwähler gewinnen können, nicht zuletzt dank ihrer übereinstimmend wirkenden medialen und geistig-kulturellen Netzwerke. Leider fehlen nähere Angaben zu den Anteilen von Frauen und Jugendlichen sowie zur Sozialstruktur der Wähler. Aus anderen Quellen wissen wir aber, dass der TLB einen eigenständigen und am paramilitärischen *Jungdeutschen Orden* orientierte *Thüringer Jugendlandbund* geschaffen hatte, den der TLB selbst als „Rekrutendepot“ bezeichnete. 1921 hatte der TLB in Neudietendorf die „Erste Thüringer Bauernhochschule“ geschaffen, deren Ziel es sein sollte, „Jungbauern, freie Landarbeiter, Jungmädchen vom Lande zu deutschen Männern und deutschen Frauen auf Grund des Christentums und des Deutschtums heranzubilden.“ Dabei wurde „weniger auf Fachausbildung als auf die Charakter-, Gemüts- und Willensbildung gesehen, um zuverlässige, treue, gewissenhafte Menschen für Haus und Hof, Gemeinde und Staat, Volk und Vaterland zu gewinnen.“ Ähnlich ausgerichtet wirkte in Oberellen auch die „Westthüringische Bauernschule“.²¹

Nun zu den Völkischen und den Nazis, die mit der *Vereinigten Völkischen Liste* (VVL) angetreten waren, also mit einer Wahlgemeinschaft, zu der sich einige, darunter auch miteinander konkurrierende Gruppen der Völkischen und der Nationalsozialisten zusammengefunden hatten, um die im Herbst 1923 erlassenen Verbote von *Deutschvölkischer Freiheitspartei* und von NSDAP ungehindert umgehen zu können. In mancher Hinsicht war auch das ein Zweckbündnis, für das unterschiedliche Interessen und zum Teil erheblich divergierende Auffassungen hintangestellt wurden.

Für die VVL stimmten 9,3 % der Wählerinnen und Wähler. Erstmals zogen sieben Rechtsextreme in einen der deutschen Landtage ein. Beachtliche Unterschiede gab es zwischen den Stadt- und den Landkreisen – in ersteren waren 13,9 %, in letzteren nur 8,7 % erreicht worden. In vier Landkreisen blieb man weit unter dem Durchschnitt (Sonneberg 2,1 %, (Stadt)Roda 2,9 %, Rudolstadt 4,4 %. Bei den Stadtkreisen kam die VVL in Apolda nur auf 6,6 % und in Jena immerhin auf 8,6 %.

Vor allem ist hier nach jenen Stadt- und Landkreisen zu fragen, die mehr oder weniger weit über dem Durchschnitt von 9,3 % lagen. Die höheren Ergebnisse wiesen die Stadtkreise Gera (13,6 %), Gotha (21,6 %), Altenburg (11,0 %) und Arnstadt (12,5 %) auf. Unter den Landkreisen waren dies Hildburghausen mit (14,5 %), Schleiz (21,0 %), die sogenannte Kreisabteilung Camburg (18,1 %) und Gotha (14,0 %).

²¹ Guido Dressel: Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933, Weimar 1998, S. 32 f.

Grundlegende Veränderungen

Mit dem 10. Februar 1924 vollzog sich also insgesamt eine Umkehrung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden bisherigen Lagern. Der Umkehrpunkt, nun offen unterstützt von völkischen und sich faschisierenden Kräften, war aber bereits bei den Stadt- und Kreistagswahlen vom 10. September 1922 zutage getreten. Da hatte das bürgerliche Lager bereits ohne völkische Beteiligung gegenüber den vorausgegangenen Wahlen 55.074 Stimmen gewinnen können, SPD und KPD hingegen nur 520. Und 100 Jahre danach vollzog sich erneut ein Ruck nach rechts, auch wenn die Erfolge der AfD nicht ganz den Erwartungen entsprachen.

Gebildet wurde rasch eine neue Landesregierung. Ihr stand der DVP-Politiker Richard Leutheuser vor, von dem es übrigens heißt, er sei ein regelrechter Frauenfeind gewesen. Jeweils drei weitere Regierungsmitglieder kamen aus den Reihen des TLB, der DVP und der DNVP. Die neue Landesregierung handelte rasch und zumeist auf der Basis von Notgesetzen und Verordnungen, also am Parlament vorbei. Binnen kurzer Zeit wurden die Schulreformen aufgehoben, viele Beamte entlassen, die proletarischen Hundertschaften aufgelöst und verboten, hingegen das Verbot der NSDAP am 3. März rückgängig gemacht – dies am 3. März und ohne abzuwarten, wie der in München stattfindende Prozess gegen Hitler und andere Putschisten ausgehen und wie dies im Reich gehandhabt werden wird.

Die Landesregierung zahlte zudem bedenkenlos den Preis, den die neue Fraktion gefordert hatte. Das galt nicht nur als ein braves Dankeschön für die von den sieben völkischen bzw. nazifaschistischen Abgeordneten gewährte Unterstützung, sondern es bedeutete das Akzeptieren der von Artur Dinter gewünschten „völkischen Hand an der Gurgel des Parlaments“.²²

Dies alles sehr wohl in Kenntnis des (Un)Geistes, dem dieser Mann aus dem Elsass in seinem 1917 erschienenen und in vielen Auflagen verbreiteten Buch „Die Sünde wider das Blut“ Ausdruck verliehen hatte. Dies ging weit über das unter den Konservativen vorhandene Verständnis von Christentum und auch über den Antisemitismus hinaus. Dinter bot einen Antisemitismus mit üblen rassistisch-pornografischem Anstrich. Jeder Geschlechtsverkehr zwischen einem Deutschen und einer Jüdin wie auch zwischen einem Juden und einem deutschen Mann wäre verhängnisvoll für die weitere Existenz des deutschen Volkes.

Nein, daran störte man sich zwar ein wenig, aber man nahm es hin, eigenem politischen Machtwillen folgend. Es handelte sich zudem, wie ich meine, um einen folgenreichen Verzicht auf eigentlich erforderliche politische und geistige Auseinandersetzung mit krudem nationalistisch-rassistischen Gedankengut. Denn ohne jede Debatte sowie ohne jedes Anzeichen von Skrupeln fügte man sich bei der Regierungsbildung der völkischen Forderung, es dürfen in die neue Regierung nur „rein arische Männer“ aufgenommen werden²³, was nicht zuletzt die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP) – obwohl dem *Thüringer Ordnungsbund* zugehörig – ausschloss und ein sogenanntes Kabinett der Fachleute erzwang.

Selbst eindeutig antisemitischen Aktionen stimmten die thüringischen Konservativen zu, wie die um den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb gewobene Affäre zeigte; dieser wurde entlassen, weil nicht nur die Völkischen der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden.²⁴ Dabei handelte es sich um einen Skandal, der bereits alle späteren rechtsextremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen ließ: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen und Ähnliches mehr. Im Urteil der Nachwelt kann gelesen werden: Gespenstisch sei der Schatten von Buchenwald bereits vorweggenommen worden.²⁵

²² Dinter hatte am 16.02.1924 in der Zeitung *Mecklenburger Warte* erklärt, dass der Völkische Block die Hand an der Gurgel des Parlaments habe und dass jede Koalition und Konstellation nach seiner Pfeife tanzen müsse.“ Zit. nach der von Walther Graef (Anklam) verfassten DNVP-Flugschrift Nr. 150 „Völkische Mittelpartei oder deutschnationale Rechtspartei?“, S. 11.

²³ Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: *Nationalsozialismus in Thüringen*. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai. Weimar u.a. 1995, S. 53.

²⁴ Siehe Volker Mauersberger: *Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt*. Berlin 1999, S. 175 ff.

²⁵ Hier sei gespenstisch bereits der Schatten von Buchenwald vorweggenommen worden, urteilt Mauersberger. Ebenda.

In welchem Geist die thüringischen Konservativen sich nach ihrem Wahlerfolg ans Werk machten, verriet auch ein Wahlauftritt der DNVP für die Wahlen zum neuen Reichstag am 4. Mai 1924: Man wolle endlich frei sein von „äußerer Fremdherrschaft“, frei vom Marxismus und „frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!“ Der Aufruf betonte, „Deutschnationalsein heißt deutschvölkisch sein“ und schloss mit der Parole „ein Volk, ein Reich, ein Kaiser“.²⁶

Auf solcher Grundlage gelang ein erheblicher Kurswechsel in der Landespolitik, eine „massive Gegenreaktion“²⁷ zu den demokratischen Entwicklungen in den ersten Nachkriegsjahren.²⁸ Was die seit 1928 von Alfred Hugenberg geführte *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) erst im Ringen gegen die Annahme des Young-Planes sowie um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und was mit dem Siegel „Harzburger Front“ in die Geschichte einging, wurde in Thüringen bereits in der Mitte der zwanziger Jahre erprobt. Das Land entwickelte sich neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus. Hitler durfte keineswegs ohne Grund hoffen, dass Thüringen, „wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands“ werden könne.²⁹ Es verwundert nicht, dass es hier mit Wilhelm Frick einen ersten Nazi-Minister in deutschen Ländern gab. Dem folgte im August 1932 die fast reine Nazi-Regierung unter Fritz Sauckel, von dem ich meine, man könne in ihm so etwas wie einen Prototyp faschistischer Karrieren sehen.

Die Leutheuser-Regierung war nicht auf Völkische und Nazis angewiesen. Sie musste in keiner Weise befürchten, diese würden eventuell mit der Opposition stimmen. Dagegen sprach deren oft und offen propagierter „Antimarkismus“. Dagegen sprach natürlich auch die völlig ablehnende Haltung von SPD und KPD zur Dinter-Truppe. Im Vordergrund stand das Agieren gegen links; und da konnten und können sich rechte und rechtsextreme Kräfte wohl fast immer aufeinander verlassen. Wenn es damals den Begriff der „Brandmauer“ gegeben hätte, so wäre diese wohl von vornherein eine minimale, kaum sichtbare und völlig unwirksame gewesen. Aber die Regierenden in Thüringen wollten mit ihrem Kurs auf den Abbau aller im Interesse von Arbeitern, Mittelständlern und auch von Kriegsversehrten erfolgten Maßnahmen nicht allein Tagespolitik betreiben, sondern auch für die Zukunft auf Nummer sicher gehen. In einer von der DNVP herausgegebenen Schrift wurde zwar der Erfolg vom 10. Februar 1924 gefeiert, aber gleichzeitig beklagt, es habe sich die Zahl der Anhänger eines „roten Thüringens“ nicht verringert.³⁰ Entscheidend war eine weitgehende Übereinstimmung in Ablehnung der parlamentarisch-demokratisch verfassten Weimarer Republik, im Versuch einer Revision der Ergebnisse von Krieg und Revolution, in einer von überbordendem Deutschtum und von rassistischem Antisemitismus geprägten Geisteshaltung. Man darf wohl durchaus von Übereinstimmung sprechen im Sinne von „Alles für Thüringen“, „Alles für Deutschland“ und Alles nur für die Deutschen?

Wie wenig man sich am Geist der sich selbst als „völkisch“ bezeichnenden, im Grund aber bereits nazifaschistisch agierenden Dinter-Truppe störte, zeigte sich auch, als diese am 10. Juni 1926 im Thüringer Landtag eine Reihe von Anträgen in den Landtag einbrachte. Die zielten auf den Ausschluss von Juden aus allen öffentlichen Ämtern, auf deren Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Schüler und Studenten. Ebenso war gefordert die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat und die Beschlagnahme ihres Vermögens“. Und es wurden Kriterien fixiert, die

²⁶ Führer durch den Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg vom 30. März bis 2. April 1924, Berlin 1924, S. 13 f.

²⁷ Jürgen John: Einleitung zu Quellen zur Geschichte Thüringens. 75 Jahre Freistaat Thüringen. Verfassungen und Gesetze 1920-1995. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar. Erfurt 1995, S. 11.

²⁸ Die Rechtfertigung und das auch in der Literatur anzutreffende Argument, diese „Gegenreaktion“ sei eine verständliche Antwort auf Novemberrevolution und die Gefahr einer „Bolschewisierung“ des Landes gewesen, vermag nicht zu überzeugen. In Thüringen hatte es keine der Bayerischen Räterepublik vom Frühjahr 1919 vergleichbare Erscheinung gegeben und auch keine militärischen Auseinandersetzungen wie in Berlin und im Ruhrgebiet, wenn man von der historisch völlig gerechtfertigten Abwehr des Kapp-Putsches absieht. Der Antikommunismus diente in erster Linie als Vehikel im Kampf gegen die Weimarer Republik, die demokratische Verfassung und die mehrheitlich von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterbewegung.

²⁹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

³⁰ Der III. Landtag von Thüringen. Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion (o. O. 1927), S. 5.

1935 Hans Globke gut für seinen Kommentar zu den faschistischen Rassegesetzen von 1935 abschreiben konnte. Ich zitiere: Als Jude (ich setze bewusst hinzu, dass dies alle jüdischen Frauen und Kinder einschloss) sollte gelten der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht.“³¹

Zwar fanden diese Anträge keine Zustimmung des Parlaments, doch es muss zumindest verwundern, dass es dazu so gut wie keine inhaltliche Auseinandersetzung gegeben hat. Daher klangen später – nach dem Zweiten Weltkrieg – entschuldigende Erklärungen wenig glaubhaft, deutschvölkisches Denken sei doch grundsätzlich etwas anderes als der Nationalsozialismus. Erinnert das nicht sehr an heute oft gehörte Behauptungen, man „sei doch kein Nazi“? Eher darf wohl das ebenfalls oft verbreitete Argument gelten, man habe ja nicht wissen können, wohin eine Herrschaft Hitlers führen würde. Von der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ sprachen nur die Kommunisten. Heute hingegen können sehr wohl alle wissen, welch fürchterliche Barbarei möglich geworden ist. Umso schlimmer, wenn dies im Denken leider allzu vieler Menschen keine Rolle mehr zu spielen scheint ...

Vielleicht lässt sich das bislang dazu Gesagte bündeln zur These, dass alles konservative Denken und Handeln gegen die Weimarer Republik sich vor 100 Jahren verbunden hat in einer eklatanten Mischung aus antidemokratischer Geisteshaltung, anzutreffen insbesondere in den sogenannten Residenzstädten, ferner aus der Furcht vor allen die eigene Macht irgendwie beschränkenden Veränderungen, aus besonders in ländlichen Gebieten vorhandenen wirtschaftlichen Sorgen und Zukunftsbesorgnissen, aus schwärmerisch-unhinterfragter Deutschtümelei und traditionellem Überlegenheitsgefühl nationaler, sozialer und extrem rassistischer Prägung, aus parteipolitischem Taktieren und rational mitunter kaum zu erfassender politischer Unvernunft und nicht zuletzt auch aus der Bereitschaft, selbst mit härtester Gewalt zu regieren, um an der Macht bleiben zu können, um nicht – ich erinnere an eingangs Zitiertes – den eigenen „letzten Hosenknopf“ zu verlieren und dessen Opfern anderen aufzubürden.

Parallelen?!

Ja, es existieren recht viele Ähnlichkeiten und Parallelen, besonders in sozialpolitischer Hinsicht, in Zielorientierungen und Parteienstreit, in Aversionen gegen das Parteienwesen und in vielen alltäglichen Lebensproblemen. Von unfriedlicher Politik ganz zu schweigen, wenn beispielsweise seit 1928 Panzerkreuzer gebaut werden sollten statt Kinderspeisung zu fördern, wenn zu Gunsten von Aufrüstung sich Kanonen statt Butter gepriesen sehen. Und, und und ... Insofern ist das Ausrufezeichen berechtigt.

Aber betont sei doch das Fragezeichen. Ich meine, dass die Geschichte sich nicht wiederholt. Allenfalls variiert sie in Abläufen und einzelnen Erscheinungen. Auch leben wir im heute in anderen Zeiten: Damals war Deutschland aus dem Krieg herausgekommen, heute muss von seiner neuen Vorkriegszeit gesprochen werden. Damals begann ein Weg heraus aus Inflation und Krise, heute marschieren wir in diese hinein. Damals gab es relativ klar voneinander getrennte Lager, heute ist das Bild sowohl in sozialpolitischer als auch in sozialstruktureller Hinsicht diffuser. Und auch das, was damals als geschichtswirksame demokratisch-sozialistische Kraft gelten durfte, existiert heute eher minimal, übt sich aber wieder in belastenden Streitereien. Große politische Auseinandersetzungen finden eher unter ihren Gegnern statt. Und wie es scheint, wird es in Thüringen künftig wohl um solche zwischen CDU und AfD gehen bei einer wesentlich verminderten Rolle der Linkspartei.

Dennoch breche ich grundsätzlich eine Lanze für historisches Vergleichen.³² Dieses ist sinnvoll, wenn ein oberflächliches Zusammenführen einzelner Vorkommnisse und Erscheinungen vermieden wird, wenn hingegen der Blick den Grundlagen und Strukturen jeder auf kapitalistischen Grundlagen

³¹ Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalsozialistischen Fraktion im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler. Weimar o. J.

³² Manfred Weißbecker: Faschismus erneut ante portas? Sinn und Schranken eines Vergleichs der Republiken von Weimar und Berlin. In: Ludwig Elm/Manfred Weißbecker u. a.: Das faschistische Echo der Vergangenheit. Lehren von Weimar für linke Politik heute. Hamburg 2021, S. 11-48.

beruhenden Gesellschaft gilt. Dann lassen sich tatsächlich Kontinuitätslinien erkennen, auch solche, die über das natürlich erforderliche Beschreiben von mentalem Verhalten einzelner Gruppen hinaus reichen.

Das Vergleichen, wie gesagt: nicht das Gleichsetzen, betrachte ich als ein wesentliches Element notwendiger Analysen und Debatten zu unserer Gegenwart. Aber es wäre wohl doch zu simpel, allein die oft zitierten Lehren aus der Geschichte ziehen zu wollen. Selbst wenn ich damit den Beruf des Historikers mit dem eines politisch denkenden Menschen tausche: Wichtig, nein außerordentlich wichtig erscheinen mir tiefgründige Analysen gegenwärtiger Verhältnisse, gegenwärtiger Kräfteverhältnisse und möglicher Entwicklungsrichtungen. Vielleicht kenne ich mich auf diesem Gebiet nicht aus, aber es scheint sie noch nicht zu geben. Und da, wo einzelne Ansätze erkennbar sind, wird der Weg zu einheitlichem Urteil gescheut. Wird nicht auch vermieden, ein kritisches Bild von sich zu suchen?

Vielleicht würde es auch helfen, im eigenen politischen Agieren stärker bemüht zu sein, linke Kapitalismuskritik mit der Kritik an den Wirkungen eines alltäglich vorhandenen undemokratischen, ja auch eines fremdenfeindlichen Denkens und Verhaltens zusammenzuführen. Auch von solchem sah sich damals der Nazifaschismus genährt und ermöglicht. Mit den bekannten schlimmen Folgen! Auch heute ist zu berücksichtigen noch immer, dass „auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie zur Weltgefahr werden kann, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt.“³³

Möge, so mein Schluss, aber dennoch und trotz alledem neue Kraft gegen Rechtsextremismus, Kriegspolitik, gegen Ungerechtigkeiten aller Art erwachsen sowohl aus Erinnerungen an das Geschehene als auch aus den Analysen unserer Gegenwart. Zwar mit realistisch-fragendem Blick in die Zukunft, aber dennoch auch ein wenig hoffnungsvoll schließe ich und sage

Dank für geduldiges Zuhören!

Nachtrag

Mein „Nachtrag“, um den ich zu dem im Mai 2024 gehaltenen und hier publizierten Vortrag gebeten wurde, kann einerseits den kritischen Blick bekräftigen, der sich auf die geschichtlichen Ereignisse vor und nach den thüringischen Landtagswahlen im Jahr 1924 richtete, gilt aber andererseits dem Zeitgeschehen: Bei den Landtagswahlen vom 1. September 2024 erreichte die AfD in drei ostdeutschen Ländern nahezu ein Drittel aller Stimmen. Die Linkspartei erlitt einen Einbruch sondergleichen und mit dem überraschenden Erfolg des BSW nahm das Suchen von CDU und SPD nach neuen Regierungsmöglichkeiten teilweise bizarre Züge an. Festzustellen sind gravierende Veränderungen im bundesdeutschen Parteien- und Herrschaftssystem. Nach dem voraussehbaren Scheitern der von Olaf Scholz (SPD) angeführten Dreiparteien-Koalition entbrannten neue Wahlkämpfe. Die Frage „Quo vadis Thüringen, Sachsen, Brandenburg?“ weitet sich aus zu einer, die für die Zukunft Deutschlands, überdies wohl auch die künftige Menschheitsexistenz zu stellen ist.

Von einer neuen Stufe der allgemeinen Entwicklung nach rechts muss gesprochen werden. In hohem Maße sollen sozialpolitische Leistungen eingeschränkt und demokratische Freiheiten begrenzt werden. Es wird versucht, die vielgestaltigen Krisen – seien sie wirtschaftlicher, geopolitischer oder gesellschaftlicher Art – eskalierend mit militärischen Mitteln zu bewältigen. Die heutige Rechtsentwicklung lässt sich mit jener in den meisten europäischen Ländern der 1920er und 1930er Jahre vergleichen. Historische Erfahrungen zwingen zu großer Besorgnis im Blick auf unsere Gegenwart, auf eine Zeit also, in der nach Auffassung des Soziologen Wilhelm Heitmeyer „rohe Bürgerlichkeit“ zu befürchten sei und „kapitalistische Kriterien von Effizienz und Verwertbarkeit“ erheblich an Bedeutung gewinnen. Überall tobt erbitterter Konkurrenzkampf, der zwischen einzelnen Kapitalgruppen stattfindet und bereits als Weltwirtschaftskrieg um Rohstoffressourcen und Einflusszonen benannt werden kann. In vielen Ländern prägt das Machterhaltungsstreben von herrschenden und selbst nach rechts rückenden Kräften den politischen Alltag. Große, ja eine regelrecht existenzielle Gefahr

³³ Günter Hartung: Völkische Ideologie. In: Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871-1918. Hrsg. von Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht. Verlag K. G. Saur, 1996.

besteht für alle, die sich um ein Leben in sozialgerechten und demokratischen Verhältnissen sowie um einen weltweiten Frieden bemühen.

Mein Rückblick auf die Landtagswahlen vor 100 Jahren sowie das ihnen folgende Geschehen in Thüringen – also auf die Entwicklung hin zu einem Experimentierfeld faschistischer Regierungspraxis sowie hin zum „Mustergau“ der an die Macht gelangten NSDAP – bestätigt, wohin eine allein von macht- und wirtschaftspolitischen Ambitionen geleitete Politik jener Parteien führen kann, die ihre eigenen Interessen über die ansonsten selbst gepriesenen demokratischen Werte stellen. Und: Wohin es führt, sich autoritären und neofaschistischen Kräften unzureichend in den Weg zu stellen. Denn deren Erfolge stellen sich stets in Krisensituationen ein und beruhen letztlich auf den Rahmenbedingungen und Strukturen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse.

Vieles davon zeigt sich auch im Blick auf Ursachen und Folgen der Wahlen vom 1. September 2024, wobei hier lediglich ausgewählte Aspekte erwähnt werden können. Einer muss vor allem der thüringischen Linkspartei gelten: Sie steht vor einem Scherbenhaufen. Es gilt aufzuarbeiten, weshalb sie 84.000 Wähler an den BSW, 39.000 an die CDU und 23.000 sogar an die AfD verlor. Letztere konnte hingegen mit 32,8 % ihren bislang höchsten Stimmenanteil erreichen. Wie vor hundert Jahren der TOB und die völkisch-faschistischen Kräfte profitierte sie von einer großen Schar erfolgreich mobilitierter Neuwähler. Wie damals nutzten ihr die Ängste vieler Thüringerinnen und Thüringer vor existierenden und vor den erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, von Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen sowie von weit verbreitetem Misstrauen in die regierenden Parteien der sogenannten Mitte.

Zu erinnern ist hier auch an die Tatsache, dass die thüringischen Landtagswahlen von 1924 und von 2024 jeweils nach Regierungszeiten stattfanden, in denen linke Kräfte zwar staatliche Macht ausüben konnten, dies jedoch nur in begrenztem Maße angesichts einer starken Opposition. Während die Frölich-Regierung immerhin noch über eine, allerdings sehr kleine Mehrheit verfügte, stand Bodo Ramelow einer Minderheitsregierung vor, in der die drei Parteien neben vereinbarter Übereinstimmung jeweils auch eigene Interessen verfolgten. Alles war zudem verflochten mit denen einer CDU, die sich nicht scheute, im Sinne ihrer hauptsächlich der Linkspartei geltenden Grundposition zusammen mit der AfD abzustimmen. Das Regieren von Rot-Rot-Grün beschränkte sich in hohem Maße detailorientiert auf Alltagsprobleme. Ihre führende Kraft vermochte zudem, keinerlei visionäre Grundlagen zu fixieren. Strategiedebatten fanden nicht statt. Konnte in den frühen 1920er Jahren ein linkssozialistisches Projekt verfolgt werden, unterlag man jetzt völlig den bundespolitischen Vorgaben und Zwängen. Zunehmend geriet der Charakter der Linkspartei in Unkenntlichkeit, was enorme Glaubwürdigkeitsverlusten mit sich brachte. Nebenbei: Es sei erlaubt, ebenfalls auf Denken und Handeln unterschiedlicher Persönlichkeiten zu verweisen. Während August Frölich und die thüringische SPD zusammen agierten, stellte sich Bodo Ramelow – möglicherweise unbewusst und sogar dazu gedrängt – selbst in den Vordergrund und drängte so seine Partei in den Hintergrund. Allein das Wahlergebnis im dritten Erfurter Wahlbezirk spricht Bände: Ramelow gewann ein Direktmandat dank 15.110 Stimmen (42,4 %), während lediglich 5891 Wähler für die Linkspartei votierten.

Wird heute nach den Ursachen der Erfolge von AfD und BSW gefragt, verweisen zeitgenössische Beobachter oft auf Defizite oder auf Zerfallerscheinungen der Demokratie. Diese würden sich aus ihren Verwerfungen und Verkrustungen ergeben. Vieles wird vor allem auf einen von Rechtspopulisten angestrebten bzw. erreichten Umbruch zurückgeführt. Problemfelder der real existierenden Demokratie und ihr auf den Grundlagen kapitalistischer Verhältnisse beruhender Charakter werden hingegen kaum hinterfragt. Zwar hatte sich im 19. Jahrhundert die Demokratie gegen feudale Machtstrukturen entwickeln können, doch sie sah sich, da auf kapitalistischen Grundlagen beruhend, von Anfang an zugleich von einem eklatanten Widerspruch geprägt: Immer klaffte die Lücke zwischen den einerseits allen Menschen gewährten politischen Rechten und deren völliger Rechtlosigkeit in allen Bereichen des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln andererseits. Insofern kann Demokratie tatsächlich alles, was sie gefährdet oder sogar beseitigen will, auch aus sich selbst hervorbringen. Kapitalismus und Demokratie können offene Gegensätze sein, schrieb jüngst Christoph David Piorkowski in seinem vom Metropolverlag herausgegebenen Buch „Demokratie im Kreuzfeuer“.

Geschichtlich sieht sich bestätigt: In Krisenzeiten ergeben sich Umbrüche politischer Verhältnisse nicht allein aus dem Wirken autoritärer, rechtsextremer oder völkisch-faschistischer Kräfte, sondern auch aus einer allgemeinen Radikalisierung bestehender Herrschaftssysteme und sie politisch repräsentierender Parteien. In Thüringen nahmen 1924 bürgerliche Parteien die Faschisten gleichsam in ihr Boot, eigenem antidemokratischen Denken folgend, obgleich verfassungsrechtlich der Weimarer Demokratie verpflichtet. Es gab dabei nicht einmal im Ansatz Gedanken an sie selbst betreffende Gefahren ihres Handelns. Schließlich schlossen sie im Januar 1930 ein offizielles Bündnis mit der NSDAP. Ein reichliches Jahr später hatten die Nazis – trotz des am 1. April 1931 erfolgten Sturzes von Wilhelm Frick – in der Landtagswahl vom 30. Juli 1932 ihren Anteil von rund 11 % auf 42,5 % (!) nahezu vervierfachen können. Der Faschismus regierte in Thüringen bereits vor dem 30. Januar 1933!

Der Blick in die Geschichte und der naturgemäß begrenzte in heutige Zeiten führt mich vor allem zu einer Schlussfolgerung: Der heutigen allgemeinen Rechtsentwicklung muss anders als bislang begegnet werden – grundsätzlicher zudem. Es gilt nicht allein für die Linkspartei, über ein bloßes Schauen auf Erscheinungen hinausgehen zu müssen. Es gilt, auf dialektisch-materialistischer Grundlage neu über Demokratie- und Sozialismus nachzudenken, Grundzüge einer nachhaltigen Friedenspolitik sowie tragfähige Ideen zu Gunsten einer von sozialer und politischer Gleichberechtigung getragenen Zukunft zu entwickeln.

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/67. Jahrgang 2025, S. 95-116.

Personenregister

A

Abel, August 145
Abendroth, Wolfgang 41
Arco-Valley, Anton Graf 116
Arenberg, Franz von 132
Arendt, Hannah 112

B

Bach, Johann Sebastian 105
Bachmann, Ingeborg 175
Backe, Herbert 59, 61, 62
Barck, Simone 77
Barlach, Ernst 95
Bartels, Adolf 91, 141
Bauer, Max 16
Baum, Erwin 107
Baumann, Hans 100
Bayern, Ludwig Ferdinand von 109, 133, 134
Becher, Phillip 40, 41
Beck, Otto Friedrich 145
Benser, Günter 159
Berchthold, Joseph 136
Berlekamp, Brigitte 159, 160
Bernstein, Eduard 40
Bertsch, Herbert 159
Best, Werner 52, 91
Biden, Joseph 64
Bismarck, Otto von 113
Blomberg, Werner von 166, 167
Bormann, Martin 49
Borsig, Ernst von 132
Böse, Herbert von 164
Brandt, Willy 84
Bredow, Kurt von 164
Breitscheid, Rudolf 21, 97
Breivik, Anders 48
Broszat, Martin 95
Brüning, Heinrich 4, 20, 21, 42, 43, 44, 85, 96, 97, 98, 99, 141
Brüning, Hermann 190
Brunner, Alfred 74
Brunner, Paul 91
Buch, Walter 90, 91
Buttmann, Rudolf 145

C

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 101
Claß, Heinrich 90, 92, 93
Coburg, Carl Eduard 132, 134
Cranach, Lucas 105
Crouch, Colin 88
Cuno, Wilhelm 133

D

Dahn, Felix 143
Dawes, Charles G. 144

Deppe, Frank 41
Diebel, Martin 87
Dietze, Carola 47
Dimitroff, Georgi 161
Dinter, Artur 91, 140, 141, 142, 144, 145, 147, 150, 189, 190
Drexler, Anton 19, 73, 136

E

Ebert, Friedrich 4, 70, 108, 116
Ehrenburg, Ilja Grigorjewitsch 65
Ehrhardt, Hermann 47, 48, 69, 70, 118
Eichholtz, Dietrich 60, 159
Eicke, Otto 145
Eisner, Kurt 34, 71, 80, 116
Elm, Ludwig 89, 159
Engels, Friedrich 58
Erger, Johannes 121
Erhardt, Manfred 28
Erzberger, Matthias 34, 67, 68, 69, 70, 71, 80, 121
Esser, Hermann 136, 145

F

Feder, Gottfried 135, 136
Feuchtwanger, Lion 124
Fichte, Johann Gottlieb 105
Fiehler, Karl 8, 9, 11
Finker, Kurt 48
Fischer, Hermann 92
Fischer, Werner 159
Frank, Hans 50
Frick, Wilhelm 5, 50, 91, 105, 107, 115, 125, 136, 163, 174, 190, 194
Fricke, Dieter 94, 181
Friedrich, Marc 12
Fritsch, Theodor 91, 145
Fritsch, Werner 94
Frölich, August 138, 172, 183, 184, 185, 186, 193
Frymann, Daniel (Pseudonym von Heinrich Claß) 90
Fülberth, Georg 23, 41, 89, 180

G

Gareis, Karl 34, 71, 80
Gauck, Joachim 85
Gebtsattel, Konstantin von 90, 93
Gerlach, Walther 52
Geßler, Otto 133
Gingold, Peter 37
Globke, Hans Maria 191
Goebbels, Joseph 42, 49, 54, 55, 56, 59, 60, 62, 74, 98, 163, 166, 178, 186
Goethe, Johann Wolfgang von 15
Göring, Hermann 50, 60, 75, 108, 110, 111, 119, 133, 135, 136, 163, 166, 167
Gossweiler, Kurt 48, 126, 166
Gottwald, Herbert 94
Gräfe, Albrecht von 74, 118

Grass, Günter 83
Gregor, A. James 40, 41
Gritschneider, Otto 116
Groener, Wilhelm 13, 36, 68, 97, 98, 99
Günther, Hans (KPD) 77
Günther, Hans F. K. 5, 107

H

Haase, Hugo 34, 80
Haeften, Hans von 154
Halder, Franz 60
Hanfstaengl, Ernst 111, 136
Harms, Heinz 159
Hartung, Günter 150
Hass, Gerhart 159
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 105
Heilfron, Eduard 71
Hein, Christoph 78
Heines, Edmund 163
Heinz, Friedrich Wilhelm 47
Heitmeyer, Wilhelm 88
Helfferich, Karl 34, 69
Herbert, Ulrich 52
Hergt, Oskar 34
Hermann, Otto 115
Hertzberg-Lottin, Gertzlaff von 93
Heß, Rudolf 110, 135, 163
Hesselbarth, Mario 122, 173, 185
Heydrich, Reinhard 91, 163, 166, 167, 176
Hilberg, Raul 95
Himmler, Heinrich 49, 50, 55, 62, 75, 163, 166, 167
Hindenburg, Paul von 20, 21, 42, 54, 68, 97, 98, 99, 168
Hitler, Adolf 4, 5, 7, 9, 15, 16, 17, 19, 21, 23, 42, 44, 45, 46, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 60, 61, 62, 65, 72, 73, 74, 75, 79, 80, 84, 87, 88, 90, 91, 93, 96, 97, 98, 99, 100, 102, 103, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 124, 125, 126, 132, 133, 134, 135, 136, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 152, 155, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 185, 189, 190, 191
Höcke, Björn 34, 87
Hoegner, Wilhelm 117
Hoelz, Max 83, 89
Hofbauer, Hannes 56
Hoffmann, Ernst Theodor Amadeus 164
Hoffmann, Karl-Heinz 48
Horkheimer, Max 13, 82, 170
Hörster-Philipps, Ulrike 121
Huber, Florian 47, 48
Hugenberg, Alfred 4, 43, 85, 141, 190
Hürten, Heinz 121

I

Ilseemann, Christian 92

J

Jahnke, Karl-Heinz 37
Jakobeit, Wolfgang 159
Jodl, Alfred 50

Joël, Curt 98
Jung, Edgar 164
Jünger, Ernst 95, 113
Jungmann, Ralf 37, 39
Justin, Eva 129

K

Kaas, Ludwig 85
Kahr, Gustav Ritter von 108, 109, 110, 115, 116, 117, 119, 124, 126, 134, 135, 164
Kaltenbrunner, Ernst 50
Kapp, Wolfgang 15, 16, 35, 47, 69, 73, 80, 118, 121, 132
Kaschuba, Wolfgang 26
Keitel, Wilhelm 50, 179
Kellerhoff, Sven Felix 166
Kempf, Dieter 12, 82
Kempner, Robert M. W. 49
Kennedy, John F. 101
Kern, Erwin 47, 92
Keßler, Mario 57, 58
Killinger, Manfred von 47, 69
Kirdorf, Emil 92, 132
Klausener, Erich 164
Klein, Fritz 159
Klenner, Hermann 27
Knilling, Eugen von 132
Kohl, Helmut 40, 112
Köhler, Horst 85
Könnemann, Erwin 48, 121
Körber, Adolf Viktor von 145
Kriebel, Hermann 115, 116, 119, 125, 133
Krumeich, Gerd 152, 153, 154, 155
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 16, 73
Kubitschek, Götz 81
Küchenmeister, Johannes 92
Kühnl, Reinhard 41
Kunze, Richard 118

L

Lagarde, Paul de 95
Lauterbach, Alfred 94
Lehmann, Julius Friedrich 91
Lenin, Wladimir Iljitsch 180
Lenz, Max 18
Letsche, Lothar 37
Leutheußer, Richard 140, 173, 174, 189, 190
Levi, Primo 88
Liebknecht, Karl 34, 67, 71, 80
Limpach, Erich 145
Litz, Valentin 132
Löbe, Paul 98
Loeb, Walter 4, 173, 189
Lohalm, Uwe 94
Longerich, Peter 166
Lossow, Otto Hermann von 109, 110, 124, 126, 133, 134, 135
Lübcke, Walter 34
Lucius, Paul 91

Ludendorff, Erich 16, 40, 54, 73, 74, 80, 108, 109,
110, 115, 121, 124, 125, 126, 132, 134, 135, 136,
142, 143, 144, 147, 148, 149, 154
Luther, Martin (Reformator) 17
Lüttwitz, Walther von 16, 35, 47, 73, 80, 121
Lutze, Viktor 163, 166
Luxemburg, Rosa 34, 67, 71, 80

M

Maercker, Georg 69
Maly, Hans 129
Marschler, Willy 5, 148
Marx, Karl 58
Mayr, Karl 15
Meinecke, Friedrich 153, 154
Meissner, Otto 98
Merson, Allan 37, 38, 39
Mertens, Lothar 77
Mittelstraß, Jürgen 29
Mühlmann, Wilhelm 52
Müller, Hermann 12, 20, 42, 82
Müller-Mertens, Eckhard 159
Mussolini, Benito 108, 186

N

Napoleon I. 117
Neithardt, Georg 116
Niess, Wolfgang 126
Nolte, Ernst 40, 95
Nuschke, Otto 67, 70

O

Offenbach, Jaques 79
Opfermann, Ulrich Friedrich 127, 129, 130
Opitz, Reinhard 41
Ossietzky, Carl von 36, 44, 84, 103, 104

P

Papen, Franz von 21, 99, 164, 167
Pasternack, Peer 26
Pätzold, Kurt 53, 72, 97, 132, 136, 159
Petrick, Fritz 159
Petzold, Joachim 48
Pieck, Wilhelm 38
Piesche, Margarete 159, 160
Piorkowski, Christoph David 193
Piper, Ernst 95
Plener, Ulla 159
Pohl, Karl Heinrich 121, 122
Pöhner, Ernst 115, 116, 132
Pölkow, Julius 145
Prenzel, Manfred 29, 30
Preuß, Hugo 35, 36
Prokop, Siegfried 159
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 64, 102

Q

Quidde, Ludwig 84

R

Ramelow, Bodo 193
Raßloff, Steffen 184
Rathenau, Walther 34, 35, 70, 80, 92, 96, 118, 121
Reichenau, Walter von 166
Reinecke, Adolf 145
Remarque, Erich Maria 5, 107
Reusch, Paul 73
Reuß, Heinrich von 92
Richter, Horst-Eberhard 56
Ritter, Gerhard 52
Roderich- Stoltenheim (Pseudonym von Theodor
Fritsch) 145
Röhm, Ernst 15, 74, 96, 108, 109, 110, 115, 125, 133,
134, 135, 163, 164, 166
Röhr, Werner 159, 160, 170
Rose, Romani 127
Rosenberg, Alfred 18, 50, 55, 59, 61, 63, 95, 145, 148,
149
Rosenberg, Arthur 57, 58
Roth, Alfred 91, 92, 93, 94
Roth, Karl Heinz 159, 170
Ruge, Wolfgang 27, 67

S

Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard von 92
Salomon, Ernst von 47
Sauckel, Fritz 5, 6, 50, 91, 105, 142, 143, 144, 145,
146, 147, 148, 149, 150, 174, 190
Scheer, Reinhard 109
Scheidemann, Philipp 35
Schiller, Friedrich 70
Schipanski, Dagmar 28
Schlageter, Albert Leo 133
Schleicher, Kurt von 13, 21, 75, 98, 99, 164, 179
Schmidt, Siegfried 94
Schmidt, Walter 159
Schmitt, Carl 40, 52, 168
Scholz, Olaf 192
Schulz, Heinrich 69, 70
Schulze, Gerhard 121
Schütrumpf, Jörg 159
Schützler, Horst 101
Schwarz, Erika 65, 66, 159
Schwarz, Gerhard 65, 66
Seckendorf, Martin 159
Seeckt, Hans von 16, 73, 115, 124, 126, 135, 155
Seeliger, Alfred 145
Seißer, Hans Ritter von (eigentlich Johann von Seißer)
109, 110, 115, 124, 126, 134, 135
Severing, Carl 98
Seydlitz, Gertrud von 132
Seyß-Inquart, Arthur 50
Spengler, Oswald 95, 113
Stalin, Josef 66
Stenglein, Ludwig 115
Stinnes, Hugo 16, 47, 73, 109, 132, 134
Stöhr, Franz 145, 147
Strasser, Gregor 74, 75, 164
Strasser, Otto 74, 75
Streicher, Julius 91

Stresemann, Gustav 43, 84, 133
Stülpnagel, Joachim von 179

T

Teja, Graf (Pseudonym von Thomas Westerich) 143
Terboven, Josef 163
Thyssen, Fritz 45, 132
Tillessen, Heinrich 47, 69, 70
Tillessen, Werner 47
Togliatti, Palmiro 101
Tucholsky, Kurt 36, 155

U

Ulbricht, Walter 38

V

Volkmann, Hans-Erich 56

W

Wedell, Wilhelm 145

Wels, Otto 35
Werner, Ferdinand 90
Westarp, Kuno Graf von 43
Westerich, Thomas 143
Wette, Wolfram 56
Wieland, Günter 159
Wilhelm II. 176
Willeke, Stefan 71
Winkler, Heinrich August 40
Wippermann, Wolfgang 12, 56, 63, 169
Wirth, Joseph 34, 35, 36, 48, 69, 121
Witzmann, Georg 184
Woeltge, Herbert 30
Wulle, Reinhold 71, 74, 118

Y

Young, Owen D. 4, 43, 141, 152, 190

Z

Zetkin, Clara 19
Ziegler, Hans Severus 150
Zinn, Howard 158, 169